

Konfiskation und Restitution
von jüdischen Vermögen in Norwegen
während und nach dem Zweiten Weltkrieg

ABHANDLUNG

zur Erlangung der Doktorwürde
der
PHILOSOPHISCHEN FAKULTÄT
der
UNIVERSITÄT ZÜRICH

vorgelegt von

Mons Bär
von Wädenswil (ZH)

angenommen
im Sommersemester 2007

auf Antrag von

Prof. Dr. Carlo Moos

Zürich, 2007

INHALTSVERZEICHNIS

	Verzeichnis der Abkürzungen	7
1	Einleitung	8
	I. Teil	
2	Die Juden in Norwegen	15
2.1	Kurzer Überblick über Norwegen als Immigrationsland seit 1814 bis zum deutschen Überfall auf Norwegen am 9. April 1940	15
2.2	Der Antisemitismus in Norwegen	17
	2.2.1 Einleitung	17
	2.2.2 Der „Bolschewik-Jude“	19
	2.2.3 Der „Handels-Jude“	21
	2.2.4 Der Widerstand gegen das Schächten	23
	2.2.5 Zusammenfassung	26
2.3	Die Ausländerpolitik	27
	2.3.1 Die liberale Tradition und die Kritik an derselben	27
	2.3.2 Verschärfung der Ausländerpolitik	30
	2.3.3 Flüchtlinge	31
	2.3.4 Diskriminierung der Juden	33
	2.3.5 Einsicht	34
	2.3.6 Zusammenfassung	36
2.4	Die Situation der Juden in Norwegen während des Zweiten Weltkrieges	38
	2.4.1 Vorbereitende Massnahmen	38
	2.4.2 Änderungen der die Juden betreffenden Gesetzesgrundlagen	41
2.5	Hintergrund der Aktion der Nationalsozialisten gegen die Juden in Norwegen	44
2.6	Provisorische Bestimmungen der Exilregierung und internationale Erklärungen	47
	2.6.1 Provisorische Bestimmngen der Exilregierung	47
	2.6.2 Internationale Erklärungen	47

2.7	Verhaftung und Deportation der Juden	50
2.8	Beschlagnahmung des jüdischen Eigentums	52
2.8.1	Die verwalterischen Institutionen des Regimes	52
2.8.1.1	Die „Liquidationsleitung für die beschlagnahmten jüdischen Vermögen“	52
2.8.1.2	Das Verwaltungsbüro	54
2.8.2	Realisierung der „fellesmasse“	55
3	Die Institutionen der norwegischen Regierung für die Rück- erstattung des durch den Krieg entstandenen Schadens	56
3.1	Einleitung	56
3.2	Das Rückführungsbüro	58
3.2.1	Allgemeines	58
3.2.2	Rückführung von beweglichen Gütern	59
3.2.3	Rückführung resp. Verteilung der „fellesmasse“	60
3.2.4	Rückführung von Versicherungspolicen und Bankguthaben	63
3.3	Die Kriegsschadenversicherung	64
3.3.1	Allgemeines	64
3.3.2	„Kriegsschadenversicherung für Gebäude“	65
3.3.3	„Kriegsschadenversicherung für bewegliche Güter“	66
3.4	„Aufarbeitungsabteilung“ des Justizdepartementes	69
3.4.1	Allgemeines	69
3.4.2	Einzelne Sachgruppen	72
3.4.3	Warenlager	74
3.5	Zusammenfassung	75
3.6	Ein ökonomischer Überblick und die besondere Ausgangslage bezüglich der Erstattung von Verlusten für die Juden in Norwegen	77

II. Teil

4	Fallstudie	80
4.1	Die Familie Buchmann	80
4.1.1	Auswahlkriterien	80
4.1.2	Herkunft der Familie Buchmann	82
4.1.3	Die Familie Buchmann in der jüdischen Gemeinde	84
4.1.4	Beschlagnahmen und Verantwortlichkeit, Täter	87
4.1.5	Flucht, Exil, Rückkehr	89
4.1.6	Konzentrationslager	94
4.2	Beschlagnahmung und Rückerstattung der Betriebe	96
4.2.1	Beschlagnahmung der Firma A. Buchmann A/S und die Rückerstattung des ökonomischen Schadens	96
4.2.1.1	Beschreibung der Firma A. Buchmann A/S	96
4.2.1.2	Der Schaden durch die Beschlagnahmung der Firma A. Buchmann A/S	101
4.2.1.3	Die Leistung des Rückführungsbüros zugunsten der Firma A. Buchmann A/S	103
4.2.1.4	Die Leistung der Kriegsschadenversicherungen zugunsten der Firma A. Buchmann A/S	106
4.2.1.5	Die Leistung der Aufarbeitungsabteilung des Justizdepartementes zugunsten der Firma A. Buchmann A/S	108
4.2.1.6	Der durch den Krieg und die Aufarbeitung bedingte ökonomische Verlust der Firma A. Buchmann A/S	113
4.2.2	Beschlagnahmung der Firma B. Buchmann A/S und die Rückerstattung des ökonomischen Schadens	114
4.2.2.1	Beschreibung der Firma B. Buchmann A/S	114
4.2.2.2	Der Schaden durch die Beschlagnahmung der Firma B. Buchmann A/S	118
4.2.2.3	Die Leistung des Rückführungsbüros zugunsten der Firma B. Buchmann A/S	121
4.2.2.4	Die Leistung der Kriegsschadenversicherungen zugunsten der B. Buchmann A/S	123
4.2.2.5	Die Leistung der Aufarbeitungsabteilung des Justizdepartementes zugunsten der Firma B. Buchmann A/S	125
4.2.2.6	Der durch den Krieg und die Aufarbeitung bedingte ökonomische Verlust der Firma B. Buchmann A/S	128

4.2.3	Beschlagnahmung der Firma Bernh. Buchmann A/S und die Rück- erstattung des ökonomischen Schadens	129
4.2.3.1	Beschreibung der Firma Bernh. Buchmann A/S	129
4.2.3.2	Der Schaden durch die Beschlagnahmung der Firma Bernh. Buchmann A/S	132
4.2.3.3	Die Leistung des Rückführungsbüros zugunsten der Firma Bernh. Buchmann A/S	134
4.2.3.4	Die Leistung der Kriegsschadenversicherungen zugunsten der Bernh. Buchmann A/S	136
4.2.3.5	Die Leistung der Aufarbeitungsabteilung des Justizdepartementes zugunsten der Firma Bernh. Buchmann A/S	137
4.2.3.6	Der durch den Krieg und die Aufarbeitung bedingte ökonomische Verlust der Firma Bernh. Buchmann A/S	140
4.2.4	Zusammenfassung	141
4.3	Beschlagnahmung und Rückerstattung persönlicher Vermögens- werte der Mitglieder der Familie Buchmann	143
4.3.1	Vorbemerkung	143
4.3.2	Bertha Pauline Buchmann	144
4.3.3	Bernhard Buchmann	147
4.3.4	Sarah Buchmann	152
4.3.5	Hermann Buchmann	157
4.3.6	Bernt Buchmann	159
4.3.7	Anna Fanny Buchmann	161
4.3.8	Assne Rebekka Buchmann	163
4.3.9	Emanuel Buchmann	164
4.3.10	Samuel Buchmann	165
4.3.11	Zusammenfassung	165
4.4	Die „Auszahlung an Personen, die während des Zweiten Weltkrieges in Norwegen von antijüdischen Massnahmen betroffen waren“ ab 1999	167
4.5	Vergleichsfälle	169
4.5.1	Allgemeine Bemerkungen	169
4.5.2	Die Datensammlung der Skarpnes-Kommission	171
4.5.3	Zahlungen nach dem Prinzip der Verhältnismässigkeit durch die Aufarbeitungsabteilung	173
4.5.4	Betrugsversuche	174

5	Schlusswort	178
6.1	Ungedruckte Quellen	183
6.1.1	Riksarkiv (RA)	183
6.1.2	Statsarkiv i Oslo (SAO)	184
6.1.3	Statsarkiv i Trondheim (SAT)	185
6.1.4	Hjemmefronten-Museet	185
6.1.5	Krigstrykksamlingen	185
6.1.6	Justisdepartementets arkiv (AJD)	185
6.1.7	Interviews	186
6.2	Gedruckte Quellen	186
6.2.1	Zeitungen, Jahrgänge 1940 (1915) -1945 (1953)	186
6.2.2	Zeitungen, Jahrgänge 1997-2006	186
6.2.3	Veröffentlichungen von Parlament und Regierung	186
6.3	Darstellungen	187

Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen

A/S	„Aksjeselskap“ (Aktiengesellschaft)
AJD	Archiv des Justizdepartementes
DORA	ehem. deutsche Hafenbunkieranlage in Trondheim; früherer Teilsitz, heute Hauptsitz des SAT
JD	„Justisdepartementet“
Lnr.	„Løpenummer“ (Laufnummer)
NOU	„Norges offentlige utredninger“ (Norwegens öffentliche Erklärungen)
N.S.	„Nasjonal Samling“ (norwegische „Nazi-Partei“ unter Führung von Vidkun Quisling)
Ot	„Odelstinget“ (besteht aus $\frac{3}{4}$ vom Storting gewählten Stortingsmitgliedern; sie bildet bei Gesetzesberatungen neben dem Lagting (restliches Viertel) die zweite Kammer)
Prp.	„Proposisjon“ (Vorschlag einer der beiden Kammern; der Vorschlag einer Expertenkommission heisst „Innstilling“)
RA	„Riksarkiv“ (Reichsarchiv in Oslo)
SAO	„Statsarkiv i Oslo“ (Staatsarchiv in Oslo)
SAT	„Statsarkiv i Trondheim“ (Staatsarchiv in Trondheim)
St	„Storting“ (nat. Parlament)
UB	„Universitetsbiblioteket i Oslo“
UD	„Utenriksdepartementet“ (Aussenministerium)

1 Einleitung

Seit der Beschäftigung mit dem Thema meiner Lizentiatsarbeit, dem zivilen Widerstand in Norwegen während der deutschen Besetzung, weckten zunächst die Geschichte Norwegens während des Zweiten Weltkrieges im Allgemeinen, dann vor allem aber der Umgang der norwegischen Nachkriegsgesellschaft mit der eigenen Geschichte mein immer stärker werdendes Interesse. Verstärkt wurde meine Aufmerksamkeit durch den Umgang der Schweiz mit jener Epoche. Problematische oder zumindest ungeschickte Aussagen des Bundespräsidenten von 1996, Pascal Delamuraz, wonach die (amerikanischen) Juden versuchten die Schweiz (resp. die Schweizer Banken) zu erpressen, liegen dem interessierten Zeitgenossen noch in den Ohren. Ebenso ist das störrische und bürokratische Verhalten der betroffenen Schweizer Grossbanken im Gedächtnis haften geblieben, die jüdische Vermögen blockierten, weil die Nachkommen den Tod ihrer Vorfahren in den deutschen Konzentrationslagern nicht dokumentieren konnten oder weil Überlebende selbst nicht mehr im Besitz ihrer Bankdokumente waren, oder nach bis zu fünfzig Jahren nicht mehr genau wussten, auf welchen Banken sie über welche Kontonummern verfügten. Scurriler Höhepunkt dieser kontrovers diskutierten Auseinandersetzung mit jener Phase der Schweizer Geschichte waren die Ereignisse um den UBS-Wachmann Christoph Meili, der bankinterne Akten aus der Kriegszeit vor dem Schredder gerettet hatte, und dessen mediale Ausschlachtung in der Schweiz und im Anschluss daran vor allem seine Instrumentalisierung in den Vereinigten Staaten unter den Fittichen des Entschädigungsanwaltes Ed Fagan.

Als in der Folge in Amerika Klagen gegen schweizerische und andere europäische, vor allem deutsche und österreichische Banken, Versicherungen und Industriebetriebe eingereicht wurden, begannen in Norwegen auf politischer Ebene präventive Anstrengungen, die Kriegszeit und die Behandlung der Juden aufzuarbeiten. Das nationale Parlament, das Storting, beauftragte eine Forschergruppe, die so genannte „Skarpnes-Kommission“, einen Bericht über die ökonomischen Konsequenzen der Besetzungs- und Nachkriegszeit für die Juden in Norwegen zu verfassen. Die Gruppe bestand aus dem Geschichtsprofessor Dr. Ole Kristian Grimnes von der Universität Oslo, dem Rechtsprofessor Dr. Thor Falkanger, ebenfalls von der Universität Oslo, der Historikerin Eli Fure, der Amtsrichterin von Nedre Telemark, Guri Sunde, dem Geschichtsstudenten Bjarte Bruland und der Psychologin Berit Reisel. Geleitet wurde die Arbeit vom Abgeordneten von Aust-Agder und Namensgeber der Gruppe, Oluf Skarpnes. Zwei Mitglieder der Forschungsgruppe, Bjarte Bruland und Berit Reisel, waren gewählte Vertreter der jüdischen Gemeinde in Oslo.

Als der Bericht im November 1997 schliesslich veröffentlicht worden war, verursachte er eine sehr kontroverse, landesweite Diskussion, da es der Forschergruppe nicht möglich gewesen war, sich auf eine einheitliche Darstellung zu einigen. Die Vertreter der jüdischen Gemeinschaft verfassten, da sie innerhalb der Gruppe die Minderheit ausmachten, den so genannten „Bericht der Minderheit“, während die restlichen Mitglieder im selben Band von „Norwegens öffentliche Erklärung“ (NOU; Norges offentlige utredning) des Stortings den „Bericht der Mehrheit“ publizierten. Der grundsätzliche Dissens lag in der Auslegung des vom Parlament erteilten Mandates der Forschungsgruppe: Die Mehrheit vertrat die Überzeugung, dass die realen, in den Rechnungsbüchern nachweisbaren finanziellen Verluste, die die Juden in Norwegen während des Krieges erlitten hatten, mit den realen Auszahlungen nach dem Krieg aufgerechnet werden sollten, während die Minderheit den Auftrag viel umfassender begriff, indem neben den materiellen auch immaterielle Schäden, wie die psychische und die physische Liquidation „berechnet“ werden müssten. Das Mandat ist in dieser Frage nicht eindeutig formuliert: Unter Punkt 3 heisst es: „Die Kommission kann auch andere für die Thematik relevante Bereiche behandeln.“¹ Der „Mehrheitsbericht“ veranschlagte demzufolge eine viel niedrigere Summe, die den Juden in der Gegenwart zustünde als der „Minderheitsbericht“. Während sich die öffentliche Auseinandersetzung über Wochen und Monate zur Hauptsache in den Leserbrief- und Kommentarspalten der grössten norwegischen Tageszeitungen abspielte, wobei sich neben Fachleuten und thematisch Interessierten auch die Mitglieder der Forschungsgruppe tüchtig in die Haare gerieten, war auf der politischen Ebene schnell klar, dass man sich entgegen der mehrheitlich von Historikern und Historikerinnen vertretenen Auffassung am Bericht der Minderheit orientieren wollte, wenn es darum ging eine Summe zu bestimmen, die den Juden am Ende des Zwanzigsten Jahrhunderts als Entschädigung ausbezahlt werden sollte.

Meine Motivation, mich in die Thematik zu vertiefen, war weniger darin begründet, nun für die eine oder die andere Seite Stellung zu beziehen, als vielmehr die Grundlage, von der beide Berichte ausgehen, zu verifizieren. Es stellte sich die Frage, inwiefern die Quellen verlässliche Angaben über die ökonomische Lage und Behandlung der Juden in Norwegen geben. Es existiert bis anhin keine Studie, die die reichlich vorhandenen Quellen kritisch auswertet. Schon ein kurzer Blick unter die Oberfläche bestätigte an einzelnen konkreten Beispielen die Vermutung, dass sowohl die Minderheit als auch die Mehrheit der Skarpnes-

¹ Das Mandat des Stortings wird in extenso zitiert in: Norges offentlige utredninger (NOU): Inndragning av jødisk eiendom i Norge under den 2. verdenskrig (NOU 1997:22). hrsg. von: Statens forvaltningstjeneste, Oslo 1997, („Bericht der Skarpnes-Kommission“, im Folgenden NOU 1997:22 genannt), S. 11

Kommission die Quellen keiner kritischen Prüfung unterzogen. Dies war auch eine der ersten Bemerkungen eines Mitgliedes der Mehrheit der Skarpnes-Kommission mir gegenüber, nachdem ich ihm mein Projekt dargelegt hatte, während die Minderheit diesbezüglich den Dialog mit mir verweigerte. Andere Vertreter der jüdischen Gemeinde in Oslo gaben zurückhaltend, aber doch freundlich Auskunft. Einigermassen erstaunt war ich über die Skepsis von jüdischer Seite, dass ich mich als Nicht-Jude für die Thematik interessiere. Schnell geriet ich „zwischen die Fronten“ in der Frage, ob die Mehrheit oder die Minderheit der Skarpnes-Kommission „Recht“ habe. Von beiden Seiten gab es milde Versuche meine Position zugunsten der jeweiligen Sichtweise zu beeinflussen. Die Frage ist aber weniger eine historische, als vielmehr eine moralisch-ethische. Können Leid und Elend, die das jüdische Volk, hier im Besonderen die Juden in Norwegen erdulden mussten, mit Geldzahlungen abgegolten oder wenigstens gemildert werden? Macht es Sinn, auf politischer Ebene gesprochene Gelder zur Hauptsache an Nachkommen der betroffenen Juden auszuzahlen? Sind Zahlungen über sechzig Jahre nach dem Kriegsende der Versuch, Menschenleben gegen Geld aufzuwiegen? Handelt es sich dabei eher um modernen Ablasshandel, der es den Nicht-Juden erlaubt, ein reineres Gewissen zu haben? Oder soll man es den Juden in Norwegen einfach gönnen, dass sie sich für einmal vom Staat privilegiert behandelt fühlen dürfen? Auf letzteres deutet hin, dass nicht-jüdische Einwohner Norwegens diese nachträglichen Erstattungen nicht erhalten, obschon auch sie ihre Schäden nicht vollumfänglich ersetzt bekommen haben.

Der erste Teil der Studie befasst sich mit einem Überblick über die Geschichte der Juden und des Antisemitismus in Norwegen und bietet eine ausführliche Analyse der am Prozess der Enteignung und der Rückerstattung beteiligten Institutionen. Die politische und gesellschaftliche Situation, in der sich die norwegischen Juden befanden, zeichnet ein Bild, das den bisherigen Wissensstand über die Behandlung der Juden in Europa vor und während dem Zweiten Weltkrieg erweitern soll. Die Kenntnis der Institutionen ist die Grundlage für das Verständnis der im zweiten Teil beschriebenen Vorgänge. Der erste Teil will die Zeit des Zweiten Weltkrieges und die Aufarbeitungsphase, die in der Schweiz kaum zur Kenntnis genommen worden waren, erläutern, um die Fallstudie einordnen zu können.

Anhand eines konkreten Einzelfalles – die Familie Buchmann aus Trondheim mit der Mutter, ihren acht Kindern und den drei von den Familienmitgliedern geführten Geschäften dient als geeignete Exponentin – untersucht der zweite Teil die Frage, inwiefern die Quellen, nicht zuletzt die Angaben, die über Schäden oder Verluste und über Rückführungen oder

Wiedergutmachungen Auskunft geben, aussagekräftig sind, respektive inwiefern sie kritisch hinterfragt werden müssen. Diese Ausführungen sollen weitere Fallstudien anregen und deren Einordnung erleichtern, sodass das wichtigste Kapitel in der Geschichte der Juden in Norwegen auf einer breiten und fundierten Basis geschrieben werden kann. Weiter soll die politische Philosophie, die hinter der Aufarbeitung der ökonomischen Folgen des Krieges für einzelne Mitglieder der norwegischen Gesellschaft steht, durchleuchtet und die Praxis mit der Theorie verglichen werden. Dies bedingt eine relativ ausführliche Einführung in die Strukturen und die Funktionsweisen der Institutionen, die sich mit der Enteignung und der Liquidierung des jüdischen Eigentums, vor allem aber mit der Rückführung von enteignetem Eigentum und der Aufarbeitung der Kriegsschäden befassten. Auf einer handfesten, konkreten Ebene wird anhand der Familie Buchmann aufgezeigt, welches die ökonomischen Konsequenzen für die Betroffenen waren. Wie gross waren die Verluste, die die Familienmitglieder erlitten? Wie gross jene der Betriebe? In welchem Mass sind diese Verluste wieder gutgemacht worden? Inwiefern half der norwegische Staat mit, die enteigneten und liquidierten Geschäfte der Familie wieder zu etablieren? Welche Institutionen leisteten welchen Beitrag? Welche Institutionen verweigerten eine Unterstützung und mit welcher Begründung? Vergleichend betrachte ich andere konkrete Fälle, um allfällige Abweichungen von der durch die Politik vorgegebenen Norm zu definieren.

Die Frage nach der Beteiligung von norwegischen Staatsangehörigen am Vorgehen gegen die Juden in Norwegen ist eine seit dem Beginn des laufenden Jahrzehnts heiss diskutierte. In der Zwischenzeit sind einige Studien erschienen, die eine gewichtige Mitwirkung der norwegischen Polizei und anderer norwegischer Institutionen an der Durchführung der Massnahmen gegen die Juden nachweisen. Diesem Aspekt soll in dieser Arbeit auch Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die vorliegende Studie verfolgt aber nicht die Organisation und den Aufbau der norwegischen Behörden als solche, sondern sie stellt innerhalb der Fallstudie dar, inwiefern die Familie Buchmann in Kontakt mit deutschen oder norwegischen Behörden gekommen ist, der Fokus liegt also auf dem Aspekt, inwiefern norwegische Behörden die Liquidation oder die Verwaltung jüdischer Geschäfte vornahmen.

Die Tatsache, dass sämtliche Institutionen, die mit der Appropriation jüdischen Eigentums beauftragt waren, norwegische Einrichtungen waren, die zwar auf Initiative der deutschen Besatzer aufgebaut worden waren, aber trotzdem von Norwegern geführt wurden, spiegelt sich auch in der Quellenlage wider. Sämtliche Akten, die über die Enteignungen in Norwegen angelegt wurden, sind zentral im Riksarkiv in Oslo gesammelt. Dasselbe gilt selbst-

verständlich für sämtliches Quellenmaterial, das über die Phase und die Durchführung der Aufarbeitung Auskunft gibt. Die Akten der Liquidationsleitung, also die Schriftstücke aus der Kriegszeit, sind im Zuge der Aufarbeitung nach dem Krieg in die Bearbeitungsmappen der verschiedenen Institutionen integriert worden. Dabei handelt es sich um das Rückführungsbüro, die Kriegsschadenversicherung und die Aufarbeitungsabteilung des Justizdepartementes. Zu jeder dieser drei Institutionen ist im Riksarkiv ein eigenes Archiv angelegt worden. Der Zugang zu allen Dokumenten in diesen Archiven ist an eine Schweigepflicht gebunden, die für 60 Jahre gilt, weshalb die Namen von jüdischen Opfern in dieser Studie geändert sind. Eine Ausnahme bildet die Familie Buchmann aus Trondheim, die im Zentrum der Betrachtung des zweiten Teils steht. Zu verdanken ist dies Sarah Ragle, geb. Buchmann, die mir die Erlaubnis erteilt hat, über ihre Familie ohne Änderung der Namen zu berichten.

Der Umstand, dass für jede Dokumentenschachtel eine vorgängige Zugangsgenehmigung des Archivars des Riksarkiv benötigt wird, hatte die Arbeit zunächst beträchtlich verzögert. In der Folge wurde mir aber gestattet, Einblick in die Akten zu nehmen und erst im Nachhinein die Erlaubnis dafür einzuholen, was eine enorme Erleichterung darstellte.

Das umfangreichste Archiv ist jenes der Aufarbeitungsabteilung des Justizdepartementes. Es umfasst insgesamt 653 Laufmeter, davon sind 550 Meter systematisiert und katalogisiert, die restlichen 103 Laufmeter sind noch nicht bearbeitet. Schwerpunkt des Archivs sind die nach Bearbeitungsnummern und Gemeinden geordneten Erstattungsanträge, denen die Korrespondenz über den jeweiligen Fall und die schriftlichen Entscheide beigelegt sind.

Einsicht in die Arbeit der N.S.-Behörden gibt vor allem das Archiv des Rückführungsbüros: In den so genannten „bomapper“ (deutsch „Nachlassakten“) findet man unsystematisch gesammelt alle Dokumente und Informationen, die für die behandelnde Behörde (vor allem das Verwaltungs- und das Rückführungsbüro) von Wichtigkeit waren. Dieses Archiv ist vollständig systematisiert und katalogisiert. Gleiches gilt für die gesammelten Akten der Kriegsschadenversicherung, die aber weniger wichtige Informationen enthalten, weil zentrales Material in das Archiv der Aufarbeitungsabteilung überführt wurde.

In Bezug auf das eng gefasste Thema der ökonomischen Auswirkungen des Krieges und der Phase des Wiederaufbaus auf die Juden in Norwegen existiert keine Literatur. Die einzigen Studien, die sich mit dem Thema befassen, sind die erwähnten Berichte der Skarpnes-Kommission. Sie untersuchen die Organisation der Enteignungen und der Wiedergutmachung, bleiben jedoch bezüglich konkreter Aussagen relativ oberflächlich und sind erstaun-

licherweise zum Teil auch schlecht recherchiert.² Dies betrifft vor allem den Bericht der Minderheit.

Auch allgemeinere Fachliteratur, die einen Überblick über die Situation der Juden in Norwegen während und nach dem Zweiten Weltkrieg gibt, ist nur sehr spärlich vorhanden. Den tiefsten Einblick gibt Oskar Mendelssohn mit seinem zweiteiligen Überblickswerk „Die Geschichte der Juden in Norwegen seit 300 Jahren“ aus dem Jahre 1986. Der erste Band umfasst die Jahre vom ausgehenden 17. Jahrhundert bis 1939 und stellt die jüdische Gemeinschaft und ihre Lebensumstände in Norwegen ins Zentrum. Mendelssohn setzt sich ebenso vertieft mit Henrik Wergeland pro-jüdischer Haltung und mit seinen politischen Initiativen auseinander wie mit den Veränderungen, die sich entsprechend der politischen Windrichtung für die jüdische Minderheit ergaben. Der zweite Band behandelt die Jahre 1940-1979. Das Kapitel XXI - das erste Kapitel in Band II - ist der Kriegs- und der unmittelbaren Nachkriegszeit gewidmet. Mendelssohn bietet eine gut recherchierte und informative ereignisgeschichtliche Innenansicht des Geschehens, das er selbst miterlebt hat, ohne sich mit dem ökonomischen Aspekt im Speziellen auseinanderzusetzen. Er legt den Fokus auf die Menschen, die die jüdischen Gemeinden in Oslo und Trondheim ausmachten. Es stehen also Individuen, Familien und Würdenträger im Zentrum.

Über das Verhältnis des norwegischen Staates zum jüdischen Bevölkerungsteil hat Per Ole Johanson mit zwei Werken wesentliche Punkte herausgearbeitet. Zum einen steht in „Oss selv nærmest. Norge og jødene“ die norwegische Ausländerpolitik und damit verbunden die norwegische Politik den Juden gegenüber in den Jahren 1880-1940 im Mittelpunkt. Zum anderen beleuchtet „Politiet har fortsatt et renommé å ivareta : arrestasjonene og deportasjonene av norske jøder i 1942“ kritisch die Rolle der norwegischen Polizei bei der Verhaftung und Deportation der norwegischen Juden.

Ansonsten behandelt die Fachliteratur selbst für jene Zeit aussergewöhnliche jüdische Einzelschicksale.

Besonders wertvoll war der Kontakt mit Sarah Ragle, geb. Buchmann. Sie hat die Ereignisse um die Beschlagnahmung und Rückerstattung als junge Frau miterlebt. Sie war die einzige direkt Beteiligte aus der Familie der Fallstudie, die Ende der 90er-Jahre noch lebte. Mit ihr und ihrem Ehemann Albert Ragle habe ich am 27.4.1999 bei ihnen zu Hause, an der Trenerys gate 4 in Trondheim, ein sehr informatives und interessantes neunzigminütiges Gespräch über

² So findet sich z.B. ein Mitglied der Familie Buchmann auf der Liste der Geschädigten, obschon dieses erst nach dem Krieg geboren wurde und der Familie Buchmann werden fünf, statt korrekt vier Betriebe zugeschrieben.

die damalige und die heutige Situation der Juden in Norwegen geführt. Gleichentags konnte ich mich mit ihrem Neffen Ralph Buchmann - dem Sohn von Sarahs Bruder Bernt - über die Geschichte der Familie und auch über den gegenwärtigen Zustand der jüdischen Gemeinschaft in Trondheim unterhalten. Freundlicherweise lud er mich tags darauf zu einer Privatführung durch die Synagoge und das angegliederte jüdische Museum ein.

Ein weiteres sehr aufschlussreiches Gespräch führte ich am 3.5.1999 mit Dr. Erik Buchmann in seinem Haus in Oslo. Ich erfuhr vieles über seinen Vater Emanuel, seine Mutter Stella (eigentl. Esther) und ihre etwas distanziertere Haltung zur jüdischen Religion und Kultur. Erik Buchmann schilderte die Familiengeschichte nicht zuletzt auch aus einer medizinischen Sicht, die aufgrund der sehr engen verwandtschaftlichen Beziehungen der Juden in Norwegen untereinander die Problematik des Inzestuösen mit einbezog.

Die pekuniären Angaben in dieser Studie beziehen sich in ihrem Wert jeweils auf die Zeit, in der sie berechnet wurden, in der Regel also auf die Jahre 1942 für die Werte der beschlagnahmten Güter und 1946 oder 1947 für die Rückerstattung, sofern vom Autor nicht ein zusätzlicher Inflationszuschlag ausgewiesen wird. Um die Zahlen auf die heutige Situation übertragen und sich die Relation vor Augen führen zu können, müssen die Summen aus dem Jahr 1942 mit 17,6, jene aus dem Jahre 1946 mit 16,6 multipliziert werden.³ Diese Produkte müssen ihn der Folge durch fünf geteilt werden, um den Wert in Schweizer Franken zu erhalten.⁴ 1942 waren also 100.- NOK soviel wert wie heute 1'760.- NOK. Dies entspricht etwa 352.- SFR im Jahr 2006. Vereinfacht können also Beträge aus den Jahren 1942 bis 1946 mit dem Faktor 3,4 (genauer: für 1942 3,5; für 1946 3,3) multipliziert werden, um den heutigen Wert der Verluste und Rückerstattungen in Schweizer Franken einordnen zu können.

Besonders bedanken möchte ich mich bei Prof. Dr. Carlo Moos für die Betreuung dieser Arbeit; bei Jessica Gilbert, Linn-April und Maude-Tiril für ihre Geduld; bei Björg Bär für ihre finanzielle Unterstützung, ohne die diese Arbeit nicht hätte geschrieben werden können; bei Tor Breivik, der mir als Vizedirektor des Riksarkiv in Oslo einen unbürokratischen Zugang zu den klausulierten Akten gewährte; bei Eli Fure vom Riksarkiv für ihre tatkräftige Unterstützung und bei Sarah und Albert Ragle, bei Ralph und Dr. Erik Buchmann für die guten und auch aufmunternden Gespräche.

³ www.ssb.no. (Statistisk sentralbyrå: Tabelle: konsumprisindeks [1942 resp. 1946 bis 2006])

⁴ Der Tageskurs der norwegischen Krone betrug am 11.4.2006 20,0521 SFR (für 100 NOK)

I. Teil

2 Die Juden in Norwegen

2.1 Kurzer Überblick über Norwegen als Immigrationsland seit 1814 bis zum deutschen Überfall auf Norwegen am 9. April 1940

Als sich der moderne norwegische Staat 1814 nach der Auflösung der Union mit Dänemark konstituierte, hatten die Juden generell keinen Zugang zum Königreich Norwegen. Der Paragraph 2 des Grundgesetzes⁵ besagte, dass die Juden „weiterhin“ aus dem Reich ausgeschlossen seien. Der Begriff „weiterhin“ weist darauf hin, dass diese Tradition aus der Zeit der Union mit Dänemark übernommen wurde. Während der Unionszeit wurden aber durchaus Ausnahmen bewilligt: Sefardische Juden, so genannte „Portugiesen-Juden“, hatten uneingeschränkt Zugang zum Reich und andere Juden konnten beim (dänischen) König ein Gesuch einreichen, um Aufnahme in Norwegen zu erhalten. Aus diesen Gründen waren hin und wieder Juden ins Königreich eingereist und einige davon, die Forschung geht von einer sehr kleinen Zahl aus, liessen sich auch tatsächlich mittelfristig nieder.⁶

Erst 1814 mit der eigenen Souveränität wurde der Paragraph 2 des Grundgesetzes strikter angewandt. Im Gründungsjahr sollen sich keine Juden im Land befunden haben. Eine Ausnahme bildeten einige wenige, die mittlerweile konvertiert hatten und somit nicht mehr als Juden angesehen wurden. Dies zeigt, dass mit der Bezeichnung „Jude“ zunächst einzig und allein die Zugehörigkeit zur jüdischen Glaubensgemeinschaft bezeichnet wurde. Im Laufe der ersten Jahrzehnte des neu konstituierten Staates wurden dann vereinzelte Bewilligungen für die Einreise von Juden erteilt und 1844 wurden wiederum die sefardischen Juden vom generellen Niederlassungsverbot ausgenommen.

Der Grund für den gesetzlichen Ausschluss der Juden aus dem Reich war offensichtlich ein religiöser. Der Paragraph 2, der den Ausschluss der Juden aus dem Reich bestimmte, besagte auch, dass die evangelisch-lutheranische Religion die Staatsreligion sei und dass Jesuiten, Mönchsorden und eben Juden im Land nicht toleriert würden. Auch der oben genannte Umstand, dass jene Juden, die sich taufen liessen, nicht mehr als Juden angesehen wurden, unterstützt diese Deutung.

Seit den späten Dreissigerjahren des vorletzten Jahrhunderts wurden von verschiedenen Seiten, am vehementesten aber vom Schriftsteller Henrik Wergeland, Anstrengungen

⁵ http://www.stortinget.no/om_stortinget/lover_regler/grunnlov_1814.html

⁶ Vgl. Mendelsohn Oskar: Jødenes historie i Norge gjennom 300 år, bind I, Oslo ²1987 (1986), (im Folgenden Mendelsohn I genannt) Kap. I

unternommen, den Ausschluss der Juden vom norwegischen Königreich aus dem Grundgesetz zu streichen.⁷ 1851 stimmte das norwegische Parlament, das Storting, mit der nötigen Mehrheit einem solchen Vorschlag zu. Aber nur wenige Angehörige der jüdischen Religion kamen in den folgenden Jahren nach Norwegen: 1866, also 15 Jahre nachdem der Ausschluss aufgehoben worden war, zählte man 25 Juden im Land; 1875, also nochmals neun Jahre später, war die Zahl nur um neun Personen auf 34 angewachsen.⁸ Die Mehrheit dieser ersten jüdischen Einwanderer kam aus Deutschland, Österreich-Ungarn und aus Dänemark. Als sich die Lage in Osteuropa im Zuge des aufkommenden Nationalismus' und Antisemitismus' verschlechterte, wanderten viele Juden aus, die meisten nach Amerika, einige wenige entschieden sich für Norwegen. 1890 gab es im Land 214 Juden, worauf sich die Zahl in den nächsten drei Jahrzehnten jeweils um etwa 400 erhöhte, sodass im Jahre 1920 mit 1457 Angehörigen jüdischen Glaubens ein vorläufiger Höhepunkt erreicht wurde.

Die meisten der eingewanderten Juden liessen sich in den Städten nieder. Sie waren in der Mehrheit in Handel, Industrie und Handwerk tätig, einige etablierten sich in der Kleiderbranche. Um die Jahrhundertwende arbeitete ein kleiner Teil der jüdischen Einwanderer als Ärzte, Zahnärzte und Rechtsanwälte.

Oslo und Trondheim waren damals die Zentren der jüdischen Gemeinschaft in Norwegen, wie sie dies heute noch sind. In der Hauptstadt, die bis 1904 noch Christiania hiess, wurde die „Mosaische Glaubensgemeinschaft“ 1892 und in Trondheim 1905 gegründet. Es waren vor allem diese beiden Institutionen, die die jüdische Religion und die jüdische Identität in Norwegen zu bewahren und zu festigen halfen. 1920 konnte die Osloer Gemeinschaft ihre erste Synagoge einweihen und fünf Jahre später erhielt auch Trondheim eine eigene Kultusstätte.

In den Zwanzigerjahren registrierte man in Norwegen kaum noch jüdische Immigranten, sodass ihre Zahl bis 1930 sogar etwas zurückging. Mit dem Aufflammen des Antisemitismus in den Dreissigerjahren änderte sich die Situation für die Juden vor allem in Deutschland und in einigen osteuropäischen Staaten dramatisch. Gleichzeitig wurde in manchen Ländern die Immigration für Juden erschwert. Norwegen war bezüglich der Immigration keine Ausnahme und die Behörden liessen nur noch sehr wenige jüdische Flüchtlinge einreisen. Seit der Reichspogromnacht im Herbst 1938 arbeiteten politische Kräfte in Norwegen daraufhin, dass dem Immigrationsdruck nachgegeben würde und wieder vermehrt Juden aufgenommen

⁷ Vg. dazu: Mendelsohn I. Kap. II

⁸ Mendelsohn I. S. 292

werden, was nicht ohne Wirkung blieb. Im Ganzen kamen in der Zeit zwischen Hitlers Machtergreifung und der Besetzung Norwegens durch Deutschland am 9. April 1940 etwas mehr als 500 jüdische Flüchtlinge nach Norwegen⁹, die Mehrheit gegen Ende dieser Periode und die meisten mussten das Land nach kurzer Zeit wieder verlassen. Neueste, aber nicht ganz einwandfreie Recherchen haben ergeben, dass sich beim Überfall Deutschlands auf Norwegen 2'173 Juden im Land befanden.¹⁰

2.2 Der Antisemitismus in Norwegen

2.2.1 Einleitung

Wie ganz Europa war auch Norwegen mit verschiedenen Formen des Antisemitismus konfrontiert, dessen Wurzeln in die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg zurückreichten, der aber vor allem ein Phänomen der Zwischenkriegszeit war. Die antisemitischen Strömungen in der Gesellschaft waren zwar nicht sehr stark, aber sie waren vorhanden. Die zahlenmässig sehr bescheidene Einwanderung europäischer Juden nach Norwegen dient kaum als Ansatz zur Erklärung der Verhältnisse. Auch der stärker werdende Emigrationsdruck aus den betroffenen Ländern in der zweiten Hälfte der Dreissigerjahre spielt nur eine untergeordnete Rolle. Der norwegische Antisemitismus muss vielmehr als nationalistische Bewegung gesehen werden, die im Gefolge der europäischen Strömungen den Antisemitismus mit einbezog oder ihm zumindest gewisse Sympathien entgegenbrachte. Sie war mit einem allgemeinen Gefühl der Fremdenfeindlichkeit verwoben und richtete sich neben Juden sowohl gegen eingewanderte Schweden und Dänen als auch gegen die Fahrenden und die Samen in Nordskandinavien. Die Tendenz der Zwischenkriegszeit in Richtung autoritärem Nationalismus machte auch in Norwegen fremdenfeindliches und im Besonderen antisemitisches Gedankengut, auf das ich mich im Folgenden konzentriere, salonfähig. Man muss sich dabei bewusst sein, dass sich zunächst nur eine kleine Minorität in dieser Richtung äusserte. Sie tat dies aber sehr laut, vornehmlich in ihren eigenen Presseorganen. Gegen Ende der Zwanzigerjahre, als die Folgen des Antisemitismus in Europa, im Speziellen in Deutschland, noch nicht abzusehen waren, erkennt man deutliche Spuren des Antisemitismus auch auf einer nationalpolitischen Ebene.

Das antisemitische Gedankengut hat aus drei Hauptbereichen Eingang in die norwegische Gesellschaft gefunden. Diese Hauptbereiche sind einerseits die Furcht vor den vermeintlich

⁹ NOU 1997:22, S. 23, zitiert Einhart Lorenz: Exil in Norwegen. Baden-Baden, 1992

¹⁰ NOU 1997:22, S. 23, mindretallets beregning, N.S.-Statistik: 1419

revolutionär-politischen Juden, den so genannten „Bolschewik-Juden“, anderseits die unerwünschte wirtschaftliche Konkurrenz durch so genannte „Handels-Juden“ und schliesslich, auf den ersten Blick eher unscheinbar, der hinter dem Tierschutzgedanken kaschierte Widerstand gegen das Schächten von Tieren. Die Systematik, mit der ein jeweils relativ abstraktes politisches, wirtschaftliches oder gesellschaftliches Problem konkretisiert und personifiziert wurde, ist einfach. Sie widerspiegelt ein Lehrstück dafür, wie ein Sündenbock geschaffen wird.¹¹

Die Furcht vor den „Bolschewik-Juden“ lässt sich nahtlos an die Angst vor ausländischen Spionen aus der Zeit des Ersten Weltkrieges anknüpfen.

Norwegen verhielt sich von 1914 bis 1918 politisch neutral und insofern naiv, als man glaubte, ausserhalb des Wirkungsfeldes des politischen Weltgeschehens stehen zu können. Die Kriegsjahre bescherten der norwegischen Ökonomie eine ungeahnte Hochkonjunktur; die Schifffahrt, die Bergwerke, die Fischereibetriebe und viele weitere Industriezweige erlebten gute Zeiten. Einerseits öffnete sich das Land dem Ausland gegenüber auf einer ökonomischen Ebene, um die Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten, anderseits schloss es sich gegen Ausländer ab, die in Norwegen arbeiten oder Wohnsitz nehmen wollten. „Es geht nicht an, dass wir uns zur Kloake Europas machen und Diebe, Räuber und Mörder ungehindert in unser Land einreisen lassen, wenn das übrige Europa durch strenge Bestimmungen verhindert, dass solcher Ausschuss über ihre Grenzen in die einzelnen Länder gelangt“¹², wie sich der Justizminister der Linksregierung unter Ministerpräsident Gunnar Knudsen, Lars Abrahamson, 1915 in seiner Wortwahl etwas derb ausdrückte.¹³ Dass der Justizminister dabei keineswegs an Juden im Speziellen dachte, beweist seine eigene jüdische Herkunft.

Die wachsende Kritik an den Behörden der Ausländerkontrolle und der Spionageabwehr zeitigte ab dem Jahr 1917, nachdem Deutschland den uneingeschränkten U-Boot-Krieg erklärt hatte, konkrete Resultate, denn die U-Boote waren die grösste Gefahr für die norwegische Wirtschaft, die in besonderem Ausmass an die Schifffahrt gebunden war. Nicht zuletzt Justiz- und Polizeibeamte machten ausländische Spione für die wachsende Zahl von norwegischen Schiffsverlusten verantwortlich. Unter diese ausländischen Spione fielen durchaus auch ein-gebürgerte Personen, denn „diese [haben] trotz der norwegischen

¹¹ Vgl. Mendelsohn Kap. IV-XII

¹² Odelstinget, 28. Mai 1915, S. 807 (Protokolle der Beratungen, hrsg. von: Statens forvaltningstjeneste, Oslo, 1916)

¹³ Johansen, Per Ole: Oss selv nærmest. Norge og jødene 1914-1943. Oslo 1984, S. 13

Staatsbürgerschaft durchaus Sympathien für ihre Heimatländer, sodass sie für die Sicherheit des Landes ebenso gefährlich sein können wie Ausländer, die keine norwegischen Staatsbürger geworden sind“.¹⁴ Das mit dieser Begründung vorgeschlagene geheime Archiv über Personen, die die norwegische Staatsbürgerschaft erhalten hatten, wurde nicht genehmigt, aber die vehemente Abwehrhaltung und grundsätzliche Skepsis dem Fremden gegenüber drückt sich bereits in der Absicht deutlich aus. Im März 1914 schrieb die grösste norwegische Zeitung, Aftenposten: „Lasst uns nicht vergessen, dass Norwegen den Norwegern gehört.“¹⁵

2.2.2 Der „Bolschewik-Jude“

Der Berührungspunkt zwischen der Furcht vor Spionen und der Furcht vor den „Bolschewik-Juden“ ist in jener Gruppe von Personen zu finden, die ihren Lebensunterhalt als umherreisende Händler verdiente. Ein Grossteil dieser Personen waren Juden, die im Auftrag von norwegischen, oftmals jüdischen, Geschäftsleuten oder auf eigene Rechnung Handel trieben.¹⁶ Solche Händler waren politisch und auch wirtschaftlich nur schwer kontrollierbar, da sie die meiste Zeit unterwegs waren oder gar keinen festen Wohnsitz hatten. Leicht wurden ihnen auch von offiziellen Stellen Unehrlichkeit, Geldgier und eine unaufrichtige Haltung Norwegen gegenüber unterstellt: „Diese Juden ernähren sich zu einem grossen Teil von verbotenem Handel (besonders Uhrenhandel) und anderenteils von Kartenspiel. Sie sind ein Volk ohne Vaterlandssinn ... Sie denken nur daran, Geschäfte zu machen ... Die meisten von ihnen haben gute Ortskenntnisse und kennen sich mit den Menschen aus, sie sind verschlagen und sprachgewandt und *meiner Meinung* nach besonders geeignet für Spionagedienste.“¹⁷ Jede gesetzlich mögliche Ausweisung müsse vollstreckt werden, fährt der Polizeiwachtmeister fort. Es solle keine Rücksicht darauf genommen werden, ob sich „diese Elemente“ schon lange in Norwegen aufgehalten hätten, im Gegenteil: „Je heimischer sie sich fühlen, desto gefährlicher sind sie.“ „Gefährlich“ heisst im Jahr der russischen Revolution, hinter die ausschliesslich jüdische Interessen gestellt wurden, vor allem „politisch gefährlich“. Die antisemitische Haltung wird in diesen Aussagen sehr deutlich. Einerseits sind die Juden „ein Volk ohne Vaterlandssinn“, aber wenn sie heimisch werden, was einen „Vaterlandssinn“

¹⁴ SAO Fremmedpoliti 1916-1917, Interne Notiz des Justizdepartementes vom 6. 12. 1916

¹⁵ Aftenposten, Nr. 152, 24. März 1914

¹⁶ Johansen: Oss selv nærmest. S. 24

¹⁷ Polizeiwachtmeister Jack Andersen in einem Bericht an das Justizdepartement vom 16. Aug. 1917. SAO, Fremmedpoliti 1916-1917, Hervorhebung durch den Verfasser

zumindest möglicherweise mit einschliesst, werden sie noch „gefährlicher“, was nur heissen kann, dass sie versuchen den norwegischen Staat zu unterwandern. Die Angst, politisch unterwandert zu werden, war zweifellos vorhanden. Revolutionsfurcht, Reaktion und Antisemitismus verschmolzen nach der russischen Revolution. Diese Mischung wurde auch in Norwegen spürbar. Das Angstgefühl drohte, sich auf eine bestimmte Menschengruppe zu konzentrieren: die Juden. Ohne in der Verbrecherstatistik besonders aufzufallen, wurden ihnen Verbrechen, nicht zuletzt auch politische Verbrechen, unterstellt. Diese Haltung stellte der Chef der Aufnahmebehörde für Immigranten, Johan Sørh, zur Schau. In einem Aftenposten-Interview äusserte er sich explizit dahingehend: „Wir haben einen bedenklichen Eindruck dieser ... Individuen nach dem Typ des internationalen Juden erhalten. Sie haben sich hier in verschiedener Beziehung bemerkbar gemacht und wurden der Diebstähle, besonders der Taschendiebstähle, aber auch der Spionage verdächtigt, ohne dass es möglich gewesen ist, eindeutige Beweise zu beschaffen. Sie sind aalglatte, durchtriebene Verbrecher, die es verstehen, sich zu verstecken. Das sind keine ‘Lazzaron’-Juden, sondern Juden des Typs ‘Gentleman’.“¹⁸

Für manches Verbrechen war „der Jude“ ein beliebter Sündenbock. Sogleich waren auch äusserliche Vorurteile zur Hand, wie ein Bericht in „Bergens Tidende“ über einen der Spionage verdächtigten Mann zeigt: „Er ist sehr dunkel, hat glänzendes, schwarzes Haar und kleine listige Augen. Sein Aussehen deutet auf jüdische Abstammung hin, was durch seine eigenartig lispelnde Stimme bekräftigt wird.“¹⁹ Der Artikel zeigt die Vermischung von politischem Antisemitismus (Verdächtigung eines in diesem Falle unschuldigen Juden) und sozialem Rassismus (äusserliche, negative Merkmale). Mir scheint eine deutliche Trennung dieser beiden Aspekte in diesem Zusammenhang angebracht, obwohl die beiden Phänomene kausal zusammenhängend auftreten. Die Vorstellung der Überlegenheit der eigenen Rasse und Kultur einerseits zeigte sich nicht nur gegenüber den Juden, sondern auch in den „Norwegisierungsversuchen“ gegenüber der samischen Minderheit in Finnmark, aber dieser Aspekt tritt erst bei der Debatte über die Schächtung von Tieren deutlicher ins Blickfeld.²⁰ Der politische Antisemitismus andererseits versuchte die Furcht vor der Unterwanderung des norwegischen Staates durch die Juden zu schüren, was allerdings nie richtig gelang. Der „Bolschewik-Jude“ war bloss ein Teil eines grösseren Furchtkomplexes, der eine Reihe von Ausländern betraf. Auch über schwedische und finnische Staatsangehörige, z.T. auch Dänen

¹⁸ Aftenposten, 17. Dez. 1917

¹⁹ Bergens Tidende, 28. Aug. 1917

²⁰ Johansen, Per Ole: Politiet har fortsatt et renommé å ivareta : arrestasjonene og deportasjonen av norske jøder i 1942. Oslo, 2001, S. 54

und Deutsche, vor allem aber russische „Aufwiegler“ wurde abwechselnd in der Öffentlichkeit polemisiert.

Aber der Mechanismus, wie ein Sündenbock geschaffen wird, tritt deutlich hervor: Der an und für sich unsichtbare politische Feind, der nur ganz selten sein Gesicht zeigt, wird personifiziert. Es trifft, zunächst noch neben anderen, jene Minderheit, die erstens bereits im übrigen Europa abgelehnt wird, die zweitens in der vorangegangenen Zeit eine zwar bescheidene, aber doch die grösste Einwanderergruppe darstellte und die drittens der bestehenden norwegischen Gesellschaft kulturell am fremdesten war. Zuerst ist die Fokussierung auf die Juden noch undeutlich. Das antisemitische Gedankengut beginnt in verschiedenen Kreisen der norwegischen Gesellschaft in der zweiten Hälfte des zweiten Jahrzehnts Fuss zu fassen. Der „Bolschewik-Jude“ allein hat nicht ausgereicht, ein ernstzunehmendes Ablehnungspotential zu schaffen, aber mit der gleichzeitig auftretenden Allegorie des „Handels-Juden“ und der folgenden Vermischung der beiden Vorurteile verstärkte sich dasselbe zusehends.²¹

2.2.3 Der „Handels-Jude“

Die von einem Ort zum anderen reisenden Händler erfüllten in einer Zeit der grossen Abstände zwischen den ortsgebundenen Kaufleuten eine wichtige Rolle. Dies trifft auf Norwegen mit seiner enormen geographischen Ausdehnung und seiner zerklüfteten Küstenlinie im Westen in besonderem Masse zu. Die Verbesserung der Handelswege und der Kommunikationsmöglichkeiten erleichterte den ansässigen Kaufleuten die Arbeit etwas und schon gab es vereinzelte Stimmen, die sich gegen den reisenden Handel erhoben, der grösstenteils von Juden betrieben wurde. Besonders in wirtschaftlich schwierigen Zeiten artikuliert sich diese abwehrende Haltung. Der zunehmende Antisemitismus in Russland, Litauen, Lettland und Polen führte zu einem Zuwachs von jüdischen Handelsreisenden zunächst in Schweden und etwas verzögert auch in Norwegen. Besonders nach der Revolution von 1905 in Russland wanderte eine beträchtliche Zahl ein.²² Eine direkte Folge davon war das Handelsgesetz von 1907, das diese Art des Handels begrenzte. Einige Waren durften nicht mehr „fliegend“ verkauft werden und Ausländer verloren den zuvor generell freien Zugang zum norwegischen Binnenmarkt. Aber das Gesetz griff nicht wie gewünscht, es gab viele Schlupflöcher und Ausnahmebestimmungen, sodass die alteingesessenen Kaufleute

²¹ Johansen, Per Ole: Politiet. S. 62

²² Johansen: Oss selv nærmest. S. 28

mit dem Handelsgesetz nicht zufrieden waren. Während des Ersten Weltkrieges formierten sie sich in Gruppen, die gewillt waren, gegen jene Widerstand zu leisten, die solche Gesetzeslücken ausgenützt hatten. Die verschiedenen Handelsvereinigungen begannen, die Stimmung gegen die „Handels-“, „Woll-“, „Kleider-“, „Geld-“, „Uhren-“, „Ostsee-“ oder „Russenjuden“ anzu-heizen. 1919 rief die norwegische Kaufmannsvereinigung (Norges Kjøpmandsforening) die „Norwegische Kaufmannszeitung“ („Norges Kjøpmandsblad“) ins Leben, welche sich in den Zwanzigerjahren zum Sprachrohr im Kampf gegen die (jüdischen) Handelsreisenden machte. Nicht selten wurden Artikel von anonymen Autoren publiziert, die sehr pauschale Vorurteile verbreiteten: „Die Juden bekommen mehr und mehr Macht, ihr Einfluss wird mit jedem Tag, der vergeht, grösser ... alles läuft heute nach ihrem Sinn.“²³ Die Kaufmannszeitung veröffentlichte Namenlisten mit Handelsreisenden jüdischer Herkunft und hielt die Polizei mit immer neuen Anschuldigungen gegen Juden auf Trab. 1927 rief die Zeitung die norwegischen Kaufleute in ländlichen Regionen dazu auf, Berichte über jüdische Handelsaktivitäten zu verfassen und an die Redaktion zu schicken. „Würde jeder Kaufmann im Land wie ein Norweger handeln, könnten wir trotz allem das Unwesen beenden.“²⁴ Wer Waren an jüdische Handelsreisende verkaufte oder Juden als Agenten anstellte, dessen Name wurde als „Strafe“ in der Zeitung genannt, was aber eine ganze Menge Norweger nicht kümmerte, wie die umfangreichen Namenlisten beweisen.

Die Kaufleute ergriffen die Initiative, weil sie der Auffassung waren, die Polizei schaue dem Treiben der fremden Händler gleichgültig zu. Man war sich allerdings bewusst, wie schwierig es war, die Übersicht zu behalten. Dies nannten sie als Grund, als sie sich anerbaten, die Polizei zu unterstützen. Zumindest ein Hintergedanke war natürlich, selbst direkt in das Schicksal der unliebsamen Konkurrenten eingreifen zu können. Ende der Zwanzigerjahre erlangten manche Handelsvereinigungen auf eigenes Drängen einen Beraterstatus. Diese Stellung wurde 1928 sogar vom Staatsanwalt bekräftigt: „Der Staatsanwalt bittet ... die lokalen Polizeiverantwortlichen, so weit wie möglich die Sachkenntnis von ausgewählten Mitgliedern der Handelsvereinigungen bei der Nachforschung über ausländische Handelsreisende zu berücksichtigen. ... Des Weiteren soll die Landesvereinigung [der Kaufleute] angehalten werden, eventuelle Auskünfte zu erteilen, bevor eine Untersuchung abgeschlossen ist.“²⁵ Die antisemitisch eingestellten Kaufleute wurden damit zu einem Teil der staatlichen Institutionen.²⁶

²³ Norges Kjøpmandsblad, Nr. 5, 1920; Titel des Artikels: Der Gesellschaftsfeind.

²⁴ Norges Kjøpmandsblad, Nr. 29, 1928

²⁵ Den Norske Handelsstands Fællesforening. Månedstidskrift, Dezember 1928

²⁶ Johansen: Oss selv nærmest. S. 31

Mit der weltweiten wirtschaftlichen Krise Ende der Zwanzigerjahre verschärfte sich der Widerstand der organisierten Kaufleute, was ein deutliches Zeichen dafür ist, dass die jüdischen Handelsreisenden vor allem eine unliebsame wirtschaftliche Konkurrenz waren und weniger wegen der ihnen nachgesagten schlechten Charaktereigenschaften bekämpft wurden.

Die Polizei, die sich in verschiedenen Landesteilen in einem beträchtlichen Rahmen für die Interessen der Kaufleute einspannen liess, wurde aber immer wieder vom Justizdepartement gebremst. Fälle, die nicht ganz eindeutig lagen oder Fälle, bei denen es offensichtlich allein um die Einwanderung ging, wurden dort oft aus einer pragmatischen Perspektive gelöst.

Die norwegischen, nicht-jüdischen Handelsreisenden, die oft mit selbst produzierten Waren unterwegs waren, hatten eine höhere Akzeptanz, aber trotz des Widerstandes fanden auch vermehrt jüdische Händler in Norwegen ein Auskommen, was bedeutet, dass breite Schichten der Bevölkerung Waren von Juden kauften. Die Verdammung der „Handels-Juden“ wurde auch nicht von allen Kaufleuten gutgeheissen, einem Teil von ihnen missfiel die Kampagne, besonders als antisemitische Argumente zu überwiegen begannen.²⁷

Die Angst vor politischer Sabotage und die Angst vor wirtschaftlicher Konkurrenz verschmolzen im Laufe der Zwanzigerjahre zu einem Antisemitismus, der aber nur einen kleinen Teil der Bevölkerung ergriff.

Der sich ausbildende Antisemitismus fokussierte sich mit dem Kreuzzug gegen das Schächten deutlich auf einen gesellschaftlich-kulturellen Aspekt.

2.2.4 Der Widerstand gegen das Schächten

Bereits 1890 begann in Norwegen die Debatte um das Schächten von Tieren, das darin besteht, die Tiere durch raschen Blutverlust zu töten. Jüdische Kreise erläuterten, dass die Tiere mit dem Schnitt durch die Hauptschlagader das Bewusstsein verlören und somit keinen Schmerz erlitten. Die Gegner des Schächtens dagegen erklärten, die Methode sei barbarisch.

1912 gingen Tierschützer in Oslo in die Offensive und verlangten von den kommunalen Behörden ein Verbot des Schächtens, das schliesslich auch eingeführt wurde. Die jüdische Art des Schlachtens musste in die Nachbargemeinde Asker ausweichen, wo allerdings nur ein Jahr später eine Strafverfolgung gegen die betreffenden Metzger aufgenommen wurde.

1914 beschäftigte sich das Storting mit der Streitfrage, die bis 1929 das Flaggschiff der Tierschützer war. Die Haltung der Tierschützer geben im Wesentlichen zwei Vereinszeit-

²⁷ Johansen: Oss selv nærmest. S. 32

schriften wieder: „Dyrenes Ven“ (Der Tierfreund) und „Dyrenes Beskytter“ (Der Tierschützer). 1929 nahm das nationale Parlament schliesslich einen Gesetzesvorschlag gegen das Schächten an.

Die meisten Tierschützer waren von idealistischen Motiven getrieben, aber nicht alle, wie Oskar Mendelsohn schreibt.²⁸ Im sich zuspitzenden Streit sahen manche Leute ihre Chance gekommen, sich öffentlich gegen die Juden zu äussern, ohne sich direkt als Antisemit preiszugeben, indem sie sich hinter einer breit akzeptierten, tierschützerischen Gesinnung verstecken konnten. Die jüdische Zeitschrift „Hatikwoh“ bemerkte 1929, es sei sehr nahe-liegend anzunehmen, dass der Widerstand gegen das Schächten von einem „mehr oder weniger bewussten Antisemitismus genährt [sei]. ... Dieses Vorurteil, das unsere aufgeklärte Zeit noch nicht hat aus der Welt schaffen können.“²⁹

Ein Beispiel einer Vermischung oder Verschleierung von Motiven erkennt man in der oben bereits erwähnten Person des Chefs der Aufnahmebehörde für Immigranten, Johann Sørh. Seit 1920 sass dieser im Vorstand des norwegischen Tierschutzbundes (!), 1927 wurde er dessen Vizevorsitzender und 1929 schliesslich Vorsitzender. Er sei schon immer am Tierschutz interessiert gewesen, dies habe doch „viele gemein mit der Tätigkeit eines Polizisten“.³⁰

Der erste Gesetzesentwurf über ein Verbot des Schächtens von 1926, hinter dem „alle *norwegischen* Männer und Frauen“³¹ standen, der aber verworfen wurde, trieb die Tierschützer zu einer Offensive. Sørh war einer von ihnen und er schrieb eine ganze Reihe von Artikeln in „Aftenposten“, in denen er die jüdische Gemeinde in Oslo scharf angriff: „Es ist eine unbegreifliche Frechheit, dass die Juden ... erwarten und verlangen, dass die Bürger dieses Landes auf ihr sinnloses und grausame Schlachtungsritual Rücksicht nehmen sollen. Und dies haben wir uns so lange bieten lassen.“³² Die Osloer Juden, die spürten, wie das Eis unter ihren Füßen zusehends schmolz, wandten sich an den berühmten norwegischen Wissenschaftler Fritjof Nansen und baten ihn um öffentliche moralische Unterstützung, die er ihnen schliesslich auch gewährte. Sørh zeigte in seiner Reaktion sein wahres Gesicht: Professor Nansen sei vom internationalen Judentum so sehr beeinflusst, weil verschiedene jüdische Organisationen seine wissenschaftliche Arbeit „in einem enormen finanziellen

²⁸ Mendelsohn I, S. 570-574

²⁹ Hatikwoh. Nr. 7, 1929

³⁰ Dyrenes ven. Nr. 5, 1929

³¹ Dyrenes ven. Nr. 3, 1926, Hervorhebung im Original

³² Aftenposten. Nr. 283, 9. Juni 1926

Umfang“³³ unterstützt hätten, seine Unterstützung sei gekauft. Er fügte sogar eine Drohung an: „Wir bringen gewisse jüdische Händler und Unterhändler schon noch dazu, dass sie es gescheiter finden, das Land zu verlassen. Hier gibt es genug Norweger, die zu handeln bereit sind.“³⁴

Die Pressekampagne gegen das Schächten fand in den Jahren 1926-1929 ihre intensivste Phase. Die Juden wurden als grausam, geheimtuerisch und unnorwegisch bezeichnet. Im Wissen darum, dass die Juden ihre kulturellen Wurzeln nicht werden aufgeben können, deutete der Tenor eindeutig dahin, dass sie, wollten sie im Land bleiben, sich der norwegischen Kultur anzupassen hätten.³⁵

Eine parlamentarische Expertenkommission überreichte dem Stortingspräsidenten im März 1927 einen Bericht über das zweite geplante Schlachtgesetz. Die Mehrheit der Kommission sprach sich für ein Verbot des Schächtens aus, aber es gab auch versöhnliche Stimmen, die sich im Speziellen auf das Verhältnis von Gesetzestreue und ethischer Verantwortung bezogen. Unter anderen votierten die Abgeordneten Olav Fjærli und Jakob Gimre gegen das neue Gesetz: „Wir sind der Auffassung, dass man sich in unserer Zeit zu sehr an Gesetze klammert, wenn es um ethische und moralische Werte geht.“³⁶ Dies ist ein Ausspruch, der, beachtet man die Zeitumstände, von hoher politischer Integrität zeugt. Ein anderer Parlamentarier vertrat eine noch pragmatischere Sicht: „Man soll keine Tiere quälen. Aber noch schlimmer ist es, Menschen zu quälen.“³⁷ Die Diskussion verlagerte sich in der Folge weg von der veterinärmedizinischen Ebene auf die Ebene der Argumente für und gegen die Religionsfreiheit. Die Befürworter des Gesetzes nahmen das Argument gern auf und drehten es um, indem sie erwiderten, es widerspreche der christlichen Lehre, Tiere zu quälen und deshalb müsse sich die Minorität beugen. Dies zeigt, dass das Subjekt des Streites zwar die Tiere waren, im Zentrum der Frage standen jedoch die Juden. Sowohl 1927 als auch 1928 wurde die Gesetzesvorlage im Parlament abgelehnt. Die Stellungnahme des Abgeordneten Sverre Støtstad aus Trondheim, es gehe nicht an, sich in einer Art auf eine nationale Minorität zu stürzen, die einen vermuten lasse, dass dahinter der reine Rassenhass stehe³⁸, hat manchen Volksvertreter von der Zustimmung abgehalten.

Der Gesetzesvorschlag wurde im Juni 1929 erneut im Parlament behandelt.³⁹ Die Gegner des Schächtens brachten keine neuen Argumente ein, sondern wiederholten die hergebrachten und

³³ Aftenposten. Nr. 380, 22. Juni 1926

³⁴ Aftenposten. Nr. 397, 2. August 1926

³⁵ Mendelsohn I, S. 573

³⁶ Innstilling. OXX, 1927, S. 3, hrsg. von: Statens forvaltningstjeneste, Oslo, 1927)

³⁷ Innstilling. OXX, 1927, S. 9

³⁸ Johansen: Oss selv nærmest. S. 69

³⁹ Mendelsohn I, S. 574

formulierten diese klarer in der Hinsicht, dass die Intention deutlich wurde. Ein Statement des späteren Ministerpräsidenten Jens Hunseid zeigt, dass es nicht mehr länger um Tierschutz ging, sondern um die Juden: „Und selbst wenn dieses geschächtete Fleisch für einzelne Juden ein Sakrament ist, dann müssen sie dafür andere als die unsrigen Tiere nehmen. Wir sind nicht verpflichtet unsere Haustiere den jüdischen Grausamkeiten auszuliefern, wir haben die Juden nicht in unser Land eingeladen und wir sind nicht verpflichtet, ihnen Tiere für ihre religiösen Orgien zu verschaffen.“⁴⁰ Die Tiere erscheinen im Gegensatz zu den Juden als der norwegischen Gesellschaft zugehörig. Hunseid impliziert, dass die Norweger ihre norwegischen Tiere auf norwegische Art schlachten, während die Juden ihre jüdischen („andere“) Tiere von ihm aus schlachten können, wie sie wollen. Daneben erkennt man eine krasse Verunglimpfung eines jüdischen Religionsrituals („Orgien“), worin man wiederum sieht, dass das Votum gegen die Juden und nicht zugunsten der Tiere zu verstehen ist.

Mehrheit oder Minderheit, christlich oder jüdisch, Norweger oder Jude - das waren die Fronten im Kampf um das Schlachtgesetz gegen das Schächten. Juden wurden als Gäste oder Fremde bezeichnet, ohne Rücksicht darauf, dass manche ihr ganzes Leben in Norwegen verbracht und auch die Staatsbürgerschaft angenommen hatten. Der Streit um das Schächten berührte die Juden in den Zwanzigerjahren mehr als jede andere Angelegenheit. Der Kampf gegen die vermeintlichen Aufwiegler und die Handelsreisenden betraf nur eine kleine Minderheit. Jetzt wurde aber deutlich unterschieden zwischen „uns“ und „ihnen“. Die Besonderheit des Streites um das Schlachtgesetz lag darin, dass die Fronten quer durch alle Parteien verlief.

2.2.5 Zusammenfassung

Die Wichtigkeit im Zusammenhang mit dieser Arbeit besteht in der Erkenntnis der Argumentationsfolge. Mit der Frage des Schächtens waren die Juden plötzlich als gesamte Menschengruppe greif- und vor allem angreifbar. Man konnte sich nicht mehr nur gegen jene Juden aussprechen, die der Spionage oder des umstürzlerischen Verhaltens verdächtigt wurden, auch nicht mehr nur gegen jene Juden, die als reisende Kleinkrämer und Händler unterwegs waren und eine unliebsame Konkurrenz waren, sondern die religiöse Gemeinschaft war der Kern der Feindseligkeiten.

⁴⁰ Odelstinget, 12. Juni 1929 S. 580

Inwiefern es die ursprüngliche Absicht bestimmter Leute war, die Juden in eine Sündenbockrolle zu drängen, lässt sich nur sehr schwer nachweisen, aber diese Entwicklung ist eindeutig. Die drei genannten Bereiche, aus denen das antisemitische Gedankengut den Weg in die norwegische Gesellschaft gefunden hat, beantworten die Frage nach der Herkunft des Antisemitismus selbst nicht. Sie führen nur vor Augen, welche Umstände antisemitisches Gedankengut an die Oberfläche brachten und salonfähig machten. Damit ist auch nicht gesagt, dass die gesamte norwegische Gesellschaft von antisemitischem Gedankengut durchdrungen war. Die Presseerzeugnisse spiegeln insofern ein einseitiges Bild. In Zeitschriften und Zeitungen äusserten sich vornehmlich jene Leute, die sich zu einem patriotischen Nationalismus bekannten, der sich im Laufe der Zwischenkriegsjahre in erster Linie gegen die jüdische Gemeinschaft wandte. Die schweigende Mehrheit hinterliess naturgemäss keine Spuren in den Quellen und Zeitungsarchiven.

2.3 Die Ausländerpolitik

2.3.1 Die liberale Tradition und die Kritik an derselben

Die Frage stellt sich, inwiefern der latent vorhandene Antisemitismus sich auf die praktische Politik in Norwegen, vor allem natürlich auf die Fremdenpolitik auswirkte.

Norwegen besass seit seiner Reichsgründung sehr liberale Ausländergesetze - eine Tradition, deren Begründung alle Parteien immer wieder für sich reklamierten.⁴¹ Während des Ersten Weltkrieges jedoch wurde das Ausländergesetz aus Furcht vor Spionage und Unterwanderung drastisch verschärft. Nach dem Krieg schaffte man jene Bestimmungen wieder ab, die die freie Einwanderung und den freien Handel verboten, während einige einschränkende Massnahmen weiterhin in Kraft blieben. Die Regeln und Gesetze wurden aber sehr unterschiedlich gehandhabt. Als Faustregel gilt, dass die Polizeibehörden in ländlichen Gegenden die Paragraphen liberaler deuteten und anwandten als die Polizeibehörden in den Städten. Auf der restriktiven Seite standen die Mehrzahl der Polizeichefs der grösseren Distrikte, das Zentrale Passbüro und einige Funktionäre von Hauseigentümerverbänden, von denen einige Mitglieder vermehrt Ausländern die Wohnungen willkürlich kündigten. Auf der liberalen Seite befanden sich das Departement für Äusseres und solche Polizeichefs, die entweder eine liberale Gesinnung zeigten oder die nur liberal wirkten, weil sie unfähig waren, die Gesetze

⁴¹ Mendelsohn I Kap. II

durchzusetzen. Diese uneinheitliche Handhabung des Gesetzes führte zu starker Kritik an der Polizei aus allen Lagern. Liberal denkende Bürger sahen vor allem die restriktive Anwendung und empfanden diese als unmenschlich, während rechtsgerichtete Kreise der Polizei vorwarfen, dem Gesetz selbst nicht treu zu sein und so die Unterwanderung des Staates zu fördern.⁴²

Innerhalb der Interpretationsspielräume stand das Justizdepartement als ausgleichendes Gewicht. Die Verantwortlichen im Justizdepartement wünschten sich keine liberalere Einwanderungspolitik. Sie waren in einigen Fällen im Zwist mit Polizeichefs, die eine solche Politik betrieben, aber sie empfanden es als ihre Pflicht, sich auf einer moderaten gesetzlichen Grundlage zu bewegen. Dies äusserte sich einerseits in Korrekturen von Ausweisungsbeschlüssen durch lokale Polizeinstanzen, die „jeder Grundlage entbehrten“.⁴³ Andererseits wurden aber auch Bestrebungen wie zum Beispiel jene von Johann Sjør in Aker im Jahr 1927 unterstützt, die eine „Aufräumaktion gegen umherstreifende Ausländer und andere lose Existenzen“⁴⁴ zum Ziel hatte.

Gegenüber den Juden war die Einwanderungspolitik zumindest bis 1927 eine andere. Das Justizdepartement war nicht gewillt die Grenzen für Juden zu öffnen, aber gleichzeitig war man bestrebt, dass nicht rassistische Anschauungen diese Politik bestimmten. Der Buchstabe des Gesetzes wurde in der Regel vom zentralen Passbüro in Oslo jedoch hart und konsequent angewandt. Wenn jüdischen Immigranten die Einreise verweigert wurde, lautete die Standardbegründung vielfach, dass das Gesuch abgelehnt werde, weil sonst „das Land von weiteren [solchen] Individuen überschwemmt wird, falls man dieser einen Person den Aufenthalt gewährt“.⁴⁵

Das Justizdepartement griff gegenüber den Juden in der Mehrheit helfend ein. Das zentrale Argument war jenes der Gleichbehandlung aller Ausländer, es sollte also in der Praxis nicht zwischen Juden und anderen unterschieden werden, was allerdings nicht immer gelang. Die Beamten im Justizdepartement waren bemüht, die Institutionen, deren Entscheide umgestossen wurden, nicht blosszustellen. Diese Haltung ist in einem Notat vom 19. Januar 1920 zu einem konkreten Fall ausgedrückt, in dem einem jüdischen Hühnerhändler von der Osloer Polizei die Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung verweigert werden sollte: „Die Polizeikammer hat sicher recht, dass es wünschenswert wäre, verschiedene der hier [in Oslo]

⁴² Johansen: Oss selv nærmest. S. 73-75

⁴³ Internes Notat des Justizdepartementes vom 29.12.1922. Fremmedloven 1920-22.

⁴⁴ Brief des JD an das UD vom 24.5.1927. SAO, Justisdepartementet, Den nye fremmedloven 1924-27. Oppholdstillatser.

⁴⁵ Notat des JD. 4.12.1920. SAO, Justisdepartementet, Den nye fremmedloven. Oppholdstillatser 1921

weilenden Juden loszuwerden, sowohl in Hinsicht auf die Wohnungsnot als auch in der Hinsicht, dass sie einen wenig wünschenswerten Bevölkerungszuwachs darstellen. Aber einige Rücksicht schulden wir auch diesen Personen: Obwohl sie *Juden* sind, sind sie doch *Menschen*. [Die relativ grosse Anzahl von Juden in Oslo] ist vermutlich eine Folge davon, dass es für die Juden sehr schwierig ist, sich ausserhalb von Kristiania eine Lebensgrundlage aufzubauen. Dies ist aber *nicht nur* ihre eigene Schuld. Sie haben gegen manche Vorurteile und Schwierigkeiten zu kämpfen, die von der norwegischen Bevölkerung ausgehen ... Eine nennenswerte Milderung der Wohnungsnot wäre [durch die Ausweisung der Juden] auch nicht zu erwarten. Sie bewohnen äusserst bescheidene 'Wohnungen'...⁴⁶ Bemerkenswert ist zum einen, dass die Juden nach Ansicht des Schreibers auf selbstverschuldeten Widerstand in der Bevölkerung stiessen und zum anderen, scheint die Auffassung, dass die Juden Menschen sind, nicht ganz selbstverständlich, oder deren Verneinung zumindest nicht ganz abwegig. Das Argument der Wohnungsnot schliesslich, dessen Gültigkeit zunächst bejaht wird, wird im selben Abschnitt gleich wieder entkräftet. Rhetorisch geschickt gibt das Justizdepartement in einer kaschierten Zurückweisung zunächst dem „Gegner“ Recht, um schliesslich eine korrigierende Sicht darzulegen.

Im Frühjahr 1924 empfahl das Justizdepartement eine mildere Auslegung des Ausländergesetzes, aber nur gegenüber den Schweden und den Dänen: „Bei schwedischen und dänischen Einreisewilligen darf nicht darüber hinweggesehen werden, dass diese mit Rücksicht auf die Rasse, Sprache [und Kultur] den Norwegern nahe stehen, weshalb ihnen mit Wohlwollen begegnet werden soll.“⁴⁷ Immer deutlicher schleicht sich ein antisemitischer Unterton in die Debatte um die Ausländer ein. Dies geschah nicht einseitig, sondern ist in den verschiedenen Institutionen früher oder später zu erkennen. Dabei tauchen alle bekannten Vorurteile auf. Kaum hatten sich die ersten Juden wirtschaftlich etabliert, findet man Zeugnisse, die die jüdischen Bestrebungen untermauern sollten, selbst in wichtige norwegische Branchen und Institutionen einbrechen zu wollen: „Osterhaugen ist das Judenquartier oder -ghetto der Zukunft. Aber warte nur, schon bald erleben wir sie als nette Besitzer von Villen im Westen [der Stadt] ... Bald haben sie einen Fuss in einer Zeitung drin, einer Bank, der Universität und der Nationalgalerie!!“⁴⁸

⁴⁶ Notat des JD. 19.1.1920. SAO, Justisdepartementet, Den nye fremmedloven 1920-1921, Hervorhebung durch den Autor

⁴⁷ Brief des JD an die Osloer Polizei vom 14.3.1924. SAO, Justisdepartementet, Pakke II, Utlendingsloven av 13.7.1917 om innskrenking i utlendingers adgang til å oppholde seg i visse kommuner. Siehe Mendelsohn I, S. 559

⁴⁸ Aftenposten Nr. 379, 3.7.1924

2.3.2 Verschärfung der Ausländerpolitik

Die norwegische Ausländerpolitik zwischen 1919 und 1927 kann als moderat bezeichnet werden.⁴⁹ Die antisemitische Agitation war in erster Linie eine Sache der Stammtische und der Leserbriefe. Zwar sind auch in Institutionen einige unglückliche Entscheide gefällt worden und ein Ansteigen von antijüdischen Ressentiments ist zu bemerken, aber im Grossen und Ganzen lebten die Juden in Norwegen ein sicheres und ruhiges Leben. Noch immer galt der freie Zugang zum Königreich, sofern der Immigrant eine Arbeit gefunden hatte, während sich gleichzeitig viele junge Norweger aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit gezwungen sahen, auszuwandern.

Mit dem Ausländergesetz von 1927 wurde der moderate Weg verlassen, indem nicht mehr jeder einreisewillige Ausländer automatisch eine Arbeitsbewilligung erhielt. Die Niederlassung im Land setzte neu den Besitz einer Aufenthalts- und Arbeitsbewilligung voraus.⁵⁰ Dass sich die Massnahme in erster Linie gegen Juden richtete, wird nirgends explizit ausgesprochen, aber wenn man die Umstände bedenkt, wird dies doch deutlich. Das Justizdepartement warnte vor der osteuropäischen Emigration: „Zu einem grossen Teil gilt dies für jene Personen, die einer Rasse angehören, die so sehr verschieden von derjenigen der Norweger ist. Es wäre zweifellos sehr unglücklich, wenn die Einwanderung eines solch fremdartigen Menschenschlags in einem bedeutenden Grad geschehen würde. [Die bisherige Einwanderung aus dem osteuropäischen Raum] hat sich als sehr unglückliches Bevölkerungswachstum erwiesen.“⁵¹ Mit der „fremdartigen Rasse aus Osteuropa“ sind zweifellos die osteuropäischen Juden gemeint, obwohl dies nicht explizit ausgedrückt ist. Sie sind die einzige Volksgruppe aus jenem Raum, die Ende der Zwanzigerjahre im Zentrum der Diskussion stand. Es ist allgemein auffallend, dass in den Quellen zur zeitgenössischen politischen Diskussion die Juden jeweils nicht genannt, sehr wohl aber gemeint sind. Das Argument des „unglücklichen Bevölkerungswachstums“ durch die (jüdische) Einwanderung gibt den Vertretern des sozialen Rassismus auftrieb. „Rassenhygieniker“ wie Alf Mjøen verfielen auf den Plan, ethnische Einwanderungsquoten festzulegen, was allerdings nie Eingang in die offizielle Politik gefunden hat. Aber die Rassenfrage wurde auch auf höchster Ebene gestellt. Jens Hunseid sah in der Immigration von fremden Rassen und der Emigration der einheimischen Jugend „eine rein rassenhygienische Gefahr“.⁵² Das Argument der

⁴⁹ Mendelsohn I, S. 558ff

⁵⁰ Johansen: Oss selv nærmest. S. 82

⁵¹ Ot. prp. Nr. 11, 1926, S. 2 (Vorschlag des Odelstings zuhanden des Stortingsplenums, hrsg. von: Statens forvaltningstjeneste, Oslo, 1926)

⁵² Beratungen im Stortinget 3.4.1930, S. 1002; hrsg. von: Statens forvaltningstjeneste, Oslo, 1930

genetischen Minderwertigkeit anderer Volksgruppen wurde in der Zeit der „Norwegisierungsversuche“ der Samen erprobt und geschärft. Nun gelangte es wieder in die politische Debatte: „Ein guter Teil dieser Ausländer, die in unser Land kommen, sind rassemässig von minderer Qualität. Sie haben schlechtes Erbmateriel, dafür vermehren sie sich um so mehr. Unsere Rasse leidet unter dieser Einwanderung. Unsere gute norwegische Rasse wird auf eine Weise durchmischt, die für die Zukunft unserer Rasse unglücklich ist. Dies ist die gravierendste und auf lange Sicht kostbarste Folge unserer ungenügenden Kontrolle der Einwanderung. Ökonomischen Verlust kann man überwinden, aber schlechtes Erbmateriel, das in unsere Rasse gelangt, werden wir nie mehr los.“⁵³ Die Aussage Hunseids ist in ihrer schauerhaften Wortwahl zwar nicht repräsentativ, aber es ist bezeichnend, dass ihm selbst von politischen Gegnern nicht widersprochen wurde. Die Angst vor oder zumindest die Ablehnung des Fremdartigen muss wohl in allen Parlamentariern gesteckt haben.

1932 wurde das Ausländergesetz erneut verschärft: Wer sich in den letzten zehn Jahren eines Verbrechens, darunter fiel auch der Alkoholmissbrauch und der Aufenthalt im Land ohne festen Wohnsitz, schuldig gemacht hatte, wurde des Landes verwiesen. In manchem Polizeidistrikt genügte es schon, die Steuern einmal nicht bezahlen zu können oder in irgendeiner Form auf öffentliche Unterstützung angewiesen gewesen zu sein, um ausgewiesen zu werden. Neben den Juden wandte man das neue Gesetz vor allem gegen schwedische Bürger an, die norwegische Arbeitsplätze besetzten.⁵⁴ Das neue Gesetz hatte nicht nur eine antisemitische Komponente, die wiederum sprachlich vertuscht wurde, sondern auch eine ökonomische, indem jene Personen ausgesperrt wurden, die eine Belastung für die Wirtschaft darstellen konnten.

2.3.3 Flüchtlinge

Die Machtergreifung Hitlers löste eine neuerliche Welle der jüdischen Emigration aus Deutschland aus. Gleichzeitig machten die übrigen europäischen Staaten die Grenzen dichter. Im Mai 1933 bat die norwegische Botschaft in Berlin das Departement des Äussern um Rat, wie es sich den deutschen Juden, die nach Norwegen emigrieren wollten, gegenüber verhalten solle.⁵⁵ Das Justizdepartement sprach sich mit dem Zentralen Passbüro ab und

⁵³ Stortinget 12.2.1931, S. 109, hrsg. von: Statens forvaltningstjeneste, Oslo, 1931

⁵⁴ Mendelsohn I, S. 627

⁵⁵ Vgl. Mendelsohn I, S. 641-652 („Flyktningsspørsmålet“)

vereinbarte schliesslich nach Berlin zu melden, dass jeder Einzelfall individuell entschieden werde, dass es also keine Pauschallösungen geben werde. Das Departement des Äussern jedoch meldete nach Berlin: „Die hier herrschende Arbeitslosigkeit und die drückenden ökonomischen Verhältnisse lassen es leider kaum zu, Deutsche einreisen zu lassen, die aufgrund der nun eingetretenen Situation Deutschland verlassen wollen.“⁵⁶ Mögliche neue Aufenthaltsanträge sollten also mit ökonomischen Argumenten zurückgewiesen werden, obwohl „in unseren Herzen ihnen [den Deutschen (!), die flüchten wollen] die ganze Sympathie gehört“.⁵⁷ Es fällt auf, dass die Juden noch immer nicht explizit genannt werden, obwohl in allererster Linie sie gemeint sind. Die Landesökonomie wurde allerdings nur vorgeschoben, um die Entstehung einer „Judenkolonie“⁵⁸ zu verhindern. Wiederum prallten die Ansichten der verschiedenen Institutionen aufeinander. Die „Wächter“ im Polizeidepartement waren bestrebt, möglichst viele Flüchtlinge von Norwegen fernzuhalten und verweigerten sogar Verlängerungen von gewohnheitsmässigen Aufenthaltsbewilligungen. Die Argumentation in einem konkreten Fall lässt sich auf unzählige weitere Fälle übertragen: „Wir haben gemerkt, dass sie Jüdin ist und wir glauben, es werde, je länger sie sich hier aufhält, desto schwieriger sie wieder loszuwerden. Ihr Aufenthalt führt wahrscheinlich dazu, dass sie noch andere Juden nachzieht.“⁵⁹ Die Legalisten im Justisdepartement griffen zugunsten vieler Einzelfälle ein, zeigten gleichzeitig aber auch Verständnis für die ablehnende Haltung. Niemand in Norwegen habe ein Interesse an einem „Judenproblem“: „Wir würden nämlich gerne allen diesen Flüchtlingen helfen, aber wir sind uns doch selbst am nächsten. [...] Wir haben zum Glück mit keinem Judenproblem zu kämpfen, wie dies in Deutschland und bald auch in Österreich der Fall ist. Wir müssen uns aber so verhalten, dass sich die Judenfrage gar nicht stellt. Jene Juden, die bereits im Land sind, sind daran genauso interessiert.“⁶⁰ Dies ist die interne Begründung. Gegen aussen solle verlautbart werden, dass alle individuellen Gesuche „mit dem Wohlwollen, das die Umstände erlauben, geprüft“⁶¹ werden.

⁵⁶ Brief des UD an die norwegische Botschaft in Berlin vom 29.5.1933. SAO, Justisdepartementet, Fremmedloven 1933-1935

⁵⁷ Notat des JD vom 1.8.1933. SAO, Justisdepartementet, Fremmedloven 1933-1935

⁵⁸ Notat des JD vom 19.12.1933. SAO, Justisdepartementet, Den nye fremmedloven. Oppholdstillatser 1934-1935

⁵⁹ Notat des JD vom 19.12.1933. SAO, Justisdepartementet, Den nye fremmedloven. Oppholdstillatser 1934-1935

⁶⁰ Brief des Zentralen Passbüros an das JD vom 9.10.1934. SAO, Justisdepartementet, Politikontor, Flyktningsspakken 1934-1936.

⁶¹ Brief des Zentralen Passbüros an das JD vom 9.10.1934. SAO, Justisdepartementet Politikontor, Flyktningsspakken 1934-1936.

2.3.4 Diskriminierung der Juden

Die politischen Flüchtlinge, die in der Zwanzigerjahren von Justizdepartement sehr entgegenkommend behandelt wurden, oftmals indem ein Entscheid der Polizeibehörde umgestossen wurde, genossen in den Dreissigerjahren eine ähnlich bevorzugte Behandlung. Wer als politischer Flüchtling nach Norwegen einreisen wollte, konnte damit rechnen, eine Aufenthalts- und Arbeitsbewilligung zu erhalten. Nicht so die Juden. Sie waren nicht als *politische* Flüchtlinge anerkannt. Die „echten“ politischen Flüchtlingen hatten in der norwegischen Arbeiterbewegung eine starke Lobby, die sich für sie einsetzte. Die norwegischen Juden hingegen engagierten sich nur nach und nach in der Flüchtlingsarbeit.⁶² Sie waren aufgrund ihrer kleinen Zahl und ihres geringen politischen Einflusses keine vergleichbare Lobby. Die fehlende finanzielle Unterstützung linderte erst die Nansen-Hilfe, die 1937 auf Initiative von Fredrik Paasche ins Leben gerufen wurde. Odd Nansen, der Sohn des Polarforschers Fritjof Nansen, leitete die Hilfsorganisation, bis er 1942 von der Gestapo in Oslo verhaftet wurde.⁶³ Dadurch, dass die Organisation ab 1937 etwas Geld für Flüchtlinge und Flüchtlingsarbeit bereitstellte, entkräftete sie die Bedenken in Bezug auf die Nationalökonomie, die durch zusätzliche Aufwendungen allzu sehr strapaziert worden wäre.

1936 wurden vom Parlament 5000.- Kronen bewilligt, welche den deutschen Flüchtlingen zugute kommen sollten. Der spätere Aussenminister Halvdan Koht setzte sich für die Bewilligung der Gelder ein, machte aber gleich auch deutlich, dass diese nicht für jüdische Flüchtlinge verwendet werden sollten, denn diese hätten von den zahlreichen jüdischen Gemeinschaften in der Welt unterstützt werden können und ausserdem gebe es in Palästina ein Land, das sie aufnehmen könnte.⁶⁴ Die Juden wurden explizit von der Unterstützung ausgenommen. Das Argument wurde vorgeschoben, die Juden würden nicht aus politischen Gründen verfolgt, sondern weil sie *Juden* sind und ausserdem wisse man gar nicht genau, wie die Situation für die Juden in Deutschland sei. Das zu behaupten ist allerdings gewagt, wenn man bedenkt, dass die norwegische Botschaft in Berlin doch sehr genau Bescheid wusste über die Lage der Juden. Diese Haltung, eine Form des institutionellen Rassismus, wurde erst aufgegeben, als die Verfolgung der Juden in Deutschland offenkundig geworden war. Erst als der institutionelle Rassismus anderswo erkannt wurde, erkannte man ihn auch in den eigenen Institutionen und ging davon etwas ab.

⁶² Mendelsohn I, S. 643-648 (”hjelpesvirkosomhet for flyktninger”)

⁶³ Sehr lesenswert sind Nansens Bücher über seine Gefangenschaft in Norwegen und später in Sachsenhausen: Nansen, Odd: Fra dag til dag. I-III, Oslo 1947

⁶⁴ St. prp. Nr.7, 1936, S. 2

2.3.5 Einsicht

Die Antipathie Deutschland gegenüber nahm in den Dreissigerjahren in Norwegen stetig zu. Die Sympathie mit dem jüdischen Volk hinkte aber hinterher. Nachdem allerdings Österreich im Frühjahr 1938 an das Deutsche Reich angeschlossen worden war und die Tschechoslowakei als Protektorat in dessen Abhängigkeit geraten war, als schliesslich in der „Kristallnacht“ vom 9. November 1938 Nazideutschland seine Maske endgültig fallen liess, wurden die Beschlüsse der Nordischen Flüchtlingskonferenz in Kopenhagen vom Juni 1938 und jene der inter-nationalen Evian-Konferenz beiseite geschoben. Auf beiden Konferenzen, die als Koordination der Hilfe für die Juden gedacht war, wurde deutlich, dass weder ein skandinavisches noch ein Land aus dem übrigen Europa oder Amerika gewillt war grosse Flüchtlingsströme aufzunehmen.

1938 und 1939 wurden vermehrt mittelfristige Aufenthaltsbewilligungen an Juden vergeben. Die Nansen-Hilfe war dabei ein entscheidender Faktor.⁶⁵ Sie sicherte die schuttsuchenden Juden in ökonomischer Hinsicht ab, sodass sie nicht der öffentlichen Hand zur Last fallen konnten. Die Vergabe von mittelfristigen Aufenthaltsbewilligungen hatte zum Ziel die Einwanderung zu begrenzen. Der Wunsch, die Juden in absehbarer Zeit wieder loszuwerden, wurde im Zusammenhang mit deutschen und österreichischen jüdischen Kindern besonders deutlich. 1938 kamen zwanzig „Wienerkinder“ nach Oslo und 1939 erhielt die Nansen-Hilfe die Erlaubnis, sechzig weitere jüdische Kinder, viele davon elternlos, in Oslo aufzunehmen. Als schliesslich im April 1939 weitere hundert tschechische Kinder dazukommen sollten, wies das Zentrale Passbüro das Begehren um Aufenthaltserlaubnis ab, mit der Begründung, dass die „Immigration von Kindern die unglücklichste Form der Immigration“⁶⁶ sei, denn „nimmt man elternlose Kinder auf, muss man mit Adoption rechnen. Bringt man die Kinder privat unter, bekommt man Schwierigkeiten mit den Pflegeeltern, wenn die Kinder wieder ausreisen sollten, während sie faktisch Adoptivkinder geworden sind. Das Beste sind also Kinderheime, da kann man relativ sicher mit einer weiteren Emigration rechnen.“⁶⁷ Der Fall ging weiter an das Justizdepartement, das schliesslich für sechzig der hundert Kinder eine befristete Aufenthaltsbewilligung ausstellte. Die Begründung verdeutlicht den Kompromiss, den das Departement eingegangen war: „Wir müssen sicher damit rechnen, dass die Mehrheit [der Kinder] in Norwegen bleiben wird und einmal einen Faktor innerhalb des Volkes und der

⁶⁵ Mendelsohn I, S. 622ff und Mendelsohn: Jødenes historie i Norge gjennom 300 år. Bind II, Oslo 1986 (im Folgenden Mendelsohn II genannt), S. 42

⁶⁶ Notat des Justizdepartementes vom 13.5.1939, SAO, Justisdepartementet, Flyktninger, tyske. Jnr. 1-1300.

⁶⁷ Notat des Justizdepartementes vom 13.5.1939, SAO, Justisdepartementet, Flyktninger, tyske. Jnr. 1-1300.

Wirtschaft darstellen werden. Dies ist an und für sich kein Unglück. Es besteht eher die Angst davor, dass man [mit der Aufnahme zu vieler jüdischen Kinder] einem versteckten Antisemitismus Vorschub leisten könnte.“⁶⁸

Im Vorjahr waren die von norwegischen und deutschen Juden gemeinsam erbetenen Aufenthaltsbewilligungen für jüdische Jugendliche, die sich auf norwegischen Bauernhöfen gratis, also ohne Lohn, zu Bauern hatten ausbilden lassen wollen, noch abgelehnt worden.⁶⁹

Für die Wende zu einer freundlicheren Einreisepolitik den Juden gegenüber – für die „politischen“ Flüchtlinge war die Lage nach wie vor relativ komfortabel – ist das Justizdepartement zuständig, das gegen Ende der Dreissigerjahre über das Zentrale Passbüro und die Polizeifunktionäre zunehmend überhand gewann. Das heisst konkret, dass das Justizdepartement vermehrt Entscheide anderer Instanzen verwarf und durch eigene liberalere Schiedssprüche ersetzte.

Eine Reaktion darauf blieb nicht aus. In erster Linie reagierte das Zentrale Passbüro, das ausschliesslich zum Zweck der Einreisekontrolle errichtet wurde, mit einer Verschärfung der politischen Haltung, die den Sekretär des Justizdepartementes, Jens Bull, in einem internen Notat zu der Bemerkung veranlasste, bald seien „jene Leute mit nazistischen Sympathien nur noch bei den leitenden Beamten des Zentralen Passbüros ... salonfähig“.⁷⁰

Das Passbüro versuchte nach dem Anschluss Österreichs nochmals seine Machtposition zurückzuerobern. Bis zum Frühjahr 1938 konnten Österreicher ohne Visum nach Norwegen einreisen, auch Juden. Als der österreichische Staat aufgehört hatte zu existieren, argumentierte der Chef des Zentralen Passbüros, der Norwegen auf der Kopenhagener Flüchtlingskonferenz vertreten hatte, habe auch die österreichische Staatsbürgerschaft aufgehört zu existieren und sei durch die deutsche ersetzt worden. Also gelte nun auch für ehemalige Österreicher die Visumspflicht.⁷¹ Es wird kein Wort darüber verloren, inwiefern es für einen österreichischen Juden vor seiner Flucht, die die einzige Rettung darstellen konnte, von Interesse war, noch einen reichsdeutschen Pass zu beantragen. Das Justizdepartement verbot dem Zentralen Passbüro sogar die übliche Frage an Immigranten, ob sie Juden seien. „Es geht nicht an, rund heraus zu fragen, ob jemand Jude ist. ... Das Gespräch [zwischen Immigrant und Behörden] muss so vor sich gehen, dass der Immigrant spürt, dass sein Status als Flüchtling ergründet werden soll und dass die norwegischen Gesetzgeber nicht zwischen

⁶⁸ Notat des Justizdepartementes vom 15.5.1939, SAO, Justisdepartementet, Flyktninger, tyske. Jnr. 1-1300.

⁶⁹ Johansen: Oss selv nærmest. S. 114

⁷⁰ Notat des Justizdepartementes vom 19.1.1938. SAO, Justisdepartementet, Flyktninger, tyske. 1937-1938.

⁷¹ Brief des Zentralen Passbüros an das Justizdepartement vom 14.4.1938, SAO, Justisdepartementet, Flyktninger, tyske 1937-1938.

verschiedenen Rasseangehörigkeiten unterscheiden. Der Ausdruck ‘Arier’ muss stets vermieden werden.“⁷²

Sowohl das Aussen- als auch das Justizdepartement waren in den letzten beiden Vorkriegsjahren, 1938 und 1939, vermehrt mit Forderungen und Vorwürfen seitens der deutschen Botschaft in Oslo beschäftigt.⁷³ Die Briefwechsel sprechen zum Teil in Bezug auf die schwindende Sympathie Deutschland gegenüber eine deutliche Sprache. Als die deutsche Botschaft in Oslo eine Liste sämtlicher jüdischen Geschäfte in Norwegen verlangte, um sicherzustellen, dass die im Aussenhandel tätigen deutschen Betriebe keine Geschäfte mit Juden machten, verwies man an eine norwegische Firma, die eine solche Liste herstellen könne. Gleichzeitig aber fügte das Justizdepartement hinzu, dass norwegische Staatsbürger in Norwegen als solche angesehen werden ohne Rücksicht darauf, ob sie Arier seien oder nicht.⁷⁴ Als sich der deutsche Botschafter in Oslo im November 1939 in einer Note beim Justizminister beklagte, er sei von einem „Vertreter des Weltjudentums“ physisch bedroht worden, schrieb der Minister in einer internen Notiz: „Es ist klar, dass die deutsche Gesandtschaft dieser Tage besonderen Schutz braucht, auch wenn die Deutschen dies eigentlich nicht verdienen, solange ihre eigene Polizei die Juden nicht gegen Übergriffe beschützt. Im Gegenteil wird in Funk und Presse zu solchen Taten aufgerufen. Die Note ist übrigens sehr interessant. ... Der Ausdruck ‘Vertreter des Weltjudentums’ riecht schon sehr nach Dr. Goebbels’ speziellem Jargon.“⁷⁵

2.3.6 Zusammenfassung

Die liberale norwegische Einwanderungstradition wurde aus ehrlicher Furcht vor Spionage und Sabotage während des Ersten Weltkrieges kurzfristig aufgegeben. In der Zwischenkriegszeit machten die Gesetzgeber manche Verschärfung der Gesetze rückgängig, aber die norwegischen Behörden unterschieden von nun an zwischen politischen Flüchtlingen und Juden, um den erwarteten und tatsächlich auch einsetzenden Flüchtlingsstrom von Juden zu begrenzen. Dieses Vorgehen erschien legitim, indem die Furcht vor Spionage und Sabotage sehr undifferenziert auf die Juden gelenkt wurde. Das antisemitische Gedankengut, das so

⁷² Brief des Justizdepartementes an das Zentrale Passbüro vom 15.5.1939. SAO, Justisdepartementet, Den nye fremmedloven. Oppholdstillatelse 1939.

⁷³ Mendelsohn I, S. 639f

⁷⁴ Brief des Justizdepartementes an das Aussendepartement vom 24.1.1939. SAO, Justisdepartementet, Journalsaker. P 7100-8356, 1938.

⁷⁵ Notat des Justizministers vom 14.11.1938. SAO, Justisdepartementet, Journalsaker. P 7100-8356, 1938.

langsam Fuss fassen konnte, diente in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg auch dazu, wirtschaftlich unliebsame Konkurrenz vom norwegischen Markt abzuhalten. Die Parlamentarier schränkten auf Druck der verschiedenen Wirtschaftsverbände die Tätigkeit der so genannten „Handels-Juden“ beträchtlich ein.

In der zweiten Hälfte der Zwanzigerjahre wurde ein Kreuzzug gegen das Schächten inszeniert, um die mittlerweile doch recht verbreiteten antisemitischen Vorurteile zu untermauern. Bald ging es jedoch nicht mehr um den Vorgang des Schächtens, sondern um eine klare rassische Trennung zwischen dem norwegischen und dem jüdischen Volk. Auch in Norwegen sahen viele Leute die Zugehörigkeit zur jüdischen Glaubensgemeinschaft als eine Art eigener Staats-, Kultur - und Rasseangehörigkeit an und somit als Gegensatz zur norwegischen Staatsangehörigkeit. Inwiefern es beabsichtigt war, die Frage des Schächtens auf den Gegensatz „Norweger oder Jude“ hinauslaufen zu lassen, ist aufgrund der Quellen nicht abschliessend zu beurteilen. Es scheint, dass vereinzelte Antisemiten in der Phase des Streites um das Schächten die Gunst der Stunde genutzt haben, um die Diskussion auf die Juden als Volksgemeinschaft zu lenken. Dies gelang insofern, als sich in den Dreissigerjahren der Antisemitismus in der norwegischen Ausländerpolitik bis zu einem gewissen Grad institutionalisieren konnte. Die Folge waren einige deutlich von Antisemitismus geprägte ausländerpolitische Entscheide und ein hartes Jahrzehnt für die norwegischen Juden und alle jüdischen Immigranten.

Als schliesslich gegen Ende der Dreissigerjahre die schreckliche Lage offensichtlich wurde, in der sich die europäischen, allen voran die deutschen Juden befanden, nahm das offizielle Norwegen wieder eine liberalere Haltung ein, ohne aber das Prinzip der begrenzten Einwanderung aus Furcht vor neuerlichen Wellen des Antisemitismus über Bord zu werfen. Diese letzte Kurskorrektur vor dem Kriegsausbruch in Norwegen scheint ein Hinweis darauf zu sein, dass die norwegischen Politiker und die Funktionäre etwas naiv daran glaubten, die Nationalsozialisten in Deutschland würden die Juden wohl nicht so schlecht behandeln, wie sie dies ankündigt hatten. In dieser Beziehung steht Norwegen nicht allein da: Niemand hat Hitlers Marschtabelle in Bezug auf die Behandlung der „jüdischen Rasse“ ernst genommen, die er in „Mein Kampf“ ausführlich ausbreitete!

2.4 Die Juden in Norwegen während des Zweiten Weltkrieges

2.4.1 Vorbereitende Massnahmen

Der Ausbruch des Krieges, der im norwegischen Selbstverständnis nicht mit dem 1. September 1939, sondern mit dem 9. April 1940 gleichgesetzt wird, verbreitete grossen Schrecken und grosses Entsetzen im Land. Ganz besonders galt dies natürlich für die Juden, die über das Geschehen in Deutschland besser informiert waren als manche andere Norweger. Sie hatten Verwandte oder Bekannte in Deutschland, die schreckliche Erfahrungen gemacht hatten und deren Aussagen sie glaubten und ernst nahmen, weil die Informationsquellen viel unmittelbarer und glaubwürdiger waren als Berichte von unbekannten Zeitungsjournalisten oder Gerüchte, von denen niemand wusste, wer sie mit welcher Absicht in die Welt setzte.

Viele Juden reisten noch am Tag des deutschen Überfalls oder in den nachfolgenden Tagen aus Norwegen in Richtung Schweden aus. Oskar Mendelsohn berichtet von einem „Grossteil der Juden in Trondheim“⁷⁶, die in den ersten Tagen die Flucht ergriffen. Nachdem die Eisenbahnverbindung zwischen Norwegen und Schweden auf der Höhe von Trondheim im Sommer 1940 für kurze Zeit unterbrochen war, versuchten viele in ihrer Sicherheit bedrohte Personen legal mit der Eisenbahn nach Schweden zu gelangen. Für „arische“ Norweger war dies relativ leicht, während in den Monaten August, September und Oktober „kein einziger Jude [aus Trondheim] die Möglichkeit hatte, legal auszureisen“.⁷⁷ Erstmals während des Krieges kam ein illegaler Grenzverkehr zwischen Norwegen und Schweden zustande. Das Bedürfnis ins Nachbarland zu gelangen, scheint aber gleichzeitig stark abgenommen zu haben, denn die meisten jener Juden, aber auch der übrigen Norweger, die sich über die Grenze in Sicherheit gebracht hatten, reisten im Juni, Juli oder im August desselben Jahres ohne Schwierigkeiten wieder nach Norwegen ein. Der Grund für die Rückkehr vieler Juden lag darin, dass sich die deutschen Besatzer zunächst sehr vorsichtig an die Verhältnisse in Norwegen herantasteten. Sie unterschieden vorerst prinzipiell in keiner Weise zwischen Juden und der übrigen Bevölkerung und ihre Massnahmen waren so moderat, dass sich die norwegischen Behörden sogar respektiert sahen.⁷⁸

⁷⁶ Mendelsohn, Oskar: Rapport om jødeforfølger i Trondheim. Krigshistorieemnda i Trondheim og Strinda, DKVS biblioteket, Trondheim, datiert 2. Juni 1948

⁷⁷ Mendelsohn: Rapport om jødeforfølger i Trondheim

⁷⁸ Trøndelag under N.S.-styret. Krigstrykksamlingen. Anonymer, undatierter Bericht (ca. Winter 1941/42), aber gut informierter Autor. S. 1

Manche der jungen Männer, die Norwegen verlassen hatten, kehrten aber nicht nach Hause zurück, sondern sie schlossen sich direkt von Schweden aus den norwegischen Truppen an, die im Norden des Landes bis Anfang Juni 1940 gegen deutsche Verbände weiterkämpften. Darunter befanden sich auch einige Juden, die mit ihren Kampfgefährten nach der militärischen Niederlage entweder nach England oder Schweden flohen oder in deutsche Gefangenschaft gerieten, von wo sie aber mit allen anderen sehr bald wieder nach Hause entlassen wurden.

In den Sommer- und Spätsommermonaten herrschte an der schwedischen Grenze ein reges Ein- und Ausreisen, das zu grotesken Szenen führen konnte, wie jener, in der sich zwei Schwestern aus Trondheim im Grenzort Storlien begegneten, die eine auf dem Weg nach Schweden, die andere auf dem Weg nach Norwegen.⁷⁹ Die Unsicherheit, die die gesamte Bevölkerung erfasst hatte, legte sich in der Folge ein wenig, die politischen Fronten wurden klarer und in mancher Hinsicht kehrte auch für die Juden wieder der Alltag ein. Man ging wieder zur Arbeit, versuchte den eigenen Betrieb in Gang zu halten und gewöhnte sich an die neue Situation, die sich allerdings für die Juden bald änderte.

Die erste und für einige Zeit die einzige Besonderheit in der Behandlung der Juden lag darin, dass die Besatzer bereits im Mai 1940 in Oslo und in Trondheim, den beiden Zentren der jüdischen Glaubensgemeinschaft in Norwegen, sämtliche Radioapparate aus jüdischen Haushalten einsammelten. Im Laufe der folgenden Monate geschah dies auch in allen anderen Landesteilen. Eine Anordnung, die diese Massnahme verlangt, lässt sich heute in den Akten nicht mehr aufspüren. Eineinhalb Jahre später, im August und Oktober 1941, wurden schliesslich aus Furcht vor der Wirkung der Nachrichten der Exilregierung in England alle übrigen Radioapparate im Land eingezogen, lediglich Mitgliedern der N.S. war es erlaubt, Radioapparate zu besitzen.

Im Herbst des folgenden Jahres verschickte das Justizdepartement ein auf den 2. Oktober 1941 datiertes vertrauliches Rundschreiben an alle Vorsitzenden der Fylkesverwaltung⁸⁰ (fylkesmenn), in dem diese aufgefordert wurden, Listen über Wohneigentum von Juden in dem betreffenden Fylke anzufertigen. Auf der Liste sollte unterschieden werden zwischen 1. Angehörigen der jüdischen Glaubensgemeinschaft, 2. Personen, deren Namen auf jüdische Abstammung schliessen liessen, 3. Personen, von denen die Verwaltungsangestellten wussten, dass sie jüdischer Abstammung waren und schliesslich 4. „Halbjuden“, das heisst Personen, die mindestens ein Grosselternpaar jüdischer Abstammung hatten. Diese so

⁷⁹ Mendelsohn schildert diese Episode von Personen, die er beide gekannt hat, in: Mendelsohn: Rapport om jødefølgelser i Trondheim.

⁸⁰ „Fylke“ nennt man Provinzen, in die das föderalistische Norwegen (19 Fylker) eingeteilt ist.

genannten „Halb-juden“ wurden, wie auch Juden, die mit nicht-jüdischen Personen verheiratet waren, später in Relation zum Schicksal der übrigen norwegischen Juden bevorzugt behandelt. Am Ende des Schreibens war vermerkt, dass „Allfällige Nachforschungen so diskret wie möglich vorge-nommen werden [sollten]. Das Justizdepartement erwartet nicht, eine absolut zuverlässige Liste zu erhalten“.⁸¹ Das Ziel war klar die Vorbereitung der Enteignungsaktion. Dass dabei die Diskretion gegenüber der Vollständigkeit und Richtigkeit der Listen Priorität erhielt, weist deutlich auf die Absicht des Regimes hin, dass sich die Juden in Norwegen in Sicherheit wähnen sollten und damit die Möglichkeit auszuschliessen, dass diese ihre Häuser und andere Güter an Norweger verkauften, denn damit wären sie dem nazistischen Zugriff entzogen worden. Das Resultat der Auflistung war schliesslich sehr unzuverlässig, zum einen weil schlicht die Daten fehlten, zum anderen wurde die Fertigung von den Beamten bewusst hinausgezögert und mangelhaft ausgeführt.

Die darauf folgenden Schritte zur Vorbereitung der „Judenaktion“ unternahm das Polizeiministerium. Der Leiter der norwegischen Sicherheitspolizei versandte am 10. Januar 1942 ein weiteres Rundschreiben. Darin heisst es unter anderem: „Legitimationsausweise, Passierscheine und Dienstaussweise von Juden sind nur noch gültig, wenn sie mit einem „J“ abgestempelt sind.“⁸² Das Vorgehen, dessen Ziel die eindeutige Kennzeichnung der Juden war, kennt man aus verschiedenen anderen europäischen Ländern. Wer Jude war und seinen Ausweis bis zum 1. März 1942 nicht abstempeln liess, riskierte eine Gefängnisstrafe bis zu drei Monaten.

Am 26. Januar 1942 wurden in einer Auflage von 12'000 Stück (!) vierseitige Fragebögen an vermeintlich jüdische Haushalte und Einzelpersonen verschickt. Jeder erwachsene Jude musste Angaben machen zu Personalien, Religionszugehörigkeit, rassemässiger Herkunft der eigenen Person und des Ehepartners, Personalien der Kinder, Beruf, Ausbildung, Mitgliedschaft in Fachverbänden, Staatsbürgerschaft und Nationalität, was getrennt erfragt wurde. Auf der zweiten Seite folgten Fragen über die privaten Vermögensverhältnisse, Grundeigentum, Arbeitgeber oder bei selbständig Erwerbenden Name der Firma mit genauer Beschreibung der Tätigkeit, Gründungsdatum der Firma, frühere ökonomische Schwierigkeiten der Firma usw. Sogar darüber, ob man selbst Kundenkontakte pflegte oder ob man dafür Verkäufer und Händler angestellt habe, wurden Aussagen erwartet. Auf der dritten Seite wurden Angaben über Firmenvermögen, Firmenschulden, durchschnittliche Jahresumsätze und -gewinne und

⁸¹ Mendelsohn zitiert das Rundschreiben in: Mendelsohn, Oskar: Jødenes historie i Norge gjennom 300 år. Oslo 1986, S. 46

⁸² Die Bestimmung wurde am 20. Januar 1942 in extenso in allen Zeitungen des Landes veröffentlicht.

ähnlich intime Firmeninternas erfragt. Die letzte Frage vor der Unterschrift betraf frühere Vorstrafen, Bussen und Verurteilungen. Die vierte Seite schliesslich war von der Polizeibehörde auszufüllen, die Fragen bezogen sich hauptsächlich auf die Richtigkeit der letzten Antwort.

Das Ziel des Fragebogens war eine Erweiterung des Kenntnisstandes bezüglich der Anzahl der in Norwegen lebenden Juden, deren finanzielle Verhältnisse und deren berufliche und geschäftliche Situation. Damit erhielt das Regime eine Informationsgrundlage für die Inszenierung der Verhaftung und der Enteignung der Juden. Die Fragebögen dienten schliesslich im Herbst 1942 auch als Grundlage für die Organisation und Durchführung der „Judenaktion“ seitens der norwegischen Polizei.

2.4.2 Änderungen der die Juden betreffenden Gesetzesgrundlagen

Die oben genannten Veränderungen der Lebensumstände der Juden in Norwegen basierten nicht auf Gesetzesgrundlagen. Das Regime wies die verschiedenen Dienststellen in Form von Rundschreiben an, die betreffenden Massnahmen durchzuführen. Ab dem Frühjahr 1942 änderte sich dies. Ein Grund dafür ist wohl, dass die Rundschreiben von einzelnen norwegischen Behörden nicht in erwarteter Weise beachtet und den Aufforderungen nicht genügend Folge geleistet wurde. Das Regime machte die Verschärfung seiner Politik deutlich, indem es als erstes das Grundgesetz abänderte.

Am 12. März 1942 wurde der Abschnitt des Paragraph 2 des Grundgesetzes, der 1851 gestrichen wurde, wieder eingeführt: „Die Juden sind vom Zugang zum Reich ausgeschlossen.“⁸³ Dies ist ein grundlegendes Bekenntnis zu einer antisemitischen Politik.

Im Herbst 1942 ging es dann Schlag auf Schlag. Weitreichende Folgen für die Juden hatte das „Gesetz über den Zusatz zur befristeten Verordnung vom 6. Oktober 1941 über die Anwendung von Sicherheitsmassnahmen gegenüber Personen, die gewisser Gesetzesübertretungen verdächtigt werden“ vom 24. Oktober 1942. Darin heisst es:

„[...] Folgendes gilt ohne Rücksicht auf das Grundgesetz.

§ 1. Die befristete Verordnung vom 6. Oktober 1941 über die Anwendung von Sicherheitsmassnahmen gegenüber Personen, die gewisser Gesetzesübertretungen verdächtigt werden, erhält entsprechende Anwendung gegenüber Personen, die mit guten Gründen verdächtigt werden, volks- oder staatsfeindliche Bestrebungen zu fördern oder gefördert zu haben.

⁸³ Zitiert in: NOU 1997:22, S. 24

§ 2. Das Gesetz tritt sofort in Kraft.“⁸⁴

Zwei Punkte sind hier besonders bemerkenswert: Erstens die Tatsache, dass ein Gesetz in Kraft tritt, von dem angenommen wird, dass es im Widerspruch zum Grundgesetz steht und zweitens die Spezifizierung der „gewissen Gesetzesübertretungen“, was einen grossen Interpretationsspielraum offen lässt in Richtung „volks- und staatsfeindliche Bestrebungen“. Ähnlich grossen Spielraum lässt die Tatsache zu, dass ein blosser Verdacht ausreicht, damit das Gesetz angewendet werden kann.

Weder die Verordnung vom 6. Oktober 1941 noch das zitierte Gesetz beziehen sich im Wortlaut speziell auf eine Anwendung auf Juden. Für die Verordnung traf dies in der Realität auch zu, während das Gesetz vom 24. Oktober 1942 im Nachhinein eindeutig als Grundlage für die Verhaftung der Juden diente. Einen Tag nachdem das Gesetz in Kraft getreten war, also am 25. Oktober 1942, versandte der Chef der norwegischen Staatspolizei Eiltelegramme an alle Polizeibehörden. Darin heisst es:

„Alle männlichen Juden über 15 Jahren und ohne obere Altersgrenze, deren Legitimationskarten mit einem ‘J’ abgestempelt sind, müssen verhaftet und zum Kirkeveien 23 in Oslo gebracht werden.

Die Verhaftungen erfolgen am 26. Oktober um 6 Uhr. Die Verhafteten haben Arbeitskleidung, Rationierungskarten und alle Ausweise mitzubringen. Ihre Vermögen werden beschlagnahmt. Die Aufmerksamkeit muss auf Wertpapiere, Schmuck und Bargeld gelegt werden und danach werden die Wohnungen durchsucht. Die Bankkonti werden gesperrt und Banksafes geleert. Alles Beschlagnahmte bleibt bis auf weiteren Befehl bei Ihnen. Die Registrierungsunterlagen werden so bald wie möglich hierher [nach Oslo] gesandt. In den Betrieben der Verhafteten müssen Verwalter eingesetzt werden. [...] Allen erwachsenen Jüdinnen wird eine tägliche Meldepflicht bei der Kriminalabteilung der Ordnungspolizei auferlegt.

[...] Die Verhafteten nehmen mit: Proviant für vier Tage, Arbeitskleider, Schuhzeug, Unterwäsche, Wolldecken, Essgeschirr (Tasse, Teller, Messer, Löffel, Gabel), Toilettenartikel, allfällige Medizin, alle Rationierungskarten und die Legitimationskarte.“⁸⁵

Das Telegramm ist eine Instruktion für die bevorstehende Aktion gegen die Juden. Eine Begründung für die Verhaftungen wird nicht angegeben.

Die Angaben, was die Verhafteten mitnehmen durften oder mussten, spiegeln die Existenz einer Zukunft vor, die nicht vorhanden war. Die Gegenstände wurden den Gefangenen bei ihrer Ankunft in Auschwitz abgenommen. Die Essensrationen für vier Tage haben bei

⁸⁴ Norsk Lovtidend 1942, Gesetz vom 24. Oktober 1942

⁸⁵ Telegramm im SAO, Statspolitiet - Jødeaksjoner 26, Fortegnelser - Lister over jøder.

manchen Verhafteten ausgereicht, bis sie in Auschwitz umgebracht wurden, ohne dass die vorgesehene Tagesration verringert werden musste.

Wiederum einen Tag später, also am 26. Oktober 1942, trat das „Gesetz über den Einzug von jüdischem Vermögen“ in Kraft. Dies war die gesetzliche Bestätigung des im Eiltelegramm mitgeteilten Vorgehens. In der Einleitung des Gesetzestextes wurde wiederum die Gültigkeit ohne Rücksicht auf das Grundgesetz festgelegt. Die wichtigsten Punkte sind folgende:

„§ 1. Sämtliches Vermögen von Juden mit norwegischer Staatsbürgerschaft oder Juden ohne Staatsbürgerrecht, die sich im Land aufhalten, wird zugunsten der Staatskasse eingezogen. Dasselbe gilt für Vermögen der Ehepartner und Kinder.

§ 2. Das Departement des Innern bestimmt bis zum 1. Januar 1943, wessen Vermögen gemäss § 1 eingezogen wird [...] Entscheidungen, die sich auf diesen Paragraphen beziehen, können nicht rechtlich angefochten werden.

§ 3. [...] Die beschlagnahmten Werte werden vom Finanzdepartement verwaltet, welches für die Abwicklung sorgt. [...] Das Finanzdepartement kann nähere Bestimmungen über die Abwicklung, erlassen.

§ 4. Mit Gefängnis bis zu 6 Jahren wird bestraft, wer versucht, Vermögen durch Zerstörung, Verschenken, Verkauf zu Tiefpreisen, Verstecken, falsche Angaben oder sonst auf irgendeine Weise der Beschlagnahme zu entziehen.⁸⁶

Dies ist das erste Gesetz, das die Beschlagnahme von jüdischen Vermögen bestimmt. Es ist aber offensichtlich, dies wird im Fallbeispiel eindeutig belegt, dass schon früher Vermögen von Juden eingezogen wurde. Dies geschah in besonderem Masse in Trondheim, wo die erste nachweisbare Beschlagnahme auf den 7. November 1941 zu datieren ist. Das eigens zum Zweck der Buchführung und Verwaltung der beschlagnahmten Wohnungen, Häuser und Geschäfte ins Leben gerufene „Verwaltungsbüro“ („Forvaltningskontoret“) in Trondheim bestand laut Dokumenten aber erst seit Januar/Februar 1942.

Die Frist für die Beschlagnahmen, der 1. Januar 1943, wurde mit dem Gesetz vom 30. Dezember 1942 bis zum 1. Juli 1943 verlängert, da das Vorgehen mehr Zeit beanspruchte als die Verantwortlichen berechnet hatten. Zudem komplizierte sich die Arbeit, als sich Ministerpräsident Quisling die Freiheit nahm, den letzten Satz des ersten Paragraphen teilweise rückgängig zu machen: Für gemischte Ehen, das heisst jüdisch-arische Ehen, sollte die Beschlagnahme

⁸⁶ Norsk Lovtidend 1942, Gesetz vom 26. Oktober 1942

nahme des Vermögens des arischen Ehepartners unter bestimmten Umständen rückgängig gemacht werden,⁸⁷ was in der Folge dann zur Regel wurde.

Ausserdem war es unter Strafandrohung verboten, Vermögen der Beschlagnahme zu entziehen, aber es gibt unzählige Beispiele, in denen Freunde oder Nachbarn Wertsachen zur Aufbewahrung an sich genommen haben.

Am 20. November 1942 erliess das Finanzdepartement eine Verordnung, in der „Vorschriften betreffend der ehemals Juden gehörenden Vermögen“ gemacht wurden: Taschen- und Armbanduhr werden der Wehrmacht übergeben; Gold-, Silber- und Schmucksachen werden zuhause der deutschen Regierung an die deutsche Sicherheitspolizei geliefert als Beitrag zur Deckung der Kriegskosten.⁸⁸

Damit war das Schicksal der noch im Land verbliebenen Juden und Jüdinnen besiegelt. Ab diesem Zeitpunkt, dem 26. Oktober 1942, gab es kaum noch eine Möglichkeit, sich dem Zugriff auf das Eigentum durch das Regime zu entziehen. Aber einer grossen Anzahl von Jüdinnen und Juden gelang noch am selben Tag mit Hilfe von Freunden oder Leuten der Widerstandsbewegung die Flucht nach Schweden. Oftmals warnten Beamte der lokalen Behörden und der Staatspolizei die betreffenden Familien oder Personen rechtzeitig. Aber auch in Norwegen findet man die sonderbare Situation, dass verschiedentlich Personen, die gewarnt wurden und die um den Ernst der Lage gewusst haben mussten, die buchstäblich letzte Gelegenheit zur Flucht nicht wahrnahmen.

2.5 Hintergrund der Aktion der Nationalsozialisten gegen die Juden in Norwegen

Die Aktionen gegen die Juden in Norwegen während der deutschen Okkupation sind ein Glied in der Kette der „Endlösung der Judenfrage“, die nicht nur das Deutsche Reich, sondern auch die von Nazi-Deutschland besetzten Gebiete einbezog.

Auf der Wannsee-Konferenz im Januar 1942 wurde bestimmt, dass das Ausrottungsprogramm für Norwegen vorerst nicht gelten sollte.⁸⁹ Aber noch vor dem Herbst 1942 kam der Befehl aus Deutschland, auch die norwegischen Juden zu verhaften und zu deportieren. Wann und in welcher Form der Entscheid getroffen worden war, bleibt unklar.

⁸⁷ RA (Riksarkiv), Oppgjørsavdeling, Likvidasjonsstyrets instruks nr. 1.

⁸⁸ RA, Oppgjørsavdeling, Likvidasjonsstyrets instruks nr. 2

⁸⁹ Der Vorschlag von Staatssekretär Luther, die nordischen Länder Dänemark und Norwegen wegen der geringen Anzahl von Juden und den „zu erwartenden Komplikationen“ (Luther) von den Bestimmungen auszunehmen, wurde akzeptiert.

Verlässliche Quellen gibt es hierzu auch auf deutscher Seite nicht. Er ist möglicherweise der Beschluss einer zentralen Instanz im Deutschen Reich oder einer lokalen Instanz in Norwegen.⁹⁰ Möglicherweise wurde auch nur eine generelle Bestimmung erlassen und es blieb den lokalen Potentaten überlassen, zu bestimmen, wann und wie die Aktion möglichst effizient durchgeführt werden sollte. Es gilt als gesichert, dass Reichskommissar Terboven im Gegensatz zu Quisling über die Ergebnisse der Wannsee-Konferenz unterrichtet war⁹¹ und dass die Deportation der norwegischen Juden per Schiff sehr schlecht mit den deutschen Behörden koordiniert war,⁹² was tendenziell eher für Zweites spricht.

Der Charakter der Durchführung der Judenverfolgung hing nicht zuletzt von der Art des Regimes ab. So ist es zu erklären, dass praktisch alle Juden, die sich während des Krieges in Dänemark aufhielten, mit dem Leben davorkamen, während in Norwegen ein Drittel der Juden deportiert und umgebracht wurde.

Eine Besonderheit des Regimes in Norwegen lag darin, dass es mit dem Reichskommissar Josef Terboven an der Spitze nicht nur eine zivile deutsche Verwaltung gab, sondern dass auch den norwegischen Nationalsozialisten ein Teil der Regierung übertragen wurde. Bereits am 25. September 1940 ernannte Terboven mehrheitlich Mitglieder der „Nasjonal Samling“ (N.S.)⁹³ zu Staatsräten und nach dem 1. Februar 1942 führte Vidkun Quisling eine reine N.S.-Regierung an, die allerdings unter deutscher Kontrolle stand. Auch wenn die Initiative und der Impuls von den Deutschen ausgingen, war die nationalsozialistische Quisling-Regierung sehr stark in die Aktionen, die sich gegen die Juden im Land richteten, involviert.

Die Beziehungen zwischen dem Reichskommissariat und der Sicherheitspolizei einerseits und den norwegischen Behörden andererseits lassen sich in Bezug auf die Aktion gegen die Juden nicht exakt nachvollziehen, aber das Grundprinzip tritt klar zu Tage. In Norwegen überliessen es die Deutschen im Grossen und Ganzen den norwegischen Behörden, d.h. dem N.S.-Staat und seiner Polizei, die so genannte „Judenaktion“ durchzuführen. Diesem Entscheid mögen aus deutscher Sicht mehrere Ursachen zugrunde liegen. Zum einen waren die Deutschen froh, eine bestehende Infrastruktur und reichlich Personal nutzen zu können. Zum anderen zog dadurch die N.S.-Staatsführung alle Empörung und politische Belastung der Verhaftungen auf sich und weg von der eigentlichen Besatzungsmacht. Zum Dritten konnte man damit rechnen, dass die norwegischen Beamten die Verhältnisse genauer kannten und so effizienter arbeiten

⁹⁰ NOU1997:22, S. 24

⁹¹ Nøkleby, Berit: *Hitlers mann i Norge*. Oslo 1992, S. 234

⁹² Vgl. Telegramme an deutsche Behörden in Danzig über ein bald ankommendes Schiff („Donau“) Ende Nov. 42. in: Hjemmefronten-Museet, Archiv: Jødeforfølgeser-arkiv oder auch Ida Nafstad-arkiv genannt. (Photos der Telegramme)

⁹³ „Nasjonal Samling“ (abgek. N.S.) bedeutet „Nationale Front“ und ist Quislings Partei, die nationalsozialistisches Gedankengut vertrat.

und als Einheimische weniger Schrecken und Entsetzung unter den Betroffenen hervorrufen würden.⁹⁴

Auf der anderen Seite steht die Frage, warum die Nasjonal Samling und die norwegischen Behörden sich so folgsam einspannen liessen. Ein zentraler Aspekt ist die Konstellation zwischen der N.S. und den deutschen Behörden. Quisling wollte sich und den Besatzern endlich beweisen, dass seine Partei funktionierte und effektiv arbeiten konnte und einen gewissen Einfluss über das Geschehen im Land hatte. Dies ist ihm in den Jahren 1940 und 1941 in keiner Weise gelungen; im Gegenteil, Terboven hatte ihn als absolut unfähig und als lediglich schlechten Führerimitator bezeichnet. Daneben war die Nasjonal Samling eine Partei, die einen ausgeprägten Antisemitismus predigte, die Reden und Artikel Quislings geben davon lebhafte Beispiele. Insofern stand zumindest bei einem Teil der Täter die Ideologie selbst im Vordergrund. Schliesslich spielte auch der Druck der Besatzer eine Rolle. In letzter Instanz war es immer Terboven, der, mit der Wehrmacht im Rücken, bestimmte, wer was zu tun hatte.

Die Judenaktion, d.h. die Verhaftung aller Juden in Norwegen, wurde von der norwegischen Polizei durchgeführt. Speziell die Staatspolizei (Stapo) wurde für diese Aufgabe herangezogen.

Sie war jene N.S.-Polizei, in deren Reihen sich neben mehr oder weniger nazifizierten Polizeimännern auch Hirten⁹⁵ und Frontkämpfer fanden. Allgemein war die Polizei die am stärksten nazifizierte staatstragende Organisation in Norwegen während des Krieges. Bei Kriegsende waren 40,5% aller Polizisten und 49,3% aller Polizeifunktionäre Mitglied der Partei Quislings. Viele der Polizeibeamten hatten sich auf massiven äusseren Druck hin in die Partei gemeldet und waren daneben weiterhin in ihren mittlerweile illegalen Polizeiverbänden und Gewerkschaften als Mitglieder tätig. Es sind auch einige Einzelfälle bekannt, in denen Staatspolizeibeamte jüdischen Familien geholfen haben, der Verhaftung zu entgehen. Aber es war doch die Polizei, die als Instrument der Nationalsozialisten die „Judenaktion“ in Norwegen durchgeführt hat.

⁹⁴ Dieser Aspekt wird unterstützt durch: NOU 1997:22, S. 24f

⁹⁵ Die Hirten waren eine Truppe von unbewaffneten freiwilligen „politischen Soldaten“, die sich selbst als Elite-Truppe sah, deren eigentliche Aufgaben aber nie definiert wurden.

2.6 Provisorische Bestimmungen der Exilregierung und internationale Erklärungen

2.6.1 Provisorische Bestimmungen der Exilregierung

Die oben genannten Anordnungen und Gesetze wurden alle vom Regime, d.h. von den deutschen Okkupationsbehörden oder den norwegischen N.S.-Behörden, erlassen. Aber auch die gesetzliche norwegische Regierung schuf während des Krieges in ihrem Exil in London rechtskräftige Gesetze, so genannte „Provisorische Anordnungen“, welche klar ausdrückten, dass die Anordnungen und Gesetze des Regimes nicht gültig waren. Die erste in diesem Zusammenhang wichtige „Provisorische Anordnung“ stammt vom 18. Dezember 1942 und ist eine direkte Reaktion auf das „Enteignungsgesetz“ Quislings vom 26. Oktober. Darin heisst es u.a. :

Provisorische Anordnung über die Ungültigkeit von [Vermögens-] Rechtshandeln, die im Zusammenhang mit der Besetzung stehen.

§ 1. [...] Die Voraussetzung für die Aberkennung der Gültigkeit eines Rechtshandels ist, dass der Gesuchsteller beweisen oder glaubhaft darlegen kann, dass der Rechtshandel verursacht oder beeinflusst wurde von:

- a) ungesetzlichem Zwang durch den Feind [...] oder
- b) begründeter Furcht vor einem feindlichen Übergriff [...] oder
- c) dem ausserordentlichen Zustand, der durch die Besetzung Norwegens geschaffen wurde und dass es den Umständen entsprechend unannehmbar wäre, die Gültigkeit des Rechtshandels aufrechtzuerhalten.

§ 2. Der Eigentümer kann ohne Entgelt und ohne Rücksicht auf den guten Glauben des Besitzers verlangen, wieder in den Besitz von festen Gütern oder von Rechten über dieselben, die von der Besatzungsmacht [...] konfisziert wurden, zu gelangen. Ebenso kann er bewegliche Güter zurück verlangen und andere Forderungen [...] stellen.

[...] ⁹⁶

Die Gültigkeit sämtlicher während der Kriegszeit abgeschlossenen Vermögensrechtshandel konnte angegriffen werden. Wer sich zu einem Handel gedrängt gefühlt hatte, konnte mittels Gesuch versuchen, diesen rückgängig zu machen. Dies gilt selbstverständlich im Besonderen für die Juden, die in der Regel alle drei Voraussetzungen „erfüllten“.

Die andere „Provisorische Anordnung“, die hier genannt werden muss, ist jene vom 24. November 1944, welche im ersten Paragraphen ganz allgemein folgendes festsetzt:

⁹⁶ Norsk Lovtidend 1940-1945, „Londonutgave“, Anordnung vom 18. Dezember 1942

„Bestimmungen von gesetzesähnlichem Charakter, welche während der deutschen Okkupation angeordnet wurden, werden nach der Befreiung des Landes keine Anwendung finden, sofern:

- a) die Bestimmungen zum Ziel haben, den Interessen der Okkupationsmacht zu dienen oder die als ein Versuch der Nasjonal Samling angesehen werden müssen, Norwegen zu nazifizieren oder die Ausdruck des Machtmissbrauchs durch das Regimes sind oder
- b) die Bestimmungen im Widerspruch zum Grundgesetz stehen.

[...]“⁹⁷

Punkt a) trifft auch hier im speziellen auf die Juden zu. Man denke dabei nur schon an die Uhren und Schmucksachen, die bei der Verhaftung der Juden als Beitrag zur Deckung der Kriegskosten gleich an die deutsche Wehrmacht geliefert werden sollten. Der Machtmissbrauch lässt sich gerade an den Juden sehr detailliert darlegen.

Die fünf folgenden Paragraphen führen diese allgemeine Bestimmung schliesslich noch konkreter aus. Das Kriegsende war zu diesem Zeitpunkt abzusehen, weshalb die Exilregierung daran ging, einen rechtlichen Rahmen für die Nachkriegszeit zu definieren. Mit dieser „Provisorischen Anordnung“ wird kein neues Gesetz geschaffen, sondern nur festgelegt, dass bestimmte Gesetzesinhalte nach dem Krieg keine Gültigkeit haben. Abgesehen von den Juden bleibt bis zu einem gewissen Grad die Frage unklar, welche Bestimmungen der Okkupationsmacht gedient hatten oder als Nazifizierungsversuch angesehen werden müssen. Vier Tage vor dem Kriegsende konkretisierte die Regierung im Exil, welche Gesetze im Detail gemeint waren. Die königliche Resolution vom 4. Mai 1945 besteht aus einer Liste von 378 Gesetzen, die vom Regime in Norwegen während der Jahre 1940-45 erlassen wurden und die ab Kriegsende nicht (mehr) gelten sollten.⁹⁸ Auf dieser Liste figurieren neben dem Gesetz vom 26. Oktober 1942 über die Beschlagnahmung jüdischer Vermögen sämtliche Gesetze, die eine direkte oder indirekte Benachteiligung der Juden implizierten.

Diese Rechtsnormen boten den Rahmen, der sicherstellen sollte, dass die Juden ihren Besitz, dessen sie während des Krieges verlustig gingen, zurückfordern konnten.

⁹⁷ Norsk Lovtidend 1940-1945, „Londonutgave“, Anordnung vom 24. November 1944

⁹⁸ Norsk Lovtidend 1940-1945, „Londonutgave“, Resolution vom 4. Mai 1945

2.6.2 Internationale Erklärungen

Norwegen hat zusammen mit den Alliierten die „Joint declaration“ vom 5. Januar 1943 über die „Plünderung von Gebieten, die unter feindlicher Gewalt oder Kontrolle stehen“, unterschrieben.

Der Inhalt zielt in jene Richtung, die die norwegische Regierung am 18. Dezember 1942 bereits festgesetzt hatte:

„[Wir] richten hiermit an alle Betroffenen, vor allem an Personen in den neutralen Ländern, eine Warnung, damit diese ihr Äußerstes tun, um die Beraubungsmethoden zu beenden, die von den Krieg führenden Regierungen in den überfallenen und ausgeraubten Ländern praktiziert werden.

In diesem Sinne behalten sich die unterzeichnenden Regierungen und das französische Nationalkomitee vor, jegliche Überführungen von Eigentum oder Rechtshandel mit Bezug auf Eigentum, auf Rechte oder auf Interessen anderer Art, welche sich in besetzten Gebieten befinden [...] für ungültig zu erklären. Diese Warnung gilt sowohl für Überführungen, die in Form von Raub oder Plünderung als auch in scheinbar gesetzlicher Form stattgefunden haben, selbst wenn sie den Anschein haben, freiwillig geschehen zu sein.

Die unterzeichnenden Regierungen und das französische Nationalkomitee bekräftigen feierlich ihre Solidarität in dieser Angelegenheit.“⁹⁹

Es wird in dieser Erklärung einerseits nicht klar, welche rechtliche Verpflichtung sie den Völkern gegenüber beinhaltet und andererseits welche allfälligen Konsequenzen eine Missachtung der Warnung nach sich ziehen könnte. Wichtig ist aber, dass die norwegische Regierung den Inhalt konkretisiert hatte. Damit ist die Erklärung für Norwegen bindend geworden. Die Erklärung der Alliierten geht nicht über die norwegischen Bestimmungen hinaus. Es ist keine Rede davon, dass die Regierung garantiert, alles konfiszierte Eigentum zurückzuführen.

Norwegen gab am 2. Mai 1944 eine Erklärung „bezüglich des Verkaufs von geraubtem Gold aus den besetzten Gebieten durch die Achsenmächte“ ab. Der Inhalt bezieht sich auf die genannte Warnung von 5. Januar 1943, die sich im Besonderen an Personen in neutralen Ländern richtet. Die Hauptpunkte sind, dass die norwegische Regierung „weder den Transfer von geraubtem Gold, das die Achsenmächte [...] besitzen oder auf dem Weltmarkt veräußert haben [...] anerkennt noch anerkennen wird und dass sie kein Gold kaufen wird [...] ohne zur

⁹⁹ Norges traktater I 1641-1944 Nr. 417, in: Verdenspolitikken i Dokumenter Nr.2. Viktigste storpolitiske dokumenter 1941-45. Hrsg. Chr. Michelsen Institutt For Videnskap og Åndsfrihet, S. 17

Überzeugung gelangt zu sein, dass das Gold weder direkt noch indirekt von den Achsenmächten stammt“.¹⁰⁰

Norwegen hat auch die Schlussakte von Bretton Woods unterschrieben, deren Teil IV eine politische Willenserklärung der Regierungen darstellt, „im Hinblick auf die Rückführung [von Aktiva] an die rechtmässigen Eigentümer die notwendigen Schritte einzuleiten“.¹⁰¹ Diese Empfehlung war aber nicht an Norwegen, sondern an die neutralen Länder gerichtet, d.h. Norwegen hat sich verpflichtet, diese zu einem solchen Vorgehen aufzufordern.

2.7 Verhaftung und Deportation der Juden

Mit dem Gesetz vom 24. Oktober 1942 schuf das Regime die Grundlage für die Verhaftung der Juden in Norwegen. Der Chef der norwegischen Staatspolizei befahl mittels Eiltelegramm am 25. Oktober die Durchführung der Aktion, worunter auch die Beschlagnahmung der jüdischen Vermögen fiel. Über ein Verzeichnis „aller“ Juden, die in Norwegen Wohnsitz hatten, verfügten die Behörden seit dem Frühjahr 1942, als mit der Kennzeichnung der jüdischen Ausweispapiere gleich auch ein Fragebogen zur Person und deren Ökonomie ausgefüllt werden musste (siehe Kap. 2.5.1.). Die Verhaftung der Männer führte die norwegische Staatspolizei mit Hilfe von anderen Polizeieinheiten aus, darunter auch Hirdabteilungen. Der ausdrückliche Befehl lautete, in Zusammenhang mit der Verhaftung auch gleich die Wohnungen zu durchsuchen und Wertpapiere, Bargeld und Schmuck zu beschlagnehmen. Über Uhren, Gold, Silber und Schmucksachen, die an die Wehrmacht respektive an die deutsche Sicherheitspolizei weiterzugeben waren, sollten Verzeichnisse in zweifacher Ausführung angefertigt werden, ein Exemplar für die deutsche Sicherheitspolizei, die andere für die norwegische Staatspolizei.¹⁰²

Die in Südnorwegen verhafteten Juden wurden in das Internierungslager „Berg“ bei Tønsberg verfrachtet, wo sie einen Monat einsassen. Am 26. November 1942 transportierte man diese nach Oslo, gleichentags wurden auch jüdische Frauen und Kinder verhaftet und ebenfalls nach Oslo gebracht. In Nordnorwegen verhaftete die Staatspolizei jüdische Männer, Frauen und Kinder in einer konzentrierten Aktion am 25. und 26. November. Die Männer wurden in

¹⁰⁰ Norges traktater I 1641-1944 Nr. 421

¹⁰¹ Norges traktater I 1641-1944 Nr. 422

¹⁰² Ausführlich zur „Judenaktion“ in Oslo: SAO, Oslo politikammer Landssviksavdelingen, Koordinasjonskontoret, R. nr. 405: Rapport til Oslo politikammer, Landssviksavdelingen: Aksjonene mot jødene. Von Thorbjørn Frøberg, Knut Ebeling,

das Internierungslager „Falstad“ ausserhalb von Trondheim gebracht, während die Frauen und die Kinder in verschiedenen Wohnungen in der Stadt gefangen gehalten blieben.

Am 26. November transportierte die Polizei praktisch alle verhafteten Juden, Männer, Frauen und Kinder nach Oslo, von wo sie mit dem Transportschiff „Donau“ Norwegen noch am selben Tag in Richtung Stettin verlassen mussten. Die Deportation wurde mit einem zweiten Transport am 25. Februar 1943 abgeschlossen. Auf der „Gotland“ waren dabei 158 Jüdinnen und Juden untergebracht. Insgesamt wurden zwischen dem 26. Oktober 1942 und dem 25. Februar 1943 von den rund 2'100 Juden in Norwegen 767 Juden nach Deutschland deportiert. Von diesen überlebten nur 30 die Gefangenschaft im Konzentrationslager. Die grosse Mehrzahl der Opfer wurde gleich nach der Ankunft in Auschwitz umgebracht. Die genaue Zahl der geflüchteten Juden ist nicht bekannt, aber es dürften sich während des weitem Verlaufs des Krieges nur noch einige wenige in Norwegen aufgehalten haben, sodass man von etwa 1'300 jüdischen Flüchtlingen ausgehen kann.

Alle verhafteten, deportierten oder geflohenen Juden waren gezwungen, den grössten Teil ihres Besitzes zurückzulassen, der sogleich von den Behörden beschlagnahmt wurde. Die Wohnungen wurden zu diesem Zweck versiegelt. Die Registrierung der dort vorhandenen Gegenstände fand zu einem späteren Zeitpunkt statt, wobei ein Schreiber die Gegenstände unter Aufsicht eines dafür ernannten „Registrierungsmannes“ und in Gegenwart eines weiteren Zeugen aufzulisten hatte.

Bei der Beschlagnahmung von Firmen und Betrieben ging die Polizei ähnlich vor. Normalerweise wurden sie geschlossen und später „abgewickelt“, d.h. liquidiert. Ein Teil der jüdischen Betriebe lief unter behördlicher Verwaltung weiter. In einigen Fällen gelang es Angestellten oder Freunden, so genannte „Rettungskäufe“ zu tätigen, d.h. sie kauften die Firma pro forma, um den Betrieb entweder weiter zu gewährleisten, bis der Besitzer wieder zurückkehren konnte oder um zu verhindern, dass sie in N.S.-freundliche Hände fiel.

2.8 Beschlagnahmung des jüdischen Eigentums

2.8.1 Die verwalterischen Institutionen des Regimes

2.8.1.1 Die „Liquidationsleitung für die beschlagnahmten jüdischen Vermögen“

Die Verordnung des Finanzdepartementes vom 20. November 1942 erliess gemäss Paragraph 3 des „Gesetzes über den Einzug von jüdischen Vermögen“ vom 26. Oktober 1942 die Vorschriften, die sich auf die Beschlagnahmungen bezogen. Darin heisst es u.a.:

§ 1. Um die Verwaltung des Vermögens zu regeln, das gemäss dem Gesetz vom 26. Oktober „über den Einzug von jüdischen Vermögen“ eingezogen wird, errichtet das Finanzdepartement eine Liquidationsleitung mit dem Namen „Liquidationsleitung für die beschlagnahmten jüdischen Vermögen“. Diese ist dem Finanzdepartement direkt unterstellt und besteht aus einem Leiter (Liquidator) und zwei Ratgebern.

§ 2. Die Liquidationsleitung ernennt Nachlassverwalter, die der Abwicklung der eingezogenen Nachlässe vorstehen und für diese verantwortlich sind. Diese sollen vorzugsweise eine juristische Ausbildung haben. [...]

§ 3. [...] Die Liquidationsleitung kann eine Gruppe von Registrierungsmännern und Registrierungszeugen ernennen, die die Registrierung vornehmen. Während des Registrierungs-vorganges muss neben dem Nachlassverwalter mindestens ein Zeuge anwesend sein.

§ 4. Wenn die gewöhnlichen Mittel, über die die Registrierungsorgane verfügen, nicht ausreichen, um eine vollständige Übersicht über die Vermögenssituation zu geben, kann die Liquidationsleitung beim Steueramt [oder anderen Behörden] entsprechende Informationen einfordern.

§ 5. Sobald die Registrierung vorgenommen worden ist, muss der Liquidationsleitung eine Abschrift zugestellt werden. [...] Gleichzeitig muss ein Bericht mit Informationen über die genaueren Familienverhältnisse der von der Beschlagnahmung betroffenen Person verfasst und eingesandt werden. Der Bericht soll auch Angaben über Schulden und deren Verteilung auf in- und ausländische jüdische und nicht-jüdische Kreditoren enthalten.

[...]

§ 8. Der Nachlassverwalter sorgt dafür, dass die Aktiva auf die vorteilhafteste Weise so schnell wie möglich realisiert werden. Festes Wohneigentum soll er in der Regel nicht veräussern. Bewegliche Güter kann er auf öffentlichen Auktionen verkaufen lassen. Betrifft der Nachlass ein Geschäft oder eine

Firma, entscheidet die Liquidationsleitung, ob das Geschäft (die Firma) stillgelegt, verkauft oder weiter betrieben wird. [...]

Wohnungen, auf die Juden ein Eigentumsrecht besaßen, sollen, sobald sie leer sind, an das Finanzdepartement übergeben werden, das über diese verfügen kann. [...]

Über leere Wohnungen, welche von Juden nur gemietet wurden, verfügt die Liquidationsleitung. Diese sollen vorzugsweise an N.S.-Mitglieder in Staats- oder Parteiämtern vermietet werden. In zweiter Linie kommen andere N.S.-Mitglieder in Betracht.

§ 9. Mit dem Fortschreiten der Realisation des Nachlasses müssen die Erträge in die Norges Bank einbezahlt werden. Jedoch soll ein genügender Betrag zurückbehalten werden, um Kreditoren und Ausgaben für die Nachlassbearbeitung zu bezahlen.

[...]

Sobald die Nachlassverwaltung beendet ist, muss ein Schlussbericht und eine vollständige Rechenschaft der Liquidationsleitung zugestellt werden. Diese schickt das Material weiter an das Finanzdepartement mit dem Vorschlag, die Bearbeitung zu akzeptieren.¹⁰³

Mit der Verordnung regelten die norwegischen Beamten des Finanzdepartementes die Organisation und den Ablauf der Beschlagnahmung und den darauf folgenden Vorgang der Umwandlung der Werte in brauchbares Bargeld. Die zentrale Institution war dabei die ebenfalls durch Norweger gestellte „Liquidationsleitung für die beschlagnahmten jüdischen Vermögen“, die später nur noch „Liquidationsleitung“ hiess. In der Abwicklung des einzelnen Nachlasses war der norwegische Nachlassverwalter bestimmend, der manchmal bis zu 60 Fälle gleichzeitig zu bearbeiten hatte. Er war der eigentliche Liquidator des Vermögens einer Einzelperson, von dessen Besitz in Haus oder Wohnung und falls vorhanden auch von dessen Betrieb oder Firma. Falls ein Betrieb oder eine Firma weitergeführt wurde, war der Nachlassverwalter der eigentliche Geschäftsführer. (Siehe Kap. 2.8.1.2)

Obige Verordnung erläutert weiter, dass jüdisches Wohneigentum dem Parteivolk zugänglich gemacht werden sollte, was zur Folge hatte, dass die Fluktuation in den einzelnen Wohnungen und Häusern recht gross war und somit auch Abnützung und Schäden in überdurchschnittlichem Mass zu verzeichnen waren. Eine zweite Folge wurde in parteifreundlichen Mietzinsen deutlich, die weit unter dem Ansatz der Vorkriegszeit lagen, was die Rendite der Wohnungen beträchtlich senkte.

¹⁰³ Forordning fra Finansdepartementet av 20. november 1942 med forskrifter vedrørende inndragning av formue som har tilhørt jøder. Norsk lovtidend 1942, 20. November

Die in Paragraph 9 angesprochenen Schlussberichte sind leider nicht erhalten oder zumindest nicht im aufgearbeiteten Teil des Archivs auffindbar. Deren Existenz würde der Forschung eine Menge Arbeit ersparen.

2.8.1.2 Das Verwaltungsbüro

Die Beschlagnahmung des jüdischen Vermögens ergab zwei verschiedene Gruppen von Werten: Einerseits alles Vermögen, das in barem Geld vorhanden oder sich in bares Geld umwandeln liess und andererseits Wohn- und Geschäftslokalitäten, die in Natura bestehen blieben.

Im Frühjahr 1943 kann die eigentliche Liquidationsphase als abgeschlossen bezeichnet werden, obwohl später noch Betriebe und Firmen von der Liquidationsleitung abgewickelt wurden, die zunächst von den Nachlassverwaltern noch weitergeführt worden waren. Damit war die Hauptaufgabe der Liquidationsleitung erfüllt und mit dem Verwaltungsbüro (norw. „forvaltningskontoret“) trat eine Nachfolgeinstitution in deren Fussstapfen. In der Folgezeit bestanden die beiden Institutionen parallel. Das Verwaltungsbüro verwaltete alle Vermögenswerte wie Häuser, Wohnungen, Firmen und Betriebe, die in der Regel von der Liquidationsleitung „verwaltet, aber nicht verkauft“¹⁰⁴ worden waren. Um die Organisation etwas zu vereinfachen und übersichtlicher zu gestalten, wurden zwei Abteilungen errichtet: Eine „südlich der Berge“ („sønnenfjeldske avdeling“) mit einem Büro in Oslo und eine „nördlich der Berge“ („nordenfjeldske avdeling“) mit einem Büro in Trondheim. Die beiden Chefs der Verwaltungsbüros setzten für sämtliche beschlagnahmten Wohnungen, Häuser und Betriebe Nachlassverwalter („bobestyrer“) ein, die die Wohn- und Geschäftsräume vermieteten und für den Unterhalt sorgten. In jenen Fällen, in denen ein jüdischer Betrieb weitergeführt wurde, war der Verwalter als Geschäftsführer für den Geschäftsgang verantwortlich.

Die Anstellungsverträge zwischen Behörde und Nachlassverwalter wurden ab dem Sommer 1943 von den Chefs der Verwaltungsbüros unterschrieben. War die Aufgabe des Nachlassverwalters zunächst gemäss Verordnung die möglichst schnelle Umwandlung von privaten und betrieblichen Werten in Geld, so änderte sich die Hauptaufgabe der Nachlassverwalter, die für das Verwaltungsbüro arbeiteten. Aus dem Anstellungsvertrag geht hervor, dass der Verwalter, sofern der Betrieb oder die Firma weiterlaufen sollte, verpflichtet war, das

¹⁰⁴ RA, Tilbakeføringskontoret, Likvidasjonsstyrets jøderegnskap, Likvidasjonsstyrets innstruks nr. 4

Geschäft „auf einer gesunden ökonomischen Basis“¹⁰⁵ zu führen. Es war ihm nicht erlaubt, Waren auf Kredit zu verkaufen (Punkt 2) und die Wareneinkäufe mussten „im Verhältnis zur Grösse des Betriebs und dessen durchschnittlichem Umsatz“¹⁰⁶ stehen (Punkt 5). Des Weiteren war der Nachlassverwalter verpflichtet, jeden 15. des Monats der Liquidationsleitung, ab Sommer 1943 dem Chefrevisor des entsprechenden Verwaltungsbüros, einen Rechenschaftsbericht zu präsentieren (Punkt 7). Oftmals stand ihm dafür ein Betriebsrevisor zur Seite, der nach den Richtlinien des Chefrevisors vorzugehen hatte¹⁰⁷. Schliesslich werden Lohn, Kündigungsfrist und rechtliche Stellung des Nachlassverwalters genannt (Punkte 8-10). Die Aufgabe des Nachlassverwalters in einem Betrieb, der weitergeführt wurde, war also eine wirtschaftlich korrekte und effiziente Führung, zumindest solange es die Liquidationsleitung für opportun hielt, den Betrieb weiterexistieren zu lassen. Es handelte sich nicht etwa um ein langsames Ausblutenlassen zugunsten der Staats- oder Parteikasse. Allerdings mussten die Kosten für den Aufwand des Verwaltungsbüros von jenen Geschäften bezahlt werden, die von Nachlassverwaltern geführt wurden. Dies geschah mittels einer vierteljährlich zu entrichtenden „Verwaltungsabgabe“, die entsprechend dem Umsatz des einzelnen Betriebes abgestuft war.

2.8.2 Realisierung der „fellesmasse“

Die Liquidationsleitung richtete ein Sammelkonto ein, auf das zunächst alle beschlagnahmten Bargeldbeträge einbezahlt wurden. In der Folge flossen die Beträge aufgelöster Bankkonti und Rückkaufswerte von Lebensversicherungspolice ebenfalls auf das Sammelkonto. Einrichtungsgegenstände und bewegliche Habe der beschlagnahmten Wohnungen und Häuser wurden auf Auktionen verkauft oder direkt an N.S.-Hilfsorganisationen weitergegeben. Soweit sich aus der Veräusserung der Gegenstände Bargeld machen liess, floss auch dieses auf das Sammelkonto. Hierzu ist anzumerken, dass die Waren auf den Auktionen immer unter dem realen Preis, sehr oft sogar „zu Spottpreisen verkauft“¹⁰⁸ wurden. Hierfür gibt es zwei Hauptgründe: Erstens fiel innert kurzer Zeit sehr viel Ware an, sodass der Lagerraum knapp wurde und die Behörden froh waren, wenn die Waren möglichst schnell wieder weg kamen. Zweitens wurden die N.S.-Hilfsorganisationen oft beschenkt oder man einigte sich auf

¹⁰⁵ RA, Tilbakeføringskontoret, Bomapper, Lnr. 356 (A. Buchmann A/S) enthält Anstellungsverträge

¹⁰⁶ RA, Tilbakeføringskontoret, Bomapper, Lnr. 356 (A. Buchmann A/S)

¹⁰⁷ Vgl. RA, Tilbakeføringskontoret, Bomapper, Lnr. 356 (A. Buchmann A/S), Revisjonsinstruks vom 23.3.1944

¹⁰⁸ Stortingsmelding Nr. 60 (1952), S. 14, 1. Spalte

symbolische Preise. Der Verlust, der den Juden entstanden war, wurde aus diesen Verkaufspreisen oder aus Schätzungen vor dem Verkauf errechnet, was in diesen Fällen natürlich eine viel zu tiefe Summe ergibt. Gleiches gilt für beschlagnahmte Betriebe, deren Inventar und Warenlager liquidiert wurden.

Aus der Menge aller Beschlagnahmungen und Veräußerungen ergab sich die „fellesmasse“, also der Gegenwert des gesamten eingezogenen und realisierten Vermögens. Die Höhe des Geldbetrages für die Güter einer einzelnen Person oder eines Nachlasses ist an der jeweiligen Transfersumme auf das Sammelkonto abzulesen, was allerdings eine sehr unzuverlässige Wertangabe ergibt, da, wie gesagt, manche Gegenstände weit unter Preis veräußert oder gar verschenkt wurden und zudem waren Diebstähle und Unterschlagungen durch die Beamten noch vor der Registrierung an der Tagesordnung¹⁰⁹.

Neben den Summen, die auf das Konto einbezahlt wurden, ist dieses mit Auszahlungen belastet worden. Bei Kriegsende repräsentierte also der Kontostand die Differenz zwischen den Einzahlungen aus realisiertem Vermögen und den administrativen Ausgaben, die die Liquidationsleitung aus diesem Konto deckte.

3 Die Institutionen der norwegischen Regierung für die Rückerstattung des durch den Krieg entstandenen Schadens

3.1 Einleitung

Das Justizdepartement nahm 1950 in der Einleitung des Berichtes mit dem Titel „Übersicht über die Tätigkeit des Staates zur Erstattung des ökonomischen Schadens, den der Krieg privaten Interessen zugefügt hat“ zur Frage der Haftpflicht des Staates gegenüber Privaten Stellung:

„Man geht im Allgemeinen davon aus, dass der Staat keine rechtliche Verpflichtung hat, die Schäden zu decken, die die Bürger durch einen Krieg erleiden.“¹¹⁰

Dieser Grundsatz wurde allerdings nicht angewendet, sondern nur in Erinnerung gerufen, um Klagen über unzureichende Erstattung vorzubeugen.

¹⁰⁹ Vgl. Artikel in Aftenposten, Titel: Jødeboene var som regel plyndret før bobestyreren fikk adgang til lokalene. Undatiert, wird im Minderheitenbericht zitiert, NOU 1997:22, S. 181

¹¹⁰ Stortingsmelding Nr. 15 (1950), Einleitung

Um den Komplex der Erstattungsfrage in Angriff zu nehmen, musste zunächst definiert werden, was unter den Begriff des „Kriegsschadens“ fällt:

„Auf der Grundlage der Bekanntmachung vom 9. Juni 1942 über die Behandlung von Kriegsschäden¹¹¹ werden alle Schäden an Gebäuden und beweglichen Gütern, die durch einen deutschen oder norwegischen nazistischen *Übergriff* verursacht wurden, als normale Kriegsschäden behandelt. Dies gilt bei Verlust durch Konfiskation, Beschlagnahme oder Zerstörung ...“¹¹²

Der zentrale Begriff ist derjenige des „Übergriffs“. Alle Schäden, die durch einen Übergriff, egal ob durch deutsche oder norwegische Angehörige des Regimes, entstanden, werden erstattet. Dass dabei nicht an eine hundert prozentige Erstattung zu denken ist, wird aus einem späteren Bericht deutlich:

„Das Gesetz baut auf der Voraussetzung, dass der Staat keine Verantwortung für Kriegsschäden ... hat, aber diese Schäden sollen durch die öffentliche Hand erstattet werden. Die Ausgaben, die dafür notwendig sind, müssen auf die gesamte Gesellschaft verteilt werden.

Diese Voraussetzung führt zu einer Reihe von Einschränkungen der Kriegsschadenentschädigung.

Da die Schäden nicht durch Versicherungen gedeckt sind, sondern im wesentlichen durch Steuergelder zu zahlen sind, kann dies nur in einem Rahmen geschehen, der für die Ökonomie der Gesellschaft tragbar ist. Und weil der gesamte Schaden an privatem Eigentum so hoch ist, kann man nur eine teilweise Deckung in Betracht ziehen.“¹¹³

Die Aussagen der norwegischen Behörden sind dahingehend zu deuten, dass der Staat für die Übergriffe der Besatzer oder ihrer norwegischen Helfer keine Verantwortung trägt, dass er sich aber gleichzeitig anbietet, die ökonomischen Schäden, die dadurch entstanden sind, mittels Zahlungen zu mildern. Es ist im Kontext dieser Arbeit wichtig und für die weitere Interpretation der Abläufe zentral, dass bei der Frage der Erstattung nicht zwischen Juden und Nicht-Juden unterschieden wurde, während diese Unterscheidung durch die Behandlung der Juden während des Krieges in sehr deutlicher Weise geschah. Die Juden erhielten in der Aufarbeitungsphase also keine Sonderbehandlung seitens des Staates. Gleichzeitig muss aber klar gesagt werden, dass die Juden in mancher Hinsicht bei der Erstattung von ökonomischen Verlusten trotzdem gegenüber anderen Norwegern benachteiligt wurden, indem einzelne Gesetzesparagrafen für die Juden unvorteilhafte Konsequenzen hatten. Diese Paragrafen richteten sich nicht gegen die Juden als solche, sondern bezogen sich auf bestimmte

¹¹¹ Siehe Kap. 2.6.1 (Provisorische Bestimmungen der Exilregierung und internationale Erklärungen)

¹¹² Stortingsmelding Nr. 15 (1950), S. 55, 2. Spalte, Hervorhebung im Original

¹¹³ Stortingsmelding Nr. 60 (1952), S. 16

Umstände, in denen sich viele Juden, und zwar zahlenmässig in allererster Linie Juden, nach dem Krieg befanden. Dies traf z.B. auf Bestimmungen zu, die die Möglichkeit berücksichtigten, dass eine Familie viele Familienmitglieder während des Krieges verlieren konnte, was auf die finanzielle Erstattung Auswirkungen haben konnte. Davon waren die Juden im Besonderen betroffen und zwar als relativ isolierter Teil der norwegischen Gesellschaft.

Die Rückführung und Erstattung des jüdischen Eigentums war nur ein kleiner Teil einer enormen und komplizierten Aufarbeitung der Kriegsschäden. Das dringende Bedürfnis, nach der deutschen Kapitulation so schnell wie möglich finanzielle Hilfe zu leisten, liess es nicht zu, zuerst einen einheitlichen und stromlinienförmigen Apparat für die Rückführung und Erstattung aufzubauen. Deshalb waren verschiedene Institutionen mit dieser Aufgabe beschäftigt. Bereits am 26. Mai 1945 veröffentlichte das Justizdepartement eine Art Wegleitung, wie der oder die Geschädigte vorzugehen hatte, um zu finanzieller Erstattung zu kommen. Die Wegleitung war in erster Linie eine Übersicht über die verschiedenen Institutionen, an die sich die Leute wenden konnten.

Dieses Kapitel behandelt jene drei Institutionen, die Schäden an privatem und geschäftlichem Eigentum behandelten: Das Rückführungsbüro (norw. „Tilbakeføringskontoret“), die Kriegsschadenversicherung („Krigsskadetrygden“) und die Aufarbeitungsabteilung des Justizdepartementes („Oppgjørsavdeling“). Alle drei Institutionen behandelten ohne formale und inhaltliche Differenzierung Gesuche sowohl von Juden als auch von Nicht-Juden. Die proportional grösste Anzahl von Fällen, die Juden betrafen, findet man in den Akten des Rückführungsbüros, weshalb diese Institution am Anfang der Betrachtung steht.

3.2 Das Rückführungsbüro

3.2.1 Allgemeines

Am 15. Mai 1945, also bereits eine Woche nach Kriegsende, ernannte das Finanzdepartement ein Dreiergremium, das die Rückführung der während des Krieges beschlagnahmten Vermögen organisieren und überwachen sollte. Das Rückführungsbüro war keine Erstattungsinstitution, sondern, wie der Name sagt, eine Rückführungsinstitution. Zwei inhaltliche Aufgaben standen im Zentrum: 1. Die materielle Rückführung von abhanden gekommenen beweglichen Gütern und 2. die Rückführung respektive die Verteilung des noch vorhandenen

Betrages der "fellesmasse". Ein Mitglied des Gremiums, Erling Alexander, wurde gewählt, um speziell die jüdischen Interessen zu vertreten. Dies geschah mit Rücksicht darauf, dass die "fellesmasse" zu einem beträchtlichen Teil aus beschlagnahmtem jüdischem Vermögen gebildet worden war. Die drei leitenden Beamten setzten im Einvernehmen mit dem Finanzdepartement zwei Kommissionen ein, die je einen Gesetzesentwurf auszuarbeiten hatten, auf dessen Grundlage die Rückführung der beweglichen Güter und der Vermögen vonstatten gehen konnte. Die Vorschläge erlangten beide am 13. Dezember 1946 Gesetzesstatus.

3.2.2 Rückführung von beweglichen Gütern

Am 13. Dezember 1946 trat das „Gesetz Nr. 28 über die Pflicht, Meldung zu erstatten über bewegliche Güter, die als Folge von Verfügungen der Okkupationsbehörden oder deren Helfer abhanden gekommen sind“ in Kraft. Es verpflichtete jede einzelne Person, auf Verlangen des Rückführungsbüros Angaben über verschwundene Habe wie Hausrat, Wertpapiere oder andere bewegliche Güter zu machen.¹¹⁴ Das Rückführungsbüro konnte weiter Regeln bestimmen, wer welche weiteren Angaben machen musste (§ 2). Die Absicht dabei war das Aufspüren von Gegenständen wie Schmuck, Gemälden, Hausrat, Wertpapieren usw. Diese Regeln richteten sich in erster Linie an Geschäftsleute, die während des Krieges mit dem Verkauf, dem Transport oder der Lagerung von Waren zu tun hatten. Von ganz besonderem Interesse war dabei die Tätigkeit der verschiedenen Auktionshäuser, die konfiszierte Waren verkauft oder zumindest gelagert oder weitergeliefert hatten. Das Rückführungsbüro erhielt auch das Recht, Geschäftsunterlagen wie Rechnungs- und Warenbücher von Firmen und Betrieben einzusehen (§ 3). Im weiteren wurde die Schweigepflicht zum Teil aufgehoben (§§ 4 und 5) und schliesslich bei Missachtung des Gesetzes eine Strafe von bis zu fünf Jahren Gefängnis angedroht (§ 6).

Die physische Rückführung von Wertgegenständen war eine komplizierte logistische Aufgabe, da möglichst viele Gegenstände aufspürt werden mussten, um diese den rechtmässigen Eigentümern zurückzugeben. Abgesehen davon, dass man glaubte, viele Eigentümer wollten ihre Habe materiell und nicht durch Geldersatz zurück haben, spielte eine grosse Rolle, dass mit jedem aufgefundenen Gegenstand die "fellesmasse" der Liquidationsleitung und damit die Auszahlung aus derselben an die Geschädigten entlastet werden konnte. Es hat sich aber im Laufe der Arbeit des Rückführungsbüros herausgestellt, dass manche Eigentümer eher daran interessiert waren, ihren materiellen Verlust durch

¹¹⁴ Norsk Lovtidend 1946, Gesetz vom 13. Dezember 1946 Nr. 28, § 1

Geldbeträge ersetzt zu sehen, als alte, gebrauchte oder sogar durch fremde Abnutzung zerschlissene Waren wieder in Besitz zu nehmen.¹¹⁵ Letzteres zu verhindern, war eine Absicht des obigen Gesetzes, das anscheinend manches Mal ohne Wirkung blieb.

3.2.3 Rückführung resp. Verteilung der "fellesmasse"

Ebenfalls am 13. Dezember 1946 trat das „Gesetz Nr. 27 über konfisziertes Eigentum“ in Kraft. In fünf Kapiteln wurden die Aufgabe des Rückführungsbüros, die Rechte und die Pflichten der Geschädigten geregelt.

Kapitel I nennt die Aufgaben des Rückführungsbüros, die erstens darin bestehen, „die Werte, die von der Okkupationsmacht oder Behörden oder Institutionen, die von ihr ernannt oder anerkannt sind, zu verwalten und zurückzuführen“¹¹⁶ und zweitens „die Eigentümer, die konfiszierte Werte [...] zurück verlangen, zu unterstützen“ (§ 1).

Kapitel II mit dem Titel „Rückführung von konfisziertem Eigentum“ bestimmt, dass der Eigentümer Güter und Rechte über Güter zurückfordern kann, die nach dem 8. April 1940 von der Okkupationsmacht beschlagnahmt worden waren, ohne Rücksicht darauf, ob der jetzige Besitzer diese im guten Glauben erworben hatte. Dasselbe gilt für die Forderung nach Rückgabe der beweglichen Güter (§ 3). Gemäss Paragraph 4 kann ein Eigentümer einer beschlagnahmten Firma oder eines beschlagnahmten Betriebes jene Waren und bewegliche Güter nicht zurückfordern, die im Rahmen des normalen Geschäftsganges vom Nachlassverwalter verkauft wurden. Gerichte können diese Bestimmung allerdings unter Umständen aufheben.

Bewegliche Ware, die der Erwerbstätigkeit dient, kann sofort eingefordert werden, während der rechtliche Aspekt erst später geklärt wird (§ 6). Das Kapitel schliesst mit der Bemerkung, dass der Eigentümer, der wieder in den Besitz eines konfiszierten Gutes oder eines Rechtes über ein Gut gekommen ist, dies dem Rückführungsbüro melden muss (§ 9).

Das Kapitel III stellt klar, dass Entschädigungen für Reparaturen oder Wertsteigerungen, die während der Zeit der Beschlagnahmung vorgenommen wurden, vom Eigentümer, der eine Ware zurückbekommen hat, an den vorgängigen Besitzer zu bezahlen sind (§§ 10 und 11).

Kapitel IV trägt den Titel „Rechte an konfisziertem Eigentum“ und bestimmt, dass Pfandschulden, Mietverträge, Servitute¹¹⁷ und ähnliche Verpflichtungen an Rechten des Eigen-

¹¹⁵ Stortings melding 60 (1950), S. 13

¹¹⁶ Norsk Lovtidend 1946, Gesetz vom 13. Dezember 1946 Nr. 27 über konfisziertes Eigentum, § 1

¹¹⁷ Nutzungsrecht an fremdem Eigentum

tümers, die konfiszierten Objekten vom unrechtmässigen Besitzer auferlegt wurden, für den Eigentümer ohne Rechtswirkung bleiben (§ 12). Allerdings bleibt ein von Gesetzes wegen bestimmtes Pfand für den Eigentümer bindend (§ 13).

Das letzte Kapitel enthält „verschiedene Bestimmungen“. Paragraph 15 bestimmt, dass ein Eigentümer für einen konfiszierten Gegenstand, der von einer Behörde oder Institution verkauft wurde, keinen Anspruch auf die Bezahlung des Gegenwertes hat, ausser er kann glaubhaft machen, dass der Gegenstand nicht mehr aufgespürt werden kann. Falls aber ein Gegenwert ausbezahlt worden ist und der entsprechende Gegenstand auftaucht und dem Eigentümer ausgeliefert wird, kann das Rückführungsbüro dem Eigentümer auferlegen, den Gegenstand gegen die Rückzahlung des Gegenwertes entgegenzunehmen.

Laut Paragraph 16 kann das Rückführungsbüro in besonderen Fällen dem Käufer einer konfiszierten Ware oder eines Rechtes den Gegenwert des Verlustes, den dieser durch die Rückführungsforderung erleidet, auszahlen. Die Paragraphen 18 und 19 regeln das Strafmass bei Missachtung des Gesetzes und Paragraph 20 legt die sofortige Inkrafttretung des Gesetzes fest.

Bereits am 10. Mai 1940 hatte eine Königliche Resolution bestimmt, was unter der „fellesmasse“ zu verstehen ist:

Zur „fellesmasse“ der Liquidationsleitung gehören all jene Mittel, die die Liquidationsleitung, deren Abteilungen und Nachlassverwalter seit dem 8. April 1940 in Besitz hatten und die nicht Gegenstand der Vindikation¹¹⁸ sein können.¹¹⁹

Die Rückführung der „fellesmasse“ respektive deren Verteilung stellte das Büro vor weniger grosse Probleme als die materielle Rückführung von beweglichen Gütern.

Das Rückführungsbüro behandelte insgesamt ca. 11'500 Fälle. In dieser Zahl sind Nachlässe von Juden und solche von nicht-jüdischen Flüchtlingen enthalten, deren Eigentum genauso wie jenes der Juden eingezogen wurde. Im Bericht der Mehrheit innerhalb der Skarpnes-Kommission sind 1'651 jüdische Personen und 253 jüdische Betriebe oder Firmen für ihre Berechnung registriert.

Die Nachlässe von Flüchtlingen brachten der Liquidationsleitung sehr oft kein Geld ein. Man kann es als Regel bezeichnen, dass Flüchtlinge ihre Wertsachen vor der Flucht der Familie vermacht hatten. In einigen Fällen wurde das Vermögen der Flüchtlinge kurz nach der

¹¹⁸ Herausgabeanspruch des Eigentümers einer Sache gegen den Besitzer

¹¹⁹ Norsk Lovtidend 1946, Königliche Resolution vom 10. Mai 1946 über die Regeln der Aufarbeitung der „fellesmasse“ der Liquidationsleitung, § 1

Beschlagnahmung wieder freigegeben. Das Verhältnis des jüdischen zum nicht-jüdischen Anteil an der "fellesmasse" ist nicht genau bekannt.¹²⁰

Die Rückführungsmodalitäten wurden im Mai 1946 so definiert, dass die Kosten für die Rückführungsarbeit, also die Eigenkosten des Rückführungsbüros, zwischen Staatskasse und "fellesmasse" geteilt wurden. Somit ist es also weniger interessant, was sich direkt nach Kriegsende noch auf dem Sammelkonto befand, als vielmehr wieviel Geld noch vorhanden war, als die Schlussabrechnung vorgenommen wurde. Auf der Habenseite findet man zu diesem Zeitpunkt ca. 8'750'000 Kr (1946/47) und auf der Sollseite ca. 12'000'000 NOK. Es fehlten also etwa 3'275'000 Kr, die die Liquidationsleitung ausgegeben hatte. Das heisst: Etwa 28% der eingezogenen Werte wurden von der Liquidationsleitung verbraucht. Die Eigenkosten des Rückführungsbüros betrugen ca. 960'000 Kr, deren Hälfte noch zu den 3,275 Mio. NOK addiert werden müssen. Das heisst: ca. 4% der eingezogenen Werte wurden vom Rückführungsbüro für dessen Arbeit verbraucht. Dies bedeutet, dass der ursprünglich ausgerechnete berechnete Anspruch für die Rückzahlungen, nach der Belastung des Kontos durch die Eigenkosten, nicht 72% sondern nur noch 68% ausmachte. Ende 1946/Anfang 1947 bezahlte das Rückführungsbüro eine Vorschussdividende von 50% an die Geschädigten und Ende 1947, als der endgültige Dividendenprozentsatz ermittelt war, zahlte es die restlichen 18% aus. Alle Geschädigten bekamen 68% ihrer „dividendenberechtigten Forderung“. Diese setzte sich zusammen aus den eingezogenen Vermögen und den Gütern, die verkauft worden waren und deren Gegenwert in die "fellesmasse" eingeflossen war und die nicht materiell wiederbeschafft werden konnten, als Kreditsumme, und den rechtmässigen Ausgaben, die von der Liquidationsleitung zugunsten der einzelnen enteigneten Person getätigt worden waren, als Debitsumme. Eine solche Debitsumme bestand bei Hauseigentümern in den Ausgaben der Nachlassverwalter im Zusammenhang mit der Verwaltung des Hauses (Steuern, Stromrechnungen, Reparaturen, Wasserabgaben usw.). Für die meisten Personen, deren Vermögen beschlagnahmt worden war, zahlte die Liquidationsleitung Gemeinde- und Staatssteuern; auch für Juden, die geflüchtet waren. So erstaunt es wenig, dass es Fälle gab, in denen die betreffende Person als dividendenberechtigte Forderung einen Debitsaldo ausgestellt bekam. Dies war der Fall, wenn die Liquidationsleitung für eine Person, deren beschlagnahmtes Vermögen gleich null war, die Steuern bezahlt hatte. Die Steuersumme wurde dann als Debitsaldo ausgewiesen und ein Kreditsaldo, von dem die Summe hätte abgezogen werden können, war nicht vorhanden.

¹²⁰ Vgl. NOU 1997:22, S. 44

3.2.4 Rückführung von Versicherungspolicen und Bankguthaben

Die Liquidationsleitung beschlagnahmte Bankguthaben und liess sich von den Versicherungsgesellschaften die Rückkaufswerte von Lebensversicherungspolicen auszahlen. Der Verband norwegischer Versicherungsgesellschaften beschloss am 19. Juni 1945, die Versicherungsgesellschaften sollten „eine neuerliche Auszahlung der eingezogenen Rückkaufswerte an jene Personen vornehmen, die sich bei den Gesellschaften melden oder - wenn der Versicherungsnehmer dies bevorzugt - die Police weiterlaufen lassen, als ob eine Beschlagnahmung nie stattgefunden hätte“¹²¹. „In jenen Fällen“, heisst es weiter, „in denen die Versicherung infolge des Todes des Versicherungsnehmers verfallen ist, nachdem der Rückkaufswert an die Deutschen oder an die N.S. ausbezahlt worden war, war man einig, den [Versicherungs-]Gesellschaften zu empfehlen, dass in der Regel die volle Versicherungssumme ausbezahlt wird ohne Abzug für früher [an die Liquidationsleitung] geleistete Zahlungen, aber gegen Übertragung der Rückerstattungsforderung“¹²² gegenüber dem Rückführungsbüro. Die Empfehlung des Verbandes an die verschiedenen Gesellschaften wurde, soweit dies einzusehen war, befolgt. Das bedeutet also, dass die Auszahlung von Rückkaufswerten an die Liquidationsleitung – infolge der Gesellschaften insgesamt ca. 600'000 NOK – im Nachhinein für die Geschädigten nicht als Verlust berechnet werden kann. Über die Motivation der Versicherungsgesellschaften für ihr Vorgehen ist nichts Näheres bekannt. Mit einem Fragezeichen müssen jene Fälle versehen werden, in denen die während des Krieges umgebrachten Personen keine Erben hinterliessen. Die moralische Frage ist hier, ob dies als Verlust betrachtet werden soll und ob eine Versicherungsgesellschaft allenfalls berechtigt war, den Betrag an niemanden auszuzahlen.

Die beschlagnahmten Bankguthaben betreffend wurden die Mitgliedsbanken im Rundschreiben mit der Nummer 42, datiert auf den 2. Juni 1947, von der norwegischen Bankvereinigung aufgefordert, „die beschlagnahmten Bankguthaben an den rechtmässigen Eigentümer auszuzahlen - d.h. eine neuerliche Zahlung zu leisten, falls der Betrag während des Krieges an jemand anderen als den Einbezahlenden ausbezahlt wurde“.¹²³ Die Motivation, die hinter dem Vorgehen der Bankvereinigung steht, ist von einem Präzedenzfall abzuleiten. Im ersten Abschnitt des Rundschreibens ist ein Urteil des obersten norwegischen Gerichts-

¹²¹ Das Protokoll der Sitzung ist zitiert in: NOU 1997:22, S. 43. AJD. Skarpnes-Archiv

¹²² NOU 1997:22, S. 43

¹²³ AJD, Skarpnes-Archiv, Sirkulære nr. 42 (1947)

hofes angesprochen, das im Streitfall zwischen einer Reederei und zwei ihrer Hausbanken diese zu neuerlichen Zahlungen verurteilt hatte, nachdem sie während des Krieges Beträge aus den Geschäftskonti an die Liquidationsleitung bezahlt hatten. Die Bankvereinigung machte allerdings Einschränkungen: Wenn die Liquidationsleitung mit dem eingezogenen Bankguthaben Schulden oder andere Verpflichtungen des Eigentümers beglichen hatte, wurde diese Leistung von einer Auszahlung nach dem Krieg abgezogen. Und bei der Rückforderung von Bankguthaben sollten nur jene Summen berücksichtigt werden, die in den Rechnungsbüchern der Liquidationsleitung tatsächlich erschienen. Ebenso sollten vom Rückführungsbüro oder anderen Institutionen bereits bezahlte Erstattungen von neuerlichen Auszahlungen abgezogen werden. Wer sein Guthaben von der Bank bekommen hatte, musste sich verpflichten, das Recht auf die Forderung gegenüber dem Rückführungsbüro auf die Bank zu übertragen.

Die Richtlinien der Bankvereinigung wurden weitgehend befolgt und die einzelnen Banken erstatteten den Geschädigten in allen für die vorliegende Studie eingesehenen Fällen ihre beschlagnahmten Guthaben zu hundert Prozent.

3.3 Kriegsschadenversicherung

3.3.1 Allgemeines

Kurz vor dem Krieg, d.h. vor dem 9. April 1940, setzte das Sozialdepartement eine Kommission ein, die die Frage der Erstattung von Schäden an Gebäuden, die von allfälligen Kriegshandlungen herrühren könnten, erörterte. Im Anschluss daran wurde eine zweite Kommission gebildet, die dasselbe für bewegliche Güter tat. Der neben den deutschen Besatzern als Übergangsregierung dienende Administrationsrat liess die Kommissionen nach dem Kriegsausbruch weiterarbeiten. Am 14. Mai 1940 wurde eine „Kriegsschadenversicherung für Gebäude“ und am 24. Mai eine „Kriegsschadenversicherung für bewegliche Güter“ etabliert. Das von Quslings Partei geführte Departement des Inneren übernahm im Herbst 1941 die Aufsicht über die beiden Institutionen. Es wurde auch eine „Kriegsschadenversicherung für Warenlager“ ins Leben gerufen, die allerdings nur eine untergeordnete Bedeutung für *konfiszierte* Warenlager erlangte (siehe Kap. 3.4.3.).

Auch die Exilregierung in London beschäftigte sich weiterhin mit der Frage der Kriegsversicherungen. Am 4. Mai 1942 setzte das Sozialdepartement eine Kommission ein, deren Vorschlag zur „provisorischen Anordnung“ und zur „Königlichen Resolution“ vom 8.

Mai 1945 wurde. Sie wurde schliesslich durch das „Mittelfristige Gesetz über die Kriegsschadenversicherung von Gebäuden Nr. 19“ vom 19. Juli 1946 und durch das „Mittelfristige Gesetz über die Kriegsschadenversicherung von beweglichen Gütern Nr. 3“ vom 25. April 1947 ersetzt.

Die Gesetzgebung bezüglich der Kriegsschadenversicherung, wie sie die Gesetzgeber nach dem Krieg formulierten, muss auf dem Hintergrund eines enormen Erstattungs- und Wiederaufbaubedarfs betrachtet werden. Die Prämieineinzahlungen für die Policen waren weit davon entfernt, zur Bezahlung aller Schäden zu genügen. Gemäss Beispielen aus anderen Ländern¹²⁴ erstellte man eine Prioritätenliste der Schäden, deren verschiedenen Schadensarten zu ungleichen Anteilen von der Kriegsschadenversicherung erstattet wurden, was in der Gesetzgebung klar zum Ausdruck kommt. Zusätzlich schuf man eine flexible Skala für die prozentuale Erstattung der Kriegsschäden. Die Mehrkosten wurden gedeckt, indem Zusatzsteuern (Kriegsschadensteuern auf Einkommen und Vermögen) den ungenügenden Anteil an Rückstellungen und an Prämienzahlungen ausglich.

Der gesamte Erstattungsbetrag, den die „Kriegsschadenversicherung für Gebäude“ ausbezahlte, belief sich auf 770 Mio. NOK 60% davon wurde mit Steuerbeiträgen finanziert. Der Erstattungsbetrag, den die „Kriegsschadenversicherung für bewegliche Güter“ ausbezahlte war mit 250 Mio. NOK deutlich niedriger. Davon bezahlten die Steuerzahler etwas über 80%.

3.3.2 „Kriegsschadenversicherung für Gebäude“

Die „Kriegsschadenversicherung für Gebäude“ wurde am 14. Mai 1940 vom Administrationsrat ins Leben gerufen. Sie setzte ihre Tätigkeit auf der Grundlage des „Mittelfristigen Gesetzes“ Nr. 19 vom 19. Juli 1946 fort. Das Ziel des Gesetzes war es gemäss Paragraph 1, volle oder teilweise Erstattung für Kriegsschäden an Gebäuden in Norwegen zu leisten.

Die Kriegsschadenversicherung umfasste alle Gebäude im Land, die gegen Brand versichert und im Besitz von norwegischen Staatsbürgern waren. Schäden an Gebäuden, die im Besitz von Ausländern standen, konnten auf Anordnung des Königs ebenfalls erstattet werden. Die Beschränkung der Berechtigung auf norwegische Bürger ist ein Ausdruck für die Priorität des Willens zum Wiederaufbau der *norwegischen* Wirtschaft, also einen *nationalen* Wiederaufbau. Erstattungen für Schäden an ausländischem Besitz in Norwegen blieben eine rare Ausnahme.

¹²⁴ Siehe Stortingsmelding Nr. 15 (1950), S. 28

Das Gesetz erlaubte es, die Höhe der Erstattung auf dem Hintergrund der sozialen und gesellschaftsökonomischen Verhältnisse festzulegen, aber in der Regel bezahlte die Versicherung alle durch den Krieg bedingten Schäden an Wohn- und Geschäftshäusern. Die Requisition von Gebäuden durch deutsche oder norwegische Behörden galt nicht an und für sich als Kriegsschaden, wohl aber Verwahrlosung oder Beschädigung derselben durch die requirierende Behörde.

3.3.3 „Kriegsschadenversicherung für bewegliche Güter“

Die „Kriegsschadenversicherung für bewegliche Güter“ ist in ihrer Aufgabe nicht streng vom Rückführungsbüro zu trennen. Auch sie hatte zum Ziel, für bewegliche Güter, die während des Krieges verschwunden waren, eine Erstattung zu bezahlen.

Sie wich in beträchtlichem Mass vom eigentlichen Versicherungsprinzip ab. In Anbetracht des Bedürfnisses nach Wiederaufbau bekam die ökonomische Lage des Versicherungsnehmers, die Schadenart und der Umfang des Schadens einen entscheidenden Einfluss auf die Leistung der Versicherung. Abhandengekommene Gegenstände, die zur Berufsausübung dienten, wurden vollwertig erstattet, während persönliche private Güter nach einer festen Abstufung berechnet wurden: Schäden im Umfang von bis und mit 3'000 NOK erstattete die Versicherung zu 100%. Überstieg der Schaden diese Summe, wurden die folgenden 2'000 NOK zu 90% entschädigt. Die darauf folgenden 5'000 NOK, also die Kosten für Schäden von zwischen 5'000 und 10'000 NOK, wurden zu 75%, Schäden zwischen 10'000 und 20'000 NOK zu 60% und solche über 20'000 NOK zu 50% entschädigt. Der Schaden wurde für den ganzen Hausstand zusammengezählt und pro Kopf eine Zulage von 1'000 NOK gewährt, die zu den ersten 3'000 zu 100% zu erstattenden Kronen hinzugezählt wurden. Eine dreiköpfige Familie, die einen Schaden von 18'000 NOK erlitten hatte, erhielt von der Kriegsschadenversicherung also: 3'000 + 1'000 + 1'000 NOK zu 100% entschädigt (=5'000 NOK), 2'000 NOK zu 90% (=1'800 NOK), die nächsten 5'000 NOK à 75% (=3'750 NOK) und die restlichen 6'000 NOK à 50% (=3'000 NOK), insgesamt also wurde ein Verlust von 18'000 NOK mit 13'550 NOK erstattet. Dies bedeutete, dass jemand, der wenig Mittel besass, bei der Zahlung des Rückführungsbüros kaum Verluste hinnehmen musste, während jemand, der über reichlich Mittel verfügte, recht grosse Abstriche machen musste.

In Paragraph 21 des „mittelfristigen Gesetzes Nr. 3 vom 25. April 1947 über die Kriegsschadenversicherung von beweglichen Gütern“ wird definiert, was unter dem Begriff „Kriegsschaden“ zu verstehen ist:

„Als Kriegsschaden gilt jeder materielle Schaden, der auf Handlungen zurückzuführen ist, die mit einem Kriegsziel in Verbindung gebracht werden können. [...] Gestohlene, verschwundene oder verkommene Güter, deren Ursache in obengenannten Handlungen liegt, werden auch als Kriegsschaden bezeichnet.“¹²⁵

Es ist offenbar, dass von den N.S.-Behörden beschlagnahmte Güter unter den Begriff des Kriegsschadens fielen. Normalerweise musste man auch hier brandversichert sein, um Leistungen der Versicherung in Anspruch nehmen zu können. Diese Einschränkung galt aber nicht für besonders kriegsgeschädigte Regionen, wobei in erster Linie an die nordnorwegischen Fylke Finnmark und Troms erinnert werden muss, die während des deutschen Rückzugs durch eine „Politik der verbrannten Erde“ von flächendeckenden Verwüstungen heimgesucht worden waren. In solchen Regionen bezahlte die „Kriegsschadenversicherung für bewegliche Güter“, ob man brandversichert war oder nicht. Sonst aber konnte der Erstattungsbetrag die maximale Versicherungssumme normalerweise nicht übersteigen.

Der erste Paragraph des Gesetzes bestimmte, wer Leistungen der Versicherung beanspruchen konnte:

„Die [Kriegsschaden-] Versicherung [für bewegliche Güter] hat die Aufgabe, Schäden an beweglichen Gütern, die sich im Land befinden oder die einem norwegischen Staatsbürger gehören, der seinen Wohnsitz in Norwegen hat [...] voll oder teilweise zu erstatten. [...]“¹²⁶

Die Beschränkung der Berechtigung auf norwegische Staatsbürger und auf Güter, die sich im Land befinden, hängt auch hier mit dem Gedanken des Wiederaufbaus des eigenen Landes zusammen.

Das Gesetz erlaubte eine weitere Massnahme, die Ausgaben der Versicherung zu senken, indem bestimmte Gegenstände, die zwar „besonders wertvoll, für die weitere ökonomische Existenz des Eigentümers, aber nicht von Bedeutung“ waren, nicht erstattet werden sollten.¹²⁷

Noch weiter geht die Bestimmung in Paragraph 16 Nr. 5, in dem es heisst, dass der

¹²⁵ Norsk Lovtidend 1947, Mittelfristiges Gesetz Nr. 3 vom 25. April 1947 über die Kriegsschadenversicherung von beweglichen Gütern, § 21

¹²⁶ Norsk Lovtidend 1947, Mittelfristiges Gesetz Nr. 3 vom 25. April 1947 über die Kriegsschadenversicherung von beweglichen Gütern, § 1

¹²⁷ Norsk Lovtidend 1947, Mittelfristiges Gesetz Nr. 3 vom 25. April 1947 über die Kriegsschadenversicherung von beweglichen Gütern, § 15

Erstattungsbetrag herungesetzt oder ganz gestrichen werden kann, „wenn man es mit Rücksicht auf die ökonomische Lage und den Bedarf des Geschädigten für haltbar befindet“. Die Bestimmung gibt einerseits die soziale Komponente des Gesetzes wieder, andererseits ergab sich daraus eine einseitige Benachteiligung der Juden, denn der Grund für den allfälligen Reichtum interessierte nicht weiter. Besonders oft war es in jüdischen Familien so, dass das Erbe einer ganzen Familie auf einige wenige Überlebende überging. Diese wurden dann von der „Kriegsschadenversicherung für bewegliche Güter“ in geringem Ausmass oder überhaupt nicht entschädigt, eben weil ja ein bestimmtes Vermögen vorhanden war. Aber auch diese Vorgehensweise entspricht dem Gedanken des Wiederaufbaus. Nicht das Familienvermögen, das vor dem Krieg vorhanden war, sollte restituiert werden, sondern der einzelne sollte vor dem finanziellen Ruin gerettet werden, was bei der angesprochenen Konstellation ja nicht der Fall war. Trotzdem muss hier festgestellt werden, dass die Juden in besonderem Mass benachteiligt wurden.

Die Schadensbeträge mussten von den Geschädigten auf der Preisgrundlage vom 8. April 1940 angegeben werden. Die „Kriegsschadenversicherung für bewegliche Güter“ erstattete dann eine Preissteigerungszulage, d.h. eine prozentuale Zulage infolge der Geldentwertung zusätzlich zum anerkannten finanziellen Schaden. Die Bestimmungen in Paragraph 11 des Gesetzes bezüglich der Zulage haben einen sozialen Charakter, daneben ist aber auch hier der Gedanke der Förderung des Wiederaufbaus spürbar. Bereits während des Krieges vergütete die Versicherung eine Preissteigerungszulage auf Schadenssummen, selbstverständlich galt dies aber nicht für Juden. Für Auszahlungen, die im Jahr 1944 oder später getätigt wurden, betrug die Maximalzulage 40%. Sie wurde aber nur ausbezahlt, wenn der Schaden einen wesentlichen Anteil der beweglichen Habe betraf. Daher sind nach dem Krieg mehrheitlich Juden in den Genuss dieser Maximalzulage gekommen, weil ihnen während des Krieges die gesamte Habe beschlagnahmt wurde. Die Maximalzulage wurde aber nur auf jenen Teil des Schadens berechnet, der zu hundert Prozent entschädigt wurde, also bevor die Abstufung der Erstattung einsetzte. Konkret heisst dies, dass nur die „ersten“ 3'000 NOK (+ 1'000 NOK pro Kopf im selben Haushalt) mit einem Zuschlag von 40% vergütet wurden.

Jener Schadenanteil, der über diese 3'000 NOK hinausging, konnte mit höchstens 20% Zuschlag erstattet werden.

Von der Summe, die die Versicherung als Schadenssumme anerkannt hatte, musste jener Betrag abgezogen werden, den ein Antragsteller allenfalls während des Krieges als Unterstützung durch den Staat im Ausland erhalten hatte. Solche Unterstützungsinstitutionen, zu

denen Juden überhaupt Zugang hatten, weil sie sich im Ausland aufhalten mussten, waren die Not- und die Nationalhilfe in Schweden und England. Hilfsinstitutionen in Norwegen kamen für Juden nicht in Frage, sie konnten allein für nicht-jüdische Bürger eine Unterstützung darstellen.

Schnell wurde klar, dass zwischen den beiden Institutionen, der „Kriegsschadenversicherung für bewegliche Güter“ und dem Rückführungsbüro, eine Zusammenarbeit erfolgen musste, wenn es um die Frage der Erstattung der Gegenwerte für verkaufte bewegliche Güter und Geschäftsinventar ging. Man wollte auf alle Fälle verhindern, dass geschädigte Personen für dieselben Güter zweimal entschädigt wurden. Für diese war es am günstigsten, den gesamten Schaden an abhandengekommenen beweglichen Gütern bei der Kriegsschadenversicherung anzumelden, weil diese eine Taxierung der Gegenstände vornahm, welcher der Gedanke der Wiederanschaffung zugrundelag, während sich zeigte, dass das Rückführungsbüro nur 68% des von den N.S.-Behörden veranschlagten Preises ausbezahlte.

Für Schäden, die nicht von der Kriegsschadenversicherung erstattet wurden, konnten die Geschädigten gemäss dem Gesetz vom 19. Juli 1947 um Erstattung nach dem Prinzip der Verhältnismässigkeit (siehe Kap. 3.4.1.) ersuchen, d.h. die „Aufarbeitungsabteilung“ des Justizdepartementes anfragen.

3.4 Die „Aufarbeitungsabteilung“ des Justizdepartementes

3.4.1 Allgemeines

Im Laufe der Monate April/Mai 1940 gründete der Administrationsrat ein „Zentralbüro für Requisitionen und Kriegsschäden“, dessen Aufgabe vornehmlich eine ökonomische Entschädigung war. Nach der definitiven politischen Neuordnung in Norwegen vom 25. September 1940, als die N.S.-Behörden den Staatsapparat übernommen hatten, wurde das Büro als „Aufarbeitungsabteilung“ in das Departement des Innern transferiert. Nach der Befreiung Norwegens wechselte die „Aufarbeitungsabteilung“ wieder ins Justizdepartement. Die Abteilung beendete ihre Arbeit am 1. Juli 1950, aber ein Büro, das „Aufarbeitungsbüro“ setzte seine Arbeit bis zum 1. April 1952 fort.

Die „Aufarbeitungsabteilung“ war eine Kriseninstitution, die bereits während des Krieges Schäden nach dem Prinzip der Verhältnismässigkeit (norw. „billighetserstatning“¹²⁸) entschädigte, die als Folge des Krieges anzusehen waren und die nicht durch andere Versicherungen abgedeckt waren.

Nach dem Kriegsende bestand ihre Aufgabe in erster Linie darin, die von den deutschen oder norwegischen Behörden beschlagnahmten, requirierten oder konfiszierten Gebäude an ihre Eigentümer zurückzugeben. Daneben galt es weiterhin Schäden, die nicht durch andere Versicherungen abgedeckt waren, zum Beispiel durch die Kriegsschadenversicherungen für Gebäude, bewegliche Güter und Warenlager, zu vergüten.

In den ersten beiden Nachkriegsjahren arbeitete die Aufarbeitungsabteilung einen Gesetzestext aus, das so genannte „Erstattungsgesetz“, das vom Storting genehmigt wurde und das am 25. April 1947 in Kraft trat. Darin bestimmt der Paragraph 3, auf welchem Hintergrund eine Erstattung erfolgen solle:

„Wenn entschieden wird, ob und in welchem Ausmass ein Geschädigter nach diesem Gesetz Erstattung erhält, soll auf seine ökonomische Situation und auf seinen ökonomischen Bedarf Rücksicht genommen werden. Ebenso ist zu berücksichtigen, ob er würdig ist, eine Erstattung zu erhalten, hierbei besonders, ob seine nationale Haltung ausreichend war, ob er einen wertvollen patriotischen Willen gezeigt hat oder ob er einem besonderen Übergriff ausgesetzt war.

Weiter soll auf den Nutzen Rücksicht genommen werden, den ein Geschädigter durch eine Erstattung hat. Eine Auszahlung kann an die Bedingung geknüpft werden, dass sie für produktive oder andere berechnete Zwecke benutzt wird.¹²⁹

Ein grundsätzlicher Punkt ist in Paragraph 6 zu finden. Darin heisst es:

„Ein Verlust [...] wird in der Regel nicht erstattet, ausser er sei wesentlich und die ökonomische Situation des Geschädigten sei zum gegenwärtigen Zeitpunkt schlechter als vor dem Krieg.“¹³⁰

¹²⁸ Der Begriff „billighetserstatning“ bezeichnet eine Zahlung, die einer rechtlichen Grundlage entbehrt, also eine Art „Bezahlung aus Goodwill“ ist. Er impliziert aber auch den Aspekt der „Billigkeit“. Mit „billighetserstatning“ bezeichnet man eine Vergütung, die nicht dem realen Schaden entspricht, sondern nur einen Teil davon deckt. Weil die Frage nach der „billighetserstatning“ immer in ein Verhältnis zum Vermögen der Geschädigten gestellt wurde, werde ich dafür den Begriff „Erstattung nach dem Prinzip der Verhältnismässigkeit“ verwenden.

¹²⁹ Norsk Lovtidend 1947, Mittelfristiges Gesetz Nr. 4 vom 25. April 1947 über die Erstattung von gewissen Schäden und Verlusten als Folge des Krieges 1940-1945, § 3

¹³⁰ Norsk Lovtidend 1947, Mittelfristiges Gesetz Nr. 4 vom 25. April 1947 über die Erstattung von gewissen Schäden und Verlusten als Folge des Krieges 1940-1945, § 6

An der bestehenden Praxis hat das Erstattungsgesetz allerdings kaum etwas geändert, wie der Bericht über die Tätigkeit der Aufarbeitungsabteilung des Justizdepartementes deutlich macht. Darin heisst es:

„Das Erstattungsgesetz von 1947 brachte keine wesentliche Änderung der Prinzipien, nach denen die Aufarbeitungsabteilung vorgegangen war, aber es schrieb Regeln vor, nach denen die Aufarbeitung schliesslich abgeschlossen werden sollte. [...]

Das Erstattungsgesetz baut auf dem Grundsatz, dass der Staat keine Verantwortung für die Kriegsschäden trägt, dass diese aber durch öffentliche Gelder nach dem Prinzip der Verhältnismässigkeit gedeckt und dass die Aufwendungen dafür auf die gesamte Gesellschaft verteilt werden sollten. Diese Voraussetzung führte zu einer Reihe von Begrenzungen der [Versicherungs-] Leistungen.

Weil die von Versicherungen nicht abgedeckten Schäden hauptsächlich von ordentlichen und ausserordentlichen Steuern gedeckt werden müssen, kann dies nur in einem Umfang geschehen, den die Ökonomie der Gesellschaft tragen kann. Weil die gesamten privaten Schäden so grossen Umfang haben, kann nur von einer teilweisen Deckung gesprochen werden. Deshalb musste man sich einschränken und nur besonders stark betroffenen Personen und Betrieben wieder auf die Füße helfen, [...] *man muss die Zahlungen als Wiederaufbauhilfe bezeichnen und nicht als Erstattung für Schäden im herkömmlichen Sinn.* Für die Auszahlung von Geldern wird deshalb gewöhnlich die Bedingung gestellt, dass das Geld für Ausbesserungen, Wiederanschaffungen, Neuetaulierungen o.ä. gebraucht wird.

Eine andere Begrenzung liegt auf dem grossen Gewicht, das man der ökonomischen Lage und dem Bedarf des Geschädigten beigemessen hat. In allen Fällen hat man den Schadensumfang in Verhältnis zur ökonomischen Stellung des Geschädigten gestellt. [...] man hat versucht, einerseits wirkliche Hilfe zu leisten andererseits nicht die Gesellschaft ökonomisch unnötig zu belasten, d.h. letztlich den einzelnen Steuerzahler.“¹³¹

Die Philosophie, die hinter der Tätigkeit der Aufarbeitungsabteilung steht, wird klar ersichtlich: Es handelt sich nicht um Erstattungszahlungen, sondern um (freiwillige) Wiederaufbauhilfen. Es wird einsehbar, dass gemäss dieser Philosophie dem Geschädigten stets ein Selbstbehalt von ca. 100 NOK auferlegt wurde (§ 19 des „Erstattungsgesetzes“) und dass die Abteilung in der Regel Luxusgüter wie Ferienhäuser, „Lustschiffe“, Motorfahrzeuge, die ausschliesslich zum Vergnügen gefahren wurden, usw. nicht erstattete (§ 7 des „Erstattungsgesetzes“).

Der Geschädigte war „in grossem Ausmass den schätzungsmässigen Entscheiden der Abteilung ausgeliefert“¹³², dafür war das System relativ rationell und somit auch rasch in seinen Entscheidungen, was dem Anspruch der *sofortigen* Wiederaufbauhilfe entspricht. Es

¹³¹ Stortings melding 60 (1952), S. 16f, Hervorhebung durch den Autor

¹³² Stortins melding 60 (1952), S. 39

gab auch kaum Klagen von Geschädigten, die sich schlecht behandelt fühlten.¹³³ Man hat generell die Philosophie verstanden und auch akzeptiert.

Die Aufarbeitungsabteilung war in der Reihe der „Erstattungsinstitutionen“ in der Nachkriegszeit jeweils die letzte, die über Zahlungen an Privatpersonen und Firmen entschied. Die erste Anlaufstelle war das Rückführungsbüro, gefolgt von den Kriegsschadenversicherungen, die in der Praxis allerdings oft parallel zur erstgenannten Institution arbeiteten. Die Aufarbeitungsabteilung schliesslich wog die Schäden und die bereits erfolgten Erstattungen gegeneinander ab, um zu einer Entscheidung zu gelangen. D. h. es wurden sämtliche Schäden einer Privatperson oder einer Firma addiert und dann sämtliche Leistungen der anderen Institutionen von diesem Betrag abgezogen, die Differenz wurde als Nettoverlust bezeichnet und diente als Grundlage für die Anwendung des Prinzipes der Verhältnismässigkeit.

3.4.2 Einzelne Sachgruppen

Der Verlust, der dadurch entstanden war, dass die Mieten für beschlagnahmtes Wohneigentum nicht an die Eigentümer, sondern an die widerrechtlichen Besitzer (Liquidationsleitung, Verwaltungsbüro) bezahlt worden waren, konnte bei der Aufarbeitungsabteilung angemeldet und dafür um Erstattung ersucht werden. Sehr selten allerdings wurde dieser in die Leistungen der Abteilung einbezogen, weil das Prinzip der Verhältnismässigkeit sich u.a. am persönlichen Besitz orientierte. Wer einen „Mietschaden“ anmelden konnte, besass also eigenes Wohneigentum, womit die persönliche Vermögenssituation in seiner Grundlage schon charakterisiert war. Die Frage der „Mietschäden“ spielte also deshalb für die Erstattungs- und Entschädigungsinstitutionen eine marginale Rolle, weil die Schäden selten entschädigt wurden, nicht weil solche Verluste kaum vorgekommen und nach dem Krieg angemeldet worden wären.

Sowohl Schäden an Gebäuden als auch an beweglichen Gütern, die durch keine Versicherung abgedeckt waren, wurden in Übereinstimmung mit dem Paragraph 3 des Gesetzes mit Rücksicht auf die ökonomische Situation des Gesuchstellers gedeckt. Die Regel war jedoch, dass solche Schäden, sofern deren Behebung in irgendeiner Form dem Interesse des raschen Wiederaufbaus diente, ganz oder zumindest teilweise vergütet wurden. Ausnahmen waren rar

¹³³ Stortins melding 60 (1952), S. 39

und betrafen solche Gesuchsteller, deren ökonomische Lage sehr gut war oder die sich während des Krieges sogar beträchtlich verbessert hatte. Bei der Beurteilung der persönlichen Ökonomie spielte der Vermögenszuwachs infolge Erbe, Heirat o.ä. nur in Ausnahmefällen eine Rolle.

Die schwierigste Arbeit war die materielle Rückführung konfiszierter beweglicher Habe. Im Bericht des Stortinges von 1952 über die Tätigkeit der Aufarbeitungsabteilung heisst es generell, dass man in deutschen Truppenunterkünften, requirierten Häusern und Wohnungen oft Gegenstände vorgefunden habe, diese seien aber mit gekauften oder requirierten oder mit Gegenständen deutscher Herkunft „vermischt“ gewesen. Dies habe es oftmals unmöglich gemacht, die eigentliche Herkunft der Gegenstände ausfindig zu machen.¹³⁴ Um Diebstähle und eigenmächtiges Eingreifen ehemaliger Besitzer oder Eigentümer zu verhindern, wurden besonders in den Städten Wehrgruppen („løsoverv“) organisiert, die in enger Zusammenarbeit mit der lokalen Polizei die Wohnungen und Häuser, in denen sich herrenlose Gegenstände befanden, versiegelten und Lagerräume und -hallen mit gesammelten Gegenständen bewachten. Die Repräsentanten der Aufarbeitungsabteilung nahmen schliesslich die Registrierungen vor. Aus einem Rundschreiben vom 27. Dezember 1945 geht hervor, dass die Aufarbeitungsabteilung entschieden hatte, wenig wertvolle Gegenstände, deren rechtmässige Eigentümer nicht ermittelt werden konnten, nach dem 1. Februar 1946 auf Auktionen zu verkaufen und über wertvolle Gegenstände (Gemälde, Klaviere u.a.m.) einen Katalog („Landskatalog over gjenfunnet løsoverv“) anfertigen zu lassen, der dann landesweit publiziert wurde. Ein Problem waren die Kosten für die Lagerung jener Gegenstände, deren Eigentümer nicht gefunden werden konnten. Personen, die mit der Rückführung beschäftigt waren, bekamen „in verschiedener Hinsicht das Gefühl, dass die Eigentümer sich nicht meldeten, weil sie die Entschädigung in Geld bevorzugten“.¹³⁵ Weiter heisst es: „Die Tatsache, dass so viele Eigentümer nicht gefunden werden konnten, beruht auch darauf, dass viele, besonders Juden, während des Krieges umgekommen waren.“¹³⁶

Wertvolle Gegenstände, deren Eigentümer nicht gefunden werden konnten, wurden z.T. auch auf Auktionen verkauft. Einige Gemälde hat die Nationalgalerie in Oslo übernommen, wobei sich darunter keine aus jüdischem Besitz befunden haben sollen, wie die Leitung heute

¹³⁴ Stortins melding 60 (1952), S. 12, Spalte 2

¹³⁵ Stortins melding 60 (1952), S. 13, Spalte 2

¹³⁶ Stortins melding 60 (1952), S. 13, Spalte 2

versichert.¹³⁷ Klaviere und andere Instrumente hat man an Berufsmusiker, Musikschulen und an Altersheime verkauft.

3.4.3 Warenlager

Die „Kriegsschadenversicherung für Warenlager“ kam in der Regel nicht für Schäden auf, die infolge feindlicher Übergriffe entstanden waren, folglich konnte die Mehrzahl der Geschädigten lediglich auf eine Erstattung durch die Aufarbeitungsabteilung nach dem Prinzip der Verhältnismässigkeit hoffen. In bestimmten Fällen sollte die „Kriegsschadenversicherung für Warenlager“ die Taxierungen der Schäden vornehmen, die als Grundlage für die Entschädigung durch die Aufarbeitungsabteilung dienten. Es zeigte sich aber, dass die Kosten für die Taxierung durch die Versicherung oft in keinem Verhältnis zu den endlichen Auszahlungen standen. Deshalb hat man vier Schadengruppen erstellt, die ohne Taxierung durch die Versicherung direkt vom Justizdepartement behandelt wurden:

1. Schadenbeträge von bagatellmässigem Umfang, definiert als Schäden unter 3'000 NOK
2. Schadenbeträge, die im Verhältnis zum Vermögen des Geschädigten vernachlässigbar waren
3. Fälle, in denen der Geschädigte gestorben war und keine direkten Erben (livsarvinger) hinterlassen hatte
4. Schäden an unversicherten Warenlagern (fehlende Brandversicherung)¹³⁸

Von Punkt 3 waren in besonderem Umfang die Juden betroffen, wessen man sich bewusst war. Die Rechtfertigung dieses Punktes bezieht sich wiederum auf den angestrebten Wiederaufbau des Landes nach dem Krieg. In einer internen Notiz heisst es: „Dies [Punkt 3] gilt besonders für Juden [...] Wir meinen, dass es keinen Grund gibt, einem fernen Verwandten eine Erstattung zu bezahlen für einen Schaden an einem Warenlager, besonders wenn der Betrieb nicht fortgesetzt wird. Wir meinen deshalb, dass [...] solche Schäden Gegenstand der Erstattung nach dem Prinzip der Verhältnismässigkeit sind [...] Hinzu kommt, dass jene Juden, die den Krieg überlebt haben, als Erben der in Deutschland ermordeten Juden grosse Vermögen anhäufen werden und es muss erlaubt sein, für die Erstattung von Warenlagern

¹³⁷ Siehe Nachforschungen der Skarpnes-Gruppe. NOU 1997:22, S. 50

¹³⁸ RA Oppgjørsavdeling, Politiske fanger m.m. - bysaker

Bedingungen zu stellen.“¹³⁹ Für die oben genannten Fälle bedeutete dies, dass sie innerhalb der Aufarbeitungsabteilung nach dem Prinzip der Verhältnismässigkeit behandelt und erstattet wurden, dass also die ökonomische Situation des Geschädigten miteinbezogen wurde. In allen übrigen Fällen war die Kriegsversicherung für die Berechnung oder Schätzung des Schadens zuständig, bevor sie an die Aufarbeitungsabteilung zur Würdigung übergeben wurden.

Das Rückführungsbüro bezahlte 68% des Erlöses von verkauften Warenlagern an die Eigentümer. Der Rest konnte bei der Kriegsversicherung für Warenlager angemeldet werden.

Während auf alle Erstattungszahlungen ein Zuschlag für die Preissteigerung resp. für die Geldentwertung gegeben wurde, lehnte das Kriegsschadenkomitee dieses Vorgehen für die Erstattung von Warenlagern ab, zum einen weil sich die Taxierung des Schadens am Wert der Ware zum Zeitpunkt des Schadens orientierte und nicht wie sonst üblich am Wert zum Zeitpunkt des Kriegsausbruches am 9. April 1940, zum anderen weil die Erstattung jeweils schon kurz nach dem Eintreffen des Schadens erfolgte. Zweites gilt natürlich nicht für Juden, die erst nach Ende des Krieges die Möglichkeit hatten, für ihre beschlagnahmten Warenlager um Erstattung zu ersuchen. Die Frage des Preissteigerungszusatzes war aber ein untergeordnetes Problem, seit entschieden worden war, dass die Warenlager nur nach dem Prinzip der Verhältnismässigkeit erstattet wurden.

3.5 Zusammenfassung

Bei der Betrachtung der Erstattungs- resp. Rückführungsinstitutionen müssen zwei Ebenen unterschieden werden: Die erste Ebene betrifft die Aufgaben, die die Institutionen übernahmen, die zweite Ebene die Vorgehensweise der Institutionen.

Die Aufgabe des Rückführungsbüros war die Rückführung von materiellem Eigentum und die Verteilung des noch vorhandenen Geldes der "fellesmasse". Dies bedeutete einerseits, dass möglichst viele beschlagnahmte Gegenstände aufgespürt und an ihre rechtmässigen Eigentümer zurückgegeben werden sollten und andererseits dass der Geschädigte einen prozentualen Anteil von seinem „Beitrag“ zur "fellesmasse" zurück erhielt. Bei der Arbeit wurden weder die Bedarfssituation noch das persönliche oder familiäre Vermögen noch die Erbsituation noch die Staatsbürgerschaft des Gesuchstellers berücksichtigt. Was aufgespürt werden konnte, wurde rückgeführt, ohne Rücksicht auf die ökonomische Lage des Geschädigten.

¹³⁹ Interne Notiz. RA Oppgjørsavdeling, Politiske fanger m.m. - bysaker

Dass die individuellen Verluste an Bargeld nur zu 68% erstattet wurden, liegt daran, dass die Liquidationsleitung des Regimes 28% des gesamten eingezogenen Vermögens verbraucht hatte. Wofür dieses Geld aufgewendet wurde, ist in diesem Zusammenhang nur am Rande von Interesse. Andererseits hat das Rückführungsbüro 4% von diesem Geld verwendet, um die ihm aufgetragenen Arbeiten auszuführen.

Die eigentliche Aufgabe der Erstattung übernahmen die Versicherungen. Die Kriegsschadenversicherungen, jene für Wohn- und Geschäftsräumlichkeiten und jene für bewegliche Güter, funktionierten nach dem Versicherungsprinzip, d.h. nur wer gegen Brandschäden versichert war, hatte Anspruch auf volle oder teilweise Erstattung von Schäden, die durch den Krieg und die Besetzung bedingt waren. In Bezug auf die Versicherung von Gebäuden bildeten dabei die besonders schwer betroffenen Regionen im Norden des Landes eine Ausnahme. Dort wurden Entschädigungen auch bei fehlender Versicherung ausbezahlt. Diese im Vergleich zu anderen Erstattungsprinzipien relativ grosszügige Entschädigung muss wiederum auf dem Hintergrund des Strebens nach dem Wiederaufbau des kriegsgeschädigten Landes gesehen werden. Gleiches gilt für die Beschränkung der Versicherungsleistung auf norwegische Staatsbürger. Nur partielle Entschädigungen zahlte dagegen die Versicherung für bewegliche Güter aus. Hier spielte der ökonomische Hintergrund des Geschädigten eine nicht unwesentliche Rolle, indem begüterte Personen in kleinerem Umfang entschädigt wurden als unbegüterte. Zusätzlich berechneten sich die Auszahlungen nach einer abgestuften Skala.

Die Kriegsversicherung für Warenlager arbeitete mit Einschränkungen nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit von Versicherungen. Wenn die persönliche und allenfalls geschäftliche Situation gut war, wurde die Erstattung auf das Prinzip der Verhältnismässigkeit beschränkt, im entgegengesetzten Fall wurde der volle Schaden ersetzt.

Die Kriegsschadenversicherungen nahmen Rücksicht auf die persönliche und familiäre Vermögenslage, die Staatsbürgerschaft und darauf, ob das Geld für den Wiederaufbau benutzt wurde.

Die Aufarbeitungsabteilung des Justizdepartementes, später das Aufarbeitungsbüro, war schliesslich die Auffanginstitution für jene Fälle, die nicht von anderen Institutionen behandelt wurden. Bei der Suche und Rückführung von beweglichen Gütern arbeitete die Abteilung eng mit dem Rückführungsbüro zusammen. Sie war keine Erstattungsinstitution im herkömmlichen Sinn. Ihre Leistungen müssen als Wiederaufbauhilfe bezeichnet werden, denn sie machte ihre Entscheidung ganz von der privaten und familiären Vermögenssituation und dem

Bedarf nach Wiederaufbau abhängig, indem man generell vom Prinzip der Verhältnismässigkeit ausging.

3.6 Ein ökonomischer Überblick und die besondere Ausgangslage bezüglich der Erstattung von Verlusten für die Juden in Norwegen

Die „Liquidationsleitung für beschlagnahmten jüdische Vermögen“ war eine rein norwegische Institution, die alles beschlagnahmte, was Juden nicht in die Gefangenschaft oder auf die Flucht mitnehmen konnten. Ihr erstes Ziel war die Äufnung der jüdischen „fellesmasse“, d.h. die Sammlung allen jüdischen Vermögens, das in Bargeld bestand oder zu Bargeld gemacht werden konnte. Laut den Rechnungsbüchern der Liquidationsleitung betrug die Summe auf dem Bankkonto mit der Nummer 1101 bei der Norges Bank aufgerechnet auf das Preisniveau von 1946/1947 19'076'609.- norwegische Kronen¹⁴⁰. Dies war der Wert, den die Liquidationsleitung während des Krieges verwaltete. Nicht mitgerechnet ist dabei der Wert der beschlagnahmten Häuser und Wohnungen. Diese Summe ist nicht bekannt, was aber kaum Probleme aufwirft, da Wohneigentum bis auf ganz wenige Ausnahmen nach dem Krieg in Natura rückgeführt wurde. Probleme gibt es nur da, wo ganze Familien während des Krieges umgekommen sind und somit keine Erben das Eigentum mehr in Besitz nehmen konnten. Solches Wohneigentum fiel an den Staat.

Zu obigem Betrag müsste der Gewinn hinzugerechnet werden, den das Verwaltungsbüro aus der Vermietung von beschlagnahmtem Wohneigentum gezogen hat, und abgezogen werden müssten die Aufwendungen, die das Verwaltungsbüro in Bezug auf dieses Wohneigentum gemacht hat, denn dies sind Einnahmen und Ausgaben, die unter normalen Umständen der (jüdische) Hauseigentümer gemacht hätte. Die entsprechenden Zahlen sind kaum zu bestimmen und die Mehrheit der Forschergruppe um Oluf Skarpnes legte die Situation so aus, dass ein ausgebliebener Gewinn aus der Vermietung von Wohneigentum nicht als individueller ökonomischer Verlust angesehen werden kann.

Ebenfalls nicht mitberechnet sind Schäden und Umbauten an Wohnungen und Geschäftsräumen, die repariert oder rückgängig gemacht werden mussten. Diese werden auch als von der Kriegsschadenversicherung zu hundert Prozent rückerstattet betrachtet. Dieser Aspekt wird im Fallbeispiel einer genaueren Betrachtung unterzogen werden müssen.

¹⁴⁰Die Zahlen für den gesamten jüdischen Verlust und dessen Rückerstattung in: NOU 1997:22, Flertallets utredning, S. 54-63

Wenn man das Augenmerk auf den tatsächlichen Verlust richtet, den die Juden an ihrem gesamten Vermögen erlitten hat, können vom Gesamtbetrag 2'150'109.- NOK (1946/47) abgezogen werden, da dies dem, wie das Wohneigentum, zu hundert Prozent rückgeführten Betrag entspricht und somit nicht als Vermögensverlust bezeichnet werden kann. Der Betrag verteilt sich folgendermassen:

	1'470'744 NOK	-für rückerstattete Bankguthaben
+	405'707 NOK den	-für Versicherungspolicen, die wieder erstellt oder an Versicherungsnehmer oder dessen Erben ausbezahlt wurden
+	<u>273'658 NOK</u>	-für rückerstattete oder zurückgegebene Wertschriften
=	2'150'109 NOK	

Daraus ergibt sich eine Summe von 16'926'500 NOK (1946/1947), die dem Restbetrag des gesamten beschlagnahmten Betrages entspricht und als der gesamte ungedeckte Verlust der Juden in Norwegen während des Krieges angesehen werden kann. Von dieser Summe müssen sämtliche Zahlungen an Juden in der Nachkriegszeit abgezogen werden, um den realen Verlust errechnen zu können. Die erstatteten Werte belaufen sich auf 10'166'671 NOK, sodass also ein Verlust von 6'759'829 NOK resultiert.

In der Frage der Rückführung und der Erstattung von Verlusten und Schäden unterschieden die Institutionen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht zwischen jüdischen und nicht-jüdischen Betroffenen, obschon die Juden in besonderem Masse unter der Besatzungsmacht und ihren norwegischen Helfern gelitten hatten. Für die institutionelle Durchführung der Erstattung hatte dies keine Konsequenzen, wohl aber veränderte sich die Entscheidungsgrundlage in der Frage der Erstattung für einen Teil der jüdischen Opfer von N.S.-Übergriffen. Dies bezieht sich vor allem auf zwei Faktoren: Erstens mussten Erben, auch solche von Opfern des N.S.-Systems, in Norwegen in der Regel eine normale Erbschaftssteuer bezahlen, was nichts Aussergewöhnliches ist, aber sehr viele Opfer und deren Erben waren Juden. In einigen Familien wurden in der Erbfolge sogar zwei Generationen ausgelöscht, wobei von den Steuerbehörden eine zweimalige Erbschaftssteuer berechnet wurde, ohne dass die erste Erbschaft überhaupt hatte angetreten werden können, und ohne dass mindestens abgeklärt worden wäre, ob die zeitliche Abfolge der Todesfälle eine zweimalige Erbschaft überhaupt rechtfertigte. Solche Fälle waren aber sehr selten.

Zweitens stützte sich die Beurteilung der Aufarbeitungsabteilung, ob weitere Hilfeleistungen in Form von Zahlungen nach dem Prinzip der Verhältnismässigkeit geleistet werden sollten, auf eine Gesamt-bewertung der individuellen ökonomischen Situation nach dem Krieg. Hierbei spielte es in einigen Fällen eine nicht unwesentliche Rolle, dass Einzelpersonen durch die Kriegsereignisse zu Erben wurden, d.h. dass deren Eltern oder andere nahe Verwandte, die Erblasser waren, durch den Krieg ihr Leben verloren hatten und sie deren Vermögen oder die Ansprüche darauf erbten. Auch in diesem Falle waren die Juden in Norwegen in besonderem Masse betroffen, da sie im Verhältnis zur Bevölkerungsproportion sowohl sehr grosse Verluste an vererbenden Familienmitgliedern zu beklagen hatten als auch sehr ausgeprägt unter dem Regime gelitten hatten und demnach erstattungsberechtigt waren. Juden wurden also im Endeffekt in relativ hohem Mass Zahlungen verweigert, weil sie dank eines Erbes nach dem Krieg ökonomisch nicht sehr schlecht gestellt waren.

Diese beiden Prinzipien, die bei der Erstattung von Schäden berücksichtigt wurden, können als im Besonderen die Juden benachteiligend verstanden werden. Dies waren sie wohl auch, aber wiederum kommt darin der Gedanke des Wiederaufbaus nach dem Krieg zum Ausdruck, bei dem die konkrete und korrekte Erstattung in den Hintergrund und die Idee, dass die Gesellschaft, das heisst die einzelnen Personen, aber durch Betriebe auch die Wirtschaft, wieder in Schwung kommen sollten, in den Vordergrund trat.

Die Prinzipien machen auch deutlich, dass für Verluste an Menschenleben keine Erstattungen bezahlt wurden, sondern eher im Gegenteil: „Dank“ Erbschaften standen manche Personen oder auch Geschäfte, insbesondere eben Juden und jüdische Geschäfte, nach dem Krieg wirtschaftlich relativ gut da und erhielten deswegen keine oder nur geringe Beträge als Erstattungen ausbezahlt. Die norwegische Gesellschaft und die norwegische Wirtschaft haben sich nach dem Krieg schnell erholt. Um die Relation zu wahren soll hier nicht die These aufgestellt werden, dass dies auf dem Rücken der norwegischen Juden geschehen sei, aber sie haben zumindest einen Beitrag dazu geleistet, der im Durchschnitt, in Anbetracht der recht kleinen Gruppe von Juden in Norwegen im Verhältnis zur Bevölkerung sowohl vor und erst recht nach dem Krieg, über demjenigen von nicht-jüdischen Norwegern lag.

II. Teil

4 Fallstudie

4.1 Die Familie Buchmann

4.1.1 Auswahlkriterien

Die vorliegende Arbeit ist die erste Studie über die ökonomischen Konsequenzen des Krieges und die Aufarbeitung in der norwegischen Nachkriegszeit, die eine jüdische Familie und deren Betriebe ins Zentrum stellt. Weil diese Studie ein erster Schritt innerhalb dieses Bereiches ist und eine gewisse Exemplarität besitzen soll, ist die Familie Buchmann nicht eine beliebig ausgewählte, sondern sie erfüllt bestimmte Kriterien, die, soweit dies bei der Vielfalt der Schicksale überhaupt möglich ist, eine solide Grundlage für eine repräsentative Darstellung sein soll.

Es ist heikel einen Kriterienkatalog aufzustellen, denn ein solcher wird leicht sowohl von innen, vor allem aber auch von aussen als eine Sammlung von Vorurteilen missverstanden. Der Auswahl in dieser Fallstudie liegen deshalb nur wenige, dafür aber grundlegende und weitest möglich objektive Kriterien zugrunde.

Zur Kernfamilie Buchmann gehörten in der unmittelbaren Vorkriegs- und der Kriegszeit die Mutter und ihre acht erwachsenen Kinder. Sie ermöglicht es also, neun Einzelschicksale und deren Bezug zu den ökonomischen Folgen des Krieges zu verfolgen, ohne dass der übersichtliche Kreis der Familie verlassen werden muss. Es ist aber selbstverständlich, dass sich Personen innerhalb einer Familie in ihrem Handeln gegenseitig beeinflussen. So ist es zu erklären, dass sehr oft Familien praktisch als Einheit den Krieg überlebt haben oder andernfalls als Einheit nicht überlebt haben. Tendenziell gehört die Familie Buchmann zur Gruppe der erstgenannten, obwohl eine Familienangehörige, die Mutter, im Krieg deportiert und ermordet wurde, was bis zu einem gewissen Grad die unterschiedlichen Verhaltensmuster der verschiedenen Generationen, auch innerhalb einer Familie, widerspiegelt.

Die Betrachtung von neun Einzelschicksalen gibt der Fallstudie eine notwendige Breite.

Während der für diese Studie relevanten Zeit war die Familie Buchmann im Besitz von drei mittelgrossen Betrieben mit vier bis acht Angestellten. Auch hier gilt, dass die Betrachtung dreier Firmen in Bezug auf die kriegsbedingten ökonomischen Verluste und Erstattungen in

der Nachkriegszeit breitere, repräsentativere Aussagen erlaubt, als die Fokussierung auf einen einzigen Betrieb, dessen Schicksal nicht in einen grösseren Zusammenhang gestellt wird. Zudem entsprechen die Grössen der Buchmann'schen Firmen vielen jüdischen Betrieben in Norwegen, die in den Zwanziger- und Dreissigerjahren gegründet worden waren.

Ein beeinträchtigender Faktor besteht allerdings in der Tatsache, dass die entsprechenden Institutionen bei der Frage der Erstattung zum Teil die Familienverhältnisse berücksichtigten, die in der vorliegenden Studie für alle drei Betriebe jeweils die selben waren. Dieser Faktor der Vereinheitlichung wird in Kauf genommen um in der Betrachtung die Einheit der Familien zu wahren.

Wenn man sich für einen einzelnen repräsentativen „jüdischen“ Wirtschaftszweig entscheiden muss, fällt die Wahl fast zwangsweise auf die unter Juden in Norwegen traditionelle Tätigkeit der Weiterverarbeitung und vor allem des Verkaufs von Textilien. Die Textilbranche war in Trondheim unter den Juden 1942 im Verhältnis von ca. 2:1 gegenüber allen (!) übrigen Branchen vertreten.¹⁴¹ In Oslo war der Anteil nicht ganz so hoch, aber auch hier war sie in jüdischen Kreisen die weitestverbreitete. Die drei Geschäfte der Familie Buchmann waren allesamt in der Textilbranche angesiedelt.

Ein markantes Kennzeichen in der Struktur der jüdischen Betriebe in Norwegen war die Zusammenarbeit der Familienmitglieder. Manche jüdischen Familien waren im Besitz mehrerer Manufakturbetriebe, die einander nicht gegenseitig Konkurrenz machten, sondern sich in ihrem Angebot an Gütern oder Dienstleistungen ergänzten, sodass eine Familie ein breites Spektrum innerhalb einer Branche abdeckte. Die familiäre Zusammenarbeit war auch auf einer tieferen Ebene, innerhalb der einzelnen Betriebe, sehr verbreitet. Von den neun Mitgliedern der Familie Buchmann waren sieben in irgendeiner Form in den verschiedenen, manchmal in zwei oder sogar in allen drei familieneigenen Betrieben tätig. Neben ausser-familiären Angestellten nahmen die Mutter und die Kinder der Kernfamilie vom Verkäufer bis zur Verwaltungsrätin alle möglichen Positionen ein. Dieser Umstand ist dafür verantwortlich, dass es enorm schwierig, zum Teil sogar unmöglich ist, in ökonomischer Hinsicht zwischen privaten und geschäftlichen Belangen zu unterscheiden, was in dieser Studie aber angestrebt wird, um in beide Richtungen Aussagen über Verluste und Entschädigungen machen zu können. Die ökonomische Verflechtung von Privatem und Geschäftlichem hatte

¹⁴¹ Dieses Verhältnis geht aus der von der Minderheit der Skarpnes-Gruppe erstellten Liste über sämtliche jüdischen Betriebe in Norwegen hervor. In absoluten Zahlen lautet das Verhältnis für Trondheim 22 (Textilbranche) zu 10 (übrige).

auch Auswirkungen auf die Erstattungen sowohl in Bezug auf Zahlungen für private als auch für geschäftliche Schäden und Verluste.

4.1.2 Herkunft der Familie Buchmann

Der Stammvater der im Zentrum dieser Arbeit stehenden Familie ist Abraham Buchmann. Er wurde am 10. Oktober 1880 in Sad in Litauen als russischer Staatsangehöriger geboren. Aufgrund der Pogrome gegen die Juden im Baltikum sah er sich in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts gezwungen seine Heimat zu verlassen. Er gelangte zunächst nach Schottland, wo er sich aber nie richtig wohl fühlte, und als er von seinem Bruder Lazar einen Brief aus Trondheim erhielt, in dem dieser schrieb, wie leicht es sei, sich in die tolerante norwegische Gesellschaft einzugliedern und wie gut es ihm und anderen Verwandten in Trondheim gehe, entschloss sich Abraham, ebenfalls nach Norwegen zu reisen. Mangels direkter Verbindung zwischen Schottland und der norwegischen Westküste reiste er vermutlich via Kristiansand oder Oslo (damals noch „Christiania“) nach Trondheim, wo er schliesslich 1904 oder 1905 ankam.¹⁴²

Abrahams spätere Frau, Bertha Pauline Fischer, wurde am 20. Dezember 1884 in Latskova in Russland geboren. Sie immigrierte 1905 aus demselben Grund und ungefähr zur gleichen Zeit wie Abraham Buchmann nach Norwegen. Auch sie hatte bereits Familienangehörige in Trondheim, die nach Hause berichteten, dass Norwegen ein freies Land sei, in dem man ein Auskommen finden könne und das mit dem Zarenreich in keiner Weise vergleichbar sei. Berthas Bruder Abraham Fischer war der erste aus der Familie Fischer gewesen, der sich in Trondheim 1893 niedergelassen hatte. Ein knappes Jahr später war ihm sein Bruder Aron Fischer gefolgt, der sich seit 1909 „aus Prestige Gründen“¹⁴³ Aron Mendelsohn nannte. Später kamen ihre Geschwister Miriam Fischer (spätere Abrahamsen) (1897), Cecilie Fischer (spätere Bernstein) (1899), Rosa Fischer (spätere Klein) (1899 oder 1900) und schliesslich der jüngste Bruder Hirsch Fischer (1901) nach. Eine von Berthas Schwestern, Mina Fischer

¹⁴² Weder die Fremdenpolizei in Trondheim, Kristiansand oder in Oslo hat Abraham Buchmann als eingereisten Ausländer erfasst. Über die möglichen Routen und möglichen Zeitpunkte konnten alle von mir kontaktierten Nachkommen nur vage Angaben machen.

¹⁴³ Zitat Albert Ragle, 27. April 1999. Aron Mendelsohn war der Name Fischer zu wenig „fein“ und er wollte sich mit der Namensänderung von einem Mann namens Fischer abgrenzen, der zwar nicht mit ihm verwandt war, der aber zu dieser Zeit auf unangenehme Weise in Trondheim die Aufmerksamkeit auf den Familiennamen Fischer gezogen hatte.

(spätere Levinsohn), hatte sich 1899 in der Hauptstadt Christiania niedergelassen. Als letztes aller Geschwister kam Bertha Pauline 1905 nach Trondheim.¹⁴⁴

Abraham Buchmann und Bertha Pauline Fischer lernten sich schon bald nach ihrer Ankunft in Trondheim im Jahr 1905 kennen und heirateten am 8. Juli 1906.

Das Ehepaar erlebte harte Zeiten. Abraham Buchmann wurde als Ausländer die Handelszulassung verweigert und so verdiente er sein Geld als reisender Händler, was für viele jüdische Immigranten aufgrund einer Gesetzeslücke möglich war. Seine Reisen führten ihn meist auf die Lofoten und noch weiter in den Norden. Finanziell stand Abraham Buchmann nicht besonders gut da und seine familiäre Situation war mit seinen häufigen und langen Abwesenheiten unbefriedigend. Aus seinen jeweiligen Anwesenheiten bei seiner Frau in Trondheim resultierten in den Jahren 1907 bis 1916 immer wieder Schwangerschaften Berthas. 1907 brachte sie mit Emanuel ihr erstes Kind zur Welt. 1909 folgte der zweite Sohn, Bernhard, und im Jahr darauf Oscar, der allerdings um den Jahreswechsel 1913/1914 starb. Schliesslich gebar Bertha abwechselnd mit „etwa drei bis vier Fehl- oder Totgeburten“¹⁴⁵ weitere gesunde Kinder. 1912 brachte sie ihre erste Tochter zur Welt, Assne Rebekka, gefolgt von Herman 1914, Bernt 1916 und Sarah 1917. Abraham war zwar inzwischen ein von vielen geschätzter Kaufmann, für manche andere aber doch nur einer von, in den Augen einer kleinen Minderheit, zu vielen „Handelsjuden“. Noch immer war es ihm nicht möglich, ein eigenes Geschäft zu eröffnen. Sein erneutes Gesuch um eine Handelszulassung im Jahr 1925 wurde wiederum abgelehnt.

Erst als Bernhard als 18-Jähriger, inzwischen waren mit Anna Fanny 1920 und dem geistig behinderten Samuel 1921 noch zwei Kinder hinzugekommen, sein Handelsdiplom erworben hatte, gelangte die Familie in den Besitz einer Handelszulassung und damit bestand die Möglichkeit ein eigenes Geschäft zu eröffnen, was mit der A. Buchmann A/S noch im gleichen Jahr, 1927, geschah. In der Folge erwarben Assne 1930, Herman 1932, Bernt 1934 und Sarah 1935 ebenfalls ihre Handelsdiplome und die Firmen B. Buchmann A/S und Bernh. Buchmann A/S wurden 1930 und 1932 sogleich gegründet.

Abraham Buchmann arbeitete in der Folge nur noch in den Familienbetrieben mit, ohne sich je wieder auf Handelsreisen zu begeben. Gezeichnet von den beschwerlichen Jahren als reisender Händler und aufgrund seines schwachen Herzens starb Abraham Buchmann am 10. Januar 1935 im Spital der Stadt Trondheim.¹⁴⁶

¹⁴⁴ Zur Familie Fischer: Mendelsohn, Oskar: Jødenes historie i Norge gjennom 300 år. Bind II, S. 380-383

¹⁴⁵ Zitat Dr. Erik Buchmann, 3. Mai 1999

¹⁴⁶ SAT, Trondheims Byfogdembete, Dødsfallprotokoll, 3L 18

Im Laufe der Jahre erarbeitete sich die Familie mit ihren Betrieben eine solide wirtschaftliche Basis. Bei Ausbruch des Krieges 1939 war die Familie Buchmann unter den Juden eine der betuchtesten in der ganzen Stadt. Noch zu Lebzeiten Abrahams erwarb die Familie die Liegenschaft am Innherredsvei 31, ein für die Zeit typisches, relativ zentral gelegenes stattliches Haus mit einem Hinterhof, in dem zeitweise auch Hühner gehalten wurden. Im Parterre hatte die A. Buchmann A/S ihre Ladenlokalitäten. Die anderen Etagen bewohnte die Familie. Später kam eine zweite grössere Liegenschaft hinzu, Nedre Baklandet 89, die Bernt gehörte und wo die Firma B. Buchmann A/S im Parterre ihren Betrieb aufnahm. Das zweite und das dritte Stockwerk wurden als Wohnraum vermietet. Schliesslich kaufte Bertha Buchmann das Sommerhaus „Hyttebakken“ in Vikhammer (Gemeinde Malvik), einem idyllisch am Trondheimsfjord gelegenen Vorort Trondheims, das für die besser gestellten Stadtbewohner als Sommerferiendomizil diente.

Dazu mietete Bernhard Buchmann einen Teil der Liegenschaft Munkegate 35 im innersten Zentrum von Trondheim, wo er die Firma Bernh. Buchmann A/S betrieb.

4.1.3 Die Familie Buchmann in der jüdischen Gemeinde

Abraham Buchmann war in seinem Glauben orthodox. Wenn er auf seinen regelmässigen Handelsreisen war, hatte er stets Gebetsbücher und andere zur Ausübung religiöser Riten notwendige Gegenstände bei sich. Daneben trug er immer sein Geschirr in zwei Ausführungen bei sich, um Milch- und Fleischprodukte getrennt essen zu können. In der Familie waren die religiösen Riten und koscheres Essen alltäglich.

Die Mitglieder der jüdischen Gemeinde in Trondheim waren fast alle in den ersten zwanzig Jahren des 20. Jahrhunderts als Flüchtlinge nach Norwegen gekommen. Ihre unterschiedliche Herkunft sorgte für eine bunte kulturelle Mischung innerhalb der Gemeinschaft, die bewusst gepflegt und geschätzt wurde. Das Interesse an der Ausübung der Religion hat bis zum Ende des Jahrhunderts stetig abgenommen. In der Familie Buchmann begann die Generation nach Abraham weniger die religiöse als die kulturelle Seite des Judentums zu pflegen. Der Ehemann Sarah Ragles, geb. Buchmann, ist heute Kassier der Gemeinschaft und desillusioniert, was die Mitgliederzahlen der Gemeinde und das Interesse am Judentum betrifft. Der Glaubensgemeinschaft von Trondheim, welche das Gebiet nördlich von Trondheim bis an die russische Grenze abdeckt, gehörten 1999 insgesamt 129 Personen an,

55 davon bezahlten regelmässig Mitgliederbeiträge. Dagegen ist in der 2. und 3. Generation ein erneutes Interesse an den religiösen Riten erwacht. Der Sohn Bernt Buchmanns, Ralph Buchmann, ist beispielsweise Vorbeter in der Synagoge in Trondheim. Bezeichnend für seine Mittelposition zwischen der orthodoxen Grossväter- und der säkularisierten Vätergeneration spricht er die Gebete in hebräischer Sprache, die er jedoch nur sehr rudimentär versteht. Er organisierte daneben in der Synagoge eine, von einem deutschen Künstler konzipierte und gestaltete permanente Ausstellung über die Geschichte der jüdischen Gemeinschaft in Trondheim. Ralph Buchmann leitet die Gebete aus Leidenschaft und Freude, während es ihm gegen aussen wichtiger ist, das Andenken an die Geschichte und die kulturelle Vielfalt nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Seit 1990 gibt es in Trondheim keinen Anbieter von koscherem Fleisch mehr.

Der älteste Sohn von Bertha Pauline und Abraham Buchmann, der Arzt Emanuel Buchmann, wohnte mit seiner Familie, nachdem er nach seinem Studium für zwei Jahre nach Trondheim zurückgekehrt war, in Oslo und entfremdete sich dem Judentum mehr und mehr, obschon er faktisch Mitglied der jüdischen Gemeinde in Oslo war. Seine Frau Stella (eigentl. Esther) entstammte einer sophistizierten jüdischen Familie aus London; sie förderte Emanuels Entfremdung vom Judentum zusätzlich, was zu manchen Meinungsverschiedenheiten zwischen Emanuel und seinen Geschwistern in Trondheim führte, die aber nie so tief greifend waren, dass sie eine Feindschaft hätten aufkeimen lassen. In Trondheim schüttelte man eher den Kopf über Emanuels Lebenseinstellung. Niemand konnte verstehen, warum sich der ferne Bruder schon kurz nach den Krieg zwar einen (deutschen) Mercedes kaufte, mit dem er dann aber auf Reisen in den Süden mit hoher Geschwindigkeit und ohne Pause durch Deutschland fuhr, damit er das „Land möglichst schnell wieder verlassen“¹⁴⁷ konnte.

Das Verhältnis der Juden von Trondheim und Umgebung untereinander war sehr gut, in vielen Fällen sogar im wahrsten Sinne des Wortes familiär, da einige jüdische Trondheimer Familien durch Heirat miteinander bestens bekannt waren.¹⁴⁸ Auch war die Lebenssituation vor dem Krieg in keiner Weise eingeschränkt. Sarah und Albert Ragle, die Tochter von Abraham und Bertha Pauline Buchmann und ihr Ehemann, können sich an keine einzige offenkundig antisemitische Begebenheit vor dem Krieg erinnern. Hierbei muss allerdings die

¹⁴⁷ Zitat Dr. Erik Buchmann, 3. Mai 1999

¹⁴⁸ Abraham hatte einen Bruder in Trondheim, der allerdings mit einer Christin verheiratet war; ein Umstand, der ihn zu einer Namensänderung veranlasste. Bertha Pauline dagegen hatte zwei Brüder und drei Schwestern, welche alle in andere jüdische Familien in Trondheim einheirateten.

Gesetzgebung und deren Handhabung bezüglich der jüdischen Kaufleute zumindest zum Teil ausgenommen werden. Die Verweigerung von Handelszulassungen an Abraham Buchmann war aus einer antisemitischen Auslegung des Gesetzes erfolgt und sie war selbstverständlich Thema in der Familie.

Eine Vorahnung von dem, was von Deutschland aus kommen konnte, hatten auch unter den Trondheimer Juden nur ganz wenige. Gerüchte über die Zustände in Deutschland nach Hitlers Machtergreifung wurden nicht ernst genommen oder verdrängt. Die Olympischen Sommerspiele von Berlin blendeten auch die Juden in Norwegen. Erst als 1938/39 die ersten „Wochenschau-Berichte“¹⁴⁹ ausgestrahlt wurden, in denen man sah, wie geprügelte Rabbis mit Zahnbürsten die Trottoirs von München schrubben mussten, bewahrheiteten sich manche Gerüchte und schlimme Befürchtungen. Aber die Leute auf den Strassen Trondheims verhielten sich weiterhin äusserst anständig. Selbst als der Krieg im April 1940 auch in Norwegen begonnen hatte, blieb dies so, was dazu führte, dass die meisten nach dem deutschen Überfall geflüchteten Juden noch im Sommer 1940 wieder nach Trondheim zurückkehrten. Die im Rückblick „unglaubliche Naivität“¹⁵⁰ äusserte sich unter vielen anderen in der Episode, dass sich die Hochzeitsgesellschaft von Assne Rebekka Buchmann und Jacob Levin am 23. Juni 1941 von einem Vorbeimarsch von SS-Truppen vor dem Lokal in keiner Weise beunruhigen oder gar stören liess. Obwohl in der Hauptstadt schon einige jüdische Geschäfte geschlossen waren, glaubte ein hoch geachteter und gelehrter Jude aus Oslo noch anfangs 1942, den Juden in Norwegen werde überhaupt nichts geschehen. „Norwegen ist Hitlers Tempel; uns passiert nichts“, sagte er zu Albert Ragle und spielte mit seiner Aussage auf die Rassentheorie an, die in der „nordischen Rasse“ das höchste Gut sah. Eine naive Äusserung, die verdeutlicht, wie wenig ernst das Vorgehen der Nationalsozialisten bezüglich der Unterscheidung der Juden im Gegensatz zu anderen Volksgruppen genommen wurde. Sie zeigt gleichzeitig aber exemplarisch auf, dass die Bedrohung unter den Juden nicht als unmittelbar empfunden wurde.

Ende Februar 1942 liess die deutsche Besatzungsmacht hinter einer oberflächlichen Tarnung erstmals ihr wahres Gesicht aufblitzen.

¹⁴⁹ Die norwegische Variante hiess „Lydavis“ („Tonzeitung“)

¹⁵⁰ Zitat Albert Ragle, 27. April 1999

4.1.4 Beschlagnahmen und Verantwortlichkeit, Täter

Die deutsche Okkupationsmacht war sehr darum bemüht, persönlichen Kontakt mit der norwegischen Bevölkerung, der eindeutig und stark negativ konnotiert war, zu vermeiden und die jeweiligen Aufgaben den norwegischen N.S.-Behörden zu überlassen.¹⁵¹ Im persönlichen, zivilen Umgang der Besatzer mit der einheimischen Bevölkerung wurde der direkte Kontakt sehr wohl gesucht, woraus sich schliessen lässt, dass nicht allfällige Sprachbarrieren die Ursache waren. In diesem Sinne erfolgten die Beschlagnahmen der jüdischen Geschäfte nicht durch deutsche, sondern durch norwegische Beamte.

Am 24. Februar 1942 beschlagnahmte die (norwegische) Liquidationsleitung in einer zweiten Welle auf Befehl der deutschen Sicherheitspolizei alle drei Geschäfte der Familie Buchmann und mit ihnen die restlichen 13 jüdischen Betriebe in Trondheim. Der Chef der Liquidationsleitung, Reidar Landgraff, hat im Jahr 1943 einen Bericht über die Beschlagnahmen, von denen er einige selbst geleitet hatte, verfasst. Darin schrieb er:

„Die Beschlagnahme lief folgendermassen ab: Zwei norwegische Polizeibeamte ... suchten den Inhaber auf, lasen den Beschlagnahmungsbescheid vor, der Inhaber wurde verhaftet. Das Geschäft wurde geschlossen und augenblicklich wurde einer meiner Leute als Aufsicht eingesetzt und die Registrierung und Taxierung begann. Gleichzeitig überprüften Experten die Rechnungsbücher. Parallel zu dieser Aufgabe wurden sämtliche Banken, Post- und Telegrafämter von der Beschlagnahme benachrichtigt.

Gleichzeitig wurde die Frage untersucht, inwieweit das Geschäft lebenswichtig war oder nicht. Wenn es lebenswichtig war, dann wurde ein Verwalter eingesetzt. Wenn das Gegenteil der Fall war, wurden das Warenlager und die Produkte aus dem Ladenlokal nach der Registrierung und Taxierung in ein anderes Geschäft, dessen Fortbestand beschlossen worden war, überführt. Jedes Geschäft hat einen Revisor.¹⁵²

Dies scheint die offizielle, vorgeschriebene Vorgehensweise gewesen zu sein. In einzelnen Fällen, so auch bezüglich einer der Firmen der Familie Buchmann, lassen sich jedoch deutliche Abweichungen erkennen.

Wie die Beschlagnahmen vor sich gingen, lässt sich heute nicht mehr für jedes einzelne der Buchmann'schen Geschäfte rekonstruieren, aber das Beispiel der A. Buchmann A/S besitzt in seiner Charakteristik exemplarischen Wert.

¹⁵¹ Zu den möglichen Motivationen dafür, siehe Kap. 2.4.

¹⁵² Zitiert nach: Mendelsohn, II, S. 70

Am Morgen des 24. Februars 1942 war Sarah Buchmann, die bei der A. Buchmann A/S am Innherredsvei 31 unter anderem auch als Verkäuferin arbeitete, allein im Geschäftslokal, als ein junger Mann in Hirduniform den Laden betrat. Sarah kannte den Mann mit Nachnamen Elfroth, da er zusammen mit ihrem Bruder Bernt das Handelsgymnasium besucht hatte. Sie hatte bis zu diesem Zeitpunkt nichts von dessen nationalsozialistischer und antisemitischer Gesinnung geahnt. Auf die Frage, was er hier wolle, klaubte Elfroth etwas verlegen einen Brief aus seiner Tasche und erklärte, dass er auf Befehl der deutschen Sicherheitspolizei gekommen sei, um das Geschäft zu beschlagnahmen. Auf Sarahs Widerrede, er könne doch „nicht einfach hereinspazieren und uns alles wegnehmen“¹⁵³, zog Elfroth die Vorhänge der Schaufenster zu und sagte zu ihr, sie habe eine Minute Zeit, sich nach oben zu begeben, wo die Familie Buchmann ihre Wohnung hatte. Von nun an habe weder jemand von der Familie etwas im Geschäft zu suchen, noch dürfe ein Mitglied der Familie die Ladenlokalitäten betreten.

Der Hirdmann war zwar ziemlich forsch aufgetreten, aber Sarah Buchmann glaubte zu merken, dass es ihm sehr peinlich war, dass er ein Geschäft beschlagnahmen „musste“, dessen Inhabersfamilie ihm persönlich bekannt war.

Das Geschäftslokal der A. Buchmann A/S blieb in der Folge einige Tage geschlossen und die Situation für die Familie wurde immer unangenehmer. Sie wohnte in den Stockwerken über dem Geschäft, das einst ihres war und das nach einigen Tagen der Revision unter demselben Namen weiter betrieben wurde, das aber niemand von der Familie mehr betreten durfte. Sarahs Wut über den Raub, wie die Beschlagnahmung im Kreis der Familie Buchmann bis heute konsequent genannt wird, liess nicht nach, sondern verstärkte sich immer weiter. Als „ihr“ Geschäft wieder geöffnet war, konnte sie es schliesslich nicht unterlassen, sich in ihrer Verzweiflung im zweiten Stock aus dem Fenster zu lehnen und den eintretenden Leuten, in denen sie oftmals altbekannte Kunden erkannte, zuzurufen, sie sollen nicht hier kaufen, da das Geschäft beschlagnahmt sei.¹⁵⁴

Entgegen dem Bericht von Landgraff, der als Wiedergabe der Vorschrift zu verstehen ist, waren am Innherredsvei 31 nicht zwei Polizeibeamte für die Beschlagnahmung besorgt, sondern ein Hirdmann, den man vielleicht sogar ausgewählt hatte, weil er einzelne Familienmitglieder kannte. Auch wurden die verschiedenen Arbeiten nicht parallel ausgeführt, sondern das Geschäft blieb einige Tage geschlossen, bevor die Registrierung abgeschlossen war. Landgraff betont diese Gleichzeitigkeit der Arbeitsgänge ausser-

¹⁵³ Zitat Sarah Ragle, 27. April 1999

¹⁵⁴ Zitat Sarah Ragle, 27. April 1999

ordentlich, woraus sich schliessen lässt, dass er bemüht war, den Gerüchten über Einbruchdiebstähle von Parteileuten in beschlagnahmte Geschäfte zwischen dem Zeitpunkt der Beschlagnahmung und der Wiedereröffnung etwas Wind aus den Segeln zu nehmen.

Ähnlich wie am Innherredsvei 31 lief die Beschlagnahmung der anderen Geschäfte ab¹⁵⁵ und auch jene des Sommerhauses „Hyttbakken“ in Malvik im April 1942, wo Bertha Pauline Buchmann und ihre Tochter Sarah zufällig anwesend waren, als ein Angehöriger der Wehrmacht kam, um das Haus in Augenschein und in Beschlag zu nehmen. Nach einem kurzen Wortwechsel, in dem der deutsche Soldat alle Juden nach Madagaskar¹⁵⁶ wünschte, verliessen Bertha Pauline und Sarah schliesslich das Haus.¹⁵⁷ Es ist möglich, dass diesmal ein Deutscher die Beschlagnahmung vornahm, weil die Behörden nicht damit gerechnet hatten, im April den Besitzer resp. die Besitzerin eines Sommerhauses anzutreffen, womit also eine persönliche Konfrontation verhindert geworden wäre. Es ist dies der einzige mir bekannte Fall aus den Quellen, in dem ein Deutscher bei einer Beschlagnahmung in Erscheinung trat, was die tiefe, aber lange Zeit negierte oder zumindest heruntergespielte, Verstrickung von Norwegern in die Übergriffe gegen Juden exemplarisch demonstriert.

Die Verbitterung in der Familie Buchmann war selbstverständlich enorm, was in einem ersten Moment zu einer Art Lähmung führte, gleichzeitig wurde den zu diesem Zeitpunkt noch in Norwegen weilenden Familienmitgliedern aber auch bewusst, dass die Lage ernst war. Die Stimmung wurde nervös, was sich noch steigerte, als in der Wohnung der Familie am Innherredsvei 31 von der deutschen Polizei andere jüdische Familien einquartiert wurden, sodass zeitweise 15-16 Personen in einer einzigen Wohnung hausen mussten.

4.1.5 Flucht, Exil, Rückkehr

In den Tagen, die der Besetzung Norwegens durch die deutsche Wehrmacht folgten, flüchteten viele Juden so schnell wie möglich über die Grenze nach Schweden. Als sich aber die deutschen Okkupanten in den ersten Wochen und Monaten in Bezug auf Übergriffe auf Privatpersonen, sowohl auf Juden als auch auf Nicht-Juden, sehr zurückhaltend und den

¹⁵⁵ Sarah Ragle konnte nur zu einem Geschäft Aussagen machen, aber sie erinnert sich an keine im Vergleich zur A. Buchmann A/S abweichende Begebenheiten.

¹⁵⁶ Vgl. die unter den Nationalsozialisten in Deutschland in einer relativ frühen Phase der Judenverfolgung diskutierte Idee, in Madagaskar eine jüdische Kolonie zu errichten.

¹⁵⁷ Sarah Ragle, 27. April 1999

Umständen entsprechend anständig verhielten, empfanden es die meisten Flüchtlinge für angebracht, wieder in ihre Heimat zurückzukehren.¹⁵⁸

Andere schlossen sich den Truppen an, die in Nordnorwegen noch bis zum 9. Juni 1940 kämpften. Bei diesen Truppen befanden sich viele norwegische Juden, die sich an der Verteidigung ihres Vaterlandes beteiligten. Einer davon war Herman Buchmann, der in einer Versorgungskompanie Dienst leistete, die wie die flüchtenden Parlamentarier und der König immer weiter in den Norden des Landes gedrängt wurde. Er verliess Norwegen schliesslich im Zuge der Evakuierung des Königs und der Parlamentarier und gelangte so direkt nach England, wo er bis zum Kriegsende blieb und sich zum Fallschirmjäger ausbilden liess, um an der erwarteten, später aber nicht in Szene gesetzten, Offensive zur Befreiung Norwegens teilzunehmen.

Bernhard war das erste Mitglied der Buchmann-Familie, das nach Schweden flüchtete. Er traf am 20. April 1940, elf Tage nach dem deutschen Überfall, in Kjelsäter ein, das neben Stockholm das zweite grosse Lager für norwegische Flüchtlinge werden sollte.¹⁵⁹ Nach einem misslungenen Versuch legal nach Norwegen zurückzukehren, überquerte er die Grenze illegal und schloss sich den kämpfenden Verbänden in Nordnorwegen als einfacher Soldat an. Nach der militärischen Niederlage wurden die sich dem Feind ergebenden Soldaten nach kurzer Zeit aus den Gefangenenerlagern nach Hause entlassen, von wo aus Bernhard erneut nach Schweden flüchtete. Dort blieb er ohne Arbeit und Einkommen, bis er am 13. April 1942 auf dem Flüchtlingsbüro in Stockholm eine Stelle antreten konnte. Während der Zeit der Arbeitslosigkeit, die ca. eineinhalb Jahre dauerte, wurde er von seinem Bruder Emanuel finanziell unterstützt. Im Mai 1944 schloss er sich erneut der Armee an, die sich auf die militärische Befreiung vorbereitete. In diesem Zusammenhang wurde er mit seiner Truppe nach Grossbritannien verlegt, von wo aus er schliesslich nach der deutschen Kapitulation nach Norwegen zurückkehrte, wo er noch bis im Sommer 1946 als Fähndrich bei den Königlichen Truppen (DKT) Dienst leistete.

Bernhard Buchmanns Verlobte, Olga Levinsohn, Tochter der Mina Levinsohn aus Oslo, also eine Nichte Bertha Buchmanns und somit Bernhards Cousine, floh erst im Mai 1941

¹⁵⁸ Siehe dazu Kap. 2.5.1.

¹⁵⁹ Über die Daten der Ankunft norwegischer Flüchtlinge in Kjelsäter, siehe: RA, Alfabtisk register til kjelsäterkartoteket over norske flyktninger i Sverige 1940-45. Film nr. 27, Fstf. E/21

zusammen mit Emanuel Buchmann und dessen Frau Stella¹⁶⁰ nach Schweden. Sie trafen am 10. Mai in Kjelsäter ein und wurden dort als Flüchtlinge registriert.

Emanuel Buchmann, Berthas ältester Sohn, hatte in Oslo Medizin studiert und danach knapp zwei Jahre in Trondheim praktiziert. Seine ebenfalls jüdische Frau stammte aus einer sehr gut gestellten, sophistizierten englischen Familie und auf ihr Drängen verliess das Ehepaar vermutlich 1938 oder 1939 „das Dörfchen Trondheim“¹⁶¹, das für eine gebildete, selbstbewusste und in mancherlei Richtung interessierte Frau kaum eine Herausforderung bot, zugunsten der norwegischen Hauptstadt. Dort eröffnete Emanuel eine eigene Praxis. Mit dem Kriegsausbruch wurde er als Militärarzt in die Gegend von Molde an der Westküste beordert, wo er mit seiner ganzen Kompanie von deutschen Truppen gefangen genommen wurde. Nach ein bis zwei Monaten in Internierungshaft auf einem Schiff an der West- oder Südküste wurde er zusammen mit den anderen Leidensgenossen freigelassen. Emanuel nutzte die Entlassung, um seine Flucht nach Schweden vorzubereiten. Er löste seine Praxis auf und zog mit seiner Frau und seiner ganzen Habe zu zuverlässigen Freunden in einen Vorort von Oslo. Anfangs Mai 1941 floh er schliesslich mit seiner Frau Stella und seiner Cousine Olga, der späteren Ehefrau Bernhards, von Kongsvinger aus, wo der Dorfpfarrer ihnen ein Versteck und aktive Fluchthilfe bot, auf Skiern nach Osten in Richtung schwedischer Grenze. Die Tour dauerte eine Nacht, nach der die drei eine abgelegene Skihütte erreichten, wo sie sich ausruhten und am nächsten Vormittag schliesslich von der schwedischen Grenzpolizei aufgespürt und registriert wurden. Nach einem kurzen Aufenthalt in Kjelsäter kam Emanuel mit seiner Frau nach Stockholm, wo er sogleich eine Stelle als Botschaftsarzt antreten konnte. Es folgte ein unbeschwerliches Jahr in Schweden, wo sowohl Geld als auch eine Wohnung vorhanden waren. Emanuel Buchmann sprach später von diesem Jahr in Schweden als einer „paradiesischen Zeit, in der er sich keine Sorgen zu machen brauchte“¹⁶², was seine geistige Distanz zur jüdischen Glaubensgemeinschaft verdeutlicht. Mitte 1942 reiste das Ehepaar auf abenteuerliche Weise mit einem Wasserflugzeug weiter nach England zur Familie von Stella. Emanuel schloss sich den norwegischen Exil-Truppen an und leistete in einem Militärspital in Liverpool Dienst und fuhr so oft wie möglich nach London, wo seine Frau, umgeben von ihrer Grossfamilie, nach Jahren in der Provinzialität Norwegens richtiggehend aufblühte. Auch die Bombennächte in London konnten dem idyllischen Lebenswandel des Paares keinen

¹⁶⁰ Ihr richtiger Name war Esther, den sie aber nach Auskunft von ihrem Sohn, Erik Buchmann, regelrecht verabscheute und ihn nie gebrauchte.

¹⁶¹ Zitat Dr. Erik Buchmann, 3.5.99

¹⁶² Zitat Dr. Erik Buchmann, 3.5.99

Abbruch tun. Emanuel bezeichnete die Jahre des Krieges im Nachhinein als „unbeschwerliche(!) Zeit, die lediglich durch einen spannungsreichen Tag und zwei eben-solche Nächte unterbrochen“¹⁶³ wurde, womit er seine Festnahme, die Flucht über die Grenze und den Flug nach England meinte.

Gegen Ende des Krieges liess sich Emanuel als Rheumaspezialist ausbilden und nach dem Friedensschluss begab er sich mit seiner Frau umgehend nach Oslo zurück, wo er seine Praxis wieder eröffnete.

Auch Bernt Buchmann kämpfte im April 1940 als Soldat gegen die deutschen Truppen in Nord-Norwegen wie sein Bruder Bernhard.

Bernt wurde um den Monatswechsel April/Mai 1941 von der deutschen Sicherheitspolizei verhaftet. Als deutsche Soldaten Ende April sämtliche Wohnungen von Juden in Trondheim aufsuchten, um diese für eine weitere Verwendung nach der durch norwegische Beamten durchgeführten Beschlagnahmung zu inspizieren, muss es zwischen Bernt und einem Beamten zu einem hitzigen Wortwechsel gekommen sein, zu dessen Schluss der Deutsche Bernt warnte, dass er seine Bemerkungen noch bereuen werde.¹⁶⁴ Einige Tage später erhielt Bernt von der deutschen Sicherheitspolizei eine Vorladung, bei der er verhaftet wurde und für 2-3 Wochen¹⁶⁵ im Gefängnis „Vollan“ ausserhalb Trondheims einsitzen musste, schliesslich kam er zum Erstaunen der Familie und nach einem heftigen Auftritt Bertha Buchmanns vor dem Gefängnisdirektor aber wieder frei. Trotz dieser Vorwarnung floh Bernt Buchmann erst im März 1942, also kurz nach der Beschlagnahmung der Buchmann'schen Geschäfte, worunter sich auch sein eigenes befand. Seine Flucht gelang im letzten Moment, als die Beamten schon an der Haustür standen, um ihn abzuholen. Er entkam durch ein Dachfenster und konnte sich so dem Zugriff entziehen. Nun war für ihn klar, dass er ausser Landes gelangen musste. Dies glückte ihm, indem er wie die meisten Flüchtlinge aus Trondheim auf Skiern das Grenzgebirge zwischen Norwegen und Schweden überquerte. Auch für geübte Tourengänger und Skiläufer, wie es die Norweger in der Regel waren und sind, barg eine

¹⁶³ Zitat Dr. Erik Buchmann, 3.5.99

¹⁶⁴ Die Angaben zum Inhalt des Wortwechsels sind widersprüchlich, obwohl beide Versionen von Sarah Ragle stammen. Dem Autor gegenüber äusserte Frau Ragle, Bernt habe den Beamten darauf angesprochen, dass eine jüdische Wohnung doch als minderwertig angesehen werde und deshalb eine Einquartierung von Deutschen oder N.S.-Leuten in einer solchen gar nicht in Frage käme, was der Deutsche als Frechheit einstufte, die bestraft werden müsse. Der Sohn ihres Neffen, Daniel Buchmann, hat im Gymnasium eine Arbeit über die Juden in Trondheim geschrieben. Darin heisst es als Zitat von Frau Ragle, Bernt habe, als er die Absicht des Beamten erkannte, entgegnet, ob es nicht so sei, dass die deutsche Wehrmacht als Befreier und Freund nach Norwegen gekommen seien, was der damaligen Propaganda entsprach. Darauf habe der Soldat erwidert, dass dies nicht für Juden gelte. Bernt soll nochmals widersprochen haben, sie seien doch Norweger, worauf der Beamte dies in Abrede stellte und sagte, sie seien Juden und nicht Norweger.

¹⁶⁵ Auch in diesem Punkt widersprechen sich die Aussagen Frau Ragles.

solche Route einige Gefahren und Bernt erlebte dies am eigenen Leib, indem er Erfrierungen an einem Bein erlitt, aber sonst wohlbehalten in Schweden ankam, wo ihn das Flüchtlingsbüro am 12. März registrierte.

Als letzte der Kinder Bertha Paulines flüchteten Sarah und ihre jüngere Schwester Anna Fanny. Im Spätherbst 1942 schmiedeten die beiden Fluchtpläne, als Sarah per Zufall in einem Gespräch eines ihr flüchtig bekannten Chauffeurs mit einem Fremden hörte, dass dieser schon mehrfach Juden mit seinem Lastwagen Fluchthilfe in Richtung schwedische Grenze geleistet hatte. Sie nahm Kontakt zu diesem Mann auf und verabredete einen Zeitpunkt, an dem sie, ihre Schwester und eine Freundin den Chauffeur in Stjørdal treffen sollten. Die drei jungen Frauen reisten am betreffenden Tag mit ihrer Skiausrüstung und Rucksäcken, was im winterlichen Norwegen ein absolut unauffälliges Bild ergab, per Zug nach Stjørdal. Dort trafen sie den Chauffeur, der sie unter einer Holzladung versteckte, um die Zonengrenze zum angrenzenden Polizeidistrikt zu passieren. Dort konnte der Lastwagen, deren Fahrer den wachhabenden Soldaten bekannt war, ohne Kontrolle weiterfahren. Im Meråker-Gebirge liess der Chauffeur die drei Frauen absteigen, da sie von einem ortskundigen Fluchthelfer auf Skiern erwartet wurden. Dieser hatte beabsichtigt, seine Schützlinge in eine Hütte zu bringen, wo diese übernachten sollten. Als er jedoch rund um die Hütte Spuren einer Hundepatrouille entdeckte, schien es ihm angebracht, die Reise sofort fortzusetzen. Nach einer Stunde zeigte er, in welche Richtung die jüdischen Flüchtlinge weitergehen sollen und kehrte selbst um. Die Frauen gingen weiter, mussten aber wegen des aufziehenden, dichten Nebels und der damit verbundenen Gefahr in eine falsche Richtung zu gehen, eine schützende Felswand suchen und das Morgengrauen abwarten, bevor sie ihre Flucht fortsetzen konnten. Schliesslich gelangten sie ohne eine Grenzpatrouille angetroffen zu haben nach Storlien jenseits der norwegisch-schwedischen Grenze. Sie wurden von den schwedischen Behörden sehr freundlich empfangen, diese veranlassten sogar, dass eine Grenzpatrouille die Rucksäcke der Flüchtlinge suchen ging, die diese am Morgen wegen zunehmender Erschöpfung zurücklassen mussten. Erst von den Grenzwächtern erfuhren sie, dass sie bereits die Nacht auf schwedischem Territorium verbracht hatten. Noch am Tag der Ankunft, dem 2. November 1942, schickten die Behörden die drei Neuankömmlinge nach Stockholm weiter, wo sie registriert wurden.

Während Anna Fanny in Stockholm blieb und dort eine Stelle als Physiotherapeutin antreten konnte, reiste Sarah zu ihrer älteren Schwester Assne Rebekka nach Norrköping weiter, bei der sie wohnen blieb. Sarah fand in einem kleinen Radio-Fachgeschäft Arbeit, die sie bis zum

Kriegsende behielt. 1943 heiratete sie Albert Rubinstein¹⁶⁶ aus Oslo im schwedischen Exil. Nach der deutschen Kapitulation konnte sie nicht gleich nach Trondheim zurückkehren, da sie hochschwanger war und die Geburt abwarten wollte, bevor sie sich zusammen mit ihrem Mann auf die Heimreise machte.

Der Zeitpunkt der Flucht Assne Rebekka Buchmanns nach Schweden lässt sich nicht mehr genauer als auf Frühjahr 1942 definieren. Sie wurde weder im Flüchtlingslager Kjelsæter noch in Stockholm als geflüchtete Norwegerin registriert. Sie hielt auch nicht in einem dieser Lager auf, sondern in Norrkøping südwestlich von Stockholm, von wo sie nach dem Krieg wieder nach Trondheim zurückkehrte.

4.1.6 Konzentrationslager

Die einzigen beiden Mitglieder der Familie Buchmann, die während des Krieges nicht aus Norwegen geflüchtet waren, waren Bertha Pauline und ihr jüngster Sohn Samuel.

Samuel erlitt nach „offizieller“ Sprachregelung der Familie Buchmann bei seiner Geburt einen irreparablen Gehirnschaden, der durch einen Sauerstoffmangel bedingt war¹⁶⁷, wodurch er das geistige Niveau eines Fünfjährigen Zeit seines Lebens nie überschritt. Samuel lebte seit dem Ausbruch des Krieges bei einer Bauernfamilie in einem Dorf namens Selbu etwa 100 Kilometer von Trondheim entfernt im Landesinneren. Er war bestens in die Pflegefamilie integriert und kein Aussenstehender scheint ein Interesse an ihm gehabt zu haben. Es steht fest, dass die Behörden wussten, dass und wo Samuel Buchmann lebte sie hatten auch Kenntnis von seinem geistigen Zustand.¹⁶⁸ Aber die lokalen Behörden scheinen sich darüber einig gewesen zu sein, Samuel in Frieden zu lassen. So überlebte er den Krieg unbeschadet und ohne die Situation zu erfassen. Er starb 1995 74-jährig in Trondheim.

Berthas Entscheid, das Land nicht zu verlassen, hing bis zu einem gewissen Grad mit dem Schicksal Samuels zusammen. Einerseits fühlte sie sich in Trondheim sicher, da sie sich nicht vorstellen konnte, dass ihr jemand Böses wollte, da sie „doch niemandem etwas zuleide

¹⁶⁶ Albert Rubinstein änderte seiner eigenen Aussage zufolge seinen Nachnamen 1947 oder 1948 in Ragle, was „viel einfacher auszusprechen“ und dazu „nicht ein deutsch klingender Name“ war. (Albert Ragle am 27. April 1999) Auf die Frage, ob der Name nicht vielmehr ‚weniger jüdisch‘ als ‚weniger deutsch‘ klingen sollte, schwieg Albert Ragle viel sagend.

¹⁶⁷ Gemäss Dr. Erik Buchmann bilden die Auswirkungen von inzestuösen eine diagnostische Alternative.

¹⁶⁸ Brief des Verwaltungsbüros an das Sozialamt in Trondheim vom 15. April 1942: RA, Tilbakeføringskontoret, bomapper, Lnr. 365 (Bertha Buchmann)

getan“¹⁶⁹ habe. Die Realität hinter den Gerüchten über die Behandlung der Juden durch die Nazis lag ausserhalb der Vorstellungskraft Bertha Paulines. Andererseits brachte sie es nicht übers Herz, ihren jüngsten, behinderten Sohn alleine und nichts ahnend seinem ungewissen Schicksal zu überlassen.

Sie hatte ihre Kinder eines nach dem anderen aus dem Land fliehen sehen und diese auch dazu ermutigt, aber sie selbst „widersetzte sich hartnäckig“¹⁷⁰, sich ebenfalls in Sicherheit zu bringen.

Wer aus Trondheim nach Schweden flüchtete, musste dies zu Fuss über die Berge tun. Für Bertha Pauline, die in ihren Leben noch nie auf Skiern gestanden war, kamen dafür höchstens die Sommermonate in Frage. Aber im Sommer 1941 schlug sie die Warnungen vor der Unberechenbarkeit des Regimes und die Aufforderungen ihrer Kinder, ebenfalls zu fliehen, in den Wind. Auch im Sommer 1942, nach der Beschlagnahmung sämtlichen persönlichen Besitzes und geschäftlicher Vermögen, änderte sich ihre Haltung nicht, wobei zu diesem Zeitpunkt allein Samuel sie zum Bleiben veranlasste, denn, dass sie nicht in Ruhe gelassen wurde, hatte sie nun bereits erfahren müssen. Ihre Söhne, die sich bereits in Schweden aufhielten, hatten mehrfach Fluchthelfer und Fluchtrouten organisiert und das nötige Geld zur Verfügung gestellt, damit auch Bertha Pauline fliehen konnte, was sie stets ablehnte.

Als Berthas Töchter Sarah und Anna Fanny als letzte ihrer Kinder im November 1942 Fluchtpläne schmiedeten, versuchten sie ein letztes Mal ihre Mutter zu überreden, ebenfalls die Flucht aus Trondheim nach Schweden zu wagen. Bertha wäre nun bereit gewesen, ebenfalls zu fliehen, aber sie tat es nicht, nun mit dem Argument, als Nicht-Skiläuferin für ihre beiden Töchter nur eine Last und zudem eine Gefahr darzustellen, womit sie vermutlich nicht ganz Unrecht hatte.

Bertha Pauline Buchmann blieb schliesslich alleine in Trondheim zurück. Von den Umständen ihres weiteren Schicksals sind nur die von der Bürokratie verzeichneten Daten bekannt: Bertha wurde am Donnerstag dem 26. November 1942 in ihrem Haus in Trondheim von norwegischen Repräsentanten der Okkupationsmacht verhaftet. Gleichentags wurde sie mit allen anderen „nördlich der Berge“ verhafteten Juden mit der Eisenbahn nach Oslo verfrachtet, ein Wagen war für die am 26. Oktober verhafteten jüdischen Männer und einer für die einen Monat später verhafteten Frauen und Kinder bereitgestellt. Das Ziel des Gestapo-Chefs Hellmuth Reinhard war es, alle norwegischen Juden gesammelt in einem einzigen Transportschiff, der „Donau“, nach Deutschland zu bringen. Während alle „südlich der Berge“ verhafteten Juden in Oslo auf die „Donau“ geführt wurden, verspätete sich der

¹⁶⁹ Die Aussage Sarah Ragles wird von Dr. Erik Buchmann inhaltlich bestätigt.

¹⁷⁰ Zitat Sarah Ragle, 27. April 1999

Zug aus Trondheim aus technischen Gründen, sodass zum Zeitpunkt der Ankunft im Osloer Ostbahnhof die „Donau“ bereits abgelegt hatte. Bertha Pauline Buchmann wurde wie ihre Mitgefangenen mit Bussen in das Gefängnis Bredtveit ausserhalb von Oslo überführt, dessen Leitung von dieser Aktion überrascht wurde und für die Unterbringung der Häftlinge entsprechend improvisieren musste.

Diese Übergangslösung etablierte sich für die nächsten drei Monate, bis die Gefängnisleitung am 24. Februar 1943 plötzlich die Order erhielt, alle jüdischen Gefangenen nach Oslo zu bringen, wo diese auf ein Frachtschiff namens „Gotenland“ geführt und Frauen und Kinder von den Männern getrennt eingesperrt wurden. Die „Gotenland“ brachte die Juden nach Stettin, von wo die Reise am 27. Februar per Eisenbahn weiterging und schliesslich, nach einem Halt auf dem Güterbahnhof in Berlin, wo die Waggon gewechselt werden mussten, am 3. März in Auschwitz endete. Von den 158 jüdischen Gefangenen, die das Regime mit der „Gotenland“ am 24. Februar aus Norwegen deportierte, wurden 133 am Tag der Ankunft im Konzentrationslager an der berüchtigten Rampe aussortiert und gleich ermordet, unter ihnen befand sich auch Bertha Pauline Buchmann. Lediglich vier Juden, die mit der „Gotenland“ deportiert worden waren, überlebten den Krieg in Auschwitz.¹⁷¹

4.2 Beschlagnahmung und Rückerstattung der Betriebe

4.2.1 Beschlagnahmung der Firma A. Buchmann A/S und die Rückerstattung des ökonomischen Schadens

4.2.1.1 Beschreibung der Firma A. Buchmann A/S

Abraham Buchmann hatte die Firma A. Buchmann A/S 1927 dank Bernhards Handelsdiplom endlich gründen können. Der Betrieb war auf die Weiterverarbeitung und den Verkauf von Textilien spezialisiert und Abraham Buchmann verkaufte die Produkte im firmeneigenen Ladenlokal am Innherredsvei 31 in Trondheim, wo 1938 bis auf Emanuel die gesamte Familie Buchmann und ein Dienstmädchen im ersten Stock wohnten.¹⁷²

Nach ersten Anlaufschwierigkeiten konnte der Umsatz kontinuierlich gesteigert werden und Abraham Buchmann konnte neben seiner Frau, seiner Tochter Sarah und seinem Sohn

¹⁷¹ Sehr ausführlich dazu: Ottosen, Kristian: I slik en natt. Historien om deportasjonen av jøder fra Norge. Oslo 1994. Zum Transport mit der Gotenland speziell S. 90-98

¹⁷² SAT, DORA, Kommunale Folketelling i Trondheim 1938, Innherredsveien 31

Bernhard auch fremde Kräfte im Betrieb einstellen. Nach seinem Tod 1935 ging das Geschäft und die Liegenschaft an seine Ehefrau Bertha Pauline über, welche ihren Sohn Bernhard als Disponent in der A. Buchmann A/S einsetzte. Als dieser am 18. April 1940, also bereits wenige Tage nach dem deutschen Überfall auf Norwegen, nach Schweden geflüchtet war, ernannte Bertha Pauline ihre Tochter Sarah zu seinem Nachfolger. Daneben bekam Sarahs Bruder Bernt den Posten eines Verwaltungsrates, den einzigen neben der Mutter, die als Verwaltungsratspräsidentin in der Unternehmensleitung blieb. Als Revisor wurde „1928 oder 1929“¹⁷³ Thomas Baardsgård eingestellt.

Gemäss der Steuerkarte für die Firma A. Buchmann A/S belief sich das Vermögen des Betriebes Ende des Einkommensjahr 1939 auf 42'000 NOK¹⁷⁴ Für das Jahr 1940 wird eine Vermögenssteigerung von 13'000 NOK auf 55'000 NOK ausgewiesen. Hierbei muss in Erinnerung gerufen werden, dass es sich dabei um das erste Dreivierteljahr des Krieges in Norwegen handelte. Der Krieg hat also zu keinerlei Beeinträchtigung des Geschäftsganges geführt, im Gegenteil. Im zweiten Kriegsjahr und dem letzten vollständigen vor der Beschlagnahme setzte sich dieser Trend fort, denn das Firmenvermögen konnte bei einem Umsatz von 240'789,90 Kr nochmals um 23'000 NOK auf 78'000 NOK erhöht werden. Die Zahlen weisen einen hervorragenden Geschäftsgang aus, was mit ein Grund dafür gewesen sein könnte, dass das Regime das Geschäft bereits vor der eigentlichen „Judenaktion“ den jüdischen Eigentümern entriss. Der Hauptgrund für den wirtschaftlichen Erfolg war die Tatsache, dass die A. Buchmann A/S, und neben ihr auch die anderen Buchmann'schen Geschäfte, höhere Quoten an Waren beziehen konnten, als ihnen aufgrund der Rationierung eigentlich zugestanden hätten. Die Fabriken belieferten die Firma so grosszügig, weil „die Buchmanns stets sehr gute und zuverlässige Kunden waren, die immer pünktlich bezahlten und mit denen sie regelmässig gute Geschäfte machten“.¹⁷⁵

Am 24. Februar 1942 wurde die Firma A. Buchmann A/S von der Liquidationsleitung beschlagnahmt. Im Gegensatz zu manchen anderen jüdischen Geschäften, die allerdings nicht im selben Stile florierten, lief der Betrieb unter kommissarischer Leitung weiter. Reidar Landgraff als höchster Beamter der Liquidationsleitung „Abteilung nördlich der Berge“ in Trondheim ernannte seinen N.S.-Parteikollegen Andreas Alstad zum Verwalter der A. Buch-

¹⁷³ Zitat Sarah Ragle, 27. April 1999; in den Quellen taucht Baardsgård erstmals im März 1929 auf.

¹⁷⁴ RA, Aufarbeitungsabteilung, Politiske fanger m.m. - bysaker, nr. 5260. Ein Exemplar der Steuerkarten ist in den Akten des Aufarbeitungsausschusses abgelegt.

¹⁷⁵ Zitat Sarah Ragle, 27. April 1999

mann A/S. Als Buchhalter setzte Landgraff Fritjof Lund¹⁷⁶ ein, der selbst nie Mitglied der Partei war.

Drei Angestellte¹⁷⁷ wurden über den Wechsel in der Firmenleitung hinweg weiterbeschäftigt: Thomas Baardsgård behielt als einziger höherer Angestellter seine Stelle als Revisor der Firma. Er hatte diese Stelle schon seit Ende der Zwanzigerjahre inne und er arbeitete in jeder Hinsicht korrekt, ob die Firmenleitung in den Händen der Familie Buchmann lag oder später in jenen des Vertreters des Regimes, ohne selbst Mitglied der Partei gewesen zu sein. Baardsgård war vor und während des Krieges bei der Familie sehr beliebt, verlor seine Stellung bei der A. Buchmann A/S nach dem Krieg allerdings, nachdem es „schwache Gerüchte“¹⁷⁸ gab, er sei selbst ein Nazisympathisant gewesen. Er verlor die Stelle auch bei der B. Buchmann A/S aus demselben Grund. Lediglich Bernhard Buchmann beschäftigte ihn nach dem Krieg weiter als Revisor. Er wurde vom Chefrevisor des Verwaltungsbüros, Jacob Eide, genauestens überwacht und er musste diesem ab Mai 1942 jeden Monat einen genauen Rapport über die Geschäfte abgeben, welcher von ihm selbst und von Buchhalter Lund unterzeichnet war. Jacob Eide und Fritjof Lund waren beide nicht Parteimitglieder, was ein Anzeichen dafür ist, dass der Partei nicht genügend qualifizierte mittlere und obere Kaderleute zur Verfügung standen. Zu gerne, dies kommt in verschiedenen Dokumenten zum Ausdruck, hätte die Liquidationsleitung Parteigenossen in entsprechende Positionen gehieft. Die schlechte Bildung der N.S.-Mitglieder ist in illegalen Schriften aus dem Raum Trondheim immer wieder ein beliebtes Thema.¹⁷⁹

Der Lagerist Hjørdis Eriksen trat seine Stelle 1932 an, also noch zu Lebzeiten von Abraham Buchmann. Sein Lohn von 243 NOK pro Monat wurde von Alstad beibehalten.

Ruth Jenssen arbeitete seit 1936 als Verkäuferin bei der A. Buchmann A/S. Sie ist die einzige der Langzeitangestellten, die der Partei beitrug. Wann dies geschehen ist, lässt sich nicht mehr ermitteln, sie scheint sich aber in ihrem Verhalten stark an der Grosswetterlage orientiert zu

¹⁷⁶ RA, Tilbakeføringskontoret, Bomapper, Lnr. 356 (A. Buchmann A/S)

¹⁷⁷ Die Angaben über die Angestellten sind rekonstruiert, also aus verschiedenen Angaben zusammengestellt und somit möglicherweise unvollständig. Anhaltspunkte über die Angestelltenverhältnisse findet man in: RA, Tilbakeføringskontoret, Bomapper, Lnr. 356 (A. Buchmann A/S)

¹⁷⁸ Zitat Sarah Ragle, 27. April 1999. Das Gerücht lässt sich aus den Quellen nicht erhärten, Bårdsgård unterschrieb Briefe an die N.S.-Behörden regelmässig mit dem norwegischen "Heil Hitler"-Gruss „Heil og sæl“, was aber auch bei ehrbaren und unverdächtigen Personen manchmal der Fall war. Sicher ist hingegen, dass Baardsgård nie Mitglied der N.S. war.

¹⁷⁹ Z.B: UB, Krigstrykksamlingen: Trøndelag under N.S.-styret. Eine anonyme und undatierte „illegale“ achtseitige Schrift, die aber aus gut unterrichteten Quellen schöpft und auf den Herbst 1943 zu datieren ist. Die Schrift nennt verschiedene N.S.-Parteimitglieder, die ihre Examensabschlüsse an Hauptschulen, Gymnasien und auch Universitäten auch nach mehrmaligem Anlauf nicht schafften oder dann nur dank Druck der Partei auf die Institutionen.

haben.¹⁸⁰ Ihr Lohn wurde von Alstad um einen nicht zu definierenden Betrag auf 350 NOK pro Monat erhöht. Er kann aber in Relation zu jenem von Hjørdis Eriksen gesetzt werden, woraus man schliessen kann, dass Jenssens Lohn doch etwas überhöht gewesen sein muss.

Ella Grønskog trat ihre Stelle als Verkäuferin am 1. März 1942 an, also etwa eine Woche nach der Beschlagnahme. Sie verdiente 193 NOK im Monat als Teilzeitangestellte.

Nur gerade für sechs Monate stellte Andreas Alstad die Schwester von Ruth Jenssen, Laura Jenssen, als Verkäuferin ein. Die Gründe der Entlassung scheinen darin zu liegen, dass ihre (Teilzeit-)Arbeitskraft gar nicht gebraucht wurde, nachdem sie vermutlich auf Bitten ihrer Schwester überhaupt eingestellt worden war.¹⁸¹ Parteimitglieder scheinen soweit vorhanden von der Liquidationsleitung bevorzugt worden zu sein.

Die Firma A. Buchmann A/S florierte nach der Beschlagnahme weiter: Vom 1.1. bis zum 30. 9. 1942 wurde bei einem Umsatz von 88'000 NOK ein Nettogewinn von 24'200 NOK erzielt, was einem Profit von ca. 31% entspricht, und das Firmenvermögen konnte bis Ende des Jahres auf 93'000 NOK erhöht werden.¹⁸² Der Betrieb profitierte zweifellos von der schwindenden Konkurrenz durch die zahlreichen Liquidationen innerhalb der Textilbranche; es soll „immer Menschengängen vor den Buchmann'schen Geschäftslökalen“¹⁸³ gehabt haben. Zudem schlug positiv zu Buche, dass die A. Buchmann A/S durch Liquidationen billig oder z.T. sogar gratis zu umfangreichen Warenposten kam.¹⁸⁴

Am 31. Juli 1943 wurde die Firma A. Buchmann A/S aufgrund der „Bestimmung über die Rationierung von Betrieben innerhalb der Manufakturbranche“ von der Liquidationsleitung im Namen Landgraffs liquidiert. Als Liquidator trat der N.S.-Amtsrichter Torger Torgersen auf. Bis zu diesem Zeitpunkt erwirtschaftete die Firma im Geschäftsjahr 1943 einen Verlust von 7'000 NOK¹⁸⁵ Die Verlustrechnung rührt daher, dass Lagerposten, Waren und Inventar zu Schleuderpreisen verhökert wurden. Möglicherweise spielte auch die weit verbreitete, schamlose Plünderung des Geschäftes durch die eigenen höheren Angestellten eine Rolle.

¹⁸⁰ Zitat Sarah Ragle, 27. April 1999

¹⁸¹ RA, Tilbakeføringskontoret, Bomapper, Lnr. 356 (A. Buchmann A/S)

¹⁸² Die entsprechenden Informationen über den Geschäftsverlauf unter der kommissarischen Leitung stammen von Baardsgård und sind in den „Bomapper“ (Nachlassakten) zu finden. RA, Tilbakeføringskontoret, Bomapper, Lnr. 356 (A. Buchmann A/S)

¹⁸³ Brief des Verwaltungsbüros an den Firmenverwalter Andreas Alstad vom 18. Juni 1942, Eske 893

¹⁸⁴ Vgl. Kap. 4.2.2 über die B. Buchmann A/S

¹⁸⁵ RA, Tilbakeføringskontoret, Bomapper, Lnr. 356 (A. Buchmann A/S)

Die Firma war wie die meisten jüdischen Betriebe hervorragend versichert. Waren und Inventar waren bei der Versicherungsgesellschaft Wikborg (Brandpolicennr. 35532) für 10'000 NOK, bei der Norske Merkantile (Brandpolicennrn 105876, 105891 und 105898) für insgesamt 26'000 NOK und bei Norges Brannkasse (Brandpolicennrn 196985 und 196986) für 52'0000 NOK versichert.¹⁸⁶

Bezüglich der Buchmann'schen Geschäfte hat Herr K.N. Schløsser-Møller, der N.S.-Kader, Versicherungsberater des Verwaltungsbüros und Versicherungsagent der Gesellschaft „Vesta“ war, im März 1942 dem Chef des Verwaltungsbüros, Reidar Landgraff, vorgeschlagen, die Versicherungen zu entflechten und durch vereinfachte Policen bei der Vesta zu ersetzen. Diese vor der Beschlagnahme schon bestehenden Policen wurden schliesslich dem Vorschlag entsprechend sämtliche von der kommissarischen Leitung an die Versicherungsgesellschaft „Vesta“ überschrieben und die Prämienzahlungen jeweils pünktlich bezahlt, bis der Betrieb eingestellt wurde.¹⁸⁷

Nach dem Kriegsende hat Bernt Buchmann die Firma wieder aufgebaut. Er selbst nahm die Stellung eines Disponenten ein, während seine Schwester, Assne Buchmann-Levin, und deren Mann Jack Levin als Verwaltungsräte in den Betrieb eintraten. Am 1. Januar 1948 übernahm sein Schwager Albert Rubinstein, der Ehemann von Sarah Buchmann, die Firma samt dem Wohn- und Geschäftshaus am Innherredsveien 31, das er für 50'000 NOK aus dem Nachlass von Bertha Pauline Buchmann gekauft hatte. Albert Rubinstein, der im Jahr 1946 oder 1947 den Namen Ragle annahm, führte das Geschäft zusammen mit seiner Frau, seiner Schwägerin und seinem Schwager weiter. Der Betrieb wurde 1979 schliesslich eingestellt, weil sich keines der Kinder der beiden Ehepaare, die je einen Sohn und eine Tochter hatten resp. hinterliessen, damit anfreunden konnte, die A. Buchmann A/S in der nächsten Generation weiterzuführen.¹⁸⁸

¹⁸⁶ RA, Tilbakeføringskontoret, Bomapper, Lnr. 356 (A. Buchmann A/S)

¹⁸⁷ RA, Tilbakeføringskontoret, Bomapper, Lnr. 356 (A. Buchmann A/S)

¹⁸⁸ Sarah Ragle, 27. April 1999

4.2.1.2 Der Schaden durch die Beschlagnahmung der Firma A. Buchmann A/S

Der finanzielle Schaden, den die Firma A. Buchmann A/S durch die Beschlagnahmung erlitten hatte, lässt sich in fünf Kategorien einteilen:

- a) Bargeld
- b) Bankguthaben
- c) Verwaltungsabgaben
- d) Waren
- e) Gebäudeschaden/Inventar

a) Laut dem Rechnungsbuch der Firma haben sich 3'992,48 NOK in der Kasse befunden, als der norwegische Hirdmann Elfroth das Geschäftslokal betrat und beschlagnahmte.¹⁸⁹ Diese Zahl ist zwar beachtlich hoch, aber dennoch insofern nicht anzuzweifeln, als Sarah Buchmann eine tüchtige und sorgfältige Rechnungsführerin war. Der hohe Betrag lässt in erster Linie darauf schließen, dass die Beschlagnahmungsaktion in der Vorbereitung keine Schatten geworfen hatte, dass es keine Gerüchte über eine bevorstehende Aktion gegeben hatte und die Betroffenen tatsächlich überrascht wurden. Sie waren unvorbereitet mit der plötzlichen Liquidation konfrontiert worden, sonst hätte sich wohl keine einzige Krone in der Kasse befunden. Sarah hatte keinen Anlass den Betrag in den eigenen Geschäftsbüchern zu fälschen.

b) Die Guthaben auf den drei Geschäftskonten bei der Trondheimer Filiale der Forretningsbank beliefen sich zum Zeitpunkt der Beschlagnahmung auf 2'044,89 NOK¹⁹⁰ Auch diese Zahlen sind gut belegt und als korrekt anzunehmen.

c) Die Verwaltungsabgaben waren halbjährlich an die Liquidationsleitung, später an das Verwaltungsbüro, als ausserordentliche Leistungen an den Administrationsaufwand zu bezahlen. Der Betrag war der Höhe des Umsatzes angemessen und innerhalb von Kategorien standardisiert. Für die Firma A. Buchmann A/S hat die Liquidationsleitung den in einem absoluten Massstab betrachtet hohen Betrag auf 1'000 NOK pro Halbjahr festgelegt und er

¹⁸⁹ Das Buch ist nicht archiviert, aber die Aufarbeitungsabteilung hat eine Kopie in ihren Akten aufbewahrt. RA, Oppgjørsavdeling, Politiske fanger m.m. - bysaker, Nr. 5260

¹⁹⁰ Die Bücher über alle bei der Beschlagnahmung laufende Konten sind in den Akten des Rückführungsbüros enthalten. RA, Tilbakeføringskontoret, Bomapper, Lnr. 356 (A. Buchmann A/S)

wurde am 21.5.1942, am 30.10.1942 und am 1.6.1943 auf das Konto der Liquidationsleitung einbezahlt. Der Schaden belief sich also insgesamt auf 3'000 NOK¹⁹¹

d) Das Warenlager der Firma A. Buchmann A/S wurde als Teil der Liquidation nach dem 1. August 1943 verkauft. Gemäss einer vermutlich kurz nach dem 24. Februar 1942 erstellten Liste von Buchhalter Lunde und Revisor Baardsgård entsprach der Wert des Warenlagers 93'893,29 NOK¹⁹² Er dürfte sich laut den Geschäftsbüchern im Laufe der folgenden anderthalb Jahre nicht wesentlich verringert haben. Ein Versicherungsagent der Norges Brandkasse errechnete einen Wert von 68'084 NOK per 24. Februar 1942 für die gleichen Waren, während das gesamte Lager für 21'240,78 NOK verkauft wurde.¹⁹³ Die abschliessende reale Verkaufsumme hat aber nur insofern einen Aussagewert, als man sieht, wie die Waren im wahrsten Sinne des Wortes verschleudert wurden. Die reale Schadenssumme dürfte bei den von Lunde/Baardsgård angegebenen 93'893,29 NOK liegen. Buchhalter Lunde hat wohl kaum ein Interesse daran gehabt, einen zu hohen Preis zu errechnen, da er sich und das Geschäft unter unnötigen Druck gesetzt hätte, denn der Geschäftsverlauf wurde dauernd von seinem Vorgesetzten, dem Verwaltungsbeamten Eskild Digre vom Verwaltungsbüro kontrolliert. Und Thomas Baardsgård, dessen Korrektheit früher angesprochen wurde, war der Familie Buchmann und der Firma verpflichtet, was dahingehend gedeutet werden könnte, dass er die Summe tendentiell eher zu hoch ansetzte. Die beiden haben die Liste zusammen erstellt, womit sie als relativ ausgeglichen und korrekt betrachtet werden kann. Auch Bernt Buchmann stützte sich auf diese Zahl bei der Forderung um Erstattung, was aber wenig überrascht und wenig aussagekräftig ist, da sie die höchste je in Umlauf gebrachte Summe bezüglich des Warenlagers darstellte und somit natürlich die höchstmögliche Erstattung erhoffen liess. Aber es steht auch fest, dass er nie versucht hat, einen noch höheren Wert zu veranschlagen.

e) Auf eine Schätzung ist man bezüglich des Schadens am Geschäftsgebäude angewiesen, denn das Haus am Innherredsveien 31 wurde sowohl als Geschäfts- wie auch als Wohnhaus von der Familie Buchmann genutzt. Die Schäden am Gebäude wurden in der Nachkriegszeit

¹⁹¹ Die Aufarbeitungsabteilung holte sich die Informationen aus den Rechnungsbüchern des Verwaltungsbüros. RA, Oppgjørsavdeling, Politiske fanger m.m. - bysaker, Nr. 5260

¹⁹² RA, Tilbakeføringskontoret, Bomapper, Lnr. 356 (A. Buchmann A/S)

¹⁹³ Die Aufarbeitungsabteilung holte sich die Informationen aus den Rechnungsbüchern des Verwaltungsbüros. RA, Oppgjørsavdeling, Politiske fanger m.m. - bysaker, Nr. 5260

nie gesondert betrachtet, aber durch die Schilderung der Lokalitäten und der Schäden kann eine Splittung der Schadenssumme vorgenommen werden.¹⁹⁴

Aus dem Schadenprotokoll des Aufarbeitungsbüros geht hervor, dass der Geschäftsraum der Firma A. Buchmann A/S nach der Einstellung des Betriebes in zwei kleinere Geschäftsräume geteilt wurde. Im einen dieser Lokale mietete sich der Metzgermeister Strand ein. Dieser erhielt vom Verwaltungsbüro sogar die Kosten für den Umzug der Einrichtung und den Umbau der Ladenlokalität erstattet (2097,62 NOK). Im anderen Teil des nun unterteilten Geschäftsraumes mietete sich ein Kolonialwarenhändler ein. Zum einen ist die Trennung des Lokals durch eine Brandmauer als Schaden anzusehen, da diese wieder beseitigt werden musste, zum anderen gab es Schäden durch Abnutzung, Verschleiss und durch mangelnde Vorsicht. Es waren die Eichenriemenböden zerschlissen, sodass sie zum Teil ersetzt werden mussten, Regale wurden entfernt und Türen und Fenster mussten repariert und neu gestrichen werden, ein WC musste ersetzt und im Keller Röhren von den Wänden entfernt werden.

Die Wohnräume wiesen Schäden an Tapeten und Linoleumböden auf, Türen, Fenster und Decken mussten gestrichen und das elektrische Netz musste überprüft werden. Die Kosten für die Reparatur im gesamten Haus betrugen 4'100 NOK,¹⁹⁵ wovon etwa Dreiviertel zur Deckung der Geschäftsräume aufgewendet wurden. Damit beläuft sich der Schaden an den Räumlichkeiten der Firma A. Buchmann A/S auf ca. 3'000 NOK

Der gesamte Schaden, den die Firma A. Buchmann A/S als Folge der Beschlagnahmung und Liquidation erlitten hat ist auf 101'795,76 NOK zu beziffern. Zum Inventar gehörige Gegenstände, die entfernt worden waren, aber wieder aufgespürt und rückgeführt werden konnten, sind hier nicht miteinbezogen, da sie nicht als Schaden bezeichnet werden können.

4.2.1.3 Die Leistung des Rückführungsbüros zugunsten der Firma A. Buchmann A/S

Das Rückführungsbüro war bemüht, den verbliebenen Restbetrag auf dem Konto der „fellesmasse“ unter den Berechtigten zu verteilen. Dies betrifft also a) das beschlagnahmte Bargeld, b) die beschlagnahmten Gelder auf Bankkonten, c) die Verwaltungsabgaben und d)

¹⁹⁴ Ein allfälliger Fehler dabei wirkt sich nur auf die Schadenssumme für das Geschäft A. Buchmann A/S und für die Schadenssumme des privaten Vermögens vom Besitzer in der Nachkriegszeit, Bernhard Buchmann, aus, nicht aber auf den gesamten Verlust der Familie Buchmann infolge des Krieges.

¹⁹⁵ RA, Oppgjørsavdeling, Politiske fanger m.m. - bysaker, Nr. 5260

das verkaufte Warenlager der Firma A. Buchmann A/S, das beim Rückführungsbüro unter der Laufnummer 356 und der Referenznummer 893 registriert war.

Welche Beträge vom Rückführungsbüro als korrekt anerkannt wurden, lässt sich aus dem „Berechnungsformular für Vermögen von Juden und Flüchtlingen“¹⁹⁶ herauslesen.

a) Die Summe von 3'992,48 NOK ist natürlich nicht auf das Konto der „fellesmasse“ überführt worden, da der Betrieb weitergeführt wurde. Bei der Liquidation ist auch kein Betrag dieser Höhe einbezahlt worden. Ausgehend von der gesetzlichen Grundlage konnte das Rückführungsbüro nur auf die eingegangenen Zahlungen Rücksicht nehmen, weshalb das Rückführungsbüro die von Bernt Buchmann geforderte Summe nicht erstattete.

b) Von den aufgehobenen Firmenkonten der A. Buchmann A/S bei der A/S Forretningsbank sind in der Buchführung der Liquidationsleitung drei Zahlungen registriert: Zum einen 1'082,60 NOK aus dem Konto mit der Nummer 4853, zum anderen 135,69 NOK (Kontonr. 4876) und zum dritten 826,60 NOK (Kontonr. 7594). Die Summe dieser Beträge, 2'044,89 NOK, ist vom Rückführungsbüro als Verlust anerkannt worden und zu 68% aus der „fellesmasse“ zurückbezahlt worden. Die fehlenden 32% hat die Bank gemäss der Übereinkunft mit den Erstattungsbehörden aus der eigenen Tasche bezahlt. Der im Vergleich zur Forderung Bernt Buchmanns fehlende Restbetrag von 411, 26 NOK ist nicht zugunsten der A. Buchmann A/S erstattet worden, da es sich um Konten der Firma B. Buchmann A/S handelte, die Bernt Buchmann fälschlicherweise hier angegeben hatte.

c) Die Verwaltungsabgaben an die Liquidationsleitung resp. an das Verwaltungsbüro sind generell anerkannt worden. Im Falle der A. Buchmann A/S handelte es sich dabei um 3'000 NOK, die zu 68%, also mit 2040.- NOK erstattet wurden.

d) Das Warenlager, das einen ursprünglichen Wert von 93'893,29 NOK hatte, ist von der Liquidationsbehörde für 21'240,78 NOK verkauft worden. Dies ist der Betrag, der auf das Konto der „fellesmasse“ floss und der somit in den Rechnungsbüchern des Verwaltungsbüros registriert war, welche die Grundlage für die Arbeit des Rückführungsbüros bildete und auch bilden musste, denn es konnte nur real eingegangenes Geld berücksichtigt werden.

¹⁹⁶ RA, Tilbakeføringskontoret, Beregnerskjemaer (Esker 446-452)

Dies ergab insgesamt, alle Zahlungen auf das Konto der Liquidationsleitung betreffend, einen vom Rückführungsbüro anerkannten Betrag von 26'285.67 NOK. Von dieser Summe wurden jene Ausgaben abgezogen, die auch die jüdischen Besitzer in jenem Zeitraum, in den die Firma beschlagnahmt war, hätten zahlen müssen. Dies war zum einen die Zahlung der Staatssteuern von 2'355 NOK für die Jahre 1943/44 und die Gemeindesteuern von 2'103 NOK für den gleichen Zeitraum. Dazu berechnete das Rückführungsbüro einen nicht ganz eindeutigen Betrag von 693,01 NOK für Personallöhne mit dem Vermerk 15.4.1942. Da dieser Betrag abgezogen wurde, muss er ursprünglich aus dem Konto der „fellesmasse“ bezahlt worden sein und der Vorgang muss ein einmaliger gewesen sein. Es könnte sein, dass damit eine Lohnnachzahlung an Sarah Buchmann gemeint ist. Gemäss einem Schreiben des Mitgliedes des Obersten Gerichtes, Arne Borgersen, forderten Sarah und Bernt Buchmann und Jack und Assne Levin-Buchmann nämlich solche Lohnnachzahlungen für den Zeitraum zwischen dem 1. und dem 24. Februar 1942, in dem sie „gratis gearbeitet“ hätten. Borgersen forderte sogar eine Lohnnachzahlung für die „normale Kündigungsfrist mit Feriengeld usw.“¹⁹⁷, was zwei Monatslöhne ergeben hätte. Gemäss dem Monatslohn von Sarah wurde die Lohnnachzahlung von der Liquidationsleitung auf eineinhalb Monate festgelegt, d.h. die Kündigungsfrist betrug faktisch nicht einmal einen Monat.

Alle genannten Abzüge machen zusammen 5'151,01 NOK aus.

Daraus ergibt sich ein Zwischentotal des vom Rückführungsbüro anerkannten Verlustes von 21'134,66 NOK. Von diesem Betrag wurden „nach Übereinkunft“¹⁹⁸ zwischen Bernt Buchmann und dem Rückführungsbüro 15'000 NOK abgezogen für ein Darlehen in Pfandobligationen über 32'000 NOK bei der Forretningsbank, das vom Verwaltungsbüro eingelöst worden war, welches aber durch die Vermittlung des Chefs des Rückführungsbüros, Per Helweg, wieder errichtet wurde. Die Sachlage komplizierte sich dadurch, dass das Verwaltungsbüro Teile des Wertes an einen anderen Nachlass überschrieben hatte, weil dieser nicht liquide gewesen war. Das Rückführungsbüro machte diese Transaktion, soweit sie durchsichtig war, rückgängig.

Bernt Buchmann anerkannte dieses Vorgehen unter der Bedingung, dass „unsere Forderung gegenüber den entsprechenden Institutionen weiterhin gilt“.¹⁹⁹

¹⁹⁷ RA, Tilbakeføringskontoret, Bomapper, Lnr. 356 (A. Buchmann A/S)

¹⁹⁸ Berechnungsformular für die Firma A. Buchmann A/S, RA, Tilbakeføringskontoret, Bomapper, Lnr. 356 (A. Buchmann A/S)

¹⁹⁹ Anmerkung Bernt Buchmanns auf dem Berechnungsformular

Von den anerkannten 21'134,66 NOK wurden also 15'000 NOK abgezogen, woraus ein Betrag von 6'134,66 NOK resultierte. Diese Summe wurde vom Rückführungsbüro als „dividenden-berechtigte Forderung“ aufgeführt. Entsprechend den Ausführungen in Kapitel 4.2.3 über die Verteilung der „fellesmasse“ zahlte das Rückführungsbüro 68% der dividendenberechtigten Summe aus, was im Falle der Firma A. Buchmann A/S den Betrag von 4'171,56 NOK ergab. Die Zahlung des Rückführungsbüros an Bernt Buchmann erfolgte am 6. November 1947 mittels Check, ausgestellt von der Fellesbank, Filiale Trondheim.²⁰⁰

4.2.1.4 Die Leistung der Kriegsschadenversicherungen zugunsten der Firma A. Buchmann A/S

Die drei Kriegsschadenversicherungen konnten prinzipiell für Schäden an beweglichen Gütern, an Gebäuden und an Warenlagern um Erstattung ersucht werden (Vgl. Kap. 4.3.). Der Verlust an beweglichen Gütern wurde bei entsprechender Versicherungslage erstattet, Schäden an Gebäuden beglich die Versicherung bei vorhandener Brandversicherung meistens vollumfänglich und Verluste von Warenlagern wurden je nach persönlicher Ökonomie und Versicherungssumme ausgeglichen (billighetserstatning).

a) Erstattung für bewegliche Güter der Firma A. Buchmann A/S

Bei den beweglichen Gütern von Firmen handelte es sich in der Regel um das Geschäftsinventar. Das Inventar der Firma A. Buchmann A/S war mit einer Summe von 1'000 NOK bei der Norges Brannkasse und mit 6'000 NOK bei der Norske Merkantile versichert. Es wird auf einem undatieren Geschäftspapier mit 4'003 NOK beziffert. Dazu kam ein Posten neues Papier für 755.- NOK Von der Handschrift zu schliessen, dürfte die Notiz von Buchhalter Fritjof Lund stammen und als Teil der „Startinventarisierung“ gedient haben. Ziemlich sicher ist die Summe also auf die unmittelbare Zeit nach dem 24. Februar 1942 bezogen. Die Zahl sagt nichts über einen allfälligen Schaden aus. Die Art und der Umfang des Schadens am Inventar, ob es sich um Zerstörungen oder Verkauf von Werkzeugen, Möbeln, Maschinen o.ä. handelt, lässt sich nicht mehr ermitteln. Der einzige Anhaltspunkt ist die Schadensersatzforderung, die Bernt Buchmann nach dem Kriegsende für das Schadendatum 24. Februar 1942, also das Datum der Beschlagnahme, stellte. Diese ist auf 4'676 NOK beziffert und als solche von den Behörden und Versicherungen am 7. Oktober 1946 auch

²⁰⁰ Die quittierten Checks liegen den Akten bei. RA, Tilbakeføringskontoret, Bomapper, Lnr. 356 (A. Buchmann A/S)

akzeptiert worden. Der Verlust wurde mit drei Checks von der Fellesbank beglichen. Den ersten über 2'000 NOK erhielt Bernt Buchmann als Vorschuss am 19. Juli 1946, den zweiten über 1'750 NOK am 11. Dezember 1946 und den dritten über 2'726 NOK, in dessen Betrag der verbleibende Rest abzüglich von 50 NOK Selbstbehalt und ein Zuschlag für die Inflation einbezogen war²⁰¹, am 17. Januar 1949. Die Zahlungen haben sich also über einen Zeitraum von zweieinhalb Jahren erstreckt und ergeben insgesamt 6'476 NOK²⁰²

b) Erstattung für Gebäudeschäden (Schadennr. 49307)

Bernhard Buchmann hat als neuer Besitzer, er hat das Haus von seiner Mutter geerbt, den Schaden an seiner Liegenschaft am Innherredsveien 31 am 9. November 1945 bei der Kriegsschadenversicherung für Gebäude angemeldet. Die Schadenursache ist die Beschlagnahme durch die N.S.-Behörden.

Der Schaden am Geschäfts- und Wohngebäude Innherredsveien 31 bezog sich zu etwa Dreivierteln auf die Geschäftsräumlichkeiten der Firma A. Buchmann A/S (Siehe Kap. 4.2.2.2. Punkt e), was etwa 3'000 NOK ausmachte. Der Arbeitsrapport weist für die volle Schadenausbesserung einen Betrag von 4'100 NOK, der dem Betrag der angenommenen Kosten entspricht und der auch dem auf das Preisniveau vom 24. Februar 1942 ausgerechneten Schaden entspricht (3'050 NOK). Bernhard Buchmann hat für den gesamten Schaden am Gebäude 3'050 NOK gefordert. Das Kriegsschadenkomitee empfahl in seinem Schreiben an die Versicherung vom 19. Mai 1948, die volle Summe auszubezahlen. Dieser Betrag wurde abzüglich eines Selbstbehaltes von 50 NOK mittels Check am 18. Dezember 1948 an Rechtsanwalt Erling Birch-Aune ausbezahlt, der als Treuhänder des Erbes der ehemaligen Besitzerin der Liegenschaft, Bertha Pauline Buchmann, auftrat. Die Firma A. Buchmann A/S wurde durch die Kriegsschadenversicherung für Gebäude mit 3'000 NOK entschädigt. Der Betrag der Erstattung ist tiefer als die Kosten der Reparatur, weil die Versicherung keinen Zuschlag für die Inflation berechnete.²⁰³

c) Erstattung für die Konfiskation des Warenlagers

Das Warenlager der Firma A. Buchmann A/S war mit einer Versicherungssumme von 10'000 NOK bei der Wikborg Versicherungsgesellschaft, mit weiteren drei Policen à 10'000 NOK

²⁰¹ In einer Auflistung erscheint der Betrag mit dem Stempel „m/p“, was „med prisstigningstillegg“ (mit Inflationszuschlag) bedeuten muss. Die abgestempelten Beträge lassen sich aufgrund des Inflationsindex des Statistischen Amtes der entsprechenden Zeit nachvollziehen. Zufällige weitere Stichproben erhärten die Vermutung.

²⁰² RA, Krigsskadetrygden, løssøreskader forsikret, Skadenr. 88568

²⁰³ RA, Krigsskadetrygden, bygningsskader forsikret, Skadenr. 49307

und einer Police à 8'000 NOK bei der Norske Merkantile und mit 50'000 NOK bei Norges Brandkasse versichert, insgesamt also mit einer Versicherungssumme von 88'000 NOK Die Beamten der Kriegsversicherung für Warenlager haben sich alle Policen telefonisch bestätigen lassen, wie eine Notiz am Rand verrät.²⁰⁴

Bernt Buchmann hat den Schaden mit 93'893,29 NOK beziffert, welcher von Lunde und Baardgård auf den 15. März 1942 errechnet wurde. Der Schadenexperte von Norges Brandkasse taxierte ihn auf den 24. Februar 1942, allerdings nur mit einem Betrag von 68'084 NOK (Siehe Kap. 4.2.2.5.), welcher in der Folge die Grundlage der Berechnungen ergeben sollte.

Der Schadenfall bezüglich des Warenlagers der A. Buchmann A/S fiel in keine der vier Kategorien, die in Kapitel 4.4.3. referiert wurden und die es erlaubt hätten, den Fall direkt durch die Aufarbeitungsabteilung des Justizdepartementes bearbeiten zu lassen. Der Schaden war weder bagatellmässig, d.h. unter 3'000 NOK, noch war er vernachlässigbar im Verhältnis zum Vermögen der geschädigten Firma, das für das Jahr 1941 auf 78'000 NOK geschätzt wurde, die geschädigte Firma wurde von direkten Erben wieder errichtet und das Warenlager war ordnungsgemäss versichert.

Der Versicherungsfall wurde vom Experten geprüft und die angegebenen 68'084 NOK anerkannt. Schliesslich gingen die Akten über die A. Buchmann A/S an die Aufarbeitungsabteilung, die den Fall zu beurteilen und über eine Erstattung zu beschliessen hatte.

Die gesamte Summe, die von den Kriegsschadenversicherungen zugunsten der Firma A. Buchmann A/S ausbezahlt wurde, belief sich auf 9'476.- NOK

4.2.1.5 Leistung der Aufarbeitungsabteilung des Justizdepartementes zugunsten der Firma A. Buchmann A/S

Bernhard Buchmann hat am 9. November 1945 den Schaden der Firma A. Buchmann A/S angemeldet, den er von der Aufarbeitungsabteilung erstattet wissen wollte. Diese frühe Anmeldung hatte zur Folge, dass dieselben Schäden sowohl beim Rückführungsbüro durch Bernt Buchmann als auch bei der Aufarbeitungsabteilung durch Bernhard Buchmann, also doppelt, angemeldet wurden. Dies führte, obwohl Bernhard Buchmann ausdrücklich auf

²⁰⁴ RA, Krigsskadetrygden, Varelagre, Skadenr. 0-60

diesen Umstand hinwies, bei den Institutionen zu einiger Verwirrung und zu Fehlern, die nicht mehr beseitigt wurden.

Bernhard Buchmann meldete einen Schaden von insgesamt 100'342,02 NOK an. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus eingezogenem Bargeld (3'992,48 NOK), beschlagnahmtem Bankguthaben (2'456,25 NOK) und dem verkauften Warenlager (93'893,29 NOK).

Die Aufarbeitungsabteilung hat, um dies vorwegzunehmen, der Firma A. Buchmann A/S keine einzige Krone ausbezahlt.²⁰⁵ In diesem Kapitel soll die Begründung dafür nachvollzogen und eine Unklarheit in der Beurteilung aufgedeckt werden.

Die Aufarbeitungsabteilung hat für die Firma einen Verlust von 77'532,73 NOK anerkannt. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus:

Bargeld	3'992,48 NOK
Bankguthaben	2'456,25 NOK
Waren	68'084,00 NOK
Verwaltungsgebühren	<u>3'000,00 NOK</u>
Verlust	77'532,73 NOK

Die einzige unkorrekte Zahl ist jene für das verkaufte Warenlager. Der Versicherungsspezialist Albert Pelly hat das Warenlager für den 24. Februar 1942 auf 68'084,00 NOK berechnet. Er ging dabei von einem Warenwert am 1. Januar von 75'536,00 NOK aus, zuzüglich einem Wareneingang bis zum Schadensdatum von 1'804,00 NOK, was eine Summe von 77'340,00 NOK ergibt. Davon zog er den Wert, der in diesem Zeitraum verkauften Ware ab, der 9'256,00 NOK betrug. Dies ergibt die Summe von 68'084,00 NOK. Diese Zahl widerspricht den 93'893,29 NOK, die Lund und Baardsgård angegeben haben, deutlich. Wenn man mit dem grösseren Betrag operiert erhält man einen Verlust von 103'342,01 NOK. Die Erstattung durch andere Institutionen als die Aufarbeitungsabteilung erfolgte folgendermassen:

Bankguthaben	2'044,00 NOK
Waren	14'444,00 Kr
Verwaltungsgebühren	2'040,00 NOK
Ausländ. Kreditoren	<u>456,90 NOK</u>
Erstattet	18'984,90 Kr

²⁰⁵ Diese und folgende Angaben sind zu finden in: RA, Oppgjørsavdeling, Politiske fanger m.m. - bysaker, hier: Nr. 5260

Das Bankguthaben wurde mit 2'044,00 NOK erstattet. Gemäss den Regeln des Rückführungsbüros bezahlte dieses 68% davon, den Rest übernahm jene Bank, bei der die Auszahlungen an die Liquidationsleitung stattgefunden hatte (Siehe Kap. 4.2.4.).

Das verkaufte Warenlager ist mit 14'444,00 erstatteten Kronen aufgelistet. Dieser Betrag ist falsch und stammt von einem ungültigen Berechnungsformular des Rückführungsbüros vom 7. Februar 1947, das zunächst vom realen Verkaufswert von 21'240,78 NOK ausgegangen war und somit eine dividendenberechtigte Forderung von 21'134,66 NOK errechnet hatte, bevor am 18. Februar 1947 im Einvernehmen mit Bernt Buchmann die Mischrechnung mit einem Abzug von 15'000 NOK aufgestellt wurde (Siehe Kap. 4.2.2.3.). Wenn man allerdings davon ausgeht, dass die durch den Transfer der 15'000 NOK, die aus einem anderen Nachlass der Familie Buchmann herausgenommen wurden, ebenfalls durch das Rückführungsbüro erstattet worden sind, ist der Betrag in Ordnung.

Die Verwaltungsgebühren sind mit dem wiedergegebenen Betrag zu 68% korrekt erstattet worden.

Das Geld der ausländischen Debitoren hat die kommissarische Leitung der Firma eingefordert und über ein Geschäftskonto an das Verwaltungsbüro einbezahlt, welches zu 68% vom Rückführungsbüro und mit den restlichen 32% von der betreffenden Bank erstattet wurde.

Der Nettoverlust beträgt gemäss der Rechnung der Aufarbeitungsabteilung vom 26. Februar 1949, also zu einem Zeitpunkt, als alle anderen Institutionen ihre Arbeit bezüglich der A. Buchmann A/S abgeschlossen hatten:

Verlust	77'532,73 NOK
Erstattung	<u>- 18'984,90 nKr</u>
Nettoverlust	=58'547,83 NOK ²⁰⁶

Nach der oben dargelegten Rechnung, mit dem höheren Wert für das Warenlager, müsste der Nettoverlust angesetzt werden auf:

Verlust	101'795,76 NOK
---------	----------------

²⁰⁶ RA, Oppgjørsavdeling, Politiske fanger m.m. - bysaker, Nr. 5260

Erstattung - 18'984,90 NOK
 Nettoverlust = 82'810,86 NOK

Die Differenz der beiden Rechnungen beträgt 24'263,03 NOK und nährt sich allein aus der unterschiedlichen Wertberechnung des Warenlagers, wobei die durch die Geschäftsführer angestellte Rechnung glaubwürdiger ist, da keine Interessen dahinter stehen, die einen zu hohen Wert rechtfertigten. Dies im Gegensatz zu den Interessen der Versicherungsgesellschaft und jener der Aufarbeitungsabteilung, die ihre Auszahlungen so gering wie möglich zu halten bestrebt waren, denn die zu verteilenden Mittel waren sehr beschränkt. Ganz abgesehen davon ist die Möglichkeit vorhanden, dass vor dem Verkauf dem Warenlager beträchtliche Werte auf illegale Weise entzogen worden sind. Dies scheint auch bei der Beschlagnahme von privaten Gütern die Regel gewesen zu sein.

Für die Berechnung des realen Verlustes durch die Beschlagnahme und die Liquidation spielt die Differenz bei der Betrachtung des Nettoverlustes für die Firma eine bedeutende Rolle, aber für die Würdigung des Falles durch die Aufarbeitungsabteilung nur eine untergeordnete, für die Massstäbe der Aufarbeitungsabteilung war die Differenz zu klein. Gemäss Auftrag der Abteilung sollte auf die ökonomische Situation in der Gegenwart (1949) Rücksicht genommen und diese in Relation zum Schaden gesetzt werden.

Aus dem am 17. August 1948 durch die Gemeinde Trondheim ausgestellten Steuernachweis geht das jeweilige Vermögen der Firma im Zeitraum zwischen 1939 und 1947 hervor:²⁰⁷

<u>Steuerjahr</u>	<u>Jahr des Einkommens</u>	<u>Vermögen</u>	<u>Einkommen</u>
1940/41	1939	42'000.-	550.-
1941/42	1940	55'000.-	4'900.-
1942/43	1941	78'000.-	13'600.-
1943/44	1942	66'000.-	11'400.-
1944/45	1943	53'000.-	7'100.-
1945/46	1944	0.-	0.-
1946/47	1945	44'000.-	0.-
1947/48	1946	54'000.-	4'400.-
1948/49	1947	67'000.	23'400.

²⁰⁷ Der Steuernachweis findet sich in einer Kopie in: RA, Oppgjørsavdeling, Politiske fanger m.m. - bysaker, Nr. 5260

1944 war das Vermögen mit der Liquidation von 1943 natürlich genauso auf Null abgesunken wie das Einkommen, da sämtliche Werte an die Liquidationsverwaltung übergegangen waren. Aber die Vermögensbeträge zeigen doch eine relativ kontinuierliche Entwicklung auf. Bis 1941 ist eine stete Erhöhung des Firmenvermögens zu erkennen, während nach der Beschlagnahme die Werte wieder etwas zurückgingen. Nach dem Krieg schliesslich stieg das Firmenvermögen wieder um ca. 10'000.- NOK pro Jahr an. Die Zahlen für die jeweiligen Einkommen sind relativ, das zeigen die verschiedenen Quantensprünge zwischen 1940/1941 und 1946/1947. Das Einkommen ist immer eine Frage der Buchhaltung.

Der Bericht von Assistent Aas von der Aufarbeitungsabteilung vom 26. Februar 1949 rollt die Geschichte des Betriebes kurz auf, rechnet den gesamten Verlust aus (siehe oben) und erwähnt die Vermögenslage der Firma A. Buchmann A/S, indem er den Vermögenswert von 1940 mit den Werten von 1945 vergleicht. Ein Vergleich der Zahlen von 1941, dem letzten ganzen Jahr vor der Beschlagnahme, und 1946, dem ersten ganzen Jahr nach der Wiederaufnahme der Firma, ergäbe eine negative Differenz von 24'000.- NOK und nicht nur 2'000.- NOK(siehe unten).²⁰⁸

Aas schickte seine Berichte an E. Øiangen vom Aufarbeitungsausschuss weiter, der eine begründete Empfehlung verfasste.

Der Vorschlag von E. Øiangen, der schon während des Krieges in dieser Position gearbeitet hatte, bezog sich direkt auf Paragraph 3 des Erstattungsgesetzes von 1947 (siehe Kap. 4.4.1.):

„[...] Das Vorkriegsvermögen der Firma betrug am 1. April 1940 42'000.- NOK und das Nachkriegsvermögen am 31. Dezember 1945 44'000.- NOK Für 1947 wird ein Vermögenszuwachs auf 67'000.- NOK ausgewiesen.

Soweit ich dies sehen kann, ist die ökonomische Lage der Firma im grossen und ganzen auf dem Niveau der Vorkriegszeit wiederhergestellt und es scheint mir, dass der entstandene Verlust die Lage in keinem besonderen Ausmass beeinträchtigt hat. Die Firma ist wieder gut etabliert und mit den günstigen Voraussetzungen, die sie jetzt hat, muss man wohl annehmen, dass die künftige Erwerbsmöglichkeit für den Geschädigten gesichert ist.

Ich denke, dass hier kein Bedarf für eine Erstattung nach dem Prinzip der Verhältnismässigkeit vorhanden ist und schlage vor, das Gesuch abzulehnen.“²⁰⁹

²⁰⁸ RA, Oppgjørsavdeling, Politiske fanger m.m. - bysaker, Nr. 5260

²⁰⁹ RA, Oppgjørsavdeling, Politiske fanger m.m. - bysaker, Nr. 5260, Bericht des Aufarbeitungsausschusses in Trondheim vom 7. März 1949

Øiangen macht aber das Eingeständnis, dass es „etwas schwierig [sei], den ökonomischen Verhältnissen in der Firma nach deren Wiederaufnahme zu folgen, da der Besitzer gewechselt hat und verschiedene Werte als vorgezogenes Erbe an den neuen Besitzer übertragen wurden usw.“²¹⁰ Es wurden aber keine weiteren Untersuchungen angestellt und der Aufarbeitungsausschuss behandelte den Fall A. Buchmann A/S als „Sache Nummer 437“ in der Sitzung vom 21. März 1949. Der Beschluss lautete: „Mit dem Amtschef einig.“

Der Vorsitzende des Ausschusses, Ole Skirstad, notierte auf dem Bericht von Hand: „Gemäss Ausschuss abgelehnt am 11. April 1949.“²¹¹

4.2.1.6 Der durch den Krieg und die Aufarbeitung verbliebene ökonomische Verlust der Firma A. Buchmann A/S

Der gesamte Verlust der A. Buchmann A/S betrug 82'810,86 NOK 19% des Gesamtschadens wurde der Firma und ihren Erben erstattet. Nach der Rechnung des Aufarbeitungsausschusses betrug der Anteil 32%.

Die Erstattung erfolgte im Geiste des Gesetzes, die dafür als Berechnungsgrundlage berücksichtigten Zahlen sind jedoch zu niedrig.

Das Rückführungsbüro konnte nur die Mittel verteilen, die noch vorhanden waren. Das erste Ziel war es, den Geschädigten möglichst schnell Bargeld für die Wiederherstellung einer Lebensgrundlage zu verschaffen, obschon es schliesslich doch ziemlich lange dauerte, bis die Auszahlung endlich erfolgte, im Fall A. Buchmann A/S nämlich bis zum 6. November 1947.

Überraschend, aber auch auf gesetzlicher Grundlage beruhend, ist die Tatsache, dass die Kriegsversicherung für Warenlager sich derart auf den Buchstaben des Gesetzes berief, dass nur Brandschäden als Versicherungsfälle angesehen wurden. Die Versicherung war zwar eine eigentliche Brandversicherung, aber die Brandschäden machten nur einen kleinen Teil des gesamten Schadens aus. Sowohl die Kriegsversicherung als auch die Aufarbeitungsabteilung waren staatliche Institutionen, aber der wichtige Aspekt ist jener der Funktion. Die Kriegsversicherung für Warenlager wäre auf einer rechtlich problematischen Basis gestanden, wenn sie zwar Übergriffsschäden als Versicherungsfälle anerkannt hätte, aber die Erstattung

²¹⁰ RA, Oppgjørsavdeling, Politiske fanger m.m. - bysaker, Nr. 5260, Bericht des Aufarbeitungsausschusses in Trondheim vom 21. März 1949

²¹¹ RA, Oppgjørsavdeling, Politiske fanger m.m. - bysaker, Nr. 5260, Bericht des Aufarbeitungsausschusses in Trondheim vom 21. März 1949

gemäss der Aufarbeitungsabteilung nur nach dem Prinzip der Verhältnismässigkeit erfolgt wäre, um die Kosten in Grenzen zu halten.

Das Verfahren und die Praxis der Aufarbeitungsabteilung schliesslich ist in der Rückschau betrachtet für die Geschädigten hart, aber durchaus verständlich. Die Ressourcen waren begrenzt, denn das Geld musste vom Staat oder vom Steuerzahler durch Zusatzsteuern bereitgestellt werden. Die A. Buchmann A/S hat nach dem Krieg wieder Fuss fassen können, die Zahlen über die wachsenden Vermögensverhältnisse waren viel versprechend. Insofern ist der Entscheid des Aufarbeitungsausschusses verständlich und nachvollziehbar.

Finanziell war die Situation für Bernt Buchmann in der Firma A. Buchmann A/S unbefriedigend, denn der Verlust war doch recht gross. Er akzeptierte das Ergebnis aber ohne Widerrede, wie dies die meisten Betroffenen taten, sowohl Juden als auch Nicht-Juden. Die Einsicht, der Gedanke des Wiederaufbaus habe vor dem persönlichen Wohlstand Vorrang, überwog.

4.2.2 Beschlagnahmung der Firma B. Buchmann A/S und die Rückerstattung des ökonomischen Schadens

4.2.2.1 Beschreibung der Firma B. Buchmann A/S

Abraham Buchmann gründete die Firma B. Buchmann A/S 1930, sobald neben Bernhard Buchmann auch die älteste Tochter, Assne Buchmann, das Handelsdiplom erworben hatte. Damit wird Abrahams Bestreben deutlich, so schnell wie möglich auf der Grundlage der Handelsdiplome der Kinder eigene Betriebe zu eröffnen, seine persönlich und finanziell unbefriedigende Arbeit als Handelsreisender hinter sich zu lassen und sich geregelteren, lukrativeren Geschäften zu widmen. Er selbst hatte keine Möglichkeit eine Handelszulassung zu erwerben, als Ausländer und dazu noch als Jude lagen ihm in der Zwischenkriegszeit unüberwindbare politische Hindernisse im Weg.

Die Geschäftsräumlichkeiten der B. Buchmann A/S befanden sich in der Liegenschaft Nedre Baklandet 89 in Trondheim, die wie der Innherredsvei 31 im Besitz der Familie Buchmann war und in einem Teil des ersten Stockes als Wohnraum für Assne Buchmann und ihren Mann Jack Levin diente. Das Ehepaar war am 23. Juni 1940 eingezogen, Assne vom Innherredsvei 31 und Jack aus Elverum. Daneben wohnten auf der gleichen Etage ein

dreizehnjähriger jüdischer Schuljunge und ein Ehepaar, beide Eheleute waren Mitglieder von Quislings Nasjonal Samling. Die Vermietung einer Wohnung an N.S.-Mitglieder geschah vermutlich nicht freiwillig, sondern auf Druck der Behörden.²¹² Im dritten Stock schliesslich wohnten ein Pensionär, eine vierköpfige Familie und zwei allein stehende Frauen.²¹³

Nach Abrahams Tod erbte Bertha Pauline neben der A. Buchmann A/S auch die Firma B. Buchmann A/S. Sie setzte ihre Tochter Assne Buchmann als Geschäftsführerin ein, welche den Betrieb bis zur Beschlagnahme leitete. Die Liegenschaft ging an Bernt Buchmann über.

Die ökonomische Entwicklung der B. Buchmann A/S geht aus einzelnen Unterlagen in den Akten der Liquidationsleitung und den Angaben Bernhard Buchmanns²¹⁴ auf dem Schadenformular vom 3. Dezember 1945²¹⁵ hervor. Er gab das Vermögen der Firma B. Buchmann A/S für 1939 mit 22'000.- NOK und jenes für das Steuerjahr 1940 mit 41'000.- NOK an. Also auch hier ist festzustellen, dass der Kriegsausbruch in Norwegen dem Geschäft in keiner Weise geschadet hat, das Vermögen hat sich in diesem Jahr, das das erste Dreivierteljahr des Krieges einschliesst, fast verdoppelt. Für 1941 gab Bernhard Buchmann an, das Vermögen der Firma sei unbekannt, aber aus den Notizen des auch für die B. Buchmann A/S arbeitenden Revisors Thomas Baardsgård vom 15. März 1942 lässt sich schliessen, dass der Reingewinn für das betreffende Jahr per 31. Dezember 1941 mit 21'571.- NOK ausgewiesen wurde,²¹⁶ womit sich das Vermögen auf ca. 62'000.- NOK erhöht haben dürfte, wenn nicht besondere Investitionen getätigt worden waren, eine Annahme, wofür aufgrund der Unterlagen die Anhaltspunkte fehlen.

Wie die A. Buchmann A/S wurde auch die B. Buchmann A/S am 24. Februar 1942 von der Liquidationsleitung beschlagnahmt und unter kommissarische Verwaltung gestellt. Zum Verwalter wurde Andreas Alstad ernannt, der gleichzeitig auch die Firmen A. Buchmann A/S und Bernh. Buchmann A/S kommissarisch leitete. Ihm wurde mit Frank Gaustad ein Assistent zur Seite gestellt, der nicht Mitglied der Partei war.

²¹² Sarah Ragle kann sich nicht an diesen Sachverhalt erinnern, was auch möglich erscheinen lässt, dass das Ehepaar seine Zugehörigkeit zur Partei verheimlicht hat und in dieser Beziehung auch nicht auffallen wollte.

²¹³ SAT, DORA, Kommunale Folketelling i Trondheim 1941, Nedre Baklandet 89

²¹⁴ Alle Schadenformulare der Buchmannschen Betriebe und auch die meisten privaten sind von Bernhard oder Bernt Buchmann unterzeichnet, die sich um die finanziellen Angelegenheiten der Familie kümmerten. So stellte Bernhard die Unterlagen über die B. Buchmann A/S für die Behörden und Versicherungen zusammen, obwohl Hermann Buchmann den Betrieb nach dem Krieg weiterführte.

²¹⁵ RA, Tilbakeføringskontoret, Bomapper, Lnr. 359 (B. Buchmann A/S)

²¹⁶ RA, Tilbakeføringskontoret, Bomapper, Lnr. 359 (B. Buchmann A/S)

Die B. Buchmann A/S wurde aber nicht wie die beiden anderen Firmen der Familie Buchmann weiter betrieben, sondern sofort liquidiert. Bargeld und was zu Bargeld gemacht werden konnte, floss auf das Sammelkonto der Liquidationsleitung, wie dies üblich war. Eine Ausnahme machte Alstad mit dem Warenlager. Dieses wurde nicht naturalisiert, sondern an andere Firmen, die unter kommissarischer Leitung standen, verkauft. Die Begünstigten im Falle der B. Buchmann A/S waren die A. Buchmann A/S, die Bernh. Buchmann A/S und die von Samuel Abrahamsen geführte Textil A/S, also durchwegs ehemals jüdische Betriebe, was damit zu begründen, dass es vor allem die jüdischen Betriebe waren, die unter kommissarischer Leitung standen.

Dieses Vorgehen scheint bei Firmenliquidationen üblich gewesen zu sein und die Gründe dafür liegen auf der logistischen Ebene. Wollte man den Wert der Warenlager in Bargeld erhalten, um das Sammelkonto aufzustocken, wäre die Liquidationsleitung gezwungen gewesen, die Waren zu lagern und zu verkaufen. Lagerräume waren aber infolge der zahlreichen Liquidationen von Firmen und privaten jüdischen Haushalten knapp und die Preise, die sich auf Auktionen und aus anderen Verkäufen herauschlagen liessen, waren zu niedrig, weshalb man einige Betriebe weitergeführt und diese mit liquidierte Ware in Schwung gehalten oder gebracht hat.

Der Verteilschlüssel, nach dem das Warenlager der B. Buchmann A/S vergeben wurde, orientierte sich am Umsatz der begünstigten Betriebe. Aus der Summe der Umsätze wurde der jeweilige Anteil einer Firma berechnet. Warum die Umsätze des Geschäftsjahres 1938 für die Rechnung herangezogen wurden, bleibt ein Rätsel. Die Firma S. Abrahamsen, die vor der Beschlagnahme von einem Schwager von Bertha Pauline Buchmann, Samuel Abrahamsen²¹⁷, geführt wurde, erhielt mit 57% den grössten Anteil, dies entsprach einem Geldwert von 33'200.- NOK. Die Bernh. Buchmann A/S bekam 29% (16'670.- NOK) und der A. Buchmann A/S wurde mit 14% (8'130.- NOK) der Rest zugeschrieben. Diese Rechnung hat Andreas Alstad angestellt und sie ergibt für das B. Buchmann'sche Warenlager zum Zeitpunkt der Liquidation einen Wert von insgesamt 58'000.- NOK, was wiederum im Zusammenhang mit der Berechnung der Erstattung von Interesse sein wird, denn auf das Konto des Verwaltungsbüros flossen aus dem Verkauf nur 13'349.- NOK.

Nach der Liquidation der B. Buchmann A/S war das Verwaltungsbüro bemüht, einen neuen Mieter für die Geschäftsräume zu finden. Am 10. Juni 1942 schrieb eine Import-Export Firma namens DACO das Verwaltungsbüro an mit der Bitte, die Lokalitäten nutzen zu können. Der

²¹⁷ Samuel Abrahamsen hatte 1901 Berthas Schwester Miriam Fischer geheiratet.

Mietvertrag muss sehr rasch erstellt und unterzeichnet worden sein, denn bereits zehn Tage nach der Anfrage, am 20. Juni 1942, wurde das Mietverhältnis von Seiten des Verwaltungsbüros „wegen dringenden Gebrauchs“²¹⁸ wieder aufgelöst. „Dringend gebraucht“ wurden die Räumlichkeiten an der Nedre Baklandet 89 für eine Schlachtereierie, die, wie es scheint, bis zum Kriegsende die einzige Mieterin blieb und einige Änderungen an der Inneneinrichtung vorgenommen hat.²¹⁹

Wie alle Familienmitglieder und die beiden anderen Geschäfte war auch die B. Buchmann A/S deckend, ja sogar relativ grosszügig versichert.²²⁰ Dies geht aus einer Übersicht über die laufenden Versicherungen per 1. Juni 1940 hervor. Die Waren in Nedre Baklandet 89 waren bei Norges Brandkasse mit 25'800.- NOK (Policennr. 196984), bei Storebrand mit 10'000.- NOK (Policennr. 3027820) und bei der Norsk Merkantile mit 10'000.- NOK (Policennr. 105877), insgesamt also mit 45'800.- NOK gegen Brand versichert.

Das Inventar war bei der Norsk Merkantile mit 6'000.- NOK (Policennr. 16694) und die Liegenschaft mit 240'000.- NOK bei Norges Brandkasse (Policennr. 87971) abgesichert. Daneben war bei Norges Brandkasse eine Glasversicherung über 4665.- NOK abgeschlossen worden, deren Prämien sich zwischen dem 13. März 1942 und dem 23. September 1943 „aufgrund von Schadenssteigerungen, vor allem von Einbrüchen“²²¹ von 81,70 NOK auf 289.- NOK pro Jahr erhöhte. Die Schadenssteigerung fällt in die unmittelbare Zeit nach den Beschlagnahmungen, was die Vermutung verstärkt, dass viele jüdische Geschäfte und Privatwohnungen „geplündert“ wurden, d.h. Unbekannte in die für kurze Zeit herrenlosen Lokaltäten eingestiegen sind und mitgenommen haben, was wertvoll oder nützlich erschien, bevor eine Registrierung abgehalten wurde. Solche Übergriffe waren so zahlreich, dass sie eine 250 prozentige Steigerung der Prämien der Glasversicherungen bewirkten. Das eine oder andere Mal dürfte es sich bei den Tätern auch um die ehemaligen Eigentümer gehandelt haben, häufiger aber sind die beauftragten Verwalter selbst oder deren verdeckte Mittelsmänner als Einbrecher auszumachen.²²²

Schlösser-Møller war auch im Fall der B. Buchmann A/S aktiv. Sein Vorschlag ging dahin, die Liegenschaftsversicherung auf die Vesta zu überschreiben und die restlichen Policen

²¹⁸ RA, Tilbakeføringskontoret, Bomapper, Lnr. 359 (B. Buchmann A/S)

²¹⁹ Vgl. RA, Oppgjørsavdeling, politiske fanger m. m. - bysaker, nr. 5276, Bericht von Assistent J. Aas

²²⁰ Die Angaben über die Versicherungsverhältnisse aus einzelnen Notizen und Übersichten in der „Bomappe“ zusammengestellt. RA, Tilbakeføringskontoret, Bomapper, Lnr. 359 (B. Buchmann A/S)

²²¹ RA, Tilbakeføringskontoret, Bomapper, Lnr. 359, (B. Buchmann A/S)

²²² Vgl. Artikel in Aftenposten, der im Bericht der Skarpnes-Auswahl als „undatiert“ gekennzeichnet, aber vollständig zitiert wird: Jødeboene var som regel plyndret før bobestyreren fikk adgang til lokalene. NOU 1997:22, S. 181

aufzulösen, da das Geschäft nicht mehr existierte. Schløsser-Møller war in finanzieller Hinsicht ein grosser Profiteur der „Machtübernahme“ durch die Nasjonal Samling.²²³

Nach dem Krieg haben Sarah Buchmann und ihr Ehemann Albert Ragle, die zusammen mit Assne (Buchmann) Levin und deren Mann Jack Levin die A. Buchmann A/S wieder etabliert hatten, die Liegenschaft Nedre Baklandet 89 für 50'000.- NOK gekauft, jedoch kurz darauf, spätestens im November 1947 an Hermann und Bernt Buchmann übertragen. Die B. Buchmann A/S ist ebenso wie die A. Buchmann A/S wiedereröffnet worden, allerdings vermutlich erst 1948. Der Bruder Sarahs und Assnes, Herman Buchmann, leitete zusammen mit Bernt Buchmann den Betrieb bis 1970. Die Geschäftsaufgabe hat dieselben Ursachen wie jene der A. Buchmann A/S: Keiner der drei Söhne Hermans war gewillt, das Geschäft weiterzuführen.²²⁴

4.2.2.2 Der Schaden durch die Beschlagnahmung der Firma B. Buchmann A/S

Ebenso wie für die A. Buchmann A/S lässt sich der Schaden der B. Buchmann A/S in fünf Kategorien aufteilen.

- a) Bargeld
- b) Bankguthaben
- c) Verwaltungsabgaben
- d) Waren
- e) Gebäudeschaden/Inventar

a) Bei der Beschlagnahmung der B. Buchmann A/S befanden sich laut einer Kopie des nachgeführten Rechnungsbuchs 545,42 NOK in der Kasse.²²⁵ Es gibt auch bei der B. Buchmann A/S aufgrund der Dokumente keinen Anlass, den Betrag anzuzweifeln. Er wurde vom Rückführungsbüro als korrekt beurteilt.

²²³ K.N. Schløsser-Møller ist einer jener N.S.-Kader, die wegen schlechter Schulbildung verspottet wurden. Parallel zu seiner Tätigkeit als Versicherungsagent betrieb Schløsser-Møller eine Schreinerei, die in grossem Umfang beschlagnahmte Güter abholte, lagerte und weiterleitete. Dank der sorgfältigen Buchführung des Sohnes gelang es nach dem Krieg, eine grosse Anzahl von Gegenständen an ihre Eigentümer zurückzuvermitteln, u.a. eine Verkaufstheke mit Glasplatte der Firma A. Buchmann A/S.

²²⁴ Sarah Ragle, 27. April 1999

²²⁵ RA, Oppgjørsavdeling, Politiske fanger m.m. - bysaker, Nr. 5276

b) Im Unterschied zur A. Buchmann A/S gibt es nur eine eindeutige Angabe über ein Firmenguthaben der B. Buchmann A/S auf einer Bank. Dies mag auf den ersten Blick erstaunen. Da der Betrieb aber mit der Beschlagnahme gleich liquidiert wurde, sind die Gelder der anderen Konten vermutlich verschwunden, ohne irgendwo vermerkt worden zu sein.

Gemäss dem Kontobüchlein sind nach der Beschlagnahme der Firma auf deren Geschäftskonto (Nr. 21720) bei der Trondheims Håndverk- og Industribank nur zwei Vorgänge vollzogen worden. Zunächst eine Einzahlung von 3'108,91 NOK am 27. Juli 1942 und die Auszahlung des gesamten Betrags von 8'573, 48 NOK am 28. Februar 1944. Die liquiden Mittel der B. Buchmann A/S sind also nicht gleich mit der Liquidation eingezogen worden. Zum Zeitpunkt der Beschlagnahme befanden sich 5'464,57 NOK auf dem Firmenkonto.²²⁶

Aus den Unterlagen über die A. Buchmann A/S geht aber hervor, dass die Schwesterfirma über zwei Konten bei der A/S Forretningsbank verfügte, die mit 47,04 NOK (Konto Nr. 9476) resp. 130,36 NOK (Nr. 9257) gutgeschrieben waren. Die von Bernt Buchmann als Verlust der A. Buchmann A/S angegebenen 411,26 NOK müssen sich auf einem weiteren Konto bei der Trondheims Håndverk- og Industribank befunden haben; eine Handnotiz eines Beamten des Rückführungsbüros bestätigt dies, die Kontonummer ist aber nicht mehr zu ermitteln.

Der gesamte Verlust an Bankguthaben der Firma B. Buchmann A/S muss also auf 6'053,23 NOK veranschlagt werden.

c) Die halbjährlich zu entrichtenden Verwaltungsabgaben zugunsten der Liquidationsleitung wurden vom Nachlassverwalter der B. Buchmann A/S, Andreas Alstad, aufgrund der sofortigen Liquidation nur ein einziges Mal bezahlt. Entsprechend dem Umsatz des Betriebs wurde der Betrag auf 1'000.- NOK veranschlagt. Alstad bezahlte die Summe vor dem 28. Februar 1942 auf das Konto der Liquidationsleitung ein.

d) Für den Wert des Warenlagers der B. Buchmann A/S stehen drei Zahlen im Raum: Für insgesamt 58'100.- NOK wurden die Waren an die Firmen A. Buchmann A/S (8'130.- Kr), Bernh. Buchmann A/S (16'670.- NOK) und an die von Berthas Schwester und ihrem Mann, Samuel Abrahamsen aufgebaute und ebenso beschlagnahmte und 1943 abgewickelte A/S Textil (33'200.- NOK) verkauft. Der Verteilschlüssel entspricht prozentual den Umsätzen der drei Betriebe für das Steuerjahr 1938. Faktisch flossen aus dem Verkauf aber nur 13'349.- NOK auf das Konto des Verwaltungsbüros. Ob die Differenz von einem Beteiligten

²²⁶ RA, Tilbakeføringskontoret, Bomapper, Lnr. 359 (B. Buchmann A/S)

abkassiert wurde oder ob die Waren zu Schleuderpreisen an die genannten Firmen unter kommissar-ischer Leitung „verschenkt“ wurden, kann aufgrund der Dokumente nicht beantwortet werden, spielt aber für die Ermittlung des Schadens der Firma B. Buchmann A/S gar keine Rolle.

Überraschenderweise haben Fritjof Lund und Thomas Baardsgård per 15. März 1942 einen nur geringfügig höheren Wert des Warenlagers ermittelt, nämlich 60'671,74 NOK. Die Grössenordnung der voneinander unabhängigen Berechnungen bekräftigt den hohen Wert.

Im Gegensatz dazu steht die Auflistung des Versicherungsagenten Albert Pelly, der wiederum vom 1. Januar 1942 ausgegangen ist und die Warenein- und -ausgänge bis zur Beschlagnahme aufrechnete. Dieser Vorgang ist im Einzelnen nicht mehr nachprüfbar. Pelly ermittelte einen Wert des Warenlagers von 44'814.- NOK²²⁷

Wie schon im Falle der A. Buchmann A/S scheint mir die Berechnung von Lund und Baardsgård am zuverlässigsten. Revisor Baardsgård kannte den Betrieb seit 13 Jahren und fühlte sich der Familie Buchmann verpflichtet. Dass er trotzdem neutral und korrekt abrechnete, widerspiegelt sich in der geringen Differenz zwischen seiner Berechnung und dem oben erwähnten Aufteilungsertrag.

Alstad scheint aufgrund der gerundeten Zahl eine zwar ziemlich genaue, aber eben doch nur eine Schätzung abgegeben zu haben. Es spricht nichts dagegen, die Summe von 60'671,74 NOK als Wert des Warenlagers der B. Buchmann A/S anzunehmen.

e) Bernt Buchmann hat für die Liegenschaft Nedre Baklandet 89, in der die B. Buchmann A/S ihre Geschäftsräume hatte, einen Schaden von 8'000.- NOK angemeldet.²²⁸ Daneben machte er 2'381.- NOK als Schaden an verlustig gegangenen Inventar geltend. Sowohl das Protokoll der Schadensaufnahme als auch eine Auflistung Bernhard Buchmanns über das fehlende Inventar, auf das sich diese Summe bezieht, sind erhalten und unter der Schadennummer 49308 registriert.

In den Geschäfts- und Lagerräumlichkeiten wurden einige Änderungen vorgenommen; sie wurden für eine Schlachtereier neu eingerichtet und angepasst. Im Ladenraum wurden Gestelle entfernt, der Linoleumboden musste z.T. ersetzt, z.T. ausgebessert werden, einige Türen waren defekt oder fehlten ganz, eine eingezogene Trennmauer musste abgerissen und die Wände neu gemalt werden. Im Lagerraum in der 2. Etage fehlten Gestelle, zwei Theken mussten erneuert und ein beschädigtes Treppengeländer ersetzt werden. Die Schadenssumme

²²⁷ RA, Tilbakeføringskontoret, Bomapper, Lnr. 356 (B. Buchmann A/S)

²²⁸ RA, Krigsskadetrygden, Skadeprotokoll for branntrygdet bygning, bok 28

wurde von einem Experten der Versicherung im Einvernehmen mit Bernhard Buchmann auf 3'800.- NOK festgelegt.

Es fehlen Hinweise darauf, dass sonst am Haus nach dem Krieg Veränderungen oder grössere Reparaturen nötig wurden. Der gesamte Schaden bezieht sich folglich mit grosser Sicherheit auf die B. Buchmann A/S allein.

Die Firma B. Buchmann A/S erlitt einen durch die Beschlagnahmung und Liquidierung bedingten finanziellen Schaden von insgesamt 72'070,39 NOK

4.2.2.3 Die Leistung des Rückführungsbüros zugunsten der Firma B. Buchmann A/S

Das Rückführungsbüro verteilte den verbliebenen Restbetrag auf dem Konto der „fellesmasse“ der Liquidationsleitung, später des Verwaltungsbüros des Regimes. Für die Firma B. Buchmann A/S betrifft dies: a) das beschlagnahmte Bargeld, b) die beschlagnahmten Bankguthaben, c) die Verwaltungsabgabe, d) das verkaufte Warenlager der Firma.

Die Angelegenheiten der B. Buchmann A/S liefen zwar in der Ermittlungsphase unter der eigenen Laufnummer 359 und der Referenznummer 895, aber in der Abrechnung trennte man nicht zwischen der Firma B. Buchmann A/S und dem Nachlass ihrer Eigentümerin, Bertha Pauline Buchmann, bezüglich der Liegenschaft am Inherredveien 31. Die Ansprüche der Firma wurden zusammen mit dem Privatvermögen und der Verwaltung des Wohn- und Geschäftshauses von Bertha unter der Laufnummer 365 und den Referenznummern 1035 und 946 geführt. Es ist aber im Einzelnen möglich, die Beträge auseinander zu halten, sodass eine zuverlässige Aussage gemacht werden kann.

a) Das Kassenguthaben von 545,42 NOK wurde mit 371,66 NOK gemäss dem errechneten Satz von 68% durch das Rückführungsbüro erstattet.

b) Zugunsten der B. Buchmann A/S wurde keine Erstattung für beschlagnahmte Gelder auf Bankkonten ausbezahlt. Die Ansprüche auf die Zahlungen sind z.T in den Nachlass von Bertha geflossen. Dies ist legitim, aber unter dem Aspekt der Betrachtung des erlittenen Verlustes der Firma durch den Krieg wenig sinnvoll. Die Zahlungen müssen hier aufgelistet werden, um eine konkrete Aussage über den effektiven Verlust der B. Buchmann A/S machen zu können. Ebenso hat das Rückführungsbüro den Schaden an beweglichen Gütern von

Bertha Pauline zusammen mit den Geschäftsfinanzen behandelt. Dieser darf hier aber nicht berücksichtigt, sondern soll zum Nachlass von Bertha übertragen werden.

Die 5'464,57 NOK des am 28. Februar 1944 aufgelösten Firmenkontos sind vom Rückführungsbüro bei keiner der Buchmann'schen Firmen und bei keiner Privatperson der Familie verrechnet worden. Ebenso verhält es sich mit jenem Firmenkonto bei der A/S Forretningsbank, das mit 130,36 NOK gutgeschrieben war, und auch mit dem Konto bei der Trondheims Håndverk- og Industribank, dessen Zugehörigkeit zur B. Buchmann A/S vom Rückführungsbüro selbst festgestellt wurde, auf dem sich 411,26 NOK befanden.

Einzig die Summe von 47,04 NOK vom Konto der A/S Forretningsbank ist in den Nachlass von Bertha Pauline Buchmann geflossen.²²⁹ Es ist fraglich, ob sich auf dem Konto wirklich ein Firmenguthaben der B. Buchmann A/S befunden hat oder ob es nicht faktisch ein Privatkonto Berthas war. Die Summe ist nahezu vernachlässigbar klein, aber der Korrektheit halber wird die Erstattung zu 68%, die dem Nachlass Berthas zugeflossen ist, mit 31,98 NOK hier berücksichtigt.

c) Die Erstattung der einmaligen Verwaltungsabgabe der B. Buchmann A/S wurde auch dem Nachlass Berthas zugeordnet. Die Summe wurde mit 680.- NOK zu 68% erstattet.²³⁰

d) Wie bei der Berechnung des Anspruchs bezüglich des Warenlagers der Firma A. Buchmann A/S konnte das Rückführungsbüro bei diesem Vorgang für die B. Buchmann A/S nur das aus dem Verkauf auf das Konto der „fellesmasse“ geflossene Geld berücksichtigen. Das Warenlager wurde wie erläutert an drei Firmen „verkauft“, die durch eine kommissarische Leitung weiter betrieben wurden. Der Erlös aus diesem Verkauf betrug 13'349.- NOK Diese Summe ist korrekt zu 68% durch das Rückführungsbüro erstattet worden. Der Firma B. Buchmann A/S wurden 9'078.- NOK gutgeschrieben.

Die Summe der Erstattung durch das Rückführungsbüro für den Schaden der Firma B. Buchmann A/S betrug 10'161,64 NOK

²²⁹ RA, Tilbakeføringskontoret, Beregnerskjemaer for flyktninger og jødeboer (Bertha P. Buchmann)

²³⁰ RA, Tilbakeføringskontoret, Beregnerskjemaer for flyktninger og jødeboer (Bertha P. Buchmann)

4.2.2.4 Die Leistung der Kriegsschadenversicherungen zugunsten der B. Buchmann A/S

Die Kriegsschadenversicherung unterschied zwischen Schäden an beweglichen Gütern (Inventar), an Gebäuden und an Warenlagern. Die drei Bereiche werden hier getrennt betrachtet.

Das Inventar der B. Buchmann A/S, das wie üblich bei der Berechnung des Schadens an beweglichen Gütern berücksichtigt wurde, war zum Zeitpunkt des Eintreffens des Schadens bei der Norske Merkantile mit 8'500.- Kr versichert. Es bestand eine Police über 5'000.- Kr (Policen-Nr. 16693) und eine über 3'500.- NOK (Police-Nr. 16694). Die zweitgenannte Police wurde aber rückwirkend auf das Schadendatum von 6'000.- NOK auf 3'500.- NOK herabgesetzt. Die korrekte Versicherungssumme betrug 11'000.- NOK²³¹

Eine von Bernhard Buchmann erstellte Auflistung über die verschwundenen Gegenstände beinhaltet u.a.: eine Kasse der Marke National zu 900.- NOK, einen Marmortisch zu 250.- NOK, einen Glaskasten (Vitrine) zu 200.- NOK, einen 6m langen Glastisch im Wert von 150.- NOK und eine grössere Anzahl Stative und Kleinkram wie Wäscheklammern, Weihnachtsschmuck für die Schaufenster und anderes mehr. Bernhard errechnete einen Wert von 3'951.- NOK. Ein Mitarbeiter der Versicherung hat die Auflistung kontrolliert und von Hand einige Korrekturen angebracht. Er scheint dabei die Abnützung der Gegenstände berücksichtigt zu haben²³², sodass die Summe auf 2'381.- NOK schrumpfte. Bernhard Buchmann vermerkte weiter, dass zusätzliche Schäden an Laden- und Lagereinrichtung (Gebäudeschaden) gemäss Taxierung der Aufarbeitungsabteilung auf eine Summe von ca. 8'000.- NOK zu veranschlagen waren. Die Versicherung reduzierte den Betrag „gemäss Angaben des Aufarbeitungsbüros“²³³ auf 3'000.- NOK, die aber lediglich bei der Aufarbeitungsabteilung als Anspruch angemeldet werden konnten. Die tatsächlichen Kosten beliefen sich auf 3'800.- NOK, die bis auf einen Selbstbehalt von 50.- NOK, insgesamt also ein Betrag von 3'750.- NOK von der Versicherung beglichen wurden.

Der von der Kriegsschadenversicherung anerkannte Schaden am Inventar von 2'381.- NOK wurde mit drei Checks der Fellesbanken erstattet. Der erste Check ist am 19. Juli 1946 auf

²³¹ Vgl. RA, Tilbakeføringskontoret, Bomapper, Lnr. 359 und RA, Krigsskadetrygden for branntrygdet løsøre, bok 42

²³² Die Vermutung wird gestützt durch die Tatsache, dass die Werte von funktionalen Gegenständen wie z.B. den Wäscheklammern nicht verkleinert wurden. Ebenso verhielt es sich mit dem Glaskasten, der erst im Januar 1942 für die Firma B. Buchmann A/S angeschafft wurde und der also beim Eintreffen des Schadens noch praktisch neu war.

²³³ Handschriftliche Notiz auf dem Schadensformular vom 9. November 1945, RA, Krigsskadetrygden, løssøreskader forsikret, Skadenr. 88565

1'000.- NOK , der zweite am 12. November 1946 auf 1'000.- NOK ausgestellt. Der dritte Check vom 18. Dezember 1948 hatte einen Wert von 1'263.- NOK, hier ist zum Restbetrag noch ein Zuschlag für die Inflation enthalten. Damit ergab sich eine ausbezahlte Summe von 3'263.- NOK

Die Erstattung für die Konfiskation und den Verkauf des Warenlagers der B. Buchmann A/S (Schadenummer 0-416) musste vom Experten Albert Pelly geprüft werden, da sie nicht als „Bagatelle“ behandelt werden durfte. Seine Taxierung belief sich auf 44'814.- NOK Mit dieser Zahl hat auch das Rückführungsbüro gearbeitet. Weil aber das Warenlager nur für 25'000.- NOK versichert gewesen sein soll, schlug Pelly der Versicherung vor, diesen Betrag auszubezahlen.²³⁴ Die Versicherungssumme war vermutlich viel zu tief angesetzt, denn noch am 1. Juni 1940 war die B. Buchmann A/S bei Norges Brannkasse mit zwei Policen (Nr. 196983 und Nr. 196984) für 25'800.- resp. 41'000.- NOK versichert gewesen. Daneben existierte eine zusätzliche Police bei der Norske Merkantile (Police Nummer 105877) über weitere 10'000.- NOK Insgesamt war das Warenlager der B. Buchmann zu Beginn des Krieges in Norwegen mit 76'800.- NOK versichert.²³⁵ Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Bertha Buchmann in einer risikoreichen Phase das Versicherungsverhältnis derart drastisch zu ihren eigenen Ungunsten verändert hat. Vielmehr scheint der Versicherungsagent Møller-Schlösser auch hier seine Finger im Spiel gehabt zu haben.

Die Versicherung für Warenlager lehnte es wie in praktisch allen Fällen ab, die ohnehin viel zu tief angesetzte Summe von 25'000.- NOK zu bezahlen. Der Fall wurde an die Aufarbeitungsabteilung des Justizdepartementes weitergeleitet.

Die Kriegsschadenversicherungen für bewegliche Güter, für Gebäude (und Inventar) und für Warenlager zahlten insgesamt die Summe von 7'013.- NOK zugunsten der B. Buchmann A/S aus.

²³⁴ RA, Tilbakeføringskontoret, Politiske fanger m.m. - bysaker, Nr. 5276 (B. Buchmann A/S)

²³⁵ RA, Tilbakeføringskontoret, bomapper, Lnr. 359 (B. Buchmann A/S)

4.2.2.5 Die Leistung der Aufarbeitungsabteilung des Justizdepartementes zugunsten der Firma B. Buchmann A/S

Bernhard Buchmann füllte das „Meldeformular für durch den Krieg und die Okkupation bedingte Schäden und Verluste an Privateigentum“ am 3. Dezember 1945 aus. Weil die B. Buchmann A/S gleich nach der Beschlagnahme liquidiert wurde, haben sowohl die Erstattungsinstitutionen als zunächst auch Bernhard Buchmann die Firma als privates Eigentum von Bertha Pauline Buchmann behandelt. Dieses Vorgehen führte dazu, dass der Betrieb in den Akten nicht als weiterhin bestehende Firma dokumentiert ist. Das gilt v.a. für die Akten der Aufarbeitungsabteilung des Justizdepartementes, in denen von den meisten Firmen, so auch von der A. Buchmann A/S und der Bernh. Buchmann A/S, die aktuellen Geschäftszahlen bis zum Einkommensjahr 1947 enthalten sind. Diese fehlen für die B. Buchmann A/S, obwohl Bernt Buchmann am 17. Dezember 1948 eine Bestätigung an die Aufarbeitungsabteilung schickte, in der er erklärte, dass die B. Buchmann A/S von seinem Bruder Herman und ihm selbst weitergeführt werde.²³⁶ Diese Erklärung der Wiedereröffnung des Geschäftes wurde nicht mehr berücksichtigt und die Firma als naturalisiertes Vermögen in die Erbmasse Bertha Buchmanns transferiert. Für die Beurteilung einer allfälligen Auszahlung nach dem Prinzip der Verhältnismässigkeit wurde das vorhandene Erbe mit dem Vorkriegs-vermögen Bertha Paulines verglichen und eine Auszahlung abgeschlagen.²³⁷

J. Aas von der Aufarbeitungsabteilung berechnete für die Firma B. Buchmann A/S eine Nettoforderung von 36'229,76 NOK. Er ging dabei von dem unbestreitbaren Verlust von 545,42 NOK an Bargeld und einem umstrittenen Wert des Warenlagers, gemäss der Berechnung von Albert Pelly, von 44'814.- NOK aus. Dazu kamen 1'000.- NOK für die Verwaltungsabgaben der Firma an das Regime. Dies ergab eine Zwischensumme von 46'359,42 NOK für den gesamten Schaden. Davon zog Aas die Summe aller bereits geleisteten Zahlungen von 68% der Schadensumme (10'129,66 NOK) durch das Rückführungsbüro ab. Dies ergab eine noch ausstehende und berechnete Forderung von 36'229,76 NOK.

Diese Forderung wurde in Relation gestellt zu Besitz und Vermögen von Bertha Buchmann. Sie hatte bekanntlich neben dem Haus Nedre Baklandet 89 noch die Liegenschaft am Inherredvei 31 besessen, wo sie auch gewohnt hatte. Die Firma A. Buchmann A/S, die auch

²³⁶ RA, Tilbakeføringskontoret, bomapper, Lnr. 359 (B. Buchmann A/S)

²³⁷ RA, Oppgjørsavdeling, Politiske fanger m.m. - bysaker, Nr. 5270, Bericht des Aufarbeitungsausschusses

in Berthas Besitz gewesen war, wurde ohne ersichtliche Begründung aus der Betrachtung des Falles ausgeklammert.

Die gesamte Erbmasse von Bertha Pauline Buchmann, exklusive A. Buchmann A/S, betrug gemäss J. Aas 65'000.- NOK Die Zahl könne als definitiv angesehen werden, obwohl der Nachlass noch nicht fertig behandelt sei.²³⁸ Das Vorkriegsvermögen Berthas war auf ihrer Steuerkarte aus dem Jahre 1939 mit 22'000.- NOK ausgewiesen. Der Vorsitzende des Aufarbeitungsausschuss, E. Øiangen, formulierte in seinem Bericht vom 7. März 1949:

„(...) Der durch die Beschlagnahmung entstandene Schaden beträgt ca. 36'000.- NOK (...) Da sich der Nachlass auf acht Erben verteilt, wird er nicht wesentlich verringert. Es besteht kein Bedarf, eine Erstattung im Sinne der Billigkeit auszubezahlen. Ich schlage vor, das Gesuch abzulehnen.“²³⁹ Die Behandlung der Ansprüche bezüglich Berthas Erbe wurde in der Sitzung des Ausschusses am 21. März 1949 als „Sache Nr. 436“ abgeschlossen und die Ansprüche wurden definitiv abgelehnt.²⁴⁰

Soweit die Argumentation der Aufarbeitungsabteilung und ihr Beschluss. Im Folgenden soll aufgezeigt werden, wie die Berechnung hätte aussehen müssen, um zu einem gültigen Resultat zu gelangen. Dabei muss v.a. die Firma B. Buchmann A/S, soweit dies möglich ist, isoliert betrachtet werden.

Der gesamte Schaden, der der B. Buchmann A/S durch die Beschlagnahmung entstanden war, ist in Kapitel 4.2.2.2. auf 72'070,39 NOK beziffert. Davon wurden durch die Institutionen und die Versicherungen 17'174,64 NOK gedeckt. Hinzugefügt werden muss die Erstattung der Banken, die in allen Fällen die nach der Auszahlung des Rückführungsbüros verbleibenden 32 Prozente selbst berappen mussten (Vgl. Kap. 4.2.4.). Für die B. Buchmann A/S gilt dies nur für das vermeintliche Privatkonto von Bertha Buchmann, das die Bank mit 15,06 NOK wieder auf den Stand vor der Beschlagnahmung brachte.²⁴¹ Aber die 6'006,19 NOK auf den übrigen drei Firmenkonten wurden nicht erstattet, weder von einer staatlichen Institution noch von den Banken, weder an die B. Buchmann A/S noch an einen anderen Familienbetrieb noch an ein Mitglied der Familie. Der gesamte Schaden abzüglich der Erstattungen der Institutionen, der Versicherungen und der Banken betrug 54'880,69 NOK und nicht, wie vom Aufarbeitungs-ausschuss genehmigt, „ca. 36'000.- NOK“.

²³⁸ RA, Oppgjørsavdeling, Politiske fanger m.m. - bysaker, Nr. 5270, Bericht des Aufarbeitungsausschusses

²³⁹ RA, Oppgjørsavdeling, Politiske fanger m.m. - bysaker, Nr. 5270, Bericht des Aufarbeitungsausschusses

²⁴⁰ RA, Oppgjørsavdeling, Politiske fanger m.m. - bysaker, Nr. 5270, Handschriftlicher Bescheid auf dem Bericht des Aufarbeitungsausschusses

²⁴¹ Ein Nachweis dafür fehlt, aber die Banken haben die interne Order nach bisherigem Stand der Ermittlung in allen vom Rückführungsbüro anerkannten Fällen erfüllt.

Inwiefern das Erbe gemäss dem Bericht von E. Øiangen durch die Aufteilung auf acht Erben nicht verringert worden sein soll, ist nicht nachvollziehbar. Erst aufgrund der Rechnung des Ausschusses verringerte sich das Erbe jedes Familienmitgliedes um etwa ein Drittel, von $((65'000.- + 36'000.-) : 8 =) 12'625.-$ auf $(65'000.- : 8 =) 8'125.-$. Nach der oben als gültig bezeichneten Rechnung verminderte sich das Erbe jedes Einzelnen sogar um fast die Hälfte von $((54'880 + 65'000.-) : 8 =) \text{ca. } 15'000.-$ auf $8'125.-$ NOK

Die Frage, ob der Aufarbeitungsausschuss aufgrund der in dieser Studie dargelegten Zahlen einer Erstattung im Sinne der Billigkeit zugestimmt hätte, ist eine hypothetische. Sie kann aber auf dem Hintergrund des „Gesetzes über die Erstattung von gewissen Schäden und Verlusten als Folge des Krieges“²⁴² betrachtet werden.

Grundsätzlich heisst es dort, dass „ein Verlust ... in der Regel nicht erstattet (wird), ausser er ist wesentlich und die ökonomische Situation des Geschädigten ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt schlechter als vor dem Krieg“.²⁴³ Auf die Mitglieder der Familie Buchmann bezogen ist damit der Fall erledigt, denn keines stand in den ersten Nachkriegsjahren ökonomisch viel schlechter da als vor dem Krieg. Hier wäre es wichtig, die Geschäftszahlen der B. Buchmann A/S aus der unmittelbaren Zeit nach dem Krieg zu kennen. Aber der Betrieb scheint frühestens im Herbst 1948 wieder aufgenommen worden zu sein, sodass zum Zeitpunkt der Beurteilung des Falles noch gar keine aussagekräftigen Zahlen vorliegen konnten. Es ist eine Ermessensfrage, ob die Behandlung der B. Buchmann A/S als privates Vermögen gerechtfertigt war oder nicht. Die neue Geschäftsleitung, Herman und Bernt Buchmann, scheinen sich damit abgefunden oder die Aussichtslosigkeit einer Erstattung erkannt zu haben. Jedenfalls ist nach der Bestätigung Bernts vom Dezember 1948, dass der Betrieb weitergeführt werde, kein Begehren seinerseits eingegangen, die Angelegenheit unter dem Aspekt der Wiedereröffnung zu beurteilen. Aber auch unter dem Aspekt des Wiederaufbaus der Firma wäre möglicherweise kein Geld ausbezahlt worden. Der A. Buchmann A/S erging es mit einem um ca. 50% höheren Schaden genauso.

Aller Wahrscheinlichkeit nach spielte es für die Belange der B. Buchmann A/S keine Rolle, ob sie vom Aufarbeitungsausschuss als Erbin eines Privatvermögens oder eines Geschäftes behandelt wurde; die Forderung wäre in beiden Fällen abgelehnt worden.

²⁴² Siehe Kap. 2.9.4.1.

²⁴³ Norsk Lovtidend 1947, Mittelfristiges Gesetz Nr. 4 vom 25. April 1947 über die Erstattung von gewissen Schäden und Verlusten als Folge des Krieges 1940-1945, §6

4.2.2.6 Der durch den Krieg und die Aufarbeitung verbleibende ökonomische Verlust der Firma B. Buchmann A/S

Durch die Beschlagnahmung und die Liquidierung erlitt die B. Buchmann A/S nach Abzug aller Rückzahlungen einen Schaden von 54'880.69 NOK Knapp 24% des Gesamtschadens sind von den Erstattungsinstitutionen übernommen worden. Nach Berechnung des Aufarbeitungsausschusses betrug der Quotient 22%.²⁴⁴ Im Unterschied zur A. Buchmann A/S wurde die Firma B. Buchmann A/S als Privatvermögen behandelt und ihre Wiedereröffnung nicht berücksichtigt. Dies bedeutete, dass der Aufarbeitungsausschuss den jeweiligen Erban-teil mit der ökonomischen Situation der einzelnen Erben in Relation setzte. Somit war auch der Entscheid des Ausschusses vorauszusehen, denn keines der überlebenden Familienmit-glieder stand in ökonomischer Hinsicht drei, vier Jahre nach dem Krieg bedeutend schlechter da als vor dem Krieg, im Gegenteil.

Somit stellt sich die Frage, ob die B. Buchmann A/S nicht vom Aufarbeitungsausschuss zusätzliches Geld bekommen hätte, wenn die Firma nicht als privates Vermögen behandelt worden wäre. Einen Ansatz zur Beantwortung dieser Frage kann ein Vergleich zwischen den Gesamtschäden und den jeweiligen Erstattungen bei anderen Firmen bieten.

Der Vergleich mit der A. Buchmann A/S zeigt zumindest, dass es nicht ganz eindeutig ist, ob auch keine Zahlungen geleistet worden wären, wenn mit den Korrekten Zahlen gerechnet worden wäre. Zwar war der absolute Verlust der B. Buchmann A/S kleiner, aber auch der reale prozentuale Anteil der Erstattung im Verhältnis zum Gesamtschaden war geringer; um ca. 10%. Wenn man die Berechnungen des Aufarbeitungsausschusses für die A. Buchmann A/S betrachtet, fällt auf, dass dieser einen Erstattungsanteil von 32% am Gesamtschaden vorsah, darüber hinaus wurden vom Ausschuss selbst aber keine weiteren Zahlungen geleistet. Bei der B. Buchmann A/S wurde der Quotient wie gesehen auf 22% berechnet.²⁴⁵ D.h. die B. Buchmann A/S hat ihren gesamten Schaden proportional um 10% weniger erstattet erhalten.

²⁴⁴ Der tiefere Anteil rührt daher, dass in dieser Arbeit versucht wird, die geschäftlichen und die privaten Belange zu trennen.

²⁴⁵ Rechnet man allerdings mit den korrigierten Zahlen, wie sie oben dargelegt sind, beträgt die Differenz nur noch 5%.

4.2.3 Beschlagnahmung der Firma Bernh. Buchmann A/S und die Rückerstattung des ökonomischen Schadens

4.2.3.1 Beschreibung der Firma Bernh. Buchmann A/S

Im Gegensatz zur A. Buchmann A/S und zur B. Buchmann A/S wurde der dritte Familienbetrieb, die Bernhard Buchmann A/S²⁴⁶, erst nach dem Tod Abraham Buchmanns gegründet. Bernhard Buchmann veranlasste am 29. November 1937 den Eintrag ins Handelsregister. Ihre Lokalität fand die Firma in der Munkegate 35 im inneren Zentrum Trondheims, wo sie sich für 450.- NOK pro Monat bei der Besitzerin der Liegenschaft, Eli Rækkebo, einmietete. Im Parterre befand sich der Verkaufsladen, während der erste Stock zu einem Teil als Lager diente. Die Gesamtfläche betrug ca. 80 m². Im zweiten Stock derselben Liegenschaft war eine 5-Zimmerwohnung eingerichtet, die ab 1938 vom Schweizer Journalisten Jean-Louis Dalang bewohnt wurde.²⁴⁷

Bernhard leitete die Bernh. Buchmann A/S neben seinem Amt als Geschäftsführer der A. Buchmann A/S bis zu seiner Flucht am 18. April 1940, wenige Tage nach der Besetzung Norwegens durch Nazi-Deutschland. Er gehörte jener Minderheit der Trondheimer Juden an, die im Verlaufe des Sommers 1940 nicht wieder nach Norwegen zurückkehrte. Von ihm übernahmen seine Geschwister und vormaligen Verwaltungsräte Hermann und Assne Buchmann die alleinige Leitung, Bernt Buchmann führte das Tagesgeschäft und Thomas Baardsgård war wie in den beiden anderen Buchmann'schen Betrieben bereits bei der Gründung als Revisor eingestellt worden.

Wie alle jüdischen Geschäfte in Trondheim war auch die Bernh. Buchmann A/S am 24. Februar 1942 von der Liquidationsleitung beschlagnahmt und unter kommissarische Verwaltung gestellt worden, bevor der Betrieb am 1. August 1943 schliesslich eingestellt und die Firma liquidiert wurde. Kommissarischer Verwalter war, wie bei der A. Buchmann A/S und der B. Buchmann A/S, das N.S.-Parteimitglied Andreas Alstad. Er blieb der einzige in der Bernh. Buchmann A/S Tätige, der Mitglied der Partei war. „Einige Angestellte“²⁴⁸ blieben über die Beschlagnahmung hinaus dem Geschäft treu. Es waren fünf Verkäuferinnen angestellt, was aber über die Grösse des Geschäftes insofern nicht sehr aussagekräftig ist, als in Norwegen schon in den 30er und 40er Jahren sehr viele Frauen Teilzeitangestellte waren.

²⁴⁶ Die offizielle Bezeichnung lautete "Bernh. Buchmann A/S"

²⁴⁷ SAT, DORA, Kommunale Folketelling i Trondheim 1938, Munkegate 35

²⁴⁸ RA, Tilbakeføringskontoret, bomapper, Lnr. 1389 (Bernh. Buchmann A/S)

Auffallend ist, dass Andreas Alstad zwischen dem 7. Mai und dem 1. Juli 1942 seine Schwester Gerd Alstad einstellte, so wie bei der A. Buchmann A/S mit Astrid Lund die Schwester des Buchhalters Fritjof Lund. Dies ist aber nur bedingt als Vetternwirtschaft anzusehen, denn erstens war es mitten im Krieg in Norwegen nicht leicht, Arbeitskräfte zu finden und zweitens ist Gerd Alstad bereits am 17. November 1942 wieder entlassen worden, wogegen sich die (N.S.-) Gewerkschaft der Handels- und Büroangestellten erfolgreich wehrte²⁴⁹. Insgesamt hatte die Bernh. Buchmann A/S am 1. Juli 1942 10 Angestellte.

Nach dem Krieg organisierte Bernt Buchmann ab Mai 1946 den Wiederaufbau der Bernh. Buchmann A/S. Wie bei den beiden anderen Firmen unterzeichnete er alle Korrespondenz mit den Wiedergutmachungsbehörden und mit Anwälten. Im November 1946 wurde er alleiniger Inhaber der Bernh. Buchmann A/S, indem er alle Aktiva und Passiva übernommen hatte. Die Aktienmehrheit an der Firma (129 von 130 Aktien) hat Bernt schon früher besessen, seit welchem Zeitpunkt, lässt sich aus den Unterlagen nicht mehr ermitteln. Die Bernh. Buchmann A/S ist Ende der 40er/Anfang der 50er Jahre von Bernhard Buchmann wieder übernommen worden, der den Betrieb in der Munkegate 35 weiter führte. Das Schicksal der Firma war ein in der Familie Buchmann bekanntes: Weder der Sohn von Bernhard und seiner Frau Olga (Levinson)²⁵⁰, noch eine Nichte oder ein Neffe des Ehepaares war gewillt, das Geschäft weiterzuführen und so wurde es 1979 geschlossen.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Bernh. Buchmann A/S lässt sich nur bis ins Jahr 1939 zurück verfolgen, in dem ein Vermögen von 13'000.- Kr ausgewiesen wurde, das sich in den folgenden beiden Jahren bis zur Beschlagnahme auf 45'000.- Kr erhöhte. Die Bernh. Buchmann A/S konnte sich in den Jahren 1939 bis 1941 vermögensmässig prächtig entwickeln und in Anbetracht des Einkommens, das sich Bernhard Buchmann gutschreiben liess, ging es auch dem Besitzer sehr gut. Während 1939 nur 350.- NOK an Einkommen verbucht wurden, waren es in den Jahren darauf bereits 13'800.- NOK resp. 14'500.- NOK. Erst 1942 sinkt das Geschäftsvermögen in Folge der Beschlagnahme auf 26'000.- NOK und für die Jahre 1943 und 1944 wird kein Vermögen angegeben, da, wie oben erwähnt, das Geschäft am 1.8.1943 liquidiert worden war.²⁵¹ Wie bei dem Geschäftsverlauf der A. Buchmann A/S und

²⁴⁹ Der diesbezügliche Briefwechsel findet sich in der Bomappe Lnr. 1389.

²⁵⁰ Das Ehepaar hatte zwei Söhne: Alf Morten (Jg. 1946) und Knut (Jg. 1948). Alf Morten war geistig zurückgeblieben, er zeigte die gleichen Symptome wie in der Generation zuvor Samuel Buchmann, was gegen die Aussage spricht, Samuels Krankheit sei durch einen pränatalen Sauerstoffmangel verursacht worden, aber für die vom Arzt Erik Buchmann angedeutete These spricht, „in jeder Buchmann-Generation finde(t) sich ein Schwachsinniger“, weil die Familie „ein Inzest-Erbe“ mit sich trage. Dr. Erik Buchmann, 3.5.1999

²⁵¹ RA, Oppgjørsavdeling, Politiske fanger m.m. - bysaker, Nr. 5243

der B. Buchmann A/S lässt sich also erkennen, dass der Kriegsausbruch in Norwegen 1941 dem Geschäft nicht geschadet hat. Die Gründe dafür sind die bereits erwähnten.

Eine Vermögensübersicht der Steuerbehörde von Trondheim vom 8. Februar 1949, die auf der Grundlage des Steuerausweises der Bernh. Buchmann A/S erstellt wurde, zeigt einen Anstieg des Firmenvermögens von rund 30'000.- NOK am 1.1.1940 auf 137'000.- NOK am 1.1.1948.²⁵²

Die Versicherungslage der Bernh. Buchmann A/S lässt sich für den Zeitpunkt der Beschlagnahme relativ leicht rekonstruieren, da infolge des Mietverhältnisses die Sachlage eine einfachere war. Die Geschäftsräumlichkeiten an der Munkegate 35 sind von Bernhard Buchmann insgesamt für über 98'000.- NOK versichert worden. Er hatte per 1. Juni 1940 zwei Policen bei Norges Brandkasse abgeschlossen (Policennr. 196985 resp. 196983). Die eine über einen versicherten Wert von 41'000.- NOK bezog sich auf den Hausrat (Policennr. 196983), die andere versicherte das Warenlager mit einer Schadenssumme von 51'000.- NOK (Policennr. 196985). Daneben finden sich in den Akten Hinweise auf eine Versicherungspolice für das Inventar (Policennr. 16693) der Munkegate 35 über 5'000.- NOK bei der Merkantile Versicherungsgesellschaft und eine Police für Glasschäden bei der Versicherungsgesellschaft Storebrand (Policennr. 6392) über eine Schadenssumme von 1'235.- NOK²⁵³

Entsprechend dem Vorgehen bei der A. Buchmann A/S vereinfachte der Schreinermeister und Versicherungsagent Schløsser-Møller im Auftrag von Liquidationschef Reidar Landgraff die Policenvielfalt, indem er veranlasste, alle Policen zu kündigen oder auslaufen zu lassen und diese gesammelt bei seinem Arbeitgeber, der Vesta Versicherungsgesellschaft, neu einzurichten. Dies scheint nicht ohne Widerstand der übrigen Gesellschaften vonstatten gegangen zu sein. Schløsser-Møller antwortete auf einen Brief von Norges Brandkasse, in dem diese bestritt eine Kündigung zugestellt bekommen zu haben, „zu Ihrer Orientierung kann ich erwähnen, dass mehrere Gesellschaften eingestanden haben, das Schreiben des Verwaltungsbüros entgegengenommen zu haben“.²⁵⁴ Ob und wie diese Neugestaltung des Versicherungsschutzes verwirklicht wurde, ist im Zusammenhang mit dem finanziellen Aspekt der Betriebe unwichtig, da bei der Erstattung auf solche von den N.S.-Behörden oder deren Handlanger vorgenommene Handlungen keine Rücksicht genommen wurde. Beispielhaft wird hier aber deutlich, wie sich einige Norweger am Schicksal der Juden materiell bereicherten. Ein

²⁵² RA, Oppgjørsavdeling, Politiske fanger m.m. - bysaker, Nr. 5243

²⁵³ Die Angaben über die Versicherungsverhältnisse sind aus einzelnen Notizen und Übersichten in der „Bomappe“ zusammengestellt. RA, Tilbakeføringskontoret, Bomapper, Lnr. 1389 (Bernh. Buchmann A/S)

²⁵⁴ Kopie des Kassabuches: RA, Tilbakeføringskontoret, Bomapper, Lnr. 359 (B. Buchmann A/S)

Versicherungsagent wie Schløsser-Møller ist in der Regel auf Provisionsbasis angestellt und kann mit dem entsprechenden Vorgehen reich werden. Schløsser-Møller war ein hochrangiges N.S.-Mitglied und ein ausserordentlich skrupelloser Vertreter seiner Zunft.

4.2.3.2 Der Schaden durch die Beschlagnahmung der Firma Bernh. Buchmann A/S

Wie für alle anderen Firmen macht es auch hier Sinn, den Schaden, den die Bernh. Buchmann A/S durch die Beschlagnahmung und spätere Liquidation erlitt, in die fünf Kategorien einzuteilen.

- a) Bargeld
- b) Bankguthaben
- c) Verwaltungsabgaben
- d) Waren
- e) Gebäudeschaden/Inventar

a) Es handelte sich um einen relativ bescheidenen Barbetrag, der sich zum Zeitpunkt der Beschlagnahmung in der Kasse im Verkaufslokal der Bernh. Buchmann A/S befand. Es werden im Kassabuch für den 24.2.1942 genau 455,81 NOK ausgewiesen.²⁵⁵

b) Das Rückführungsbüro anerkannte lediglich ein vom Firmenkonto bei der Forretningsbank (Ktonr. 8336) abgehobenes Guthaben von 30,55 NOK. In den Akten taucht kein weiteres Konto der Bernh. Buchmann A/S auf. Bernhard nannte in einem Briefwechsel mit dem Rückführungsbüro allerdings weitere Konti, die entsprechenden Bankbücher seien aber verschwunden.²⁵⁶ Man findet in den Unterlagen zur Erstattung des privaten ökonomischen Schadens, den Bernhard Buchmann erlitt, keine Konti, die man vernünftigerweise der Firma zuschreiben müsste. Es scheint tatsächlich verschiedene Beträge bei verschiedenen Banken gegeben zu haben, die von den Rückführungsbehörden und den Banken zurückerstattet worden sein sollen.²⁵⁷

²⁵⁵ RA, Tilbakeføringskontoret, Bomapper, Lnr. 1389 (Bernh. Buchmann A/S)

²⁵⁶ RA, Tilbakeføringskontoret, Bomapper, Lnr. 1389 (Bernh. Buchmann A/S)

²⁵⁷ RA, Oppgjørsavdeling, Politiske fanger m.m. – bysaker, Nr. 5243

c) Die Verwaltungskosten, die aus dem Firmenvermögen bezahlt wurden, lassen sich leicht ermitteln und finden sich auch in den Akten. Es handelt sich dabei um drei Zahlungen bis zur Liquidation der Bernh. Buchmann A/S zu den Terminen 21.5.1942, 30.9.1942 und 1.6.1943 à jeweils 1'000.- NOK, also um eine Gesamtsumme von 3'000.- NOK

d) Der Wert des Warenlagers zum Zeitpunkt der Beschlagnahme lässt sich wie schon bei den beiden anderen Buchmann'schen Geschäfte nicht mehr eindeutig berechnen. In den Akten tauchen verschiedene Summen auf, die aufgrund der Umstände gedeutet werden müssen. Der Revisor der Bernh. Buchmann A/S, Thomas Baardsgård, hat zusammen mit dem Buchhalter Fritjof Lunde am 15.3.1942 für das Warenlager einen Wert von 90'351,90 NOK errechnet. Ohne in den Akten eine Bestätigung dafür zu finden, kann man annehmen, dass es sich bei der Summe um den Lagerbestand am Beschlagnahmungsstag handelte. Bekanntlich blieben alle jüdischen Geschäfte unmittelbar nach der Beschlagnahme für einige Tage geschlossen, um eben solche Be- und Abrechnungen vornehmen zu können. Dass die Bernh. Buchmann A/S drei Wochen lang geschlossen blieb, ist durchaus möglich. Für die A. Buchmann A/S und die B. Buchmann A/S lassen sich keine genauen Zeitpunkte der Inventuren feststellen, sie sind aber möglicherweise in den drei Wochen zuvor, es waren ja die selben Personen daran beteiligt, durchgeführt worden.

Der Versicherungsbeamte der Aufarbeitungsabteilung hat den Wert des Warenlagers mit 57'492.- NOK per 24.2.1942 taxiert. Diese Summe bildete in der Folge auch die Grundlage für die Bearbeitung durch die Aufarbeitungsabteilung.²⁵⁸ Die Erwähnung der Summe, die durch den „Verkauf“ erzielt wurde, hat hier nur statistischen Wert. Erstens wurde das Warenlager erst nach der Liquidation am 1.8.1943 verkauft, also eineinhalb Jahre nach der Beschlagnahme, und zweitens orientierten sich die Preise, die für die textilen Produkte jüdischer Geschäfte von den Nazi-Behörden verlangt wurden, in keiner Weise am realen Wert. Durch den Verkauf des Warenlagers der Bernh. Buchmann A/S wurde ein Erlös von 20'846,92 NOK erzielt.

Wenn man den Schaden, den die Bernh. Buchmann A/S durch die Beschlagnahme erlitten hat, errechnen will, muss man vernünftigerweise von der Summe Baardsgårds und Lunds ausgehen, also von 90'351,90 NOK, die mit der gleichen Argumentation wie bei der A. Buchmann A/S und der B. Buchmann A/S als am glaubwürdigsten angesehen werden muss.

²⁵⁸ RA, Oppgjørsavdeling, Politiske fanger m.m. – bysaker, Nr. 5243

e) Einen Gebäudeschaden erlitt die Bernh. Buchmann A/S in der Munkegate 35 nicht, weil sie lediglich Mieterin und nicht wie in den beiden anderen Fällen Besitzerin war.

Sehr wohl aber wurde Inventar beschädigt oder ging verloren. Bernhard Buchmann machte einen Inventarschaden von 10'148,70 NOK geltend. Die Auflistung des abhanden gekommenen Inventars listete 67 Positionen auf. Die grössten Posten waren eine Glastheke, drei Elektroöfen, ein Gestell aus dem Lager, eine Underwood Schreibmaschine und sechs Schneiderbüsten mit Kugelgliedern. Da das Inventar nicht verkauft, d.h. nicht rekonstruierbar zu barem Geld gemacht wurde, sind keine Zahlungen auf das Konto der Liquidationsleitung getätigt worden, weshalb das Rückführungsbüro auch keine Erstattung dafür bezahlen durfte.

Die Firma Bernh. Buchmann A/S erlitt einen durch die Beschlagnahme bedingten Schaden von insgesamt 103'986,96 NOK

4.2.3.3 Die Leistung des Rückführungsbüros zugunsten der Firma

Bernh. Buchmann A/S

Die Bernh. Buchmann A/S war beim Rückführungsbüro unter der Laufnummer 359 und der Referenznummer 894 registriert. Bei der Behandlung der Bernh. Buchmann A/S wurden vom Rückführungsbüro die geschäftlichen und die privaten Verhältnisse Bernhard Buchmanns nicht scharf voneinander getrennt. Bei genauerer Betrachtung lassen sich aber alle Schaden- und Rückzahlungssummen der Privatperson Bernhard Buchmann von denjenigen der Bernh. Buchmann A/S unterscheiden, obwohl die Adressaten von den Instanzen und mitunter auch von Bernhard Buchmann selbst fast willkürlich einmal mit Bernhard Buchmann und ein anderes Mal mit Bernh. Buchmann A/S angegeben wurden. Der Grund für die mögliche Differenzierung liegt in der Tatsache, dass das Geschäftslokal an der Munkegate 35 kein Privat- oder Familienbesitz war, sondern von Bernhard Buchmann lediglich angemietet wurde. Die Option, wie bei der A. Buchmann A/S und der B. Buchmann A/S private und geschäftliche Belange der Einfachheit halber als Einheit zu betrachten, bestand also gar nicht.

Das Rückführungsbüro vergütete aus der noch vorhandenen Summe der „fellesmasse“ zu 68% das beschlagnahmte Bargeld, die beschlagnahmten Gelder auf Bankkonten, die Verwaltungsabgaben und das verkaufte Warenlager der Firma, allerdings nur in jenen Fällen, in

denen erwiesenermassen auch Beträge auf das Konto der „fellesmasse“ einbezahlt worden waren.

a) Da die Bernh. Buchmann A/S wie die A. Buchmann A/S nach der Beschlagnahme noch einige Zeit weiter geführt wurde, ist die Summe des Kassenbestandes nie in die „fellesmasse“ der Liquidationsleitung einbezahlt worden, auch später bei der Liquidation nicht. Deshalb wäre es ungesetzlich gewesen Bernhard Buchmann diesen Betrag auch nur zu 68% zu erstatten. Das Bargeld aus der Kasse ist also nicht erstattet worden.

b) Der Betrag von 30,55 NOK aus dem Konto bei der Forretningsbank ist vom Rückführungsbüro in seine Abrechnung mit eingeflossen und zu 68%, also mit 20,78 NOK erstattet worden. Die Aufarbeitungsabteilung des Justizdepartementes erwähnte in der Zusammenstellung des „Falles Bernh. Buchmann A/S“, dass die Summe aller nicht konkret in den Akten genannten Kontobeträge zu 68% vom Rückführungsbüro erstattet worden sei und die verbleibenden 32% von den Banken selbst ausbezahlt worden seien.²⁵⁹ Die Anzahl der Konti und die Summe der Beträge lassen sich aus den Unterlagen heute nicht mehr ermitteln, dies spielt jedoch nur eine untergeordnete Rolle, da die Beträge in vollem Umfang erstattet worden zu sein scheinen.

c) Die während der Zeit der kommissarischen Verwaltung einbezahlten Verwaltungskosten sind zu 68% vom Rückführungsbüro an die Bernh. Buchmann A/S ausbezahlt worden. Die Summe betrug also 2040.- NOK

d) Vom realen Wert des Warenlagers der Bernh. Buchmann A/S auszugehen, wenn man die Zahlungen des Rückführungsbüros betrachtet, hat keinen Sinn. Das Rückführungsbüro konnte nur Teilzahlungen von Beträgen leisten, die tatsächlich auf das Konto der Liquidationsleitung, d.h. in die „fellesmasse“, geflossen waren. Im Fall der Bernh. Buchmann A/S war dies wie oben erläutert die Summe, die aus dem „Verkauf“ der Waren resultierte, nämlich 20'846,92 NOK Davon erstattete das Rückführungsbüro 68%, d.h. 14'175,96 NOK

Die Gesamtsumme der vom Rückführungsbüro anerkannten so genannten „dividendenberechtigten Forderung“ bestehend aus Ansprüchen für Bankguthaben, für das verkaufte Warenlager, für Verwaltungsabgaben, für eine Zahlung von 2'609,25 NOK an ausländische

²⁵⁹ RA, Oppgjørsavdeling, Politiske fanger m.m. - bysaker, Nr. 5243, R 8, Bericht des Aufarbeitungsausschusses

Kreditoren und für die Zahlung von 4'044,23 NOK an die A. Buchmann A/S bei der Liquidation summierte sich auf 30'530,96 NOK. Davon wurden gewöhnliche Ausgaben, wie Personallöhne für die Dauer des Weiterbetriebes, Staats- und Gemeindesteuerzahlungen und eine Jahresmiete für die Ladenlokalität im Gesamtwert von 4'891,26 NOK abgezogen. Von den verbleibenden 25'639,70 NOK wurden gemäss Übereinkunft zwischen dem Rückführungsbüro und Bernt(!) Buchmann weiter 17'000.- NOK für ein abbezahletes Darlehen in Pfandobligationen abgezogen. Somit blieb als „dividendenberechtigte Forderung“ für die Bernh. Buchmann A/S die Summe von 8'639,70 NOK²⁶⁰. Diese Summe wurde zu 68% erstattet. Der Betrag, der vom Rückführungsbüro zu Gunsten der Bernh. Buchmann A/S ausbezahlt wurde, belief sich auf 5'875.- NOK, dazu muss allerdings das zurückbezahlte Darlehen von 17'000.- NOK gerechnet werden, sodass der Gesamtbetrag auf 22'875.- NOK zu stehen kommt.

4.2.3.4 Die Leistung der Kriegsschadenversicherungen zugunsten der Bernh. Buchmann A/S

Da die Bernh. Buchmann A/S zur Miete in der Munkgate 35 war, ersuchte Bernhard Buchmann die Kriegsschadenversicherung am 23.2.1946 nur um Erstattung für den Verlust an beweglichen Gütern, d.h. für das Inventar, das mit einer Police bei der Merkantilen Versicherung über 6'000.- NOK²⁶¹ versichert war.

Der von Bernhard Buchmann angemeldete Schaden über 67 Positionen von 10'148,70 NOK wurde von der Kriegsschadenversicherung genauestens unter die Lupe genommen und insgesamt um 3'892.- NOK auf 6'256,70 NOK reduziert. Auf eine genaue Durchsicht der Gegenstände hätte die Versicherung verzichten können, denn sie bezahlte nicht mehr als den versicherten Wert. Sie erstattete aber diesen Maximalwert abzüglich eines Selbstbehaltes von 50.- NOK. Aus den so verbliebenen 5950.- NOK wurde dank dem Zuschlag für die Inflation von 1942 bis 1948 die Summe von 8'330.- NOK, die in fünf Tranchen zwischen dem 19.7.1946 und dem 17.1.1949 mittels Checks von der Fellesbanken ausbezahlt wurden.²⁶²

²⁶⁰ Das Berechnungsschema befindet sich in: RA, Tilbakeføringskontoret, bomapper Lnr. 1389 (Bernh. Buchmann A/S)

²⁶¹ Der Bericht der Kriegsschadenversicherung für bewegliche Güter nennt diese Summe. Die Versicherungssumme muss zwischen dem 1. Juni 1940 und dem 24. Februar 1942 von 5'000.- auf 6'000.- NOK erhöht worden sein.

²⁶² RA, Oppgjørsavdeling, Politiske fanger m.m. – bysaker, Nr. 5243

4.2.3.5 Leistung der Aufarbeitungsabteilung des Justizdepartementes zugunsten der Bernh. Buchmann A/S

Bernhard Buchmann meldete den Schaden, den die Bernh. Buchmann A/S durch die Ereignisse während des Krieges erlitten hatte, am 9. November 1945 bei der Aufarbeitungsabteilung des Justizdepartementes an. Seine Berechnung beinhaltete einen Warenbestand von 90'351,91 NOK und einen Kassenbestand von 455,81 NOK, also eine Gesamtforderung von 90'807,72 NOK. Im Gegensatz zur Forderung für die A. Buchmann A/S verzichtete Bernhard Buchmann korrekterweise auf den Einbezug der Guthaben der Firmenkonti. Diese sollten nach den Vorschriften nur von der Aufarbeitungsabteilung behandelt werden, wenn das Rückführungsbüro den Verlust nicht erstattet hatte. Dessen Beurteilung lag aber zum Zeitpunkt der Schadensanmeldung natürlich noch nicht vor. Warum Bernhard Buchmann auf die Auflistung der Firmenkonti der A. Buchmann A/S, in der sich im Übrigen auch das Konto der Bernh. Buchmann A/S befand, nicht verzichtet hat, ist unklar. Vermutlich hat er es nicht besser gewusst oder aber er hat vermeiden wollen, dass diese Beträge vergessen worden wären, falls sie vom Rückführungsbüro nicht erstattet worden sein würden. Ihm die betrügerische Absicht zu unterstellen, er hätte die Beträge doppelt erstattet haben wollen, trifft laut Aussagen seines Neffen Erik Buchmann seinen Charakter in keiner Hinsicht.²⁶³ Auch waren die Beträge im Vergleich zu anderen Schadensforderungen (z.B. Warenlager, Inventar) unbedeutend klein.

Der für alle Buchmann'schen Geschäfte zuständige Beamte der Aufarbeitungsabteilung, Albert Pelly, berechnete am 13.1.1948 den Wert des beschlagnahmten Warenlagers auf den Zeitpunkt des 24. Februar 1942.²⁶⁴ Zu einem Warenwert am 1.1.1942 von 61'389.- NOK zählte er den Eingang von Waren im Wert von 4'313.- NOK hinzu und zog für den Warenverkauf in der Zeitspanne 8'207.- NOK ab. Er erhielt so einen Wert für das Warenlager am 24. Februar 1942 von 57'492.- NOK.

Die Aufarbeitungsabteilung des Justizdepartementes, das die Schäden durch den Krieg pragmatisch betrachten wollte, berechnete die Verluste der Bernh. Buchmann A/S also wie folgt²⁶⁵:

²⁶³ Erik Buchmann schildert seinen Onkel Bernhard als „ernsten, schweren Typ, bei dem alles seine Ordnung haben“ musste. Erik Buchmann am 3. Juni 1999.

²⁶⁴ Der Bericht der Aufarbeitungsabteilung des Justizdepartementes liegt den Akten über die Bernh. Buchmann A/S bei: RA, Oppgjørsavdeling, Politiske fanger m.m. – bysaker, Nr. 5243

²⁶⁵ RA, Oppgjørsavdeling, Politiske fanger m.m. – bysaker, Nr. 5243

Bargeld	455,81 NOK
Inventar	7'528,50 NOK ²⁶⁶
Warenlager	57'492,00 NOK
Verwaltungsgebühren	<u>3'000,00 NOK</u>
Verlust	65'776,31 NOK

Davon wurden 24'545,96 NOK für die Deckung des Schadens am “verkauften“ Warenlager und für die Verwaltungsgebühren rückerstattet. Diese beiden Summen hatte das Rückführungsbüro ausbezahlt. Hinzu kam die Summe von 8'330 NOK für das Inventar an der Munkegate 35, die die Kriegsschadensversicherung für bewegliche Güter bezahlt hatte.

Warenlager	14'175,96 NOK
Verwaltungsabgaben	2040,00 NOK
Inventar	<u>8'330,00 NOK</u>
Erstattet	24'545,96 NOK

Diese Rechnung der Aufarbeitungsabteilung ergibt also für die Bernh. Buchmann A/S folgenden Nettoverlust:

Verlust	65'776,31 NOK
Erstattet	<u>24'545,96 NOK</u>
Nettoverlust	41'230,35 NOK

Nach Bernhard Buchmanns Angaben dagegen errechnet sich für die Bernh. Buchmann A/S ein Nettoverlust von:

Verlust	103'986,96 NOK
Erstattet	<u>24'545,96 nKr</u>
Nettoverlust	79'441.00 NOK

Die Differenz zwischen den beiden Berechnungen beträgt 38'210,65 NOK und ist in den unterschiedlichen Annahmen über den realen Wert des veräusserten Warenlagers und dem

²⁶⁶ Woher die Aufarbeitungsabteilung diesen Betrag nimmt, ist aus den Akten nicht nachvollziehbar. Die Kriegsschadenversicherung selbst berechnete einen Verlust von 6'256,70 NOK

unterschiedlich bewerteten Verlust bezüglich des Inventars begründet. Auch in Bezug auf die Bernh. Buchmann A/S gibt es keinen Grund den Zahlen von Thomas Baardsgård und Fritjof Lund zu misstrauen. Es gelten hier die gleichen Argumente, wie sie im Zusammenhang mit der A. Buchmann A/S genannt wurden.

Dass der durch die Aufarbeitungsabteilung berechnete Verlust geringer als der tatsächliche war, hatte weitreichende Konsequenzen, denn sie beurteilte die allgemeine ökonomische Situation des Antragstellers in Bezug auf den Zustand vor dem Krieg, in Bezug auf den Nettoverlust und in Bezug auf den Zustand in der Gegenwart, also 1949.

Der Steuernachweis für die Bernh. Buchmann A/S, am 25. August 1948 von der Gemeinde Trondheim ausgestellt, legte die finanzielle Entwicklung der Firma im Zeitraum zwischen 1939 und 1947 dar:²⁶⁷

<u>Steuerjahr</u>	<u>Jahr des Einkommens</u>	<u>Vermögen</u>	<u>Einkommen</u>
1940/41	1939	13'000.-	350.-
1941/42	1940	30'000.-	13'800.-
1942/43	1941	45'000.-	14'500.-
1943/44	1942	26'000.-	7'300.-
1944/45	1943	0.-	0.-
1945/46	1944	0.-	0.-
1946/47	1945	13'000.-	0.-
1947/48	1946	19'000.-	6'9000.-
1948/49	1947	137'000.-	134'600.-

Es zeigt sich bei der Bernh. Buchmann A/S ein sehr ähnliches Bild wie bei den beiden anderen Buchmann'schen Geschäften: Ein ordentlicher Geschäftsgang bis 1941, dann ein kriegsbedingter Geschäftsrückgang und schliesslich eine Erholung innerhalb des zweiten und dritten Nachkriegsjahres. Die aufgeführten Zahlen sind bis zu einem gewissen Grad eine Frage der Buchhaltung, insbesondere gilt dies für Lohnzahlungen an den Geschäftsinhaber. Besonders markant sind die Zahlen des Geschäftsjahres 1947, in dem Vermögen und Einkommen in die Höhe schossen. Für die Beurteilung des Aufarbeitungsausschusses waren diese Zahlen natürlich Wegweisend. Warum sollte ein Gremium, das die ökonomische Lage eines Geschäftes eben ganzheitlich betrachtet, der Bernh. Buchmann A/S eine Erstattung zusprechen, wenn ein solch glänzender Geschäftsgang ausgewiesen wurde?

²⁶⁷ Der Steuernachweis findet sich in einer Kopie in: RA, Oppgjørsavdeling, Politiske fanger m.m. - bysaker, Nr. 5243

In der Folge hat der Aufarbeitungsausschuss der Bernh. Buchmann A/S auch keine Gelder zugesprochen.

In seinem Vorbericht verwies E. Aas am 26. Februar 1949 neben dem exzellenten Jahr 1947 auch auf die private ökonomische Situation, die für Bernhard Buchmann für dieses Jahr vor allem dank Aktiengewinnen ein Anwachsen des Vermögens auf 149'000.- NOK zeigte. Auf demselben Papier findet man den nicht unwichtigen, bei der Fremdenpolizei in Trondheim eingeholten Hinweis, dass „Bernhard Buchmann seit dem 14.10.1938 norwegischer Staatsbürger“ war. Erstattungen durften nur an norwegische Staatsbürger ausbezahlt werden.

Die Bernh. Buchmann A/S wurde als „Sache Nr. 438“ am 7. März 1949 vom Ausschuss behandelt und mit dem Beschluss: „Mit dem Amtschef einig“ gelangte der Bericht an den Vorsitzenden des Ausschusses, Ole Skirstad. Dieser notierte unter den Bericht von Hand: „Gemäss Ausschuss abgelehnt am 11. April 1949.“²⁶⁸

4.2.3.6 Der durch den Krieg und die Aufarbeitung verbleibende ökonomische Verlust der Firma Bernh. Buchmann A/S

Der Nettoverlust, den die Bernh. Buchmann A/S durch die Beschlagnahmung und trotz der Erstattungen erlitten hat, liegt bei 79'210,65 NOK. Der Schaden ist zu 37% erstattet worden. Noch vor der Behandlung durch den Aufarbeitungsausschuss erhielt die Firma 38'210,65 NOK zu wenig zugesprochen. Dass der Ausschuss keine weiteren Gelder bezahlte, wird aus den vorgelegten Geschäftsdaten und der entsprechenden Praxis leicht einsehbar. Der Verlust für die Bernh. Buchmann A/S war zwar wesentlich, aber die ökonomische Situation des Geschädigten im Moment der Beurteilung, gemeint ist der Zeitraum Winter/Frühjahr 1949, war eben nicht schlechter, sondern deutlich besser als vor dem Krieg. Ziel der Aufarbeitungsabteilung war es, für Grenz- oder Notfälle ein finanzielles Auffangnetz zu bieten und nicht Schäden bis auf die letzte Krone zu erstatten.

Genauso wie über die Behandlung der A. Buchmann A/S kann man über den „Fall Bernh. Buchmann A/S“ sagen, dass die Erstattung im Geiste der Gesetzgebung erfolgte, aber auch hier ist die Berechnungsgrundlage zu tief angesetzt.

²⁶⁸ RA, Oppgjøravdeling, Politiske fanger m.m. –bysaker, Nr. 5243, Bericht des Aufarbeitungsausschusses in Trondheim vom 7. März 1949

4.2.4 Zusammenfassung

Der materielle Schaden bezüglich der Buchmann'schen Betriebe betrug insgesamt 388'994,34 NOK²⁶⁹. Dieser wurde mit 60'720,56 NOK erstattet, was einen Nettoverlust von 328'273,78 NOK ergibt. Der durchschnittliche Erstattungsquotient beträgt also lediglich 15,6%.

Den eigentlichen Zweck hat die auf politischer Ebene eingeleitete, durch staatliche Organe ausgeführte Aufarbeitung und schliesslich die Erstattung im Falle der Familie Buchmann trotz dieses enormen Defizites erfüllt: Sowohl die A. Buchmann A/S als auch die B. Buchmann A/S und die Bernh. Buchmann A/S konnten alle den Betrieb wieder aufnehmen und alle drei Geschäfte erlebten einige Jahrzehnte des weiteren Bestehens und der Blüte. Sie sind nicht als Spätfolgen der kriegsbedingten Verluste niedergelegt worden, sondern weil in den 70er Jahren keine Nachfolger gefunden werden konnten, die gewillt waren, die Geschäfte weiter zu führen. Der Staat hat damit das Ziel des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in Bezug auf die Buchmann'schen Geschäfte erreicht. Damit ist natürlich, und das hat die Diskussion der 90er Jahre geprägt, keine Entschädigung geleistet worden für die Ausgrenzungen, die Verfolgungen und die versuchte und zum Teil vollzogene Vernichtung der norwegischen Juden, also keine moralische Aufarbeitung, sondern eine finanzielle Erstattung. Der moralische Aspekt stand in den ersten Nachkriegsjahren nicht zur Debatte, dafür fehlten schlichtweg das Geld und auch die unmittelbare Notwendigkeit. Der wirtschaftliche Wiederaufbau hat nicht a priori zwischen jüdischen und nicht-jüdischen Betroffenen unterschieden, wie dies bei der moralischen Aufarbeitung der Neunzigerjahre der Fall war, sondern zwischen norwegischen und ausländischen Betroffenen, was den nationalen Wiederaufbau-Charakter deutlich hervorhebt und wovon die Buchmann'schen Betriebe, da deren Besitzer zum Zeitpunkt der Beschlagnahmen alle norwegische Staatsbürgerinnen und -bürger waren, in gleichem Masse profitierten wie andere jüdische und nicht-jüdische Betriebe in Norwegen.

Betrachtet man die Verluste, die Erstattungssummen und die daraus resultierenden Quotienten für die Buchmann'schen Firmen, so ist es interessant die Zahlen, die den Behörden als Grundlage gedient haben, mit den berichtigten Zahlen zu vergleichen²⁷⁰. Man erkennt dabei, welche Grade der Erstattung die Erstattungsbehörden, vor allem die Aufarbeitungsabteilung des Justizdepartementes, für angemessen betrachteten. Gemäss den Berechnungen der Erstat-

²⁶⁹ Die Inflation von 1942 bis 1947 ist in die Summe bereits mit einbezogen. Vgl. untenstehende Tabelle 2.

²⁷⁰ „Berichtigte Zahlen“ heisst erstens „korrekt berechnete Verluste“ und zweitens „unter Einbezug der Inflation“. Da sich die Zahlungen der Erstattungsbehörden nur zum Teil als der Inflation angepasst erweisen, wurde die Inflation auf die Schadenssumme bezogen, um die Differenz deutlich zu machen.

tungsinstitutionen erhielten die Buchmann'schen Firmen zwischen 24,5% und 37,3% des Schadens erstattet. Diese Quotienten reichten in allen Fällen - die B. Buchmann A/S ist diesbezüglich ein Spezialfall, weil ihre Wiedereröffnung nicht berücksichtigt wurde, aber auch für sie gilt dies – nicht für eine Erstattung nach dem Prinzip der Billigkeit. Aufgrund der Argumentation der Aufarbeitungsabteilung, dass die ökonomischen Verhältnisse der Firmen nach dem Krieg nicht wesentlich verschlechtert waren, hätten vermutlich auch die realen²⁷¹ Quotienten, die zwischen 17,5% (A. Buchmann A/S) und 26,7% (Bernh. Buchmann A/S) lagen, nicht für eine zusätzliche Erstattung ausgereicht. Der Vergleich zwischen den behördlichen Quotienten (Tabelle 1) und den berichtigten Quotienten (Tabelle 2) zeigt, dass die Diskrepanzen sehr gross sind: Die A. Buchmann A/S hat statt der von den Behörden errechneten 24,5% real lediglich 13,3% des Schadens vergütet bekommen. Für die beiden anderen Firmen sieht das Verhältnis sogar noch ungünstiger aus (B. Buchmann A/S: statt 37,1% nur 17,0%; Bernh. Buchmann A/S: statt 37,3% nur 16,9%).

Firma	Verlust in NOK (1942)	Erstattung in NOK (1947)	1. Quotient in %	Verlust inkl. Inflation (42-47) in NOK	Erstattung in NOK (1947)	2. Quotient in %
A. Buchmann A/S	77'532,73	18'984,90	24,5	108'545,82	18'984,90	17,5
B. Buchmann A/S	46'359,42	17'189,70	37,1	64'903,18	17'189,70	26,5
Bernh. Buchmann A/S	65'776,31	24'545,96	37,3	92'086,83	24'545,96	26,7
Total	189'668,46	60'720,56	32,0	265'535,83	60'720,56	22,9

Tabelle 1: Berechnung der Erstattungsquotienten durch die Behörden (1. Quotient) und unter Einbezug der Inflation (2. Quotient)

Firma	Verlust in NOK (1942)	Erstattung in NOK (1947)	1. Quotient in %	Verlust inkl. Inflation (42-47) in NOK	Erstattung in NOK (1947)	2. Quotient in %
A. Buchmann A/S	101'795,76	18'984,90	18,6	142'514,06	18'984,90	13,3
B. Buchmann A/S	72'070,39	17'189,70	23,9	100'898,54	17'189,70	17,0
Bernh. Buchmann A/S	103'986,96	24'545,96	23,6	145'581,74	24'545,96	16,9
Total	277'853,11	60'720,56	21,9	388'994,34	60'720,56	15,6

Tabelle 2: Berichtigte Berechnung der Erstattungsquotienten durch die Behörden (1. Quotient) und unter Einbezug der Inflation (2. Quotient)

²⁷¹ Real heisst hier unter Einbezug der Inflation.

Die Firmen hätten wohl von der Aufarbeitungsabteilung auch keine Gelder zugesprochen erhalten, wenn die vorgängigen Instanzen nichts bezahlt hätten, weil sich eben deren Lage schon kurz nach dem Krieg ohne finanzielle Unterstützung durch den Staat stark verbessert hatte. Aber die behördlichen Erstattungsquotienten lassen sich natürlich in Relation zu jenen anderer jüdischer, aber auch nicht-jüdischer Firmen, setzen.

4.3 Beschlagnahmung und Rückerstattung persönlicher Vermögenswerte der Mitglieder der Familie Buchmann

4.3.1 Vorbemerkung

Auch die Verluste, die Privaten infolge des Krieges und der damit verbundenen Beschlagnahmungen entstanden waren, wurden von den bekannten Institutionen behandelt. Das Rückführungsbüro verteilte jenes Bargeld, das auf das Konto der „fellesmasse“ geflossen war, die Kriegsschadenversicherung entschied über Auszahlungen bezüglich Schäden an Hausrat und Gebäude und die Aufarbeitungsabteilung würdigte den Fall zum Schluss ganzheitlich und sprach gegebenenfalls Zahlungen nach dem Prinzip der Verhältnismässigkeit.

Die Aufarbeitung der individuellen Verhältnisse der Mitglieder der Familie Buchmann bezüglich der Verluste und der Rückerstattungen stellt den Forschenden in der Regel vor keine Probleme. Eine Ausnahme bildet hier die Rückerstattung des Verlustes, den die Familie durch die Enteignung des Vermögens Bertha Pauline Buchmanns erlitten hatte, ganz abgesehen von ihrem Tod, der in der Aufarbeitung durch die Institutionen eine untergeordnete Rolle spielte, weil ein Leben nicht durch Geldbeträge ersetzt werden kann und dies auch gar nicht die Aufgabe der entsprechenden Abteilungen war. Ihr persönliches Vermögen, respektive dessen Rückerstattung ist von den Institutionen im Rahmen der B. Buchmann A/S abgerechnet worden.

Die restlichen Familienmitglieder standen in relativ unkomplizierten ökonomischen Verhältnissen, insbesondere jene, die keine der Firmen besaßen, sondern nur als deren Angestellte fungierten. Ein anderer, aber nicht minder einfacher Fall ist jener Emanuel Buchmanns, der in Oslo als Arzt praktizierte und den N.S.-Behörden zuvor kam, indem er seine Praxis vor einem möglichen Zugriff selbst aufgelöst und das Inventar beiseite geschafft hatte. Und schliesslich Samuel Buchmann, der geistig behinderte Sohn Bertha Paulines und

Abrahams, der von den Behörden während des ganzen Krieges in jeder Beziehung unbehelligt geblieben war.

Der Grundbesitz der Familie bestand aus drei Liegenschaften: Innherredsvei 31, Nedre Baklandet 89 und dem Ferienhaus Hyttebakken in Malvik. Erstgenanntes Eigentum wurde für die Aufarbeitung in den Nachlass von Bertha Pauline Buchmanns integriert, während die Liegenschaft Nedre Baklandet 89 in Bernt Buchmanns Besitz und das Ferienhaus dem Vermögen Sarah Buchmanns zugehörig war.

In diesem Kapitel werden die durch die Beschlagnahmung und die Erstattung bedingten ökonomischen Verhältnisse der Familienmitglieder Bertha Pauline, Bernhard, Sarah, Hermann, Bernt, Assne Rebekka, Anna Fanny, Emanuel und Samuel Buchmann besprochen. Abraham Buchmann war bereits 1935 gestorben, also vor Kriegsausbruch und vor den Übergriffen der N.S.-Behörden gegen Juden in Norwegen.

4.3.2 Bertha Pauline Buchmann

Die Problematik der Berechnung der Erstattung für das Vermögen Bertha Buchmanns, das unter der Laufnummer 365 und den Referenznummern 1035 und 946 behandelt wurde, besteht im Umstand, dass zu ihrem privaten Besitz die Liegenschaft Innherredsvei 31 gehörte, wo die A. Buchmann A/S ihre Ladenlokalität hatte. Ihr privates Vermögen ist zusammen mit der B. Buchmann A/S, z.T. auch mit der A. Buchmann A/S aufgearbeitet worden und muss in der nachträglichen Betrachtung wieder herausgelöst werden. Die Verhältnisse waren selbst für die sachkundigen Söhne Bernt und Bernhard so kompliziert, dass sie die Unterstützung des am Obersten Gerichtshof zugelassenen Anwalts Erich Birch-Aune, der von der Trondheimer Obervormundschaft mit dem Fall beauftragt wurde, gerne annahmen.

Um es vorweg zu nehmen: Den Erben Bertha Pauline Buchmanns wurden von der Aufarbeitungsabteilung 4'378,16 NOK als dividendenberechtigte Forderung anerkannt und zu 68% erstattet, es wurde also ein Betrag von 2'977,15 NOK ausbezahlt. Davon mussten allerdings 77.- NOK als Handelsabgabe für die Jahre 1944, 1945 und 1946²⁷² an die Finanzabteilung der Stadt Trondheim weitergegeben werden. Solche Handelsabgaben hatte zu entrichten, wer im Stadtgebiet von Trondheim Geschäfte machte. Bertha Pauline ist nach ihrer Deportation noch im Jahre 1943 in Auschwitz ermordet worden, weshalb es unsinnig ist, dass

²⁷² pro Jahr 25.- NOK plus 2.- NOK Gebühr

die Abgabe in ihrem Namen noch drei Jahre lang bezahlt werden musste, aber in der Gesamtbetrachtung spielt der Betrag eine kleine Rolle. Abgesehen davon hat Bernt Buchmann diesen Beitrag für jene Zeitspanne nicht zahlen müssen, sodass man davon ausgehen kann, dass die Abgabe stellvertretend für die A. Buchmann A/S gegolten hat.

Der Betrag, der vom Rückführungsbüro als dividendenberechtigt angesehen wurde, ergab sich aus beschlagnahmtem Bargeld, beschlagnahmten Konti, eingelösten Pfandobligationen, verkauftem Hausrat und einer detaillierten Buchführung über Ausgaben und (Miet-) Einnahmen der Liegenschaft Innherredsvei 31.²⁷³ Diese Buchführung muss als korrekt angenommen werden. Zum einen gibt es keine Überprüfungsmöglichkeit und zum anderen ist diese Berechnungsgrundlage weder von Bernhard Buchmann noch vom Anwalt Birch-Aune angefochten worden. Die Verwaltung des Hauses durch die Liquidationsleitung ist mit Einnahmen und Ausgaben ebenso dokumentiert. Anhand der Einträge über Mieteinnahmen erkennt man, dass im Laufe des Jahres 1943 sämtliche Wohnungen an neue Mieter vergeben wurden. Die Wohnung, die die Familie Buchmann selbst bewohnt hatte, wurde ab dem 1. September 1943 bis zum Kriegsende an Aase Halvorsen vermietet, die kein N.S.-Mitglied war. Es fällt im Allgemeinen auf, dass kaum Partei-Mitglieder in den Buchmann'schen Liegenschaften Platz gefunden haben; es waren „gewöhnliche“ Norweger, die die Gelegenheit nutzten und in die Stadt oder vom Stadtkern in Randgebiete zogen.

Netto erhielten die Erben vom Rückführungsbüro 2'900,15 NOK.²⁷⁴

In Bezug auf Bertha Pauline Buchmanns Wohnung sind von Bernhard, obschon Assne Buchmann die Liegenschaft nach dem Krieg übernahm, zwei Schadenmeldungen eingereicht worden. Die unwesentlichere bezieht sich auf einen Spiegel im Wert von 515.- NOK, der von der Wand gefallen war, als im September 1942 ein deutsches Kriegsschiff im Trondheimsfjord bei seiner Ankunft Salutschüsse abgegeben hatte. Dieser Schaden ist nicht erstattet worden, da der „Schadensgrund nicht die Bestimmungen der Versicherung erfüllt“.²⁷⁵ Der „Fall“ wurde an die Aufarbeitungsabteilung weiter gegeben, wo eine Zahlung aber ebenfalls abgelehnt wurde.

Die zweite Meldung bezieht sich auf Schäden an Tapeten, Fenstern, Türen und Linoleumböden in der Wohnung Berthas, die durch Nachmieter in Mitleidenschaft gezogen worden waren. Zusätzlich mussten Decken neu gemalt und die elektrischen Leitungen

²⁷³ RA, Tilbakeføringskontoret, Bomapper, Lnr. 365

²⁷⁴ RA, Tilbakeføringskontoret, Bomapper, Lnr. 365

²⁷⁵ RA, Krigsskadetrygden for bygninger og løsøre, bygningsskader forsikret, Skadenr. 26559

überprüft werden.²⁷⁶ Bernhard Buchmann hatte die Schäden von insgesamt 4'100.- NOK mit Rechnungen der Handwerker belegt, was von der Versicherung akzeptiert wurde. Allerdings waren die Versicherungen dazu angehalten, solche Schadensschätzungen auf ein Preisniveau vom 9. April 1940, also auf den Tag des deutschen Überfalles auf Norwegen, zu berechnen, was in diesem Falle eine Summe von 3050.- NOK ergab. Davon musste noch ein Selbstbehalt von 50.- NOK abgezogen werden. Der Scheck über 3000.- NOK wurde am 18. Dezember 1948 von der Kriegsschadenversicherung ausgestellt und Birch-Aune gleichentags zugestellt.

Der Schaden an Hausrat aus Berthas Wohnung lässt sich ziemlich genau rekonstruieren.²⁷⁷ Es handelte sich beim persönlichen Besitz Berthas um Möbel (Eisenbett, Divan, 5 Federbetten, div. Kissen, 10 Wollteppiche, Daunendecken), Geschirr (2 Essservices, 2 Duzend Silbergabeln), diverse Bücher, diverse Kleider und eine Singer Nähmaschine. Die von Bernhard veranschlagte Summe aller verschwundenen und verkauften Gegenstände aus der Privatwohnung belief sich auf 9'370.- NOK. Es handelt sich dabei allein um Berthas Privatbesitz, das Eigentum Bernhards, Bernts und Sarahs kann davon unterschieden werden, obwohl alle unter der gleichen Schadennummer geführt wurden.²⁷⁸ Die Taxierung der Gegenstände durch die Versicherung zeigt, dass jeweils auf das Alter der Gegenstände respektive deren Gebrauchtwert Rücksicht genommen wurde. Daher rührt es, dass Gebrauchsgüter wie Möbel, die Nähmaschine und Kleider eine starke Abschreibung zugemessen bekamen, während Essgeschirr und Bücher nahezu zum Neuwert taxiert wurden. Im Gegensatz zu Bernhard Buchmanns 9370,20 NOK kam die Versicherung mittels Taxierung auf einen Verlust von 6'650.- NOK.

Berthas Erben wurden von der Versicherung am 19. Juli 1947 2'500.- NOK zuzüglich 1975,25 NOK als Inflations- und ausserordentlicher Zuschlag und am 22. Dezember 1948 mittels Checks ausgehändigt, insgesamt also 4'475,25 NOK.

Die Aufarbeitungsabteilung des Justizdepartementes hat sich in ihrer Würdigung der ökonomischen Situation der Buchmann'schen Geschäfte in der Gegenwart (1948/49) bereits mit der privaten Lage der Familienmitglieder befasst und keinen Anlass gesehen, Auszahlungen vorzunehmen, da die Geschäfte nach dem Krieg sehr ordentlich in Gang kamen und auch die private Situation der Familienmitglieder den Umständen entsprechend sehr erfreulich war. Insofern war es sinnlos die Aufarbeitungsabteilung um einen Zuschuss für

²⁷⁶ RA, Krigsskadetrygden for bygninger og løsøre, bygningsskader forsikret, Skadenr. 49307

²⁷⁷ RA, Krigsskadetrygden for bygninger og løsøre, skadeprotokoll for branntrygdet løsøre, Skadenr. 88567 und RA, Tilbakeføringskontoret, Bomapper, Lnr. 365

²⁷⁸ Die Schäden bezüglich des Eigentums von Bertha, Bernt, Sarah und Bernhard finden sich alle unter der Schadennummer 88567

nicht-erstattete Güter überhaupt anzufragen. Dies hat Bernhard schliesslich auch unterlassen. Bernt Buchmann hat aber im Namen aller im Innherredsvei 31 wohnenden Familienmitgliedern eine korrigierte Rechnung gestellt, nach der die Erben Bertha Buchmanns für ihren materiellen Verlust und denjenigen aller dort wohnenden Familienmitglieder 208.- NOK zu Gute gehabt hätten. Auf diese Forderung ist die Kriegsschadensversicherung für bewegliche Güter allerdings nicht mehr eingegangen.

Viel tief greifender als jeder materielle Verlust ist natürlich der Verlust eines Menschenlebens. Dass Bertha Pauline Buchmann deportiert und in Auschwitz umgebracht wurde, ist eine Tragödie, die nicht mit Geld wieder gut gemacht werden kann und von der hier abgesehen wird.

Der materielle Verlust am Besitz Bertha Pauline Buchmanns belief sich insgesamt auf 18'363,36 NOK, während von den Institutionen 10'375,40 NOK ausbezahlt wurden. Dies sieht nach einer sehr guten Erstattungsquote aus, man muss jedoch bedenken, dass der Geldwert zwischen 1942 und 1948/49 wegen der Inflation um ca. 40% gesunken ist. Von einem identischen Wertniveau ausgehend beläuft sich der Schaden auf ca. 25'708.- NOK, womit die Erstattungsquote nicht mehr 56%, sondern nur noch 40% beträgt.

Das von der Minderheit der Skarpnes-Auswahl sehr stark in den Vordergrund gestellte Faktum, dass die Erbschaftssteuern einen sehr negativen Einfluss auf die Erstattungen speziell innerhalb der jüdischen Familien hatten, weil in jenen Familien viel mehr zu Tode gekommene Mitglieder zu verzeichnen waren, bestätigt sich in der Familie Buchmann nur in einer moderaten Weise. Natürlich sind die materiellen Verluste Bertha Pauline Buchmanns nicht vollends erstattet worden, aber der Einzug einer Erbschaftssteuer hatte keine ausserordentliche Auswirkung für die Hinterbliebenen.

4.3.3 Bernhard Buchmann

Bernhard Buchmann wohnte zum Zeitpunkt des deutschen Überfalls auf Norwegen im Haus seiner Mutter im Innherredsvei 31. Als erster der Familie flüchtete er nach Schweden, bevor er illegal zurück kehrte und sich den noch kämpfenden norwegischen Truppen anschloss und nach der militärischen Niederlage gefangen genommen wurde.

Bei seiner Gefangennahme trug Bernhard Buchmann 280.- NOK auf sich.²⁷⁹ Diese bekam er am 6. November 1947 zu 68%, also mit 190,40 NOK, mittels Check vom Rückführungsbüro erstattet. Für die Registrierung seiner Person sind von der Liquidationsleitung seinem Guthaben 50.- NOK belastet worden, die er von der gleichen Institution ebenfalls bekam; am 11. Juni 1947 einen Check über 25.- NOK und am 16. Oktober des gleichen Jahres einen Check über 9.- NOK, womit der Verlust ebenfalls zu 68% erstattet war. Drei Aktien der A/S Kunstsilkefabrikken in Notodden à 100.- nKr konnten sogar physisch rückgeführt werden. Daneben machte Bernhard einen Verlust von 1000.- NOK an Barem geltend, das sich in seinem Kleiderschrank befunden haben soll, als die Wohnung beschlagnahmt wurde. Er konnte die Existenz dieses Geldes allerdings nicht nachweisen und die Suche nach dem Eingang auf das Konto der „fellesmasse“ blieb ebenso erfolglos. Dieser Betrag durfte also gar nicht vom Rückführungsbüro ausbezahlt werden, auch nicht zu 68%. Es bestehen allerdings nur bedingte Zweifel daran, dass die 1000.- NOK nicht existiert haben. Das Geld könnte versehentlich einem anderen Familienmitglied zugeschrieben worden sein oder es könnte bei der Beschlagnahmung „abhanden“ gekommen sein, was keine Seltenheit war. Dafür gibt es in den Quellen zwar keine direkten Indizien, aber allgemein lässt sich ein relativ unzimperlicher Umgang der N.S.-Behörden mit Bargeld feststellen.²⁸⁰ Theoretisch ist es aber auch möglich, dass Bernhard versucht hat, hier noch etwas herauszuholen, aufgrund der Grössenordnung des Betrages und seines Charakters ist dies eher unwahrscheinlich. Vorsichtshalber fliessen diese 1000.- NOK im Folgenden nicht in meine Berechnungen mit ein.

Interessant und umfangreich ist die Aktenlage über den Umgang der N.S.-Behörden mit den beweglichen Gütern, dem Hausrat Bernhard Buchmanns.²⁸¹ Daran lässt sich leicht erkennen, wie der Wert von Gegenständen systematisch verringert oder gar zerstört wurde.

Für die Staatspolizei haben jene drei Angestellte, die die Wohnung Bernhards am 3. März 1943 räumten, eine 7-seitige Liste mit Gegenständen angefertigt. Das Auktionshaus des N.S.-Mitgliedes Finn Bauck, Bauck & Co., hat sofort mit der Wertberechnung begonnen und diese später, „sobald Raum vorhanden ist, wo alles ausgepackt werden kann“²⁸², in den eigenen Lagerräumlichkeiten fortgesetzt und dort für den Hausrat einen Wert von insgesamt 6'587,59 NOK berechnet. Falls noch vor oder während des Transportes ein Gegenstand verschwunden war, wurde dies nicht bemerkt und in die Auflistung nicht mit einbezogen. Dies ist mit einem

²⁷⁹ RA, Tilbakeføringskontoret, Bomapper, Lnr. 358

²⁸⁰ Vgl. Interview mit Per Helweg: Nazistene forsynte seg av de konfiskerte boer, in: Aftenposten, 6. Juni 1945

²⁸¹ Die hier angesprochenen Akten finden sich gesammelt in der Bomappe mit der Lnr. 358 in: RA, Tilbakeføringskontoret, Bomapper, Lnr. 358

²⁸² Brief des Nachlassgerichtes in Trondheim in: RA, Tilbakeføringskontoret, Bomapper, Lnr. 358

grossen Mahagoni Kleiderkasten geschehen, der sogar auf der ursprünglichen Liste aufgelistet ist, den Bauck aber „nicht entgegen genommen“²⁸³ haben will.

Für den Berechnungsvorgang hat die Firma 10% des Gesamtwertes als Honorar erhalten (658,76 NOK), was den Arbeitsaufwand in keiner Weise berücksichtigte. In Bernhards Besitz war zum Beispiel eine englische Ziehharmonika in einer schwarzen Kiste, die auf 1'200.- NOK geschätzt wurde, was einen Ertrag von 120.- NOK abwarf. Je höher der Wert geschätzt wurde, desto grösser der Lohn für das Auktionshaus, ganz unabhängig davon, wie der reale Erlös, ob niedriger oder höher, weiterverbucht wurde. Die drei Personen, die bei der Räumung geholfen hatten, erhielten zusammen 246,24 NOK Lohn, die ebenfalls von der geschätzten Summe abgezogen wurden, sodass die Endabrechnung von Bauck noch einen Wert von 5'682,33 NOK ergab. Für den realen, noch zu erzielenden Ertrag wurde das Verkaufskonto 905 bei der Liquidationsleitung eingerichtet. Der Verkauf der Ware hat sich dann allerdings als schwieriger erwiesen als angenommen. Das Nachlassgericht liess am 2. März 1943 Bauck die Bitte zukommen, die Waren „auf die best mögliche Weise zu verkaufen, entweder auf einer öffentlichen Auktion oder unter der Hand, wie es Ihnen am dienlichsten ist“.²⁸⁴ Bauck antwortet darauf eindeutig, indem er am 6. März des Jahres an die Stapo schrieb: „Der Verkauf hat begonnen... Wir stimmen überein, dass Gegenstände, die nicht verkauft werden können oder die wertlos sind, entsorgt werden sollten.“²⁸⁵ Bernhard Buchmann hat schliesslich nicht um Erstattung des Verkaufserlöses beim Rückführungsbüro ersucht. In den Büchern der Liquidationsleitung taucht kein Betrag auf, der als von Bernhards Hausrat stammend identifiziert werden kann. Dies heisst nicht zwingend, dass die Güter allesamt über dunkle Kanäle verschwunden sind, die einzelnen Summen in den Büchern lassen sich einfach nicht mehr zuordnen.

Über Bankguthaben finden sich in den Akten keine Angaben, obschon natürlich anzunehmen ist, dass Bernhard Buchmann über private Bankkonti verfügte. Einzig ein Brief vom Verwalter des Innherredsvei 31, Carl Loe, ist erhalten, in dem dieser am 10. Mai 1943 der Liquidationsleitung für beschlagnahmte jüdische Vermögen in Oslo schrieb, er verwalte „den Juden Bernhard Buchmann, Innherredsvei 31 angehend im Auftrag des Liquidators Torgersen ... folgende Mittel: Bargeld und Wertpapiere: 5'727,33 NOK/Wohneigentum: keines“.²⁸⁶ Die Wertpapiere, die Bernhard besass, sind, wie oben gezeigt, an ihn zurück gegangen. Gleiches gilt für die drei Lebensversicherungspolicen bei der Idun Livsforsikring

²⁸³ RA, Tilbakeføringskontoret, Bomapper, Lnr. 358

²⁸⁴ Brief des Nachlassgerichtes vom 2. März 1943 in: RA, Tilbakeføringskontoret, Bomapper, Lnr. 358

²⁸⁵ Brief von Bauck an die Stapo in: RA, Tilbakeføringskontoret, Bomapper, Lnr. 358

²⁸⁶ Der Brief befindet sich in: RA, Tilbakeføringskontoret, Bomapper, Lnr. 358

in Oslo, über deren Wert keine Angaben zu finden sind, was die Interpretation untermauert, dass diese physisch und ohne weiteren Verlust rückgeführt wurden. Falls es sich beim „Bargeld“ um nicht aufgehobene Bankkonti handelte, ist es vermutlich in vollem Umfang zurückerstattet worden, anstatt dass es wie üblich zu 68% vom Rückführungsbüro und zu 32% von der betreffenden Bank rückgeführt wurde. Es scheint auf alle Fälle nicht auf das Konto der „fellesmasse“ einbezahlt worden zu sein. Dass Bernhard Buchmann keine Ansprüche auf diese (Teil-) Summe erhob, ist ein weiteres Indiz dafür, dass er bereits entschädigt worden war.

Da Bernhard Buchmann genügend versichert war²⁸⁷, schien es auch vorteilhafter, den Schaden bei der Kriegsschadenversicherung für bewegliche Güter anzumelden, denn diese vergütete einen Schaden nicht nur zu 68%, sondern in der Regel zu 100%.

Die von Bernhard eingereichte Liste über persönliche Gegenstände umfasste acht Positionen.²⁸⁸ Da werden vier Anzüge für 1'000.- NOK, eine Jacke für den Winter und eine Jacke für den Frühling zu 250.- NOK resp. 175.- NOK, ein Sportdress und Wintersportgeräte wie Ski, Stöcke und Rucksack für insgesamt 295.- NOK, eine Geige für 200.- NOK, drei Paar Schuhe für 90.- NOK und fünf Garnituren Unterwäsche für insgesamt 100.- NOK aufgelistet. Dies ergab eine Gesamtschadenssumme von 2'110.- NOK. Bernhard Buchmann kommentierte seine Liste mit der Bemerkung, dass die Preise sich auf das Preisniveau vom 8.4.1940 bezögen, „für die Neuanschaffung heute muss bei Textilien mit doppelten Preisen gerechnet werden“.²⁸⁹ Der übrige Schaden wie Möbel und andere Einrichtungsgegenstände, so Bernhard weiter, sei durch die Forderung für seine Mutter, Bertha Pauline Buchmann, abgedeckt.

Auch diese Liste ist von einem Versicherungsangestellten sorgfältig bearbeitet worden, indem jeder Posten überprüft wurde: Der Wert der vier Anzüge wurde von 1'000.- NOK auf 700.- NOK reduziert, die Jacken von 250.- NOK auf 175.- NOK resp. von 175.- NOK auf 110.- NOK usw. Einzig der Gegenwert der Geige von 200.- NOK wurde in vollem Umfang anerkannt. Der Versicherungsangestellte errechnet einen Gesamtwert der Ware von 1'495.- NOK. Bei der Auszahlung hat sich die Versicherung nicht die Mühe gemacht, zwischen den verschiedenen Mitgliedern der Familie Buchmann, die beim Schadenereignis im Innherredsvei 31 gewohnt hatten, zu unterscheiden. Dabei hat sich der Fehler eingeschlichen, dass die 11'967.- NOK, die den Schaden an Bertha Pauline Buchmanns Besitz beziffern, auf alle

²⁸⁷ Eine Übersicht über die Versicherungssituation Bernhard Buchmanns in: RA, Tilbakeføringskontoret, Bomapper, Lnr. 358. Das private Versicherungsgeflecht ist wiederum durch Møller-Schlösser aufgelöst worden.

²⁸⁸ Das Formular (Skjema 2a) befindet sich in Bernhards Bomappe: RA, Tilbakeføringskontoret, Bomapper, Lnr. 358.

²⁸⁹ RA, Tilbakeføringskontoret, Bomapper, Lnr. 358.

Familienmitglieder, d.h. auf den Haushalt insgesamt bezogen wurde, was sich bei näherer Betrachtung als falsch erweist. Wenn man die Erstattung durch die Kriegsschadensversicherung für bewegliche Güter prozentual auf die Schadenssummen der Familienmitglieder bezieht, dann hat Bernhard Buchmann einen Anteil von 16,5% erhalten, d.h. von der erstatteten Gesamtsumme von 7'435,97 NOK sind anteilmässig 1'226,95 NOK als Leistung zu Gunsten Bernhard Buchmanns zu verstehen. Bei einem finanziellen Schaden von 2'110.- NOK ergibt dies eine Erstattungsquote von 58%. Es ist zu bezweifeln, ob Bernhard besser beraten gewesen wäre, wenn er den Schaden vom Rückführungsbüro erstattet bekommen hätte, denn von diesem wurden nur 68% des auf das Konto der „fellesmasse“ eingegangenen Betrages bezahlt, und dieser Betrag wäre bestimmt geringer gewesen, als von der Versicherung berechnet, weil die Gegenstände zu Schleuderpreisen verkauft oder gar ohne Ertrag entsorgt wurden.

Die ökonomische Situation Bernhard Buchmanns nach dem Krieg ist bereits bei der Betrachtung der Buchmann'schen Firmen zur Sprache gekommen. Weil die Geschäfte so schnell wieder in Gang gekommen waren und die persönliche ökonomische Lage der dafür Verantwortlichen sich so schnell stark verbessert hatte, kam auch Bernhard für eine zusätzliche Erstattung nach dem Prinzip der Verhältnismässigkeit durch die Aufarbeitungsabteilung des Justizdepartementes nicht in Frage. Sie behandelte Bernhard Buchmanns Gesuch unter der Sachnummer 5244 R8 (s-e-g). Bei der Evaluation des Falles ist die Betrachtung der Schadenssache Bernhard Buchmann A/S mit einbezogen worden, was unwillkürlich zu einer negativen Entscheidung bezüglich der Erstattung für Bernhards privaten Verlust führen musste, obwohl er zusätzlich zu seinem realen Verlust noch eine Einkommenseinbusse von 8'400.- NOK geltend zu machen versuchte. Im Bericht des Aufarbeitungsausschusses von Trondheim heisst es dazu lapidar: „Ich rechne damit, dass er [Bernhard] einige Einkünfte hatte. Der Verlust kann also gar nicht so hoch sein.“²⁹⁰ Der Bericht hatte da nicht ganz Unrecht, denn Bernhard hat zumindest zum Teil Verdienst als Soldat gehabt, wenn auch natürlich kein Verdienst, der sich mit seinem Lohn als Geschäftsinhaber vergleichen lässt. Aber solche nicht-realen Verluste zu ersetzen, war nicht die Aufgabe der Institutionen, und insofern ist die Schlussfolgerung des Berichtes nachzuvollziehen. Dem Vorschlag des Sachverständigen E. Øianger, das Begehren Bernhard Buchmanns abzulehnen, stimmte der Vorsteher des Ausschusses, Ole Skirstad, am 11. April 1949 schliesslich zu.

²⁹⁰ RA, Oppgjøravdeling, Politiske fanger m.m. –bysaker, Nr. 5243, Bericht des Aufarbeitungsausschusses in Trondheim vom 7. März 1949

Bernhard Buchmann hat einen finanziellen Verlust von insgesamt 2'440.- NOK erlitten. Dieser wurde von den Institutionen mit 1'451,35 NOK erstattet, was einer Quote von 59,5% entspricht. Es kann von einem Nettoverlust von 988,65 NOK ausgegangen werden, wenn die Inflation nicht beachtet wird. Wird diese mit einbezogen, dann steigt der Verlust auf 1'384,11 NOK und die Erstattungsquote sinkt auf 35,7%. Die Quote sieht nicht sehr gut aus, aber die Beträge sind doch marginal und die Tatsache, dass es Bernhard Buchmann schon kurz nach dem Krieg wieder ökonomisch gut ging, weckt Verständnis für den abschlägigen Bescheid des Ausschusses.

4.3.4 Sarah Buchmann

Sarah Buchmann ist in den Akten der N.S.-Behörden unter diesem Namen registriert. In den Papieren der norwegischen Nachkriegs-Institutionen findet sich zusätzlich der Nachname ‚Rubinstein‘, den sie durch ihre Heirat mit Albert Rubinstein 1943 im Exil in Schweden erhalten hatte und in Dokumenten nach 1946 als dritter Name ‚Sarah Ragle‘, der Nachname, den sich das Ehepaar spätestens 1947 zugelegt hat. Zusätzlich tauchen verschiedene Varianten des Vornamens auf: Sara, Sarah und Zarah. Der Übersichtlichkeit halber wird sie hier konsequent mit dem Namen ‚Sarah Buchmann‘ genannt.

Die Geschehnisse rund um Sarah Buchmanns Ferienhaus „Hyttbakken“ in Malvik, das 1917 gebaut worden war und das Bertha Pauline Buchmann noch vor den Beschlagnahmen durch das N.S.-Regime an ihre Tochter Sarah überschrieb, sind es wert, hier etwas detaillierter dargelegt zu werden. Sie zeigen die Skrupellosigkeit, die Raffgier und die Uneinsichtigkeit einiger N.S.-Kader aus Trondheim.

Am 17. Februar 1941 hatte Sara Buchmann das Ferienhaus mit einer Wohnfläche von ca. 120 Quadratmetern übernommen, das in den Akten wechselweise die Bezeichnungen „Ferienhaus in Malvik“, „Ferienhaus in Vikhammer“²⁹¹, „Hyttbakken“ oder „Villa in Vikhammer“ erhielt. Am 1. Juli 1941 wurde Sarah Buchmann vom deutschen Sicherheitsdienst (SD) bescheinigt, das Haus sei „von jeder Besetzung frei, weil drei evakuierte norwegische Familien

²⁹¹ Malvik und Vikhammer bezeichnen verschiedene Stufen der politischen Gliederung (Bezirk, Ort) und liegen beide im Gemeindegebiet von Trondheim.

darin eine Wohnung gefunden“²⁹² hätten, worauf Sarah am 14. Juli eine neue Brandschutzversicherung bei Norges Brannkasse über 16'500.- NOK abschloss. Eine gute Woche darauf jedoch, am 23. Juli²⁹³, wurde das Haus vom SD beschlagnahmt und der Organisation Todt zur Verfügung gestellt. Nun bekam das vormalige Ferienhaus den urdeutschen Namen „Haus Gudrun“. Lapidar heisst es: „Sarah Bochmann [sic!] bleibt die Besitzerin des Hauses“²⁹⁴ und sie musste auch Steuern dafür bezahlen. Die pünktlich bezahlten Mieten von anfänglich monatlich 108,33 NOK gingen aber natürlich nicht an die jüdische Besitzerin Sarah Buchmann, sondern an das Verwaltungsbüro. Als Sarah Buchmann wenigstens den neu angeschafften Kühlschrank für sich reklamieren wollte, wurde ihr von der Organisation Todt eine zynisch formulierte Vollmacht zugestellt, in der es hiess, sie könne „selbstverständlich frei über diesen Kühlschrank der Marke „Leonard“ verfügen, aber er darf nicht aus dem Haus entfernt werden“.²⁹⁵

Im Verlauf des Jahres 1944 waren der Chefrevisor Jacob Eide und sein oberster Vorgesetzter, der Chef des Verwaltungsbüros Reidar Landgraff, auf der Suche nach „ehemaligen jüdischen Ferienhäusern in Trøndelag“²⁹⁶ für den Eigengebrauch. Da ihnen aber die Objekte, die sie gefunden hatten, darunter ist insbesondere Jacob Eide das Ferienhaus „Hyttbakken“ ins Auge gestochen, zu teuer waren, unternahmen sie Abklärungen, ob die Kaufpreise nicht vermindert würden, wenn die Wehrmacht eine Zeit lang darin gehaust hätte. Prompt wohnten spätestens am 23. November 1944 einige Wehrmachtsangehörige in dem Haus in Malvik. Die Liquidationsleitung verlangte nun einen Preis von 8'600.- NOK, was Eide aber noch immer zu teuer war, er selbst schlug vor, den Preis auf 7'500.- NOK zu reduzieren, denn dadurch, dass „dauernd Angehörige der Wehrmacht ein- und ausgezogen sind“²⁹⁷, sei die Abnutzung doch sehr stark gewesen. Auch Landgraff empfahl einen Preis von 7'500.- NOK für das Ferienhaus und am 2. Dezember 1944 wurde ein Norm-Kaufvertrag ausgefüllt, in dem als Käufer Jacob Eide, als Verkäufer das Verwaltungsbüro und als Preis der Betrag von 7'500.- NOK eingetragen waren.

Wenn man diesen realen Kaufbetrag mit der Taxierung des Grundstückes durch die Versicherung am 9. September 1941 vergleicht, wird die Dimension klar, in der Eide von der politischen Situation und von seinem Amt profitierte: Gemäss Einschätzung des Versiche-

²⁹² RA, Oppgjørsavdeling, Hca – E. III, Hca-0894. Die Mappe trägt die Überschrift: „Buchmann diverse“

²⁹³ Im Bericht des Aufarbeitungsbüros ist vom Mai 1941 die Rede, was aber falsch ist.

²⁹⁴ RA, Oppgjørsavdeling, Hca – E. III, Hca-0894. Die Schreibweise des Nachnamens legt nahe, dass das Schreiben, dessen Verfasser nicht erkennbar ist, von den norwegischen Behörden verfasst wurde, da im Norwegischen „o“ sehr oft als „u“ ausgesprochen wird.

²⁹⁵ RA, Tilbakeføringskontoret, Bomapper, Lnr. 364 (Sarah Rubinstein)

²⁹⁶ Folgende Angaben stammen aus: RA, Oppgjørsavdeling, Forvaltningskontoret, Sjefrevisor Jacob Eide Korrespondanse. Trøndelag heisst das „fylke“, dessen Hauptort Trondheim ist.

²⁹⁷ Folgende Angaben befinden sich in: RA, Tilbakeføringskontoret, Bomapper, Lnr. 364 (Sarah Rubinstein)

rungsagenten hatten das Wohnhaus und ein Aussenhaus mit zwei kleinen Zimmern samt Fahnenstange und einem das Grundstück einfassenden Zaun einen Wert von 27'270.- NOK. Es gibt in den Akten kein unterschriebenes Exemplar des Kaufvertrages, sehr wohl aber die Meldung des Zentralregisters in Oslo, das den Wechsel des Eigentümers am 2. Mai 1945 bestätigt. Eide scheint damit Eskild Digre, ebenfalls ein Angestellter des Verwaltungsbüros, zuvorgekommen zu sein, denn dieser hatte an Landgraff ein Gesuch für den Kauf des Hauses „Hyttbakken“ gerichtet, welches dieser aber sehr zum Wohlgefallen seines Untergebenen Eide abgelehnt hatte.

Die Episode zeigt, wie hohe Beamte des N.S.-Regimes, obwohl sie in manchen Fällen wie zum Beispiel Jacob Eide nicht Mitglieder der N.S. waren, versuchten, sich auf Kosten der jüdischen Minderheit zu bereichern und wie skrupellos sie ihre Position nutzten, um ihre Wünsche durchzusetzen. Dank seiner prominenten Stellung innerhalb des Regimes war es Eide möglich, den Wert einer Liegenschaft um über 72% zu drücken und so sehr günstig zu einem luxuriösen Freizeitobjekt zu kommen. Die Episode um den Hauskauf, die sich zu einem Zeitpunkt abspielte, als längst absehbar war, dass der Krieg verloren ging, zeigt, wie weltfremd die im Dienste der deutschen Besetzer stehenden Behörden agierten. Es ist heute kaum mehr nachvollziehbar, dass Jacob Eide, der sich ab dem 28. Mai 1946 wegen Landesverrats in Oslo vor Gericht verantworten musste, noch im Winter 1944, sogar noch im Frühjahr 1945 der Auffassung sein konnte, dieser Kauf würde in einer Nachkriegsordnung Bestand haben.

Sarah Buchmann machte durch ihren Anwalt Birger Borgersen bezüglich ihres Verlustes an Bargeld beim Rückführungsbüro folgende Ansprüche geltend²⁹⁸: Erstens waren von der Håndverk- & Industribank (Kto.nr. 22073) 9,47 NOK abgehoben worden. Zweitens hatte die Liquidationsleitung die Auszahlung der auf ihren Namen lautenden Lebensversicherungspolice bei der Norsk Forenede (Policenr. 307089) im Wert von 267.- NOK veranlasst, und schliesslich beanspruchte sie eine Erstattung für die nicht an sie selbst bezahlte Miete für das Ferienhaus „Hyttbakken“ in der Höhe von 3'210.- NOK. Von der Summe von 3'486,47 NOK zog Borgersen alle Ausgaben ab, die durch das Verwaltungsbüro für den Unterhalt des Ferienhauses getätigt worden waren; dabei handelte es sich um Bezahlungen laufender Versi-

²⁹⁸ Folgende Angaben findet man in: RA, Tilbakeføringskontoret, Beregnerskjemaer for flyktnings- og jødeboer, Sarah Rubinstein (ohne Lnr.)

cherungspolice und Staats- und Gemeindesteuern in einem Gesamtwert von 1002,77 NOK. Dies ergab eine Nettoforderung von 2'483,70 NOK.

Das Rückführungsbüro hat die Forderung anerkannt und die Auszahlung von 68% des Betrages in die Wege geleitet. Sarah Buchmann erhielt am 13. August und am 23. September 1947 mittels zwei Checks insgesamt 1'507,35 NOK. Die Lebensversicherungspolice bei der Norsk Forenede wurde wieder erstellt, dafür hat das Rückführungsbüro 68% des ehemals bezogenen Wertes beigesteuert und der Rest ging zu Lasten der Versicherung selbst. Die Checks an die Versicherung über 133,50 NOK resp. 48,06 NOK wurden gleichentags wie jene an Sarah Buchmann ausgestellt. Die Mietsumme, die Sarah Buchmann entgangen war, wurde erstaunlicherweise vom Rückführungsbüro erstattet. Einerseits war dies konsequent, weil die Miete von der Organisation Todt und später von der Wehrmacht an das Verwaltungsbüro bezahlt wurde, andererseits aber ist dieser Umstand etwas sonderbar, da von der Institution in der Regel nur ausbezahlt wurde, was an Bargeld von der betroffenen jüdischen Person auf das Konto der jüdischen „fellesmasse“ geflossen war. In anderen Fällen konnten die Betroffenen lediglich die Aufarbeitungsabteilung des Justizdepartementes nach dem Prinzip der Billigkeit um Erstattung ersuchen, in ähnlich gelagerten Fällen fast ausnahmslos ohne Erfolg.

Bei der Kriegsschadenversicherung für bewegliche Güter meldete Sarah den Schaden, den sie erlitten hatte, selber an. Dieser bezog sich einerseits auf ihre Wohnung im Innherredsvei 31 und andererseits auf das Ferienhaus in Malvik. Sarah Buchmann listete in sieben Positionen auf, was ihr aus ihrer Wohnung abhanden gekommen war und welchen Wert sie dafür veranschlagte. Ein Versicherungsmitarbeiter ist die Liste durchgegangen und hat seine preisliche Einschätzung (hier in Klammern) zu den einzelnen Positionen vermerkt: Diverse Kleider, die Sarah Buchmann auf 1000.- NOK (700.- Kr) veranschlagte, fünf „fast neue“²⁹⁹ Hüte für 175.- NOK (90.- NOK), drei Paar neue Schuhe zu 175.- NOK (90.- Kr), diverse Bücher in Leder zu 100.- NOK (100.- Kr), zwölf Stück Gabeln und Messer zu 40.- Kr (40.- Kr) und eine Toilettengarnitur samt Unterwäsche zu 230.- NOK (150.- NOK). Zwei Dinge fallen bei dieser Auflistung besonders auf: Zum einen wiederum die Tatsache, dass Gegenstände wie Bücher und Besteck in ihren Wert nicht vermindert wurden und zum anderen dass neue oder fast neue Gebrauchsgegenstände (Hüte, Schuhe), obschon sie neu waren, eine beträchtliche Reduktion erfuhren. Sarah Buchmann kommentierte ihre Liste mit der Bemerkung, dass bei der Neuanschaffung mit mindestens 50% höheren Preisen gerechnet werden müsse, weshalb sie

²⁹⁹ RA, Krigsskadetrygden for bygninger og løsøre, løsøreskader forsikret, Skadenr. 88567

zu ihrer Forderung diese 50% hinzufügte. So kam sie auf eine Summe von 2'497.- NOK, während die Versicherung eine Summe von 1'140.- NOK berechnete, was nicht ganz stimmt, richtig addiert hätte sich eine Summe von 1'170.- NOK ergeben. Da die von der Kriegsschadenversicherung für bewegliche Güter ausbezahlte Summe an die am Innherredsvei 31 wohnhaften Mitglieder der Familie Buchmann sich auf den Gesamtschaden, den diese Personen erlitten hatten, bezog, kann der Anteil, der Sarah zugemessen werden muss, aus dem Anteil an der Schadenssumme berechnet werden. Sarahs Anteil am Schaden betrug 13%, ausbezahlt wurden am 17. Januar 1949 7'435,97 NOK, damit ist Sarahs Anteil an der Erstattung ca. 934.- NOK, worin der Inflationszuschlag bereits einbezogen ist.

Bezüglich des Schadens an beweglichen Gütern aus dem Ferienhaus sind die Verhältnisse relativ einfach, aber in ihrer endgültigen Bewertung relativ unsicher. Bernhard Buchmann ersuchte die Kriegsschadenversicherung im Namen seiner Schwester um Erstattung für jene Gegenstände, die aus dem Haus verschwunden waren und nicht physisch rückgeführt werden konnten. Es handelte sich dabei um den Kühlschrank der Marke „Leonard“, der also doch aus dem Haus geschafft wurde und zwar nicht von Sarah Buchmann, sondern vom SD. Dieser war im Februar 1941 zu einem Preis von 1'150.- NOK gekauft und bis zur Beschlagnahmung noch nicht in Betrieb genommen worden. Daneben führte Bernhard zwei Matratzen à 200.- NOK und diverse Küchengeräte für insgesamt 300.- NOK auf. Die Summe betrug also 1'850.- NOK³⁰⁰ Eine Erstattung für diese Gegenstände ist aus den Akten nicht ersichtlich, aber der Kühlschrank scheint wieder gefunden und an seine rechtmässigen Besitzerin zurückgegeben worden zu sein. Dasselbe könnte bei den Matratzen und den Küchengeräten der Fall gewesen sein, jedenfalls nahm niemand die Forderung nach Erstattung für dieselben wieder auf.

Der Schaden an der Liegenschaft in Malvik scheint nicht so gross gewesen zu sein, wie man glauben könnte, wenn man Jacob Eides Klagen betrachtet, denn Sarah Buchmann sah sich nicht veranlasst einen diesbezüglichen finanziellen Nachteil bei der Kriegsschadenversicherung für versicherte Gebäude anzumelden. Selbst der Gartenzaun, der gemäss Eide niedergerissen gewesen sein soll und dem laut Versicherungsangaben ein Wert von über 1'000.- NOK zugeschrieben wurde, scheint nicht in so erbärmlichem Zustand gewesen zu sein, dass er sogleich ersetzt oder repariert werden musste.

Nachdem Sarah Buchmanns Mann, Albert Rubinstein, keine Erstattung nach dem Prinzip der Billigkeit von der Aufarbeitungsabteilung des Justizdepartementes erhalten hatte, weil sich seine Vermögenssituation dank Erstattungen der anderen Institutionen, vor allem aber

³⁰⁰ RA, Oppgjørsavdeling, alminnelige leiesaker, Skadenr. 48924

dadurch, dass er seine Eltern beerbt hatte, nach dem Krieg sehr schnell verbessert hat, reichte Sarah gar kein Gesuch mehr ein. Albert Ragle sagte der Aufarbeitungsabteilung gegenüber, er habe „den Verlust längst abgeschrieben und [ich] rechne schon gar nicht mehr damit, eine Entschädigung zu erhalten“.³⁰¹

Wenn man davon ausgeht, dass die genannten Gegenstände aus dem Ferienhaus „Hyttbakken“ wieder in den Besitz von Sarah Buchmann gelangten, dann summiert sich der finanzielle Verlust auf 3'881,70 NOK, der durch die entsprechenden Institutionen mit 2'441,35 NOK erstattet wurde. Daraus ergibt sich eine Nettoverlust von 1'440,35 NOK, wobei die Inflation nur zum Teil mit berücksichtigt ist. Unter Einbezug derselben beläuft sich der Schaden auf 5'434,38 NOK und der Nettoverlust ist dann 2'993,03 NOK, was eine Erstattungsquote von 55% ergibt.

4.3.5 Hermann Buchmann

Hermann Buchmann spielt in den Akten über die Beschlagnahmen und Erstattungen in Bezug auf die Familie Buchmann eine sehr unauffällige Rolle.³⁰² Da er seit dem 30. April 1940 bei der norwegischen Armee gedient hatte und ohne je wieder zu Hause gewesen zu sein mit dem König und dem Parlament nach England geflüchtet war und erst nach der Kapitulation wieder zurückkehrte, erscheint er fast nur in behördlichen Auflistungen der Mitglieder der Familie. Nach seiner Rückkehr hat er sich nicht um den Wiederaufbau der Geschäfte gekümmert oder zumindest hat er nicht die Korrespondenz mit den Behörden geführt. Auch scheint sich Hermann, der als der lebenslustigste und unproblematischste Charakter der Familie Buchmann beschrieben wird, der alles mit Humor nahm und stets „ein Glitzern in den Augen“³⁰³ hatte, nicht allzu sehr um Fragen der Erstattung seines persönlichen Verlustes gekümmert zu haben. Er war am 20. Juni 1946 im Büro der Kriegsschadenversicherung in Trondheim, um ein Formular zu holen, auf dem er den Verlust an persönlichen Gegenständen anmelden konnte. Drei Monate später, am 17. September, erhielt er vom selben Büro einen Brief mit dem gleichen Meldeformular, weil die Versicherung seit seinem Besuch nichts mehr von ihm gehört hatte³⁰⁴, d.h. er hatte das Formular noch nicht

³⁰¹ RA, Oppgjørsavdeling, Politiske fanger m.m. – bysaker, Nr. 4501 (Albert Rubinstein), Bericht der Aufarbeitungsabteilung.

³⁰² Es gibt, entgegen der Behauptung der Minderheit im Bericht der Skarpnes-Gruppe, für Hermann Buchmann nicht einmal eine eigene Bomappe.

³⁰³ Dr. Erik Buchmann am 3. Mai 1999

³⁰⁴ RA, Oppgjørsavdeling, Hca-E, Hca-0894

ausgefüllt oder zumindest noch nicht an die Versicherung weiter geleitet. Allerdings hatte Hermann Buchmann in der Zwischenzeit, am 7. Juni 1946, einen Brief an die Versicherung geschrieben, in dem er auflistete, was ihm während seiner kriegsbedingten Abwesenheit an persönlichen Habseligkeiten abhanden gekommen war.³⁰⁵ Die Liste enthält relativ wenige Positionen, denen Hermann aber zuweilen recht hohe Beträge zuordnete: Einerseits handelte es sich um Kleider im angegebenen Wert von 2'025.- NOK. Darunter befanden sich drei Anzüge für insgesamt 1'050.- NOK, ein Frack für 250.- NOK, sechs T-Shirts für 180.- NOK, Sommer- und Winterunterwäsche für 115.- NOK, ein Mantel für 200.- NOK, Socken für 75.- NOK, sechs Krawatten für 60.- NOK und drei Paar Schuhe für 135.- NOK. Andererseits nannte Hermann Einrichtungsgegenstände seiner Wohnung und Sportgeräte im Wert von 3'510.- NOK. Darunter befinden sich ein Sofa (450.- NOK), ein Büchergestell (400.- NOK), ein Kleiderkasten (700.- NOK), ein Tisch mit Stühlen (950.- NOK), Bettzeug (360.- NOK), nebst Ski mit Zubehör (550.- NOK) und einem Fahrrad ohne Wertangabe. Insgesamt stellte Hermann Buchmann eine Forderung von 5'535.- NOK. Es fällt auf, dass diese Liste von der Versicherung gar nie durchgesehen und die Preisangaben somit nicht überprüft und allenfalls korrigiert wurden, wie dies sonst der Fall war. Allein die Tatsache, dass der Brief bei den Versicherungsakten liegt, weist darauf hin, dass Angestellte der Versicherung die Auflistung überhaupt je zu Gesicht bekommen haben. Eine Erstattung dafür hat Hermann Buchmann nicht erhalten. Vermutlich hat er frühzeitig auf diese verzichtet, weshalb die Liste auch nicht überarbeitet wurde. Mit Sicherheit gesagt werden kann, dass keine Erstattung in seinem Namen in die B. Buchmann A/S floss oder an eines seiner Geschwister ausbezahlt wurde. Das für die Erstattung von Hausrat vorgesehene Formular 2A hat Hermann auch nie eingereicht, womit sein „Fall“ auch nie eine eigene Schadennummer erhalten hat.³⁰⁶ Es findet sich aber ein Formular 2 A der Familie Buchmann, auf dem eingetragen ist, Hermann hätte gar keinen Schaden an beweglichen Gütern erlitten³⁰⁷, was die Vermutung nährt, dass Hermann seinen Besitz in natura zurück erhalten hat.

Vom Rückführungsbüro hat Hermann Buchmann auch kein Bargeld erstattet bekommen, was seine Ursache darin hat, dass er diesbezüglich keinen Schaden erlitt. Einzig zwei Lebensversicherungspolice bei der Idun Lebensversicherung (Policenr. 173141 resp. 185619) in einem Gesamtwert von 604,30 NOK haben die N.S.-Behörden in Bargeld

³⁰⁵ Die Liste liegt der Erstattungssache B. Buchmann A/S bei, weil sowohl das Geschäft als auch Hermann seinen Sitz in der Nedre Baklandet 89 hatten. RA, Krigsskadetrygden, løssøreskader forsikret, Skadenr. 88565

³⁰⁶ Bei allen vollständigen Auflistungen über die angemeldeten Schadenfälle der Familie Buchmann fehlt Hermann stets als einziger.

³⁰⁷ RA, Krigsskadetrygd, løssøreskader forsikret, skadenr. 88565 (B. Buchmann A/S)

umsetzen können. Der Wert wurde zu 68% vom Rückführungsbüro ersetzt und mittels zwei Checks am 17. Juni und am 24. September 1947 an die Lebensversicherung Idun ausbezahlt, welche die restlichen 32% selbst beisteuerte, um die Policen für Hermann Buchmann wieder auszustellen, die Policen sind also physisch wieder errichtet worden.

Der Verlust, den Hermann Buchmann während des Krieges erlitten hatte, ist also mit 6'139,30 NOK zu beziffern. 604,30 NOK davon sind erstattet worden. Damit bleibt ein Nettoverlust von 5'535.- NOK, was allein die Gesamtsumme des Schadens an beweglichen Gütern ausmacht. Die Erstattungsquote liegt bei knapp 11% ohne Inflation. Bezieht man die Wertverminderung der Krone mit ein, dann steigt der Schaden auf einen Betrag von 7'749.- NOK und damit sinkt die Quote auf unter 8%. Trotz der geringen Erstattung hat sich Hermann Buchmanns private Ökonomie dank des florierenden Betriebs nach dem Krieg schnell erholt, was die Frage nach der Bedeutung der Erstattung für Mitglieder ehemals gut situierter Familien wie die Familie Buchmann, die selbst nach einer Katastrophe wie der Juden-verfolgung den Mut nicht sinken liess und tatkräftig begann die Gegenwart zu meistern, etwas relativiert.

4.3.6 Bernt Buchmann

Auch Bernt Buchmann hat nach seiner dramatischen Flucht nach Schweden Trondheim erst nach dem Ende des Krieges wieder betreten. Und da hat er rasch begonnen, sich um den Wiederaufbau der drei Firmen zu kümmern. Praktisch alle Dokumente, die sich auf die Buchmann'schen Firmen beziehen, sind von ihm oder von Bernhard unterzeichnet. So wie es aussieht, haben die beiden Brüder die Aufbauarbeit gemeinsam geleistet. Sowohl Bernt als auch Bernhard unterschrieben Briefe, Formulare, Checks, Fragebögen usw. für alle drei Firmen.

Für einige Verwirrung sorgte bei den Erstattungsbehörden die Tatsache, dass Bernt den zweiten Vornamen Björn führte, der aber nur ab und zu erwähnt wird. So gibt es in den Akten des Rückführungsbüros für Bernt (Björn) Buchmann zwei Laufnummern, nämlich die Nummer 360 für Bernt Buchmann und die Nummer 361 für Bernt Björn Buchmann.

Bei der Beschlagnahmung haben die N.S.-Liquidatoren Bernts Konto bei der Forretningsbank mit der Nummer 817, auf dem 18,09 NOK lagen, aufgehoben. Zudem haben sie zwei Lebensversicherungspolicen eingelöst, die eine bei der Norsk Forenede (Policennr. 307090) auf

Bernt Buchmann lautend im Gegenwert von 304.- NOK und die andere bei der Gjensidige (Policennr. 214127) auf Bernt Björn Buchmann lautend im Gegenwert von 48,05 NOK. Bei der Abrechnung über die Ansprüche Bernt Buchmanns hat der Beamte des Rückführungsbüros 213.- NOK für vom Verwaltungsbüro geleistete Steuerzahlungen abgezogen, während für Bernt Björn keine Steuern bezahlt worden waren. Den N.S.-Behörden schien bewusst zu sein, dass es sich um eine und dieselbe Person handelte. So ergaben sich für Bernt zwei dividendenberechtigten Beträge: 190,09 NOK (Bernt) und 48,05 NOK (Bernt Björn). Mit der vom Rückführungsbüro geleisteten Zahlung von 68% der Forderungen hat Bernt seine Lebensversicherungspolice wieder abgeschlossen, wie üblich gingen die Zahlungen direkt an die Versicherungsgesellschaften und wie üblich steuerten diese die fehlenden 32% selber bei. Dasselbe gilt für drei Aktien der Skipsag Beaulieu à 1'000.- NOK, die in seinen Besitz rückgeführt wurden, und seinen Verlust durch die Beschlagnahme seines Bankkontos. Die vergüteten 68% des Rückführungsbüros wurden durch die Zahlung der ausstehenden 32% durch die Bank auf 100% ergänzt. So erlitt Bernt Buchmanns als Verlust bloss die 40% Inflation auf den Betrag von 18,09 NOK, was 7,24 NOK ausmachte.

Der Schaden an Hausrat wurde von der Kriegsschadenversicherung für bewegliche Güter, wie für alle Familienmitglieder, die am Innherredsvei 31 wohnten, unter der Schadenummer 88567 behandelt. Bernt füllte ordnungsgemäss das Formular 2A aus, worauf er folgende Gegenstände mit entsprechender Wertangabe (die Korrekturen der Versicherung werden in Klammer angegeben) als verlustig auflistete: einen Frühlingsmantel, gekauft 1941, für 200.- NOK (100.- NOK), zwei fast neue massgeschneiderte Anzüge für 700.- NOK (300.- NOK), 6-8 Manschettenknöpfe für 105.- NOK (75.- NOK), je zwei Hüte, Kappen und Handschuhe zu 235.- NOK (125.- NOK), diverse Sommer- und Winterunterwäsche für 125.- NOK (90.- NOK), 50 Bücher 300.- NOK (200.- NOK) und einige kleinere Gegenstände von geringem Wert. Insgesamt berechnete Bernt Buchmann einen Verlust von 1'945.- NOK, während die Versicherung diesen Betrag gemäss eigener Preisaufstellung auf 1'050.- NOK reduzierte. Besonders auffällig sind der Frühlingsmantel, der vom Versicherungsagenten im Wert um mehr als die Hälfte reduziert wurde, und die Bücher, die hier im Gegensatz zu den bisher betrachteten Fällen auch eine starke Verminderung des Wertes erfuhren, was auf eine gewisse Willkür bei der Taxierung der Werte hindeutet.

Die Versicherung bezahlte im Rahmen der Auszahlung für Schäden dieser Art an die Familienmitglieder, die im Innherredsvei 31 wohnten, 1'490.- NOK an Bernt Buchmann,

darin eingeschlossen war die Inflationsrate von 40%.³⁰⁸ Er hat also den gesamten Schaden, wie er von der Versicherung anerkannt worden war, vergütet bekommen. Im Rahmen der gemischten Rechnung der Kriegsschadenversicherung für die ganze Familie hat Bernt auch einen Anteil an den Schulden seiner Schwester Anna Fanny beglichen. Dieser Anteil muss korrekterweise vom ausbezahlten Betrag abgezogen werden, womit Bernt auf eine reale Erstattung von 1'396,75 NOK kam.

Wie alle anderen Geschwister hat Bernt Buchmann kein Gesuch an die Aufarbeitungsabteilung des Justizdepartementes gestellt, in dem er um Erstattung nach dem Prinzip der Billigkeit für seinen Nettoverlust bat. Ein solches Gesuch hätte auch bei ihm keine Aussicht auf Erfolg gehabt, weil auch er sich nach dem Krieg mit der B. Buchmann A/S schnell wieder etablieren konnte.

Bernt Buchmann hat, wenn man von seiner eigenen Berechnung ausgeht, einen Verlust von 1'952,36 NOK erlitten, der ihm mit 1'396,75 NOK erstattet wurde, was einer sehr guten Quote von 72% entspricht.

4.3.7 Anna Fanny Buchmann

Auch bezüglich der Geschwister Anna Fanny und Assne Rebekka Buchmann ist bei der Liquidationsleitung einige Verwirrung entstanden, die die Rückführungsinstitutionen übernahmen. So findet man für Anna Fanny Buchmann zwei Referenz- und eine Laufnummer. Die eine lautet auf Anny Fanny Buchmann (Ref.nr. 897, Lnr. 355) und die andere auf Fanny Buchmann (Ref.nr. 1036, Lnr. 355), während Assne Rebekka zwar nur je eine Nummer erhielt (Ref.nr. 1032, Lnr. 357), schliesslich jedoch eine zusätzliche Akte mit der Überschrift „Anna Rebekka Buchmann, Lnr. 397“ über sie angelegt wurde. Die Verquickung der geschwisterlichen Vornamen und die Laufnummer, die sich eigentlich gar nicht auf ein Mitglied der Familie Buchmann bezog, erschwert die Rekonstruktion der einfach gearteten Falles nur bedingt.

Anna Fanny erhielt keine Erstattung aus der „fellesmasse“, da es sich bei der Durchsicht der Rechnungsbücher der Liquidationsleitung zeigte, dass kein Barbetrag auf das Konto der „fellesmasse“ einbezahlt worden war, der sich ihr hätten zuordnen lassen. Zur Zeit der

³⁰⁸ RA, Krigsskadeforsikring, løspreskader forsikret, skadenr. 88567

Beschlagnahmung besass sie tatsächlich kein Bankkonto, das von der Liquidationsleitung hätte geplündert werden können. Trotzdem erstaunt der negative Bescheid des Rückführungsbüros insofern, als eine Auflistung des Auktionshauses Bauck an den Verwalter der Liegenschaft Nedre Baklandet 89, Carl Loe, belegt, dass Waren aus Anna Fanny Buchmanns Wohnung für insgesamt 178,92 NOK verkauft worden waren.³⁰⁹ Die Abrechnung verdeutlicht einmal mehr, wie der Erlös aus jüdischem Eigentum in den Händen der Beteiligten dahin schmolz und zu welchen Schleuderpreisen die Waren den Besitzer wechselten: Ein Lederdivan ging für 65.- NOK über den Ladentisch und verschiedene Stühle zu Stückpreisen zwischen 4.- und 9.- NOK usw. Vom Nettoverkaufserlös flossen wie üblich 10% (17,89 NOK) als Lohn an das Auktionshaus Bauck und 12.- NOK wurden demselben für den Abtransport der Ware aus der Wohnung am 27. Mai 1943 gutgeschrieben. Von der verbleibenden Summe von 149,03 NOK sind 50.- NOK als Honorar an den Verwalter Carl Loe, wohl für die Erstellung der Liste, ausbezahlt worden, und die restlichen 99,03 NOK sind wie gesagt nicht auf das Konto der jüdischen „fellesmasse“ geflossen, sondern schlicht und einfach im Auktionshaus versickert. Aus einem Verkaufserlös von 178,92 NOK, der vom realen Wert ausgehend als sehr tief bezeichnet werden muss, blieben zum Schluss noch 99,03 NOK, die schliesslich irgendwo versandeten, ohne eine Spur zu hinterlassen, womit Anna Fanny Buchmanns Ansprüche an das Rückführungsbüro nicht eingelöst werden konnten. Ihr blieb nur noch die Möglichkeit den Verlust an Hausrat bei der Kriegsschadenversicherung oder bei der Aufarbeitungsabteilung des Justizdepartementes anzumelden. Gemäss den vorhandenen Akten scheinen beide Alternativen nicht in Betracht gezogen worden zu sein, es gibt zumindest nicht den kleinsten Hinweis darauf. Weder ein ausgefülltes Formular 2A, welches an die genau dafür zuständige Kriegsschadensversicherung für bewegliche Güter gerichtet gewesen wäre, noch ein Antrag an die Aufarbeitungsabteilung finden sich bei den Akten.

Damit war die Bearbeitung des „Falles Anna Fanny Buchmann“ aber noch nicht abgeschlossen, denn als der Verwalter von Anna Fannys zurück gelassenen Wertsachen am 11. Oktober 1943 in der N.S.-Parteizeitung „Fritt Folk“ als öffentliche Bekanntmachung Nr. 236 eine Proklamation aufsetzte mit der Aufforderung an alle, die Anna Fanny Buchmann gegenüber finanzielle Ansprüche hatten, sich zu melden, reagierte als einzige die Stadtverwaltung von Trondheim mit dem Hinweis, dass Anna Fanny Buchmann die Gemeindesteuer für die Periode 1942/43 noch nicht bezahlt habe. Daraufhin wurde der ausstehende Betrag von 287.- NOK von der Liquidationsleitung aus dem Konto der jüdischen

³⁰⁹ Der Brief befindet sich in Anna Fanny Buchmanns bomappe: RA, Tilbakeføringskontoret, Lnr. 355 (Anny Fanny Buchmann)

„fellesmasse“ beglichen. Folgerichtig meldete sich das Rückführungsbüro nach dem Krieg bei Anna Fanny mit der Aufforderung die Summe dem Konto wieder zuzuführen, „da ihre Steuern aus Mitteln bezahlt wurden, die jetzt verteilt werden sollten“.³¹⁰ So korrekt wie alle Mitglieder der Familie Buchmann ihre Forderungen gestellt, belegt und begründet hatten, wurde dieser Entscheid akzeptiert und der Schuldbetrag ging in die gemeinsame Abrechnung über die persönlichen Verluste der Bewohner der Liegenschaft Innherredsvei 31 samt dem Nachlass ihrer früheren Besitzerin Bertha Pauline Buchmann ein, obschon Anna Fanny in der Nedre Baklandet 89 gewohnt hatte.

Es mag erstaunen, aber nach den Verfolgungen durch die Nazis, nach den Entbehnungen durch den Krieg und durch die Flucht und nach dem Verlust ihrer Mutter hatte Anna Fanny Buchmann bei der Stadt Trondheim 287.- NOK Schulden, statt wie „alle anderen“ etwas vergütet zu bekommen. Es mag auch erstaunen, war aber auch in jüdischen Kreisen akzeptiert, dass nach dem Krieg jüdische Mitbürger bis zu ihrer Flucht Steuern nachzuzahlen hatten.³¹¹ Dass Anna Fanny Buchmann den Erlös aus dem Verkauf ihres Hausrates nicht erstattet bekam, lag nicht zuletzt daran, dass sie die möglichen Mittel nicht ausschöpfte.

Wie gross aber der reale Verlust für Anna Fanny war, ist nur schätzungsweise zu ermitteln, da eine Forderung und damit eine Wertangabe fehlen. Aus der Erfahrung mit den Akten über die Verluste kann man den realen Wert ihres verkauften Hausrates auf mindestens das Dreifache des erzielten Erlöses schätzen, also auf etwa 540.- NOK. Davon können die 287.- NOK für die Steuernachzahlung abgezogen werden, womit ein Nettoverlust von ca. 250.- NOK als unterer Schätzwert angenommen werden kann.

4.3.8 Assne Rebekka Buchmann

Wie Anna Fanny hat auch Assne Rebekka Buchmann von den Rückführungs- und Aufarbeitungsinstitutionen keine finanzielle Erstattung erhalten. Und ebenso wie ihre Schwester war sie gezwungen, Steuernachzahlungen für dieselbe Periode zu bezahlen, obwohl sie bereits im Frühjahr 1942 nach Schweden geflohen war.

³¹⁰ RA, Tilbakeføringskontoret, bomapper, Lnr. 365 (Buchmann div.)

³¹¹ Die Stadt Trondheim war diesbezüglich manchmal sehr unzimperlich oder zumindest aus Unwissenheit sehr ungeschickt. Datiert auf den 2. Juli 1945 (!) erhielt Bertha Pauline Buchmann, die am 3. März 1943 in Auschwitz ermordet worden war, ein Schreiben der Stadtverwaltung, in dem ihr angedroht wurde, ihr Eigentum Innherredsvei 31 werde zwangsversteigert, „wenn die Liegenschaftssteuer von 83.- NOK für die Periode 1944/45 nicht innerhalb eines Monats bezahlt“ würde. RA, Tilbakeføringskontoret, bomapper, Lnr. 1387 (Innherredsvei 31)

Der Korrektheit halber müssen auch Assne Rebekka Buchmanns Bankkontos erwähnt werden, die von der Liquidationsleitung aufgelöst wurden. Der Verlust wurde indirekt erstattet, sie konnte den Schaden immerhin von ihrer Steuerschuld abziehen. Es handelte sich dabei um die Konten mit den Nummern 21717 und 22072 bei der Håndverk- und Industribank in Trondheim, die mit Guthaben von 4 Øren³¹² resp. 15 Øren zu Buch standen.

Die am 4. Februar 1942³¹³ von der Liquidationsleitung bezahlte Summe von 259.- NOK wurde am 9. Januar 1947 vom Rückführungsbüro eingefordert und am gleichen Tag wie die Schuld Anna Fannys, am 9. Januar 1947, nach Abzug der 19 Øren beglichen. Assne Rebekka Buchmann erlitt also keinen nachweisbaren finanziellen Schaden.

4.3.9 Emanuel Buchmann

Emanuel Buchmann, der älteste Sohn von Bertha Pauline und Abraham Buchmann, lebte und praktizierte als Allgemeinarzt in Oslo. Seine Weitsicht, Weltoffenheit und sein kritischer Geist erlaubten es ihm, noch bevor irgendeine N.S.-Behörde begonnen hatte, jüdisches Eigentum zu beschlagnahmen, seine Praxis aufzulösen, seine Flucht nach Schweden vorzubereiten und seinen gesamten Besitz bei Freunden auf dem Ramstad gård in Høvik in vermeintliche Sicherheit zu bringen. Nach Kriegsende eröffnete er wieder eine Arztpraxis in Oslo. Allerdings kam sein privates Hab und Gut während seiner Abwesenheit abhanden. Eine Schadensmeldung Emanuels ist in den Akten nicht vorhanden, wohl aber eine Einschätzung der „Kriegsschadenversicherung für bewegliche Güter“, die für die Berechnung im Besitz einer Liste gewesen sein muss. Sie bezifferte den Wert von Emanuels Besitz mit 4'957.- NOK. Schliesslich ist von der Versicherung der Betrag von 4'811.- NOK zu seinen Gunsten ausbezahlt worden. Diese Zahlen werden in seiner persönlichen Akte der Kriegsschadenversicherung nicht erwähnt, sondern finden sich lediglich in den Rechnungsbüchern der Versicherung. Der hohe Erstattungsgrad lässt aus der Erfahrung mit anderen Fällen Zweifel an der realen Schadenssumme aufkommen, aber genauere Angaben können heute nicht mehr gemacht werden. Nach dem Krieg knüpfte Emanuel Buchmann mehr oder weniger nahtlos an die Zeit vor seiner Flucht an. Er hatte die Dienstzeit in England sogar noch nutzen können, um sich zum Rheumaspezialisten auszubilden. Der weltgewandteste aller Kinder Berthas

³¹² 100 Øren = 1 Krone

³¹³ Die Stadt erhob die Steuern auf Grund von Schätzungen im Voraus.

überstand den Krieg nicht nur praktisch unbeschadet, er konnte sogar noch einen beruflichen Nutzen für sich daraus ziehen.

4.3.10 Samuel Buchmann

Im Gegensatz zu allen anderen Kindern von Bertha und Abraham Buchmann stand der jüngste Sohn, Samuel, der geistig zurückgeblieben war. Er war auch das einzige Familienmitglied, das nicht die norwegische Staatsbürgerschaft angenommen resp. erhalten hatte, sondern einen Status als Staatenloser hatte. Er lebte in einer Pflegefamilie, die selbst nie in Berührung mit Beschlagnahmungen durch die N.S.-Behörden kam, obschon die Stadtverwaltung von Trondheim von ihm wusste. Sie wusste allerdings vermutlich nicht, wo er sich in Pflege befand. Er hatte auch keinen persönlichen Besitz, kein Sparbuch, keinen Hausrat, keine Lebensversicherung. Es gab gar nichts, das hätte beschlagnahmt werden können. Einzig die monatlichen Zahlungen von Bertha zu Gunsten der Pflegefamilie wurden am 15. April 1942 von der Liquidationsleitung eingestellt, was aber insofern keinen Schaden darstellt, als diese Zahlungen bei der Erstattung des dividendenberechtigten Guthabens von Bertha Pauline Buchmanns Erbe hätten subtrahiert werden müssen.

4.3.11 Zusammenfassung

Von den neun Mitgliedern der Familie Buchmann haben sechs während des Krieges einen finanziellen Schaden erlitten. Insgesamt betrug er 46'643,40 NOK. Er wurde mit 16'269,15 NOK erstattet, wobei von dieser Summe die eingeforderten Steuernachzahlungen von insgesamt 546,- NOK abgezogen werden müssen. Somit kann der Nettoverlust der Familie Buchmann mit 15'723,15 NOK beziffert werden, was einem durchschnittlichen Erstattungsquotienten von 33,7% entspricht.

Bei der Betrachtung der individuellen Erstattungsquotienten für die Mitglieder der Familie Buchmann als Privatpersonen fallen die im Vergleich zu den Quotienten für die Erstattung der Schäden an den Geschäften der Familie hohen Prozentzahlen auf. Bernt Buchmann hat seinen finanziellen Verlust zu 51,1% erstattet erhalten, selbst wenn man mit den korrigierten Zahlen rechnet. Der von den Behörden ermittelte Quotient beträgt sogar 71,5%. Aber auch

Sarahs, Bernhards und Bertha Pauline Buchmanns Vermögen sind zu über 40% vergütet worden. Die behördlichen Berechnungen veranschlagen sogar zwischen 62,9% und 56,5%. Einzig Hermann und Anna Fanny Buchmann fallen diesbezüglich mit 7% (behördlicher Quotient 9,9%) und 0% als deutlich unter dem Durchschnitt ab.

Die grossen Erstattungsquotienten begründen sich mit der Tatsache, dass in die Erstattung des Privatvermögens in bestimmten Bereichen die Inflation mit einbezogen wurde. Dies erklärt auch, warum der Quotient für das Erbe Bertha Pauline Buchmanns um einige Prozentpunkte tiefer liegt; in die Aufarbeitung ihres Privatvermögens wurde die Erstattungssache B. Buchmann A/S integriert. Die niedrigen Erstattungsquotienten von 7% für Hermann und 0% für Anna Fanny Buchmann sind in ihrer Korrektheit nicht gesichert. Wie im obigen Kapitel angesprochen, ist es möglich, dass deren Verluste an Mobiliar und anderer persönlicher Habe, die sie gar nie gemeldet hatten, zum grossen Teil physisch hatte rückgeführt werden können.

Während die Arbeitsweise des Rückführungsbüros zwar als für die Betroffenen hart, aber trotzdem als sehr exakt bezeichnet werden muss, zeigten sich die Banken grosszügig. Dies gilt nicht nur für die Erstattung von Geschäfts-, sondern auch für Privatkonti. Die Banken haben mit den Zahlungen der ungedeckten 32% der Verluste unmittelbar nach dem Krieg dazu beigetragen, einen Teil ihrer Schuld zu begleichen. Vergleicht man dieses Entgegenkommen der Finanzinstitute in Norwegen mit dem Verhalten von Banken in anderen Ländern, bei allerdings ungleichen Voraussetzungen, muss deren Entgegenkommen als grosszügig bezeichnet werden.

	Verlust in NOK (1942)	Erstattung in NOK (1947)	1. Quotient in %	Verlust inkl. Inflation (42- 47) in NOK	Erstattung in NOK (1947)	2. Quotient in %
Bertha P. Buchmann	18'363,36	10'375,40	56,5	25'708,70	10'375,40	40,4
Bernhard Buchmann	2'440.-	1'451,35	58,5	3'416.-	1'451,35	42,5
Sarah Buchmann	3'881,70	2'441,35	62,9	5'434,38	2'441,35	44,9
Hermann Buchmann	6'139,30	604,30	9,9	8'595,02	604,30	7,0
Bernt Buchmann	1'952,36	1'396,75	71,5	2'733,30	1'396,75	51,1
Anna Fanny Buchmann	540.-	-287.-	0	756.-	-287.-	0
Assne Buchmann	0.-	-259.-	--	0.-	-259.-	--
Emanuel Buchmann	4'957.- (?)	4'811.-	97,1 (?)	6'939,60 (?)	4'811.-	69,3 (?)
Samuel Buchmann	0.-	0.-	--	0.-	0.-	--

Tabelle 3: Berechnung der Erstattungsquotienten durch die Behörden (1. Quotient) und unter Einbezug der Inflation (2. Quotient)

Die Arbeit des Rückführungsbüros kann nicht beanstandet werden. Dessen Zahlungen lassen sich allesamt mit individuellen Ein- und Ausgängen auf dem Konto der „fellesmasse“ rechtfertigen. Seine Aufgabe war in keiner Weise eine beurteilende, sondern eine rein buchhalterische und somit objektiv nachvollziehbare. Aber die Tatsache, dass lediglich 68% der ehemals eingegangenen Gelder zur Verfügung standen, setzt diese behördliche Institution in ein etwas schiefes Licht, da sie selbst für diesen niedrigen Anteil mitverantwortlich war. Der infrastrukturelle Unterhalt des Rückführungsbüros, die Löhne der Angestellten wurden aus der „fellesmasse“ bestritten. D.h. nicht nur die Mittel, die die Liquidationsleitung von dem beschlagnahmten Geld ausgegeben hatte, sondern auch die Mittel, die für deren Rückführung aufgewendet werden mussten, wurden den Dividendenberechtigten vorenthalten. Die Idee dahinter war es, möglichst schnell mit rückgeführtem Bargeld, das nicht erst noch politisch bereitgestellt werden musste, den Geschädigten zu helfen.

4.4 Die Auszahlungen an „Personen, die während des Zweiten Weltkrieges in Norwegen von antijüdischen Massnahmen betroffen waren“ ab 1999

Die wichtigste politische Konsequenz des Berichtes resp. der Berichte der Skarpnes-Kommission ist der Vorschlag des Stortings vom 4. März 1999, über fünfzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges und auf der Grundlage der angesprochenen Studie, insbesondere des Minderheiten-Berichtes, eine Wiedergutmachung an Juden auszuzahlen. Auf den Vorschlag der Justizkommission des Justiz- und Polizeidepartementes³¹⁴ unter der ersten Regierung Bondevik verabschiedete das Storting am 11. März 1999 den Beschluss, 500 Mio. NOK³¹⁵ als nachträgliche Entschädigung bereitzustellen. Die Summe wurde zweigeteilt um mit je 250 Mio. NOK einerseits jüdische Institutionen in und ausserhalb Norwegens zu unterstützen und andererseits individuelle Auszahlungen an Personen zu leisten, die von antijüdischen Massnahmen während der Besetzungszeit betroffen gewesen waren.

Von der Pauschalzahlung von 250 Mio. NOK gingen unter Auflagen, wie beispielsweise Schuldentilgung, 150 Mio. NOK an die mosaischen Glaubensgemeinschaften in Oslo und in Trondheim, die beiden einzigen konstituierten jüdischen Gemeinden in Norwegen. Die restlichen 100 Mio. NOK verteilten sich auf die Errichtung eines „Kompetenz-Centers für Studien über den Holocaust und die Stellung von Minderheiten in Norwegen“ (40 Mio. NOK) und die „Unterstützung jener Tradition und Kultur, die der Nationalsozialismus auszutilgen

³¹⁴ Innstillng S. nr. 108 (1998-1999)

³¹⁵ Die Summe entspricht ziemlich genau der Wert von 100 Mio. SFR (1999)

versuchte“ (60 Mio. NOK). Zweites galt explizit nur für Projekte ausserhalb Norwegens. Als Ziele wurden hier die Unterstützung politisch neutraler Informations-, Unterrichts- und Forschungsprojekte im Ausland genannt. Als vorsitzenden Aufsichtsrat, der die Verwendung der Mittel lenken und überwachen sollte, schlug das Storting den Friedensnobelpreisträger Eli Wiesel vor. Als norwegischen Vertreter im Aufsichtsrat wählte das Parlament seinen früheren Präsidenten Jo Benkow.

Die Pauschalzahlung begründete das Storting mit dem Hinweis auf die Tatsache, dass eine kollektive Entschädigung an die jüdische *Gemeinschaft* die ökonomische und physische Liquidation, die gegen die jüdische *Gemeinschaft* gerichtet war, unterstreiche³¹⁶.

Die individuellen Auszahlungen sollten sich gemäss der Einschätzung der Kommission insgesamt auf ca. 100 bis 200 Mio. NOK belaufen. Anspruchsberechtigt waren Personen des Jahrgangs 1942 oder älter, die von antijüdischen Massnahmen wie Enteignung oder Beschlagnahme betroffen gewesen waren. Leidtragenden wurde eine pauschale Summe von 200'000.- NOK zugesagt. Im Justiz- und Polizeidepartement ging man also von fünfhundert bis tausend zu bewilligenden Gesuchen aus. Falls die Betroffenen zum Zeitpunkt des Beschlusses nicht mehr am Leben waren, konnten direkte Erben und Ehegatten um den Betrag ersuchen, der dann aber entsprechend dem Erbgesetz aufgeteilt wurde. Schliesslich galt die Bestimmung, dass allfällige berechtigte Ansprüche nicht kumuliert werden können.³¹⁷

Bereits im Vorschlag an das Storting wurde angemerkt, dass es in einigen Fällen für einige Antragssteller schwer sein würde ihre Ansprüche mit Dokumenten zu belegen. Die diesbezügliche Empfehlung, die schliesslich verabschiedet wurde, besagte deshalb, dass die Entscheidung bei Unsicherheiten bezüglich der Angaben „auf jenen Angaben basieren muss, die sich nicht belegen lassen“.³¹⁸

Die Gesuchsfrist wurde auf sechs Monate festgelegt und der Aufruf, sich zu melden, wurde in der nationalen und der internationalen Presse veröffentlicht und über Organisationen wie den World Jewish Congress publik gemacht, sodass alle Opfer die Möglichkeit haben sollten, ihre Ansprüche termingerecht anzumelden.

Die Mitglieder der Familie Buchmann erfüllten die Voraussetzungen für die Auszahlung des „Erkenntlichkeits-Betrages“ eindeutig. Die einzige Ausnahme bildete Samuel Buchmann, der in den Jahren 1940-1945 keinen Schaden durch anti-jüdische Massnahmen erlitten hatte. Sarah Ragle, geb. Buchmann, hat im Jahr 1999 als einzige Überlebende der betroffenen

³¹⁶ Innstilling S. nr. 188 (2003-2004), Hervorhebung durch den Autor.

³¹⁷ Odinarkiv: Bondevik I (1997-2000), Justis- und Politidepartementet, dokumenter, 1.11.1999

³¹⁸ Innstilling S. nr. 108 (1998-1999)

Familienmitglieder persönlich Anspruch auf die Auszahlung von 200'000.- NOK geltend machen können, während für die weiteren Familienmitglieder Bertha Pauline, Bernhard, Hermann, Bernt, Anna Fanny, Assne Rebekka und Emanuel Buchmann deren Nachkommen dieselben Forderungen anmelden konnten. Ob sie ihren Anspruch im Jahr 1999 geltend gemacht haben, spielt im Zusammenhang mit dieser Studie keine Rolle, da sie sich darauf fokussiert, inwiefern der norwegische Staat den Geschädigten Unterstützung bereitstellen liess. Es reicht in diesem Zusammenhang also die Feststellung, dass es möglich war, in den Genuss einer Entschädigung von 200'000.- NOK zu kommen.

Sarah erhielt damit die Summe von 200'000.- NOK, die Nachkommen ihrer Geschwister mussten die Summe von 200'000.- NOK gemäss norwegischem Erbrecht unter sich aufteilen. Insgesamt hatte die Familie Buchmann, von der neun Personen unter den antijüdischen Massnahmen gelitten hatten, also Anspruch auf 1,8 Mio. NOK, was den durchschnittlichen privaten finanziellen Schaden, den die Familienmitglieder erlitten hatten, bei weitem übertrifft. Wird aber die Auszahlung in Relation zu den finanziellen Schäden an den Buchmannschen Betrieben nach den Rückerstattungen betrachtet, so decken die 1,8 Mio. NOK nur gerade ziemlich genau einen Drittel des Gesamtschadens.

Bei der Auszahlung von 1999 ging es aber auch nicht um eine Rückerstattung von Schäden, sondern darum, der in besonderem Masse betroffenen Bevölkerungsgruppe der Juden in Norwegen eine nachträgliche Erkenntlichkeit zu erweisen.³¹⁹

4.5 Vergleichsfälle

4.5.1 Allgemeine Bemerkungen

Wenn der „Fall Buchmann“, also die Ereignisse um die Familienmitglieder und deren Firmen, vergleichend mit anderen Fällen betrachtet wird, fällt in erster Linie die Manigfaltigkeit der individuellen Schicksale auf. Manche biographische Wendungen, die sich in ihrer Vielfalt dennoch immer wieder wiederholen, erkennt man quasi exemplarisch innerhalb der Familie Buchmann: Flucht ins Ausland, Dienst in der norwegischen Exilarmee, Deportation und Ermordung oder Rückkehr nach Norwegen, Reetablierung von Familien, Wiederaufbau von Firmen usw. Die verschiedenen Ausprägungen individueller Schicksale sind in relativ breitem Umfang bereits beschrieben und veröffentlicht worden. Die ersten Schilderungen durch Direktbetroffene sind schon kurz nach dem Krieg erschienen, andere sind in Form von Memoiren in den Siebziger- und Achzigerjahren publiziert worden. Es haben sich nicht zuletzt die jüdischen Gemeinden in Norwegen um solche Veröffentlichungen verdient

³¹⁹ Instilling S. nr. 108

gemacht. Seit den Neunzigerjahren hat sich das öffentliche Interesse verstärkt und somit biographische Recherchen gefördert. Die letzte Veröffentlichung von Espen Sørbye mit dem Titel „Alltid vært i Norge“³²⁰ ist repräsentativ für die neuere Generation von Studien, die anhand von Einzelschicksalen unterschiedliche Aspekte des Systems beschreiben. Espen Sørbye zeigt auf, wie gross der Beitrag der nicht-nazistischen norwegischen Behörden, v.a. der norwegischen Polizei bei der Verfolgung und der Deportation der Juden war.

Die Manigfaltigkeit der individuellen Schicksale ist aber nicht Thema dieser Studie. Hier geht es um ökonomische Verluste durch die Kriegsereignisse und deren Erstattungen in der Nachkriegszeit. Innerhalb dieses Sachkreises existiert die oben beschriebene Manigfaltigkeit nicht. Im Gegenteil, es fällt auf, wie selten Abweichungen von der Norm zu finden sind. Sowohl von den N.S.-Behörden als auch von den Erstattungsbehörden der Nachkriegszeit sind die Opfer alle gleich behandelt worden, und zwar den durch die jeweiligen staatlichen Institutionen vorgegebenen Regeln entsprechend. Ein Beispiel mag diese strenge Einhaltung der Regeln verdeutlichen:

Das Rückführungsbüro verteilte nach Kriegsende das übrig gebliebene Geld aus der „fellesmasse“. Dies galt für Salomon Felix Gamser³²¹ und Isidor Krabbe³²² genauso wie für die Mitglieder der Familie Buchmann, deren Vermögen zumindest zum Teil in die „fellesmasse“ eingeflossen waren. Die Kriegsschadenversicherung dagegen bezahlte die berechtigten Forderungen nur an die Angehörigen der Familie Buchmann, Salomon Felix Gamser bekam nichts ausbezahlt, weil er entsprechend den Normen dazu nicht berechtigt war, da er Deutscher Staatsangehöriger war. Wie Gamser erging es allen ausländischen Staatsangehörigen mit drei Ausnahmen unter 1651 Fällen. Eine dieser Ausnahmen war Isidor Krabbe, der einen kleinen Vorschuss ausbezahlt bekommen hatte, der nicht mehr eingefordert wurde, als die Behörden bemerkten, dass Krabbe zum Zeitpunkt des Schadens kein norwegischer Staatsangehöriger war. Die prozentuale Abweichung von den Normen ist mit ungefähr 1.8 % in den meisten Fällen ähnlich gering wie im oben beschriebenen, was eine extrem einheitliche Handhabung der Regeln durch die entsprechende Behörde widerspiegelt.

³²⁰ Espen Sørbye: *Kathe, Alltid vært i Norge*. Oslo 2003. Dt.: „War schon immer in Norwegen“. Der Titel ist die schriftliche Antwort der 15-jährigen Kathe Lasnik, um die es in der Fallstudie Sørbyes geht, auf die Frage „Wann kamen Sie nach Norwegen?“ im von ihr ausgefüllten „Fragebogen für Juden in Norwegen“.

³²¹ Name geändert. Die Dokumente finden sich unter: RA, Justisdepartementet, Tilbakeføringskontoret for indratte formuer. Hc - E.III. Jødeboer sønneffelds. Skadenr. 0936/09

³²² Name geändert. Die Dokumente finden sich unter: RA, Justisdepartementet, Tilbakeføringskontoret for indratte formuer. Hc - E.III. Jødeboer sønneffelds. Skadenr. 0937/15

4.5.2 Die Datensammlung der Skarpnes-Kommission

Als Basis für einen Vergleich der Rückerstattungsquotienten könnte eine Übersicht über ökonomische Verluste und deren Erstattungen aller Juden und aller jüdischen Geschäfte dienen. Eine solche Auflistung existiert, sie ist vom norwegischen Parlament am 29. März 1996 bei der „Skarpnes-Kommission“ in Auftrag gegeben worden. Bereits vor dem Einsehen dieser Übersicht bin ich von zwei der Verfasser darauf hingewiesen worden, dass sie „vermutlich wenig Aussagekraft“ besitze, da die darin aufgeführten absoluten Beträge „wahrscheinlich zu tief angesetzt“ seien. Die Aussage ist brisant vor dem Hintergrund der politischen Auseinandersetzungen in Norwegen nach der Veröffentlichung des Berichtes der Skarpnes-Kommission, deren Gespaltenheit sich in der Abfassung zweier Berichte, eines Mehrheits- und eines Minderheitsberichtes durch die jüdischen Vertreter, manifestierte. Aber die Vorhersage hat sich mit aller Schärfe bewahrheitet. Am „Fall Buchmann“ lässt sich zeigen, dass die EDV-registrierte Auflistung in Bezug auf absolute Verluste und Erstattungen praktisch keine Aussagekraft besitzt:

In Kapitel 4.2.1.6 wurde aufgezeigt, dass sich der Gesamtverlust für die A. Buchmann A/S auf 142'514,06 NOK abzüglich von 18'984,90 NOK Erstattungszahlungen, netto also auf 123'529,16 NOK belief. Die Berechnungen der Skarpnes-Kommission dagegen weisen einen Verlust von -8'832.- NOK aus; d.h. die A. Buchmann A/S soll, dank der Inflationszulage, fast 9'000.- NOK mehr erstattet bekommen haben, als der Schaden betragen hatte. Die Tatsache, dass in einigen Fällen negative Verluste in den Akten der Rückführungsbehörden auftauchen, ist wenig überraschend, weil das Rückführungsbüro neben einer 68%igen Erstattung einen Inflationszuschlag von 40% ausbezahlt. Wer also lediglich einen Schaden erlitten hatte, der den Regeln entsprechend von dieser Institution vergütet wurde, stand mit einem negativen Verlust zu Buche. Als Beispiele für negative Verluste können auch Anna Fanny und Assne Buchmann herangezogen werden. Beide hatten keinen direkten Verlust erlitten, aber das Verwaltungsbüro hat für sie aus der „fellesmasse“ die Staatsteuern bezahlt. Der Fall der A. Buchmann A/S war aber ein ungleich komplexer, was aus jedem einzelnen relevanten Dokument hervor geht.

Ähnlich stark verfälschte Zahlen ergeben sich aus den Berechnungen des Verlustes der Bernh. Buchmann A/S. Hier kommt die Skarpnes-Kommission auf einen aufgrund der Quellen nicht belegbaren Schaden von 5'475.- NOK, während obige Darstellung eine Summe von 145'581,74 NOK (Verlust) minus 24'545,96 NOK (Erstattung), also 121'035,78 NOK als Gesamtschaden definiert. Und auch die B. Buchmann A/S erlitt in Realität mit 83'708,84

NOK (Verlust 100'898,54 NOK; Erstattung 17'189,70 NOK) einen weit höheren Schaden als jener, den die vom Parlament ernannte Forscher-Gruppe mit 14'738.- NOK beziffert.

Auf die Zahlen, die die Skarpnes-Kommission berechnet hat, ist also in keiner Weise Verlass. Das Zustandekommen der durch die Skarpnes-Kommission berechneten Schadenssummen ist durch das Aktenstudium nicht einmal in Ansätzen nachvollziehbar. Dies gilt zumindest für die Verluste durch die Beschlagnahmen der Geschäfte der Familie Buchmann. Die Beträge scheinen tatsächlich „angesetzt“ und nicht auf der Faktengrundlage errechnet worden zu sein. Bei den individuellen Verlusten der Familienmitglieder sind die Gegebenheiten zum Teil sehr einfach gelagert. Hier stimmen die Angaben in einigen Fällen mit den Recherchen dieser Studie überein (Emanuel, Samuel, Anna Fanny und Assne Rebekka Buchmann). In anderen Fällen, deren Darlegung etwas weniger einfach ist, sind die Differenzen dagegen wieder vorhanden. Dies betrifft Bernhard, Sarah, Hermann und Bernt Buchmann. Sarah Buchmann zum Beispiel erhält einen Nettoverlust von 700.- NOK zugeschrieben, während diese Untersuchung einen Betrag von 2'993,03 NOK (Verlust 5'434,38 NOK; Erstattung 2'441,35 NOK) veranschlagt.

Bei Bertha Pauline Buchmann ist ein Vergleich nicht möglich, da, wie oben erwähnt, ihr Privatvermögen zusammen mit der Firma B. Buchmann A/S abgerechnet wurde, was die vorliegende Studie zu differenzieren wusste, was von der Forschergruppe um Oluf Skarpnes aber nicht genauer untersucht wurde.

In Bezug auf einen möglichen Vergleich der Erstattungsquotienten ist die Datensammlung der Skarpnes-Kommission also eine absolut unbrauchbare Grundlage. Mit Hilfe von Stichproben und der gewonnenen Erfahrung, die sich aus der Durchsicht eines über die Familie Buchmann hinausgehenden Teiles des Aktenmaterials gewinnen lässt, kann man leicht die These aufstellen, ohne diese durch Zahlenmaterial eindeutig belegen zu können, dass der „Fall Buchmann“ in keiner gravierenden Weise von anderen Fällen abweicht, sowohl was die Vorgehensweise und die Resultate für Betriebe als auch für Privatpersonen betrifft.

4.5.3 Zahlungen nach dem Prinzip der Verhältnismässigkeit durch die Aufarbeitungsabteilung

Brauchbar ist die Zusammenstellung allerdings zur Überprüfung, wie viele jüdische Personen und jüdische Betriebe in den Genuss einer Entschädigung nach dem Prinzip der Verhältnismässigkeit durch die Aufarbeitungsabteilung des Justizdepartementes gekommen sind. Schliesslich lassen sich diese Fälle auch in den Akten aufspüren, einer genaueren Betrachtung unterziehen und quantifizieren.

Die Buchmann'schen Betriebe haben alle kein Geld vom Aufarbeitungsausschuss zugesprochen erhalten, aber in der Auflistung aller Betriebe findet man unter den 254 jüdischen Betrieben sieben, welchen eine solche Unterstützung zugute kam. Das Gesamtvolumen dieser Zahlungen erreichte allerdings die bescheidene Höhe von 34'192.- NOK. Damit ist die Feststellung im Bericht aus dem Parlament belegt, dass es das Ziel gewesen sei, durch diese Auszahlungen „nicht die Gesellschaft ökonomisch unnötig zu belasten“.³²³ Betrachtet man die Fälle genauer, fällt auf, dass alle die entsprechenden gesetzlichen Voraussetzungen erfüllten. Dies waren erstens eine genügend patriotische Haltung während des Krieges, die allen Juden, allerdings nach Überprüfung durch die Polizei, zugestanden wurde; zweitens konnte – und dies geschah in allen Fällen in besonderem Masse – „eine Auszahlung an die Bedingung geknüpft werden, dass sie für produktive oder andere berechtigte Zwecke benutzt“ wurde, und drittens musste „der Verlust wesentlich und die ökonomische Situation des Geschädigten [...] schlechter als vor dem Krieg“³²⁴ sein. Als die zweite Bedingung erfüllend wurde vor allem die Absicht betrachtet, den Betrieb, der schon vor dem Krieg bestanden hatte, wieder aufzubauen.

Dies gilt zum Beispiel für Ljsa Langwiik³²⁵, die nach dem Krieg als Witwe den Betrieb, eine Art Kiosk namens Langwiik A/S, ihres Mannes an der Lybeckergate 1 im Zentrum Oslo wieder aufbauen wollte, der aber die Mittel dazu fehlten. Ihr Mann, Abraham, wurde während der ersten „Judenaktion“ deportiert und in einem deutschen Konzentrationslager umgebracht. Ljsa und ihr 16-jähriger Sohn flüchteten nach der Verhaftung Abrahams nach Schweden, wo sie den Krieg unbeschadet überstanden. Der Aufarbeitungsausschuss stellte in seinem Bericht vom 25. Januar 1949 fest, dass über die Gesuchstellerin in Bezug auf ihre nationale,

³²³ Stortings melding 60 (1952). S. 16

³²⁴ Norsk Lovtidend 1947, Mittelfristiges Gesetz Nr. 4 vom 25. April 1947 über die Erstattung von gewissen Schäden und Verlusten als Folge des Krieges 1940-1945, § 6

³²⁵ Name geändert. Die Dokumente finden sich unter der Schadenummer 1598 der Aufarbeitungsabteilung. RA, Oppgjørsavdeling. Skadekontor (R8). (Politiske fanger m. v.) Skadenr. 1598

antinazistische Haltung „nichts Unvorteilhaftes“ gesagt werden könne und dass die Geschäftsbücher und Warenlisten aus der Zeit vor dem Krieg verschwunden und auch nach dem Krieg nicht mehr aufgetaucht seien, derweil „die Nazis“ – es wird hier nicht explizit genannt, aber man kann mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit norwegische N.S.-Mitglieder als Verwalter vermuten – „mit der Buchführung und den Protokollen nicht sehr genau“ gewesen seien, deshalb könne man sich nicht auf die dort genannten Zahlen verlassen.³²⁶ Der Steuerausweis von Ljsa Langwiik resp. die damaligen Angaben an die Steuerbehörden über die Langwiik A/S wiesen für die Periode 1939 bis 1941 durchschnittlich ein Jahreseinkommen von unter 590.- NOK aus und am 1.1.1941 bestand ein Firmenvermögen von unter 8'000.- NOK. Der Ausschuss stellte schliesslich fest, dass die ökonomische Situation von Ljsa Langwiik Anfang 1949 generell schlechter sei als vor dem Krieg und dass sie beteuere den Betrieb zusammen mit ihrem in der Zwischenzeit erwachsenen Sohn wieder aufbauen zu wollen. Diese beiden Aspekte wurden im Bericht zusammenfassend zentral dargestellt, woraus geschlossen werden kann, dass sie für den Entscheid ausschlaggebend waren, Ljsa Langwiik 7'000.- NOK zuzusprechen.

4.5.4 Betrugsversuche

Vom normalen Erstattungsanspruch abweichende Fälle sind selten. Die Bitte einer Witwe an die Aufarbeitungsabteilung des Justizdepartementes um die finanzielle Erstattung für das Leben ihres Mannes, der im Krieg umgekommen war und „zwar kein Mustergatte, aber dessen Leben doch sicher 500 Kronen wert war“, amüsierte die Behörden schon damals mehr, als dass sie Empörung über einen unrechtmässigen Bereicherungsversuch auslöste. Umgekehrt verhielt es sich mit einem Erstattungsgesuch eines sehr hohen Würdenträgers aus dem Aussenministerium, der sich während des Krieges mit der norwegischen Regierung in London aufgehalten hatte und der bei der Wiederinbesitznahme seines Hauses in Oslo nach Kriegsende eine finanzielle Entschädigung für einige abhanden gekommene Stühle und einen Tisch forderte. In beiden Fällen, und dies ist charakteristisch für einige vergleichbare Gesuche, ist lediglich die Handlungsweise der Betroffenen als ungeschickt oder naiv zu bezeichnen. Solche unfreiwillig komische Anträge haben die Behörden unter dem Stichwort „Kuriositäten“ gesammelt.

³²⁶ RA, Oppgjørsavdeling, Politiske fanger m.m. – bysaker, Oslosakene, Nr. 1598, Bericht der Aufarbeitungsabteilung.

Eine ungleich unverfrorenere Art und Weise zu einer Wiedergutmachung zu kommen ist jene, sich durch Angabe von falschen Tatsachen zu bereichern. Einen solchen Fall erzählt die Geschichte Daniel Meisters.³²⁷

Daniel Meister war ein norwegischer Jude, der in Oslo von 1936 bis 1941 einen eigenen Marktstand und danach ein kleines Lebensmittelgeschäft unterhielt und seit Dezember 1935 mit einer Norwegerin verheiratet war. Seine Mutter wurde 1942 nach Deutschland deportiert und in einem KZ ermordet. Er selbst hat sich auf den Aufruf an alle Juden in Norwegen sich registrieren zu lassen bei den Behörden gemeldet und ist sogleich verhaftet und nach Tønsberg ins Gefängnis Berg gebracht worden. Der Deportation in ein deutsches KZ entkam Meister dadurch, dass er mit einer Nicht-Jüdin verheiratet war. Wenige Tage vor der Befreiung Norwegens kam er zusammen mit den meisten Mitgefangenen der Strafanstalt Berg dank einer Initiative Graf Folke Benadottes nach Schweden, von wo er nach Kriegsende mit seiner Frau, die bereits 1942 ins Nachbarland geflohen war, nach Oslo zurückkehrte.

Meister ersuchte um Erstattung für Möbel, Hausrat und Inventar aus seinem Geschäft und um verschwundene Einrichtungsgegenstände seiner Mutter. Seine Schadensmeldung wurde entsprechend den Regeln geprüft und gewürdigt und Meister erhielt schliesslich für seinen Besitz einen Vorschuss von 1'905.- NOK und für jenen seiner Mutter 5'859,80 NOK 1946 liess sich das Ehepaar Meister scheiden und die Frau siedelte wieder nach Schweden über, wo sie 1947 erneut heiratete. Seiner Ex-Schwiegermutter gegenüber erwähnte Daniel Meister im Laufe des Jahres 1948, dass er für seine Ansprüche an Hab und Gut der Mutter 5'000.- NOK ausbezahlt bekommen habe. Diese wurde skeptisch und berichtete ihrem Mann von der Aussage Meisters, worauf sich dieser an die Aufarbeitungsabteilung des Justizdepartementes wandte und im Detail erklärte, welche Gegenstände er und welche sein anderer Schwiegersohn für Meister während seiner Abwesenheit aufbewahrt und nach dem Krieg wieder zurückgegeben habe. Als die Behörden Daniel Meisters Verhältnisse etwas genauer unter die Lupe nahmen, wurde bald klar, dass etwas mit dessen Angaben auf den Erstattungsformularen nicht stimmen konnte. Aus den angeforderten Polizei-Akten konnten sie erfahren, dass Daniel Meister bereits in den Jahren 1936, 1940, 1942 und 1948 wegen Preistreiberei und Diebstahl in Konflikt mit dem norwegischen Gesetz gekommen war. Als Meister ab Februar 1949 mehrfach befragt wurde, machte dieser sehr bald einerseits materielle Zugeständnisse, andererseits berief er sich aber auch auf Erinnerungslücken, unter denen er seit seiner Gefangenschaft während des Krieges litt und die ihm auch ärztlich attestiert wurden. Die Behörden vermerken in ihrem Rapport vom 23.4.1949, also schon zu einem frühen Zeitpunkt,

³²⁷ Name geändert. Die Dokumente finden sich unter der Schadennummer 82429 der Kriegsschadenversicherung. RA, Krigsskadetrygden, løsøreskader forsikret, Skadenr. 82429

dass man „den Eindruck nicht los [wird], dass es bei dieser Schadensmeldung Unregelmässigkeiten gibt und dass Daniel Meister sich, sobald es eng wird, nicht erinnern will“.³²⁸

In die Enge getrieben bezeichnete Meister die Anfrage seines Ex-Schwiegervaters an die Kriegsschadensversicherung als Strafanzeige, die tatsächlich die Wiederaufnahme des Falles initiierte. Die Anzeige sei ein reiner Racheakt ihm gegenüber, weil er dessen Tochter verlassen habe.

Nach weiteren Befragungen von Familienangehörigen seiner Ex-Frau, von seinen eigenen Geschwistern und von Meisters und der Mutter Nachbarn wurde Meister schliesslich dafür angeklagt, sich aufgrund wissentlich falsch gemachter Angaben Erstattungsgelder erschlichen zu haben. Dazu kam die Forderung nach Rückzahlung der aufgrund falscher Angaben ausbezahlten Beträge.

Der Fall Meister zeigt eindrücklich, dass es sehr leicht war, die Behörden um stattliche Beträge zu prellen. Hätten die Familie Meister und die Eltern der Ehefrau zusammen-, statt gegeneinander gearbeitet, wäre der Betrug niemals erkannt worden. Die Akte Meister ist nur noch einmal hervor gesucht worden, weil sich ein „Aussenstehender“, in diesem Falle der Schwiegervater, eingeschaltet hatte. Hätte Daniel Meister ein zurückgezogenes Leben ohne viele Freunde und Bekannte, die sich in seiner und seiner Mutter Wohnung und in seinem Geschäft auskannten, geführt, hätten die Behörden keine Möglichkeit gehabt, ihn des Betrugs zu überführen. Solche Fälle von Betrug im Zusammenhang mit der Erstattung von Schäden aus dem Krieg und dessen Auswirkungen sind selten und in den Quellen nicht gesondert vermerkt.

Bezüglich der Rechtschaffenheit der gestellten Ansprüche zeichnen die Quellen unter Umständen ein trügerisches Bild. Es war mit einigen Vorkehrungen und einigen Vorsichtsmassnahmen, eventuell bereits während des Krieges, wie oben dargelegt ein Leichtes die Erstattungsbehörden zu betrügen. Wo dies gelungen ist, findet man in den Akten natürlich keine diesbezüglichen Vermerke. Ein solcher Fall lässt sich heute nicht einmal mehr ansatzweise rekonstruieren.

Die Anzahl der aufgedeckten Betrugsfälle ist nicht ermittelt, extrapoliert man die Ergebnisse der für diese Studie eingesehenen Akten, beträgt das Verhältnis 1:62.

³²⁸ RA, Krigsskadetrygden, løssøreskader forsikret, Skadenr. 82429

Der Prozess der Rückführung von Gütern und der Rückerstattung von Werten scheint weitestgehend durch Ehrlichkeit der Geschädigten geprägt zu sein. Dass auch die Behörden von dieser Annahme ausgingen, zeigt der ganz kurz angesprochene Fall, in dem einem ausländischen Antragsteller versehentlich ein kleinerer Betrag ausbezahlt worden war, der nach Aufklärung des Falles aus Grosszügigkeit nicht mehr eingefordert wurde.

5 Schlusswort

Die vorliegende Fallstudie untersuchte am Beispiel der jüdischen Familie Buchmann, welche ökonomischen Konsequenzen die Enteignungen während des Krieges und die Rückerstattung des privaten Eigentums in der Nachkriegszeit mit sich brachten und setzte sich kritisch mit der Quellenlage auseinander, die als Datengrundlage im Bereich der Enteignung, Verwaltung und Rückführung jüdischen Eigentums in Norwegen während und nach dem Zweiten Weltkrieg diente. Die Beschäftigung mit der Thematik hat gezeigt, dass im Riksarkiv in Oslo einerseits sehr umfangreiches Datenmaterial vorhanden ist, dass andererseits dieses Material aber einer kritischen Prüfung unterzogen werden muss, um fundierte Aussagen machen zu können. Die Durchsicht eines Teils des noch nicht katalogisierten Materials im Archiv der Aufarbeitungsabteilung des Justizdepartementes hat auch gezeigt, dass hier einige wesentliche Quellen nicht erfasst und ausgewertet sind. Eine systematische Erfassung wäre notwendig, um ein korrektes Gesamtbild der Situation zu zeichnen.

Dies hat die durch das Storting ins Leben gerufene „Skarpnes-Kommission“ nicht getan und ihre Schlussfolgerungen bedürfen deshalb einer Korrektur. Die Studie belegt eine quantitative Diskrepanz zwischen den bereits vorliegenden Zahlen anhand eines konkreten Fallbeispiels und soll für künftige Studien zu diesem Thema eine methodische Anregung darstellen.

Die Angaben über die durch den Krieg bedingten finanziellen Verluste der Juden in Norwegen müssen in aller Regel stark nach oben korrigiert werden. Dies betrifft vor allem die Zahlen, die im Bericht der Mehrheit errechnet wurden. Die Hochrechnungen, welche der Bericht der Minderheit darlegt, entbehren aber genauso einer seriösen Quelleninterpretation, während der ethisch-philosophische Aspekt der Aufrechnung von Leiden und Entbehrungen des jüdischen Bevölkerungsteils mit materiellen Gütern in der vorliegenden Abhandlung nicht zur Debatte steht. Diesen doch wesentlichen Punkt im Bericht der Minderheit hat die norwegische Öffentlichkeit nicht so eingehend diskutiert wie manche persönliche, fachliche oder methodische Aspekte in der Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte.

Der Verlust der Familie Buchmann bezüglich ihrer drei Betriebe beläuft sich, hochgerechnet auf den April 2006, auf einen Wert von etwas über einer Million Schweizer Franken (genauer 1,083 Mio. SFR), die sich relativ gleichmässig auf alle familieneigenen Firmen verteilen, während der gesammelte private Verlust für sämtliche Familienmitglieder einen heutigen Wert von knapp 110'000.- SFR (genauer 109'061 SFR) ausmacht und sehr ungleich verteilt

ist. Der grösste Teil ergibt sich aus der Aufarbeitung des Verlustes des Privatvermögens von Bertha Pauline Buchmann (50'600.- SFR), gefolgt von Hermann Buchmann (26'380.- SFR) und Emanuel Buchmann (7'020.- SFR³²⁹). Die Zahlungen von 1999 vermögen zwar die privaten Verluste zu kompensieren, aber der ökonomische Schaden in Bezug auf die Betriebe der Familie Buchmann reduziert sich durch sie lediglich um einen Drittel.

In Fragen der Erstattung ist aus vergleichender Schweizer Sicht das Verhalten der norwegischen Banken und Versicherungen besonders interessant. Die Banken wurden durch die „Norwegische Bankenvereinigung“ angehalten den Besitzern der von der Liquidationsleitung leer geräumten Bankkonti den vollen Betrag zu erstatten oder nach Zahlungen des Rückführungsbüros den Fehlbetrag von 32% zu überweisen. Diese Strategie verfolgte die Bankenvereinigung aufgrund eines Urteils des Obersten Gerichtes in Norwegen.

Der „Verband norwegischer Versicherungsgesellschaften“ empfahl unter Hinweis auf die Situation bei den Banken seinen Mitgliedern, die zu Unrecht an die Liquidationsleitung ausbezahlten Rückkaufswerte der Policen zu 100% zu erstatten oder die Lebensversicherungspolice physisch wieder zu errichten. Es gibt kaum nachweisbare Fälle, in denen die Versicherungen sich weigerten, so zu verfahren. Damit haben die Versicherungen und Banken bereits anfangs Juni 1947 ihre Mitwirkung am Unrechtsregime der N.S. mindestens materiell abgegolten. Für die Betroffenen war dies sicher positiv, auch wenn man klar sehen muss, dass die Bereiche Bank- und Versicherungswesen bezüglich der privaten und der geschäftlichen Verluste nur einen Bruchteil des Gesamtschadens ausmachten. Allein die den Opfern entgegenkommende Vorgehensweise der norwegischen Banken und Versicherungen verdient aus heutiger Sicht Respekt.

Die gesamten Erstattungen, die die Juden in Norwegen nach dem Krieg erhalten hatten, deckten die durch die Besatzungszeit entstandenen Verluste nur zu einem mehr oder weniger grossen Teil. Dasselbe lässt sich aber auch von nicht-jüdischen betroffenen Norwegern sagen. Bei der Rückerstattung unterschieden die Behörden nicht nach Religions-, sondern nach Staatszugehörigkeit; Ausländer wurden Norwegern gegenüber benachteiligt, nicht Juden gegenüber Nicht-Juden. Aber selbstverständlich fanden sich unter den Juden prozentual mehr ausländische Staatsangehörige als unter der restlichen Bevölkerung Norwegens. Ebenso selbstverständlich ist es, dass im Gegensatz zur Gesamtbevölkerung jeder einzelne Jude von den Enteignungs- und Zwangsmassnahmen betroffen war, während von den anderen Bürgern

³²⁹ Die Angaben bezüglich des privaten Vermögensverlustes von Emanuel Buchmann sind nicht abschliessend gesichert. (siehe Kap. 4.3.9)

nur ein Bruchteil handfesten materiellen Schaden erlitt. Von den etwa 11'500 - 12'000 teilweise oder gänzlich beschlagnahmten Hausständen waren 1'053 jüdische. In den Akten findet man keinen Hinweis darauf, dass die Nachkriegsbehörden bestimmte Regelungen getroffen hätten, um explizit den jüdischen Teil der norwegischen Bevölkerung besonders zu belasten. Dieser Aspekt steckt aber implizit in allen Regelungen. Wenn die ökonomische Lage kurz nach dem Krieg darüber entschied, ob jemand Anspruch auf eine Wiederaufbauhilfe hatte, so spielte es natürlich eine Rolle, dass die überlebenden Juden als Erben ihrer ermordeten Verwandten sehr oft von dieser Hilfe ausgeschlossen wurden, weil sie dank dem Erbe, relativ gesehen, gut da standen. Will man der Nachkriegsregierung in Bezug auf die Behandlung der Juden etwas vorwerfen, so höchstens, dass man es versäumt hat, die jüdischen Einwohnerinnen und Einwohner Norwegens gesondert zu behandeln, was damit zu rechtfertigen gewesen wäre, dass dies in einem negativen Sinne während der Okkupation auch der Fall war. Aber das Hauptziel von Rückerstattungen war stets der *nationale* Wiederaufbau: *Norwegen* sollte sich von den Strapazen des Krieges erholen, die *norwegische* Wirtschaft sollte so schnell wie möglich wieder in Schwung kommen, die *norwegischen* Bürgerinnen und Bürger sollten wieder Handlungsspielraum erhalten, um die Zukunft zu meistern. Dies ist ein klarer und aus der Zeit nachvollziehbarer Ausdruck der nationalen Haltung im Anschluss an den Zweiten Weltkrieg. Es steht nach dem oben Dargelegten aber ausser Frage, dass die Juden in Norwegen in finanzieller Hinsicht in besonderem Ausmass unter den angewendeten Kriterien zu leiden hatten. Die Familie Buchmann steht aber auch stellvertretend für das Gelingen des angestrebten nationalen Wiederaufbaus, indem es ihr dank der Unterstützung durch die Erstattungsinstitutionen gelungen ist, ihre Betriebe wieder zu etablieren und bis in die 70er-Jahre erfolgreich weiter zu führen.

Zum zeitgemässen Wiederaufbau-Patriotismus passt auch die lange Zeit dominierende Sicht auf den norwegischen Widerstand, der bis in die Neunzigerjahre glorifizierend dargestellt wurde. Dass eine Widerstandsbewegung auch Gewalt anwenden muss und dies, in der Nachschau, manchmal auch die falschen Menschen getroffen hat, liegt auf der Hand und wurde nach kurzer öffentlicher Diskussion eingesehen. Dass aber manche Norwegerin und mancher Norweger das Besatzungsregime nicht abgelehnt, sondern sogar tragen geholfen und ganze Administrationen, wie zum Beispiel jene des Verwaltungsbüros ausgefüllt haben, war ein harter und schwer verdaulicher Brocken. Die unrühmliche Rolle der norwegischen Polizei gerade bei der Sammlung und Deportation der Juden aus Norwegen hat die norwegische Gesellschaft oder zumindest die Fachwelt erschüttert. Im Bereich der von den Behörden

angeordneten Enteignungen jüdischen Eigentums machten auf Geheiss der Besitzer Norweger die Musik, ob Mitglied der Nasjonal Samling oder nicht. Im ganzen Prozess der Enteignung und Verwaltung der eingezogenen Werte wirkten nur norwegische Staatsangehörige mit. Meine Studie unterstützt diese Erkenntnisse, indem bis auf zwei an den entsprechenden Stellen thematisierten Ausnahme die Akteure, die die Massnahmen gegen die Familie Buchmann beschlossen, einleiteten und durchführten, allesamt norwegische Staatsangehörige waren.

Mit der durch Sammelklagen gegen schweizerische und andere europäische Institutionen angeregten Diskussion in der norwegischen Medienlandschaft und der daran anschliessenden politischen Diskussion, ist in Norwegen seit den späten Neunzigerjahren ein gutes Stück der eigenen Geschichte aufgearbeitet worden. Während die Auseinandersetzung aber vornehmlich auf einer moralisch-philosophischen Ebene ablief, ist die vorhandene Quellenbasis nicht genügend berücksichtigt worden. Die Auswertung der Quellen auf einer breiteren Basis als in dieser Fallstudie ist möglich und ratsam, um definitive Aussagen über die Grössenordnungen von Verlusten und Erstattungen zu machen. Somit könnte auch die Rolle des (Nachkriegs-) Staates Norwegen objektiver beurteilt werden. Moralische Verfehlungen norwegischer Bürgerinnen und Bürger und philosophische Gedankengänge über potentielle Entschädigungen für erlittene physische und psychische Qualen sowie für den Verlust von Familienangehörigen waren nicht Gegenstand dieser Studie und sind insofern auch nicht thematisiert worden. Aber dass unter den norwegischen Juden Genugtuung über die Auszahlungen von 1999 herrscht, ist klar und nachvollziehbar. Da sie unter der deutschen Besatzung besonders gelitten hatten, nach dem Krieg aber nicht bevorzugt behandelt wurden, ist dies eine Erkenntlichkeit, die man auf jüdischer Seite dankbar aufgenommen hat. Die Zahlungen sind auch nicht als Gegenwert für (jüdische) Menschenleben oder als eine Art Ablass zu verstehen. Ich pflichte Sarah Ragle bei, wenn sie äusserte, die Zahlungen seien politisch richtig und die Aufarbeitung durch die Skarpnes-Kommission und auch durch diese Studie sei notwendig gewesen.³³⁰ Ihrer Meinung nach sollte man aber nicht von einer „billighetserstatning“, also von einer Zahlung aus Goodwill sprechen, obwohl sie dies eigentlich sei. Sie sprach damit an, dass die Bereitstellung einer relativ grossen Summe durch in der Vergangenheit Erlittenes gerechtfertigt war und nicht auf die Grosszügigkeit und das Mitgefühl der jetzigen Generation zurückgeführt werden sollte.

³³⁰ Aussage Sarah Ragles am 27.4.1999

Das norwegische Parlament hat sich dadurch, dass dem grosszügigeren Vorschlag, also der „Empfehlung“ der Minderheit innerhalb der Skarpnes-Kommission, stattgegeben wurde, in Bezug auf Forderungen aus der Schusslinie genommen und damit eine Strategie verfolgt, die bis heute ihre Wirkung nicht verfehlt hat. Man darf dabei aber nicht vergessen, dass das norwegische Storting nicht von sich aus und ganz selbstlos auf die Idee kam, den Juden eine bestimmte Summe auszuzahlen, sondern es handelte in Erwartung eventuellen Druckes aus jüdischen Kreisen in Norwegen, eher aber aus Furcht vor internationalem Druck. Dies zeigt auch die Tatsache, dass die Problematik der „tysketøser“ (norwegische Frauen, die sich auf sexuelle Beziehungen mit deutschen Besatzern eingelassen haben), die nach dem Krieg sozial ausgegrenzt, erniedrigt und benachteiligt worden waren, oder die Problematik der gesellschaftlichen Behandlung der Kinder, die aus solchen Beziehungen hervorgegangen sind, bis vor kurzem unter den Teppich gekehrt wurden, weil hier eben nicht die Gefahr bestand, dass eine Lobby Druck ausüben könnte. Erst im Zusammenhang mit der Aufarbeitung der jüdischen Geschichte als der Geschichte einer Minderheit in Norwegen sind diese Aspekte - zumindest am Rande - zur Kenntnis genommen worden. So ist auch das Mandat des mit einem Teil des gesprochenen Geldes ins Leben gerufene „Centers für Studien über den Holocaust und über Minderheiten“ (HL-Senteret) in Quislings ehemaligem Regierungssitz, der Villa Grande in Oslo, explizit nicht auf die Geschichte und Erforschung der jüdischen Minderheit beschränkt, sondern eben auf alle möglichen Minderheiten und dies nicht nur in Norwegen, sondern international.

Die Schweiz hat mit ihrer sturen, ablehnenden Haltung den internationalen Forderungen gegenüber weltweit viele Sympathien verspielt, während sich Norwegen mit seiner Vorwärtsstrategie in diesem Bereich viel Goodwill erarbeitet hat.

6 Bibliographie

6.1 Ungedruckte Quellen

6.1.1 Riksarkivet (RA)

A. Justisdepartementets Oppgjørsavdeling

- Politiske tysklandfanger
- Sentralkontoret
- Oppgjørsavdeling
- Generelle saker 1940-1947
- 2. Skadekontor. Fordringssaker sendt kommunen
- Generelle bilsaker
- 2. Skadekontor. Nordmenns tapte effekter
- Effektkontoret. Effekter tapt i 1940
- Erstatningssaker
- Fordringer 1947-1950
- Alminnelige leiesaker
- Leiesaker, Oslo kommune 1940-1945
- Leiesaker
- 3. Skadekontor (R8). (Politiske fanger)
- Politiske fanger m.m. - Bysaker
- Løsøre beslaglagt av tyskerne
- Politiske fanger m.m. - Landkommunene
- Generelle saker
- Riksutvalget for disp. av herreløse radioapparater 1948-1952
- Diverse 1940-1952
- Regnskapsbøker 1942-1950
- Protokoller m.v. 1939-1952
- Journaler og registre 1940-1951
- Regnskapsbøker. Trondheim kommune. Oppgjørskontoret 1942-1945
- Innenriksdep. Oppgjørsavd., Forhandlingskontoret 1940-1945
- Bilag. Trondheim og Oslo 1942-1944
- Opplysninger fra bomappene over jødiske personer og forretninger (Database)

B. Justisdepartementets Tilbakeføringskontoret for inndatte formuer

- Kopibøker, 1945-1948
- "Statspolitiets" beslagsarkiv, 1942-1945
- Tyske beslag, 1942-1945
- Likvidasjonsstyret for inndratte formuer, 1942-1945
- Konfiskasjonslovgivning og dens fortolkning, 1945-1948
- Tilbakeføringskontorets organisasjon og kontorhold m.v. 1945-1948
- Ettersporing og vindikasjon, 1945-1948
- Likvidasjonsstyrets fellesmasse, 1945-1948
- Inndragningsboer m.v. utenom likvidasjonsstyret, 1945-1948
- Forskjellig, 1945-1948

- Korrespondansemapper fra "Forvaltningskontorets" (Likvidasjonsstyrets) tid
- Korrespondansemapper opprettet av Nordenfjeldske avdeling
- Tilbakeføringskontorets oppgjørsmateriell
- Likvidasjonsstyrets flykningeregnskap
- Likvidasjonsstyrets jøderegnskap
- Likvidasjonsstyrets bobestyrerregnskap
- Likvidasjonsstyrets eiendomsregnskap
- Konfiskerte verdipapirer etc. (Likvidasjonsstyret)
- Diverse (Likvidasjonsstyret)
- Tilbakeføringskontorets oppgjørsmateriell. Nordenfjeldske avdeling
- Forvaltningskontorets flyktingeregnskap
- Forvaltningskontorets regnskap for tyske beslag
- Forvaltningskontorets jøderegnskap
- Forvaltningskontorets bobestyrerregnskap
- Forvaltningskontorets eiendomsregnskap
- Konfiskerte verdipapirer (Forvaltningskontoret)
- Diverse (Forvaltningskontoret)
- Driftsregnskap med bilag for Tilbakeføringskontoret, Oslo 1945-1948
- Driftsregnskap m/bilag for Tilbakeføringskontoret, nordenfjeldske avdeling, 1942-1945
- Centralregister
- Bomapper sønnenfjeldsk ordnet fylkesvis
- Bomapper nordenfjeldske avdeling ordnet fylkesvis
- Jødeboer nordenfjeldske avdeling Trondheim
- Jødeboer nordenfjeldske avdeling utenom Trondheim
- Jødeboer sønnenfjelds Oslo og Akershus
- Jødeboer sønnenfjelds utenom Oslo og Akershus
- Godtgjørelse for beslaglagt eiendom 1940-1941
- Diverse
- Politiet

C. Krigsskadetrygden for bygninger og løsøre

- Krigsskadetrygden for bygninger, bygningsregister
- Krigsskadetrygden for løsøre, løsreregister
- Skadeprotokoll for branntrygd bygninger, div. skadenr.
- Bygningsskader forsikret, div. skadenr.
- Krigsskadetrygden for løsøre, div. skadenr.

D. Alfabetisk register til kjelsæterkartoteket over norske flyktninger i Sverige 1940-45.

6.1.2 Statsarkivet i Oslo (SAO)

Justisdepartementets arkiv

- Fremmedpoliti 1916-1917
- Utlendingsloven av 13.7.1917 om innskrenking i utlendingers adgang til å oppholde seg i visse kommuner.

- Den nye fremmedloven 1920-21. Oppholdstillatelser.
- Den nye fremmedloven 1924-27. Oppholdstillatelser.
- Fremmedloven 1933-1935
- Den nye fremmedloven 1934-1935. Oppholdstillatelser
- Den nye fremmedloven. Oppholdstillatelser 1939.
- Journalsaker. P 7100-8356, 1938.
- Jødeaksjoner 26, Fortegnelser - Lister over jøder.
- Oslo politikammer Landssviksavdelingen, Koordinasjonskontoret
- Politikontor, Flyktningspakken 1934-1936.
- Flyktninger, tyske. Jnr. 1-1300.
- Flyktninger, tyske. 1937-1938.
- Politikammers arkiv

6.1.3 Statsarkivet i Trondheim (SAT)

- Folketellingsregistret
- Byfogdembete

6.1.4 Hjemmefronten-Museet

Ida Nafstad-arkiv (Jødeforfølgelser-arkiv): Einzeldokumente

6.1.5 Krigstrykksamlingen ved Universitetsbiblioteket i Oslo (UBiO)

Einzeldokumente

6.1.6 Justisdepartementets arkiv (AJD)

Skarpnes-Archiv

Utrykte vedlegg til NOU: 1997:22

- Fortegnelse over jøder som ble truffet beslutning om beslag og inndragning mot (vedlegg 1)
- Sirkulære nr. 42 - 1947 (vedlegg 2)
- Regler for oppgjør av Likvidasjonsstyrets fellesmasse (vedlegg 4)
- Rundskriv av 3. desember 1942 fra Bank- og sparebankispeksjonen om inndragning av bankinnskudd (vedlegg 5)
- Rundskriv av 19. januar 1943 fra Bank- og sparebankispeksjonen til aksjebanker og sparebanker om inndragning av bankinnskudd (vedlegg 6)
- Database over norske jøder i Norge i 1941-42 (vedlegg 7)
- Database over bedrifter i Norge i 1941 (vedlegg 8)

Odinarkiv: Bondevik I (1997-2000)

Justis- und Politidepartementet, dokumenter, 1.11.1999

6.1.7 Interviews

Mit Sarah und Albert Ragle (am 27.4.1999 in Trondheim)
 Mit Ralph Buchmann (am 27. und am 28.4.1999 in Trondheim)
 Mit Dr. Erik Buchmann (am 3.5.1999 in Oslo)

6.2 Gedruckte Quellen

6.2.1 Zeitungen, Jahrgänge 1940 (1915) -1945 (1953)

- Aftenposten
- Bergens Tidende
- Den Norske Handelsstands Fællesforening. Månedstidsskrift
- Deutsche Zeitung
- Dyens ven
- Dyrens beskytter
- Fritt Folk
- Hatikwoh. Månedssblad for jøder i Norge.
- Norges Kjøpmandsblad

6.2.2 Zeitungen, Jahrgänge 1997-2006

- Aftenposten
- Arbeiderbladet
- Dagbladet
- Dagens Næringsliv
- Historisk tidsskrift
- Klassekampen
- Verdens Gang

6.2.3 Veröffentlichungen von Parlament und Regierung

A. Forordninger (Auswahl)

- Forordning 21. august 1941 om krigsskadetrygd for løssøre.
- Forordning 15. desember 1941 om formuesinndragning på grunn av folkefientlig og statsfientlig virksomhet.
- Forordning av 3. juli 1942 med forskrifter vedrørende forvaltning av formue i henhold til lov om frakjenning av norsk statsborgerrett.
- Forordning av Finansdepartementet av 20. november 1942 med forskrifter vedrørende inndragning av formue som har tilhørt jøder.

B. Norges offentlige utredninger (NOU) (Auswahl)

NOU 1997:22. Skarpnes, Oluf: Inndragning av jødisk eiendom i Norge under

den 2. verdenskrig. Oslo, 1997

C. Norges traktater (Auswahl)

- I 1641-1944 Nr. 417
- I 1641-1944 Nr. 421 (2. mai 1944 London)
- I 1641-1944 Nr. 422 (22. juli 1944 Bretton Woods)

D. Norsk Lovtidend (Auswahl)

- Lov av 19. mars 1942 om formuesinnndragning på grunn av folkefiendtlig og statsfiendtlig virksomhet.
- Lov av 26. oktober 1942 om inndragning av formue som tilhører jøde.
- Lov av 17. november 1942 om meldeplikt for jøder.
- Lov av 20. mai 1943 om frakjenning av norsk statsborgerrett.
- Provisorisk anordning av 21. september 1945 om konfiskert eiendom.
- Kgl. Res. 10. mai 1946 om regler for oppgjør av Likvidasjonsstyrets fellesmasse.
- Midlertidig lov av 19. juli 1946 om krigsskadetrygd for bygninger.
- Lov av 13. desember 1946 nr. 27 om konfiskert eiendom.
- Lov av 13. desember 1946 nr. 28 om plikt til å gi opplysninger om løssøre som er kommet bort som følge av forføyninger av okkupasjonsmyndighetene eller desres hjelpere.
- Midlertidig lov nr. 3 av 25. april 1947 om Krigsskadetrygd for løssøre.
- Midlertidig lov nr. 4 av 25. april 1947 omerstattning for visse skader og tap som følge av krigen 1940-1945

E. Norsk Lovtidend "Londonutgave" (Auswahl)

- Provisorisk anordning av 18. desember 1942 om ugyldigheten av rettshandler m.v. som har sammenheng med okkupasjon.
- Provisorisk anordning av 24. november 1944 om okkupasjonslovgivningen.

F. Stortingsproposisjoner/-meldinger/-innstillinger (Auswahl)

- St. prp. nr. 7 (1936)
- St. meld. nr. 60 (1952)
- St. prp. nr. 82 (1997-1998)
- Innstilling OXX, (1927)

G. Odelstingproposisjoner/-protokoller (Auswahl)

- Ot. prp. nr. 11, (1926)
- Odelstinget, 28. Mai 1915

6.3 Darstellungen

Abrahamsen, Samuel: Norway's response to the holocaust: A historical perspective. Oslo, 1991

Aly, Götz: Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus. Frankfurt a.M. 2005

Bohn, Robert: Reichskommissariat Norwegen. „Nationalsozialistische Neuordnung“ und Kriegswirtschaft. München 2000

Borøchstein, Ove: J : historien om kristiansundsjødene. Kristiansund, 2000

Buchheim, Christoph: Die besetzten Länder im Dienste der deutschen Kriegswirtschaft während des Zweiten Weltkrieges, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 34 (1986), S. 117-145

Bruland, Bjarte: Forsøket på å tilintetgjøre de norske jødene. Hovedoppgave, Bergen 1995

Dahl, Hans, Fredrik; Hjeltnes, Guri; Hagtvedt, Bernt: Den norske nasjonalsosialismen. Oslo, 1982

Dahl, Hans, Fredrik: Vidkun Quisling. En fører blir til. Oslo, 1991

Dahl, Hans, Fredrik: Vidkun Quisling. En fører for fall. Oslo, 1992

Ellingsen, Dag: Krigsprofitørene og rettsoppgjøret. Oslo, 1993

Friedmann, Thomas (Hrsg.): Dokumentsammlung über die Deportierung der Juden aus Norwegen nach Auschwitz. 1963

Foskum, Kristin: Nationen og antisemittismen: en undersøkelse av avisa Nationens holdning ovenfor jøder i perioden 1926-1938. Hovedoppgave UiO, Oslo 2005

Goschler, Constantin; Ther, Philipp (Hrsg): Raub und Restitution. „Arisierung“ und Rückerstattung des jüdischen Eigentums in Europa. Frankfurt a.M. 2003

Grimnes, Ole Kristian: Et flyktningssamfunn vokser fram. Oslo, 1969

Hansson, Knut M.; Kahan, Herman: Ilden og lyset. forord av Elie Wiesel. Oslo, 1988

Hanssen Skolt, Kirsti: Deportasjon av norske jødiske skolebarn i 1942 : et stykke norsk skolehistorie. Oslo 2006

Hubatsch, Walter: Die deutsche Besetzung von Dänemark und Norwegen. Göttingen, 1952

Johansen, Per, Ole: Oss selv nærmest. Norge og jødene 1914-1943. Oslo, 1984

Johansen, Per Ole: Politiet har fortsatt et renommé å ivareta : arrestasjonene og deportasjonen av norske jøder i 1942. Oslo, 2001

- Komissar, Vera: Nådetid. Norske jøder på flukt. Oslo, 1992.
- Komissar, Vera: På tross av alt: Julius Paltiel - Norsk jøde i Auschwitz. Oslo, 1995
- Krogh, Oscar (Hrsg.): Livet på Bredtvedt i 1942. Oslo, 1953
- Kolsrud, Ole: Eksil-Norge og jødene under 2. verdenskrig, in: Historisk tidsskrift, 3/1994
- Laquer, Walter: Det ufatelige var sant. Oslo, 1991 (Orig.: The terrible secret. London 1980)
- Longerich, Peter: Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung. München, 1998
- Mendelsohn, Oskar: Jødernes historie gjennom 300 år. Bind 1. Oslo, 1969
- Mendelsohn, Oskar: Jødernes historie gjennom 300 år. Bind 2. Oslo, 1986
- Mendelsohn, Oskar: Jødene i Norge : historien om en minoritet. Oslo, 1992
- Mendelsohn, Oskar: Jødeforfølgelsene i Norge i europeisk perspektiv. Bergen, 1989
- Mendelsohn, Oskar: Rapport om jødeforfølgelser i Trondheim. Krigshistorieemnda i Trondheim og Strinda, Trondheim, 1947
- Dahl, Hans Fredrik; Hjeltne, Guri u.a.: Norsk krigsleksikon 1940-45. Oslo, 1995
- Magnusson, Oscar: Jeg vil leve. Oslo, 1967
- Nachstern, Moritz; Arntzen, Ragnar: Falskmyntner i Sachsenhausen : hvordan en norsk jøde overlevde Holocaust. Oslo, 2006
- Nansen, Odd: Fra dag til dag. I-III, Oslo 1947
- Nissen, Henrik, S. (Hrsg.): Scandinavia during the second world war. Oslo, 1983
- Nøkleby, Berit: Josef Terboven. Hitlers mann i Norge. Oslo, 1992
- Nøkleby, Berit: Skutt blir den ... Tysk bruk av dødsstraff 1940-45. Oslo, 1996
- Ottosen, Kristian: I slik en natt. Historien om deportasjon av jøder fra Norge. Oslo, 1994
- Petrick; Fritz (Hrsg.): Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus in Dänemark und Norwegen 1940-1945. Berlin, 1992
- Reitan, Jon: Jødene fra Trondheim. Trondheim, 2005
- Sachnowitz, Herman: Det angår også deg. Oslo, 1976
- Savosnick, Robert: Jeg ville ikke dø. Oslo, 1986

Skarsaune, Oskar; Gaarder, Inger Margrethe: Vår eldre bror : fragmenter av jødedom og jødisk liv i Norge. Oslo, 1992

Skodvin, Magne: Krig og okkupasjon 1939-45. Oslo, 1990

Skodvin, Magne (Hrsg.): Norge i krig, Bände 1-9. Oslo, 1984-87

Szaifeld, Mendel: Fortell hva som skjedde med oss. Erindringer fra holocaust. Oslo, 1993

Søbye, Espen: Jødeforfølgelse under den annen verdenskrig. Et mørkt kapittel i statistikkens historie? Oslo, 1998

Søbye, Espen: Kathe, Alltid vært i Norge. Oslo, 2005

Sælen, Frithjof: Sjetlands-Larsen. Bergen, 1947

Ulstein, Ragnar: Svensketrafikken. 2 bind. Oslo, 1974-1977

Ulstein, Ragnar: Englandsfarten, I-III. Oslo, 1965-1979

Curriculum vitae

Name	Bär
Vorname	Mons
Geburtsdatum	1.9.1966, in Männedorf
Heimatort	Wädenswil, ZH

Ausbildung

2007	Promotion an der Universität Zürich
2003	Diplom des Höheren Lehramtes der Universität Zürich
1997	Lizentiat an der Universität Zürich
1989-1992	Ausbildung in Film- und Videotechnik
1987-1989 und 1992-1997	Studium der Allgemeinen Geschichte, der neueren deutschen Literatur und der Linguistik an der Universität Zürich
1987	Matura Typus C, Kantonsschule Pfäffikon, SZ

Berufliche Tätigkeit

Seit Aug. 2007	Hauptlehrer an der Kantonsschule Romanshorn
Seit Apr. 2005	Autor und Korrektor der Diplomprüfungen in Geschichte des Studiengangs Betriebsökonomie an der Hochschule für Berufstätige (Kalaidos Fachhochschule)
2004-2007	Lehrbeauftragter an der Kantonsschule Romanshorn
Seit Aug. 2004	Lehrbeauftragter am Berufs- und Weiterbildungszentrum in Rapperswil
2003-2004	Studienrat an der Bjertnes videregående skole in Nittedal (Norwegen)
1999-2003	Hauptamtlehrer an der Kaufmännischen Berufsschule in Lachen
1996-2003	Dozent an der Technikerschule Hochbau Pfäffikon
1996-2003	Korrektor bei der Akademikergesellschaft AKAD Zürich
1996-1997	Lehrbeauftragter an der Kantonsschule Pfäffikon/Nuolen